Mittwoch, 12. Dezember 1984 - D ***

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 291 - 50. W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 140,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Bundeswehr: Die Bundesregierung hat einem Gesetzentwurf zur Lösung des Verwendungsstaus bei Offizieren zugestimmt. Zwischen 1986 und 1991 können danach 1500 Offiziere mit maximal 70 Prozent ihres Pensionsanspruches und einer Abfindung von höchstens 43 000 Mark aus dem Dienst ausscheiden. (S. 4)

Afrika-Hilfe: Zusätzliche Hilfen für fünf afrikanische Länder in Höhe von 75 Millionen Mark beschloß gestern das Bundeskabinett. Hauptnutznießer ist das von der Dürre heimgesuchte Äthiopien mit Lieferungen im Wert von 36,6 Millionen Mark.

DAG: Die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft strebt bei den Tarifabschlüssen 1985 eine nach Branchen gestaffelte Forderung von 4,5 bis 6 Prozent an. (S. 12)

Wurbs-Nachfolger: Der stellvertretende FDP-Fraktionschef, Cronenberg, soll zum Nachfolger von Bundestags-Vizepräsident Wurbs gewählt werden. In einer Abstimmung sprachen sich 20 FDP-Abgeordnete für ihn aus.

Nein zum EG-Etat? Das Europa-Parlament will bei einer für morgen vorgesehenen Abstimmung den Etatentwurf des EG-Ministerrates geschlossen ablehnen. Der Haushaltsausschuß verwarf den Entwurf bereits.

Kernkraftwerk: In Zusammenarbeit mit der Sowjetunion wird Syrien sein erstes Kernkraftwerk bauen, meldet Damaskus.

Hilfe durch Teheran? Zwei Pakistanis, die an Bord des entführten kuwaitischen Verkehrsflugzeuges waren, beschuldigen Iran, die Luftpiraten auf dem Teheraner Flughafen mit Waffen, Handschellen und Nylonschnüren ausgerüstet zu haben.

Festnahme: Nach Beobachtungen westlicher Journalisten sind auf dem Puschkin-Platz in Moskau zehn Bürgerrechtler, die für die Einhaltung der Menschenrechte in der Sowjetunion demonstrieren wollten, von Polizisten in Zivil festgenommen worden.

Heute: Erklärung Börners zur Landespolitik.

ZITAT DES TAGES



» Auf jeden Fall darf das Sprechen von sozialer Sünde niemanden dazu verführen, die Verantwortung der einzelnen zu unterschätzen; es will vielmehr die Gewissen aller dazu aufrufen, daß jeder seine eigene Verantwortung übernehme «

Papst Johannes Paul II. in dem apostolischen Schreiben „Versöhnung und Buße" (S. 5) FOTO: DPA

WIRTSCHAFT

EWS: Die EG-Wirtschats- und Finanzminister konnten sich noch nicht auf eine Stärkung des Europäischen Währungssytems einigen. Widerstand leisteten vor allem die Belgier, denen das vorbereitete Maßnahmenbündel nicht weit genug geht. (S. 13)

Zigaretten: Nach einer einstweiligen Verfügung des Kölner Landgerichts darf der Zigarettenhersteller B.A.T. nicht weiter mit den niedrigen Schadstoffwerten für die Marke „Barclays" werben. (S. 14)

Börse: Die Stimmung an den deutschen Aktienmärkten hat sich gestern wieder gebessert. WELT-Aktienindex: 158,8 (158,7). Am Rentenmarkt wurde der Kursanstieg gestoppt. BHF-Rentenindex: 102,850 (102,854). Performance-Index: 112,186 (112,158). Dollar-Mittelkurs: 3,0863 (3,0931) Mark. Goldpreis je Feinunze: 326,65 (326,25) Dollar.

KULTUR

Tarzan-Film: Dank Umsicht und Inspiration ist es Regisseur Hudson gelungen, den Feinheiten des Werkes aus der Feder des Engländers Burroughs in der 42. Tarzan-Verfilmung gerecht zu werden. Der Held wird nicht in dümmlicher Manier präsentiert, sondern sauber nachgezeichnet. (S. 23)

Valentin-Museum: Die Erinnerungsstätte für den großen Komiker in München, Valentin, feiert ihren 25. Geburtstag. In der üppigen Museumslandschaft der Landeshauptstadt ist dieses Kuriosum längst zu einer liebenswürdigen Zufluchtsecke von Blödsinn und Tiefsinn geworden. (S. 23)

WELT-Report Messen und Kongresse

Unbeeinträchtigt von konjunkturellen Zyklen hält der Aufwärtstrend der Messegesellschaften in der Bundesrepublik Deutschland an. Die komplexer gewordene Welt der Messen und Kongresse stellt der farbige WELT-Report vor. Zugleich ist er eine Handreichung für das Messe- und Kongreß-Jahr '85.

SPORT

Ski: Für eine Überraschung sorgte der 21jährige Markus Wasmaier aus Schliersee: Er belegte beim Superriesenslalom in Sestriere den zweiten Platz hinter dem für Luxemburg startenden Österreicher Marc Girardelli. (S. 11)

Fußball: Die beiden Bundesligaklubs Hamburger SV und 1. FC Köln bestreiten heute ihre Achtelfinal-Rückspiele im UEFA-Cup. Beide haben noch Chancen, sich für die nächste Runde zu qualifizieren. (S. 11)

AUS ALLER WELT

Rekordpreis: Ein Amerikaner ersteigerte in einer Auktion bei Sotheby's einen zweitürigen Bentley aus dem Jahre 1930 zu einem Rekordpreis von rund einer Million Mark. Das Geschäft mit dem dunkelgrünen Coupé wurde per Telefon abgewickelt. Nach gut vier Minuten war die Angelegenheit abgeschlossen. (S. 3)

Planet: Astronomen in Arizona wollen einen heißen Gasball entdeckt haben, der um einen fernen Stern kreist. Es soll sich um den ersten außerhalb unseres Sonnensystems gefundenen Planeten handeln. (S. 24)

Wetter: Stark bewölkt. Verbreitet Nebel. Um 5 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Kohl: Tag der Kapitulation ohne „laute Feiern"

Kanzler denkt an Gottesdienst in Köln / Hinweis auf Neubeginn der Demokratie

MANFRED SCHELL, Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl möchte, daß der „politisch sensible" 40. Jahrestag der deutschen Kapitulation (8. Mai 1945) im kommenden Jahr nicht mit lauten Gedenkfeiern oder politischen Reden, sondern still begangen wird. „Für uns gibt es keinen Grund zu besonderen Feiern", hieß es gestern in der Umgebung des Kanzlers. Kohl ist sich mit den Westmächten darin einig, daß es am 8. Mai 1985 nicht die Niederlage der Deutschen zu feiern gelte, daß aber des Endes der NS-Tyrannei gedacht und vor allem auf das Wiedererstehen der Demokratie in Deutschland hingewiesen werden müsse. Dabei stellt man sich in Bonn darauf ein, daß die östliche Propaganda das historische Datum mißbrauchen werde, um der „Revanchismus"-Kampagne Auftrieb zu geben. Jüngste sowjetische Pressekommentare weisen in diese Richtung.

Wenn Kohls Intentionen in die Tat umgesetzt werden, dann soll am 8. Mai im Kölner Dom ein ökumenischer Gottesdienst stattfinden. In diesem Gotteshaus – Köln war am Kriegsende zu 80 Prozent zerstört – solle, so die Überlegungen des Kanzlers, für die Kriegstoten aller Nationen, für die Opfer der Gewaltherrschaft und für die Erhaltung des Friedens gebetet werden. Diese Überlegungen wurden bereits den Repräsentanten der Kirchen erläutert. Der Regierungschef möchte ihnen die Entscheidung überlassen.

„Mit Sicherheit", so wurde im Kanzleramt versichert, werde es aus Anlaß des 8. Mai 1945 kein Treffen des amerikanischen Präsidenten Reagan, des französischen Staatspräsidenten Mitterrand und der britischen Premierministerin Thatcher in der Bundesrepublik Deutschland geben. Die westlichen Alliierten hätten auch von sich aus ein solches Treffen nicht ins Gespräch gebracht. Zum Beispiel habe Mitterrand „schon sehr früh" zum Ausdruck gebracht, daß es nach der Feier der Landung der Amerikaner in der Normandie keinen Anlaß zu weiteren Veranstaltungen dieser Art gebe.

Offen ist bisher noch, ob Reagan, der vom 2. bis 4. Mai 1985 am Weltwirtschaftsgipfel in Bonn teilnehmen wird, anschließend noch zu einem zweitägigen Staatsbesuch bleibt. In der amerikanischen Regierung war für diesen Fall gegenüber der deutschen Seite gesprächsweise zu überlegen gegeben worden, ob dann nicht Kohl und Reagan gemeinsam das frühere Konzentrationslager Dachau besuchen sollten. Aber bis zur Stunde ist unentschieden, ob Reagan einen Staatsbesuch „anhängen" wird; Aufschlüsse darüber werden von dem privaten Treffen zwischen Kohl und dem amerikanischen Außenminister Shultz am Samstag in Ludwigshafen erwartet.

Kohl wird am 21. April 1985 auf der Gedenkveranstaltung des Zentralrates der Juden in Deutschland auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Bergen-Belsen sprechen. Zu dieser Veranstaltung werden zahlreiche ehemalige KZ-Häftlinge erwartet, die heute in Israel und in osteuropäischen Staaten leben. Das KZ war am 22. April 1945 befreit worden.

Den Versuchen der Sowjetunion, „uns in die braune Soße einzutunken" (ein Kanzlerberater), werde nicht viel Erfolg beschieden sein, hofft man in Bonn. Die Regierung vertraut darauf, daß die Verbündeten hier ein klares Wort sprechen werden, so wie es erst am Montag der britische Außenminister Howe während seines Berlin-Besuchs getan hatte. Howe sprach von grotesken Verzerrungen des Deutschlandbildes durch die Sowjets (WELT vom 11. 12.).

Ungewißheit schreckt Studenten nicht

Trotz wachsender Akademiker-Arbeitslosigkeit bleiben die Hörsäle überfüllt

PETER PHILIPPS, Bonn

Ein großer Teil der Studienanfänger in der Bundesrepublik Deutschland geht heute bereits mit der Sorge zur Universität, nach dem Examen wahrscheinlich keinen angemessenen Arbeitsplatz zu finden. Etwa 30 Prozent, vor allem junge Frauen, werden bereits zu Studienbeginn vom Gespenst der Akademiker-Arbeitslosigkeit geplagt – aber beginnen dennoch mit dem Studium. Die meisten schaffen es trotz der Überfüllung sogar weitgehend, das Fach ihrer Wahl zu erlernen. Für 15 Prozent bleibt die Studienwahl auch nach eigenen Angaben eine Verlegenheitslösung: Sie haben keine betriebliche Ausbildungsstätte gefunden und studieren nun etwas, von dem sie selbst erwarten, daß sie auf dieser Basis am Ende keine adäquate Beschäftigung finden. Vor allem im Bereich der Wirtschafts-, Gesellschafts- und Rechtswissenschaften konzentrieren sich die Studienanfänger, bei denen sich fehlende Studienmotivation und schlechte Berufsaussichten mit den hohen Karriere-Erwartungen verbinden, die zur Fachwahl geführt haben. Dies sind Ergebnisse einer Umfrage unter Anfängern des Wintersemsters 1983/84, die das unabhängige „Hochschul-Informations-System" (HIS) jetzt ausgewertet vorgelegt hat.

Mit einer Ausnahme bemüht sich die Mehrheit der Abiturienten allerdings offensichtlich, auf die Entwicklung des Arbeitsmarktes zu reagieren, und stellt sich nach einem „gewissen Bremsweg" darauf ein: Das Lehramtsstudium wird immer seltener gewählt, trotz großen Interesses werden die Sprach- und Kulturwissenschaften wegen der erwarteten schlechten Berufsaussichten nur „unterdurchschnittlich verwirklicht". Die Ausnahme sind die Mediziner: Trotz der „Ärzte-Schwemme" wünschen sich unverändert mehr als doppelt so viele einen Ausbildungsplatz als zugelassen werden.

Drei weitere bemerkenswerte Ergebnisse hat die HIS-Umfrage:

- Die Frauen können sich überdurchschnittlich schwer von „ihren" traditionellen Studiengängen lösen und verzichten zunehmend auf eine akademische Ausbildung.
- Wenn sich der aktuelle Trend bei der Abiturienten- und Studierquote fortsetzen sollte, dann könnte – im Gegensatz zur Prognose der Kultusminister-Konferenz – „schon im Jahre 1984 der Gipfel bei der absoluten Zahl der deutschen Studienanfänger an wissenschaftlichen Hochschulen erreicht sein".
- Die drastischen Sparmaßnahmen im BAföG-Bereich nach dem Regierungswechsel haben nicht dazu geführt, daß sich die soziale Zusammensetzung an den Universitäten zugunsten der „Reichen" verändert. Laut HIS werden im Gegenteil die BAföG-Mittel „jetzt – auf niedrigerem Niveau – stärker als früher von Studienanfängern aus Familien von Arbeitern und ausführenden Angestellten in Anspruch genommen".

DER KOMMENTAR

Neue Wege

PETER PHILIPPS

Die junge Generation ist in einer schwierigen Situation: Ihre Zukunftsaussichten, die sich hautnah zuallererst in den beruflichen Perspektiven ausdrücken, sind zumindest vorübergehend überschattet. Im Bereich der beruflichen Ausbildung ist einerseits trotz der Rekord-Anstrengungen der Wirtschaft die Grenze der Kapazität erreicht, andererseits wird immer deutlicher, daß der einst als „Königsweg" empfundene akademische Ausbildungsgang zunehmend in die Sackgasse führt.

Untersuchungen belegen, daß der Akademiker-Bedarf der Gesellschaft weit hinter dem schnell wachsenden Angebot zurückbleibt. Die Öffnung der Hochschulen, bei der sich einst Politiker aller Couleur gegenseitig zu übertreffen versuchten, zusammen mit der drastischen Zunahme von Studienanfängern hat nicht zu der viel beschworenen Chancengleichheit geführt. Vielmehr sind heute die Universitäten partiell zu Wärmehallen als Schutz gegen Arbeitslosigkeit geworden.

Schon seit langem bemüht sich Bundesbildungsministerin Dorothee Wilms um eine notwendige Neuorientierung. Unser Land kann es sich nicht leisten, seinen einzigen „Rohstoff", über den es wirklich in größerem Maße verfügt, die Intelligenz und Leistungsbereitschaft seiner nachwachsenden Generation, durch fehlgeleitete Bildungsströme und daraus folgende Demotivation verkommen zu lassen. Abgesehen von der Vergeudung der finanziellen Ressourcen ist niemandem damit gedient, wenn junge Menschen ein Studium „aus Verlegenheit" beginnen, einen Weg einschlagen, auf dem man schon zu Beginn eigentlich keine Perspektive sieht.

Wirtschaft, Gewerkschaften und öffentliche Arbeitgeber sind gefordert, ihren Beitrag zu leisten: Nur wenn jetzt, zu Beginn der demographisch bedingt geringer werdenden Bewerberzahlen, schnell neue Ausbildungswege geschaffen werden, sind die Ressourcen optimal zu nutzen. Die Wirtschaft wird mit attraktiveren, betriebsnahen und von akademischen Ausbildungen unabhängigen Karrieremöglichkeiten Abiturienten von den Hochschulen weg und motiviert in ihre Betriebe leiten müssen. Der öffentliche Dienst wird, unter verantwortlicher Mitarbeit der Gewerkschaften, endlich das „A 13-Syndrom" beseitigen müssen, damit auch hier nicht erst mit dem Universitäts-Examen der Mensch beginnt.

Prozeß gegen Priester-Mörder noch 1984?

DW. Warschau

Der zuständige Staatsanwalt hat gestern beim Bezirksgericht Thorn die Anklageschrift gegen drei polnische Sicherheitsbeamte eingereicht, die den Priester Jerzy Popieluszko entführt und umgebracht haben. Möglicherweise werde der Prozeß noch vor Jahresende eröffnet, sagte gestern Regierungssprecher Urban vor der Presse in Warschau. Grzegorz Piotrowski, Waldemar Chmielewski und Leszek Pekala sind wegen Mordes angeklagt. Darauf steht nach Artikel 48 des polnischen Strafgesetzbuches Gefängnis nicht unter acht Jahren oder die Todesstrafe.

Ihr Vorgesetzter, Oberst Adam Pietruszka, muß sich in demselben Verfahren wegen Anstiftung und Beihilfe zu Mord verantworten. Die drei unmittelbaren Täter sind außerdem noch wegen Mordversuchs an dem Fahrer Popieluszkos, Waldemar Chrostowski, und wegen Mordversuchs an dem Priester bei einer Reise Popieluszkos am 13. Oktober angeklagt. Die Männer haben zugegeben, das Auto Popieluszkos mit Steinen beworfen zu haben.

Die innenpolitische Situation in Polen, die durch die jüngste Auseinandersetzung um Kruzifixe in Schulen belastet worden ist, kam gestern auch bei dem Gespräch des Papstes mit Bundesaußenminister Genscher zur Sprache. Dem Vernehmen nach hat der Papst die Absage der Genscher-Visite in Polen bedauert, weil er befürchtet, daß sein Heimatland mehr und mehr international in Isolierung gerät.

London kündigt Mitgliedschaft in der Unesco

SAD, London/Paris

Nach den Vereinigten Staaten hat nun auch Großbritannien ein Austrittsschreiben an die Unesco gerichtet. Der britische Außenminister Sir Geoffrey Howe hat Generalsekretär Amadou Mahtar M'Bow mitgeteilt, sein Land werde am 31. Dezember 1985 aus der UN-Organisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur austreten, falls nicht binnen Jahresfrist dringend notwendige Reformen durchgeführt würden. Während der verbleibenden zwölf Monate sei London bereit, sich an einem Reformprogramm zu beteiligen.

Die Unesco-Krise ist von den USA ausgelöst worden. Washington begründete seinen Entschluß zum Austritt damit, daß die in Paris arbeitende Organisation in den Sog sozialistischer Politik geraten und ein aufgeblähter Verwaltungsapparat geworden sei. Wiederholte Proteste der Amerikaner gegen diese Zustände hatten keine Wirkung gezeigt. Da die USA Ende diesen Jahres ihre Beitragszahlungen einstellen, werden der Unesco schon 1985 25 Prozent ihrer bisherigen Finanzmittel fehlen.

Das britische Außenministerium übt in seinem Schreiben ähnliche Kritik, wie sie auch in Holland, Belgien, Italien, Kanada, Japan und skandinavischen Staaten geäußert worden ist. Unesco-Generalsekretär M'Bow hat seinerseits den USA vorgeworfen, die Unesco „seit 1947 politisiert" zu haben. Seitdem seien Unesco-Delegierte Vertreter ihrer Regierungen und nicht, wie früher, Vertreter unabhängiger Organisationen.

Börner lehnt Neuwahlen ab

DW. Frankfurt

Der hessische Ministerpräsident Holger Börner (SPD) denkt trotz des Bruches mit den Grünen nicht an Neuwahlen als Ausweg aus dem parlamentarischen Patt im Wiesbadener Landtag. Vor dem Frankfurter Presseclub sagte Börner, die Parteien müßten mit der gegebenen Situation fertig werden. Den Versuch seiner Partei, mit der Landtagsgruppe der Grünen im Wiesbadener Landtag zusammenzuarbeiten, bezeichnete er als richtig. Nach seiner Auffassung bekommt die SPD nur dann wieder eine Chance, „wenn aus den Grünen eine Partei geworden ist, die politikfähig ist". Für die Aufkündigung der parlamentarischen Zusammenarbeit gebe es „keinen rationalen Grund".

Voraussetzung für eine große Koalition in Hessen sei die Einigung in Sachfragen. Dies sehe er zur Zeit aber nicht. Er könne sich nicht vorstellen, daß die CDU in Wiesbaden eine andere Politik betreiben wolle als in Bonn.

Anschläge auf NATO-Pipelines

DW. Brüssel

Die marxistischen „Kämpfenden Kommunistischen Zellen" haben sich gestern zu sechs Anschlägen auf das Pipeline-System der NATO in Belgien bekannt. In einem Brief an die Zeitung „La Cité" hieß es, der Krieg gegen die NATO sei das Hauptziel der Bewegung geworden. Dem Brief war das Foto eines Anschlagsziels beigefügt. Das belgische Verteidigungsministerium bestätigte vier Explosionen an dem Pipeline-System, das Truppen in der Bundesrepublik Deutschland mit Treibstoff versorgt.

Durch die Explosionen entstanden Brände und zum Teil erhebliche Sachschäden. Nach Angaben des Ministeriums wurde eine Pumpstation bei Glons unweit von Lüttich durch zwei Explosionen beschädigt. Die Polizei meldete eine Explosion an einer Ölleitung bei Tubize, die zum NATO-Hauptquartier Shape führt, außerdem wurde eine Pipeline in Ensival bei Vierviers in Brand gesetzt.

Bern genehmigt Leopard-2-Kauf

DW. Bern

Mit 144 gegen 46 Stimmen bei fünf Enthaltungen hat der Nationalrat in Bern gestern die Regierungsvorlage zur Beschaffung des deutschen Panzers Leopard-2 genehmigt. Damit ist die letzte Hürde vor dem Kauf von 35 Leopard-2-Panzern und dem Lizenz-Nachbau von 345 weiteren Panzern in der Schweiz genommen. Die Vertretung der Kantone, der Ständerat, hatte bereits am 3. Oktober der Vorlage zugestimmt.

Die neuen Panzer können damit bereits Anfang statt erst Ende der neunziger Jahre bei den Truppen sein. Für ihre Beschaffung und Munition sind Ausgaben in Höhe von 3,365 Milliarden Schweizer Franken (rund vier Milliarden Mark) vorgesehen. Die Beteiligung der Schweizer Industrie am Leopard-Geschäft soll nach Angaben der Regierung 65 Prozent der Beschaffungssumme betragen. Die Beschaffung der Leopard-2-Panzer ist das bisher größte Rüstungsgeschäft in der Geschichte der Schweiz.

Abgastest zu allen Jahreszeiten

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Was weltweit noch nie wissenschaftlich gemessen wurde, der Ausstoß von Abgasen in Kraftfahrzeug-Kolonnen, wird in den Großversuch „Tempo 100" einbezogen, der in wenigen Tagen beginnt. Im Verlauf dieses Versuchs sollen 200 fabrikneue Autos auf 18 Teststrecken 600 000 Kilometer zurücklegen. Das kündigte Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann an, als gestern der modernste Abgasprüfstand der Technischen Überwachungsvereine (TÜV) in München in Betrieb genommen wurde.

Ein TÜV-Sprecher versicherte gestern der WELT, der Vertrag über den Großversuch, der zwischen dem Bundesverkehrsministerium und den Technischen Überwachungsvereinen mit einem Kostenaufwand von über 14 Millionen Mark abgeschlossen werden soll, stehe unmittelbar vor der Unterzeichnung.

Innerhalb der elf vorgesehenen „Testmonate" soll das Fahrverhalten von Autos aller Typen in allen Jahreszeiten überprüft werden. Eben diese von den Klimaverhältnissen abhängigen Besonderheiten können auf den jetzt vorhandenen vier Abgasprüfanlagen der Überwachungsvereine von Bayern, Rheinland-Westfalen in Essen und Rheinland in Köln sowie Hannover nicht in die Prüfung einbezogen werden.

Zu den Autobahnstrecken, die von Experten des Bundes und der Länder festgelegt wurden und auf denen Testfahrer entweder auf bestimmten Entfernungen „normales" Fahrverhalten beachten oder sich an Tempo 100 halten sollen, gehören auch die Abschnitte Nürnberg–Würzburg und Ulm–München. Auf den Prüfständen der TÜVs werden die mit Fahrtenschreibern fixierten Touren dann simuliert und die Abgaswerte ermittelt.

Wolfgang Kling, stellvertretender Vorsitzender der Geschäftsführung des TÜV Bayern: „Bei uns in München sind alle derzeit in der Welt bekannten Meßzyklen gespeichert – neben denen der Europäischen Gemeinschaft (EG) die von Japan, der USA und einzelner europäischer Länder". Die EG-Vorschrift verlangt zum Beispiel, daß Abgase zu Prüfzwecken nicht unmittelbar am Auspuff in einen Beutel abgefangen werden, sondern daß zur besseren und realistischeren Untersuchung eine Mischung mit bis zu 13 Teilen „Raumluft" am Prüfort gemessen wird.

Im November 1985 sollen die Ergebnisse des Großversuchs als Grundlage für Geschwindigkeitsfestsetzungen auf deutschen Straßen dienen.

Unter Hinweis auf die Umstellung auf bleifreies Benzin in der Bundesrepublik Deutschland sagte Zimmermann, er halte nichts von unterschiedlichen Abfüllstutzen am Kraftfahrzeug für unterschiedliche Benzine, da ohnehin „in einigen Jahren" nur noch bleifrei gefahren werde. Ende 1985 werde es dafür 1000 Tankstellen geben, ein Jahr später 2000.

G

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Reagans Modell

Von Thomas Kielinger

Wenige Tage vor der amerikanischen Wahl wurde ein Industriearbeiter in Kalifornien vor dem Fernsehen befragt, ob er nicht wisse, daß unter den vier Jahren Reagan-Regierung Kapital umverteilt worden sei: 25 Milliarden Dollar, die in die höheren Regionen von Besitz und Investition umdirigiert wurden, qua Steuerreform. Und: wen er zu wählen gedenke.

Natürlich Ronald Reagan, sagte der Mann. Erstens habe er einen Job. Und zweitens hoffe er, irgendwann einmal selber in die höheren Einkommen aufsteigen zu können.

Der Satz stellt ein klassisches Bekenntnis des amerikanischen Mittelstandes dar – und eine klassische Erklärung, wie sich in modernen Industriegesellschaften Produktivkräfte und Unternehmergeist freisetzen lassen, ohne daß gleichzeitig der Geist des Neides aus der Flasche entfleucht. Zwei Voraussetzungen dafür hat die Reagan-Administration erbracht: Sie hat in den zwei Jahren seit der letzten Rezession zweieinhalb Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen; der Trend hält trotz Abflachung des Aufschwungs an. Und sie hat die Steuerindexierung durchgesetzt, das heißt, sie hat der leidigen Progression durch Inflation („bracket creep") ein Ende bereitet.

Die Arbeitnehmer – auch das gehört zu einem Sozialpakt – haben ihrerseits Abstriche gemacht: Neue Jobs finden sich vornehmlich im (schlechter bezahlten) Dienstleistungsgewerbe, und manche der alten Arbeitsplätze in den Basisindustrien waren nur unter Einkommenseinbußen zu halten.

Eine Lehre für die deutsche Diskussion um „Verteilungsgerechtigkeit"? Durchaus. Gerechtigkeit kann nicht bedeuten, daß alle gleich mißmutig und einsatzunfroh werden. Wer Symmetrie *nur* als Umverteilungsaufgabe ansieht statt als Ausgleich zwischen politischem Instrumentarium und erhoffter Produktivitätswirkung, verschenkt die Chance der Politik: Mit dem Anreiz neuer Arbeits- und damit Aufstiegsmöglichkeiten das wohlfahrtsstaatliche Abhängigkeitssyndrom zu durchbrechen. Denn nur mit der Aussicht auf Leistung, die sich lohnt, statt weggesteuert zu werden, wird dem Bürger das lebenswichtige Gefühl der Eigenverantwortung zurückgeschenkt.

Jugend und DGB

Von Enno v. Loewenstern

Im DGB denkt man darüber nach, daß die Gewerkschaften einen Mitgliederschwund (1982–1983) von 1,3 Prozent haben, bei den jungen Menschen bis 25 aber von vier Prozent. DGB-Jugendsekretär Westermann hat eine Erklärung: Skandale wie der um die Neue Heimat kosteten „Glaubwürdigkeit".

Zu seiner Ehre sei es gesagt, daß er auch andere Ursachen sieht. Etwa, daß die Jugend die Gewerkschaften mehr als Überredung denn als Überzeugung erfährt: „Hauptsache, Mitglied – egal, wie und warum"; daß sie sich „eher ausgeliefert denn als aktiver einflußnehmender Bestandteil" fühlt.

So werden von anderen Jugendsekretären Einfälle präsentiert, wie man den gelangweilten Nachwuchs unter die Fahne holen könnte: „Mehr Berufsschularbeit, betriebsbezogene Stammtisch- und Stadtteilarbeit, auch zusammen mit Ausländern". Oder eine „Fahrradstafette" durch die Bundesrepublik, um für eine atomwaffenfreie Zone Mitteleuropa zu werben.

Toll. Da weiß man, wofür man Beitrag zahlt – damit man Funktionäre am Stammtisch hat oder mit ihnen radeln darf.

Man geht zur Gewerkschaft, damit man bessere Chancen hat: mehr Lohn und sicheren Arbeitsplatz vor allem; vielleicht gute Beratung, Hilfe zu besserer Ausbildung. Hat man das, so verzichtet man nicht darauf, weil ein Herr Vietor sich eher gemein als gemeinwirtschaftlich verhielt. Hat man das nicht, dann halten einen auch keine Mätzchen, schon gar nicht solche, die ohnehin nur eine Minderheit interessieren.

Der DGB muß sich fragen, wieviel er zu Zynismus seines Nachwuchses beigetragen hat durch zynische Politik: sinnlose Streiks um einer Machtfrage willen; Rücksichtslosigkeit gegenüber Arbeitslosen zugunsten von Arbeitsbesitzern; Aufkommen eines in Soziologie-Seminaren rekrutierten Funktinärsklüngels in den mittleren Etagen, der Schwielen nicht an den Händen, sondern am Gesäß hat, der sich nicht für die arbeitenden Menschen, sondern für ideologische Umtriebigkeit zuständig fühlt. Der DGB muß sich auch danach fragen, wie viele seiner Funktionäre durch Leistungsverteufelung und Systemkritik eine Einstellung förderten, die das Manna vom Himmel erwartet und auch keinen Anlaß sieht, dazu durch Mitgliedsbeiträge beizutragen. Radstafetten? Radfahrer sehen sie genug. Sie wollen Arbeitnehmerpolitik sehen.

Klassenkämpfers Zorn

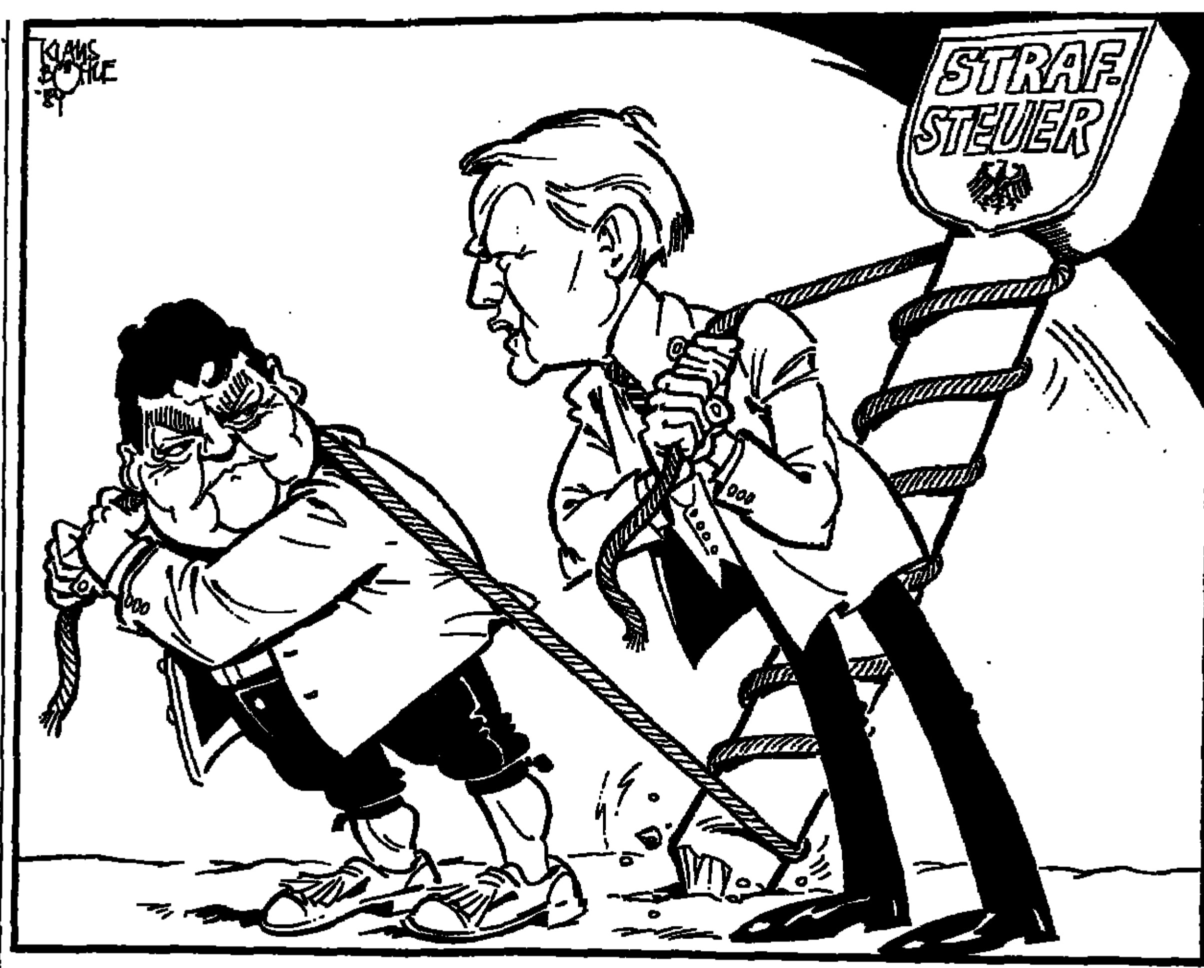
Von Carl Gustaf Ströhm

Es entspricht dem dichotomischen und manichäischen Weltbild der Sowjets, überall dort, wo sie nicht bedingungslose Unterordnung finden, Verschwörung, Verrat und finstere Umtriebe zu wittern. So ist es nicht verwunderlich, daß die „Prawda" sich Papst Johannes Paul II. – dem Polen auf dem Stuhl Petri – vornimmt. Dieser Papst, so lesen wir, habe sich gegen den Marxismus-Leninismus „verschworen" und stehe mit den Amerikanern im Bunde. Er benutze eine „religiöse Tarnung" für die Unterstützung imperialistischer Politik. Aktueller Anlaß ist die Tatsache, daß der Papst die „Theologie der Befreiung" verurteilt, die ja praktisch die Unterstützung einer besonders krassen Form des Imperialismus ist.

Es stellt für die „Prawda" keinen Trost und erst recht keinen mildernden Umstand dar, daß Johannes Paul II. nicht nur im Kommunismus, sondern auch im Kapitalismus gewisse „soziale Sünden" erkennt. Wer ein so verzerrtes Weltbild hat wie die sowjetischen Kommunisten, der kann sich mit subtilen Unterscheidungen nicht abgeben.

Für die Sowjets ist der „Rechtsruck" des Vatikans um so schmerzlicher, als der Papst mitten in diese Polemik hinein durch eine neuerliche Erklärung, diesmal eine ausdrückliche Verurteilung des „Klassenkampfes", seine Unbeirrbarkeit belegt. Dazu die Verurteilung der (von den Kommunisten mit Vorliebe gepflegten) Bildung von „festen Fronten zwischen den Blöcken und Nationen" sowie „innerhalb der Nationen".

Es ist fraglich, ob die Redakteure der „Prawda" und ihre „Hintermänner" (um ausnahmsweise im Bolschewistenjargon zu bleiben) überhaupt wissen, was die menschliche Seele ist. Sie ordnen Theologie und Kirche, Papst und Geistlichkeit in ihr schlichtes Freund-Feind-Schema ein: Wer nicht dem Marxismus-Leninismus huldigt und sich nicht als nützlicher Idiot benutzen läßt, der ist eben ein Finsterling und steht im Dienste ebenso geheimnisvoller wie bösartiger reaktionärer Kräfte. Die Russen, so sagte einmal ein kluger Mann, wollen keinen polnischen, sondern, wenn schon, einen italienischen Papst.



„Wir hebeln doch am selben Strang – oder?" KLAUS BÖHLE

Der Verteiler der Nation

Von Wilfried Hertz-Eichenrode

Im öffentlichen Palaver der unendlich wiedergekäuten Argumente mal eine erfrischende Meinung zu hören bereitet Vergnügen. Und das um so mehr, je kräftiger das Herzerfrischende mit Temperament gewürzt wird. Vom Präsidenten des Bundesverfassungsgerichtes, Wolfgang Zeidler, weiß man, daß er zu solchen Soli fähig ist. Gern möchte man auch sein „Spiegel"-Gespräch als Ausbruch seines Temperaments genießen. Doch bei genauer Lektüre kommen einem Zweifel. Das liest sich eher wie ein gezielter Schuß auf die in Bonn.

So meint Zeidler, die Botschaft, die das Bundesverfassungsgericht mit seiner Rechtsprechung zum Steuerrecht aussende, sei in Bonn wohl noch gar nicht angekommen. Die Steuerreformpläne seien weitgehend auf Sand gebaut. Das Steuersystem werde „zunehmend weniger" dem verfassungsmäßigen Sozialstaatsprinzip gerecht. Und das Steuerrecht werde immer rückständiger, immer weniger innovationsfähig und damit immer ungerechter. Zeidler merkt an: „Wo die Möglichkeit zur Reform fehlt, wird Revolution legitim."

Aus dem Munde des Verfassungsgerichtspräsidenten ist das eine höchst ungewöhnliche Sprache. Treibt Zeidler die Sorge um, der Bundesfinanzminister und mit ihm Kanzler und Koalition verbiesterten sich mit ihrer Steuerreform in einer Sackgasse? Man könnte es aus seiner ins Allgemeine gewendeten Bemerkung schließen, die „Häupter des politischen Betriebes" sähen einfach nicht, daß sie „mit Sicherheit ins offene Messer laufen", daß sie Gesetze entwürfen, die zu nichts anderem führen könnten „als dazu, daß sie für verfassungswidrig erklärt werden".

Wenn der Präsident des Bundesverfassungsgerichts zu dem Urteil gekommen sein sollte, die Bonner Regierung und Koalition seien in solchem Maße von Verfassungsignoranz befallen, daß er das Wort „Revolution" in den Mund nehmen müsse, dann wäre er besser in die Bundeshauptstadt gefahren, um mit dem Bundeskanzler unter vier Augen ein ernstes Wort zu reden. Davon hätte er sich eher die gewünschte Wirkung versprechen können, als von seinem öffentlichen Böllerschuß. Oder ist Zeidler schon so weit, zu glauben, bei Kohl und Stoltenberg seien längst Hopfen und Malz verloren?

Prüfen wir also, was der Präsident des höchsten Gerichts für geboten hält. Er sagt, da werde immer von den Besserverdienenden geredet, aber es gehe zunächst einmal um die steuerliche Behandlung der Schlechterverdienenden und darum, „daß Milliarden-Beträge umgeschichtet werden müssen". Er führt zu Recht die deklassierte „Familienfrau" an, sieht die Betreuung der Kinder im Steuerrecht grob vernachlässigt, er meint, unser Steuerrecht sei zwar sehr ehefreundlich, aber ausgesprochen familienfeindlich. Unser Staatswesen verfüge nicht einmal über den Verstand eines Wolfsrudels, das die Aufzucht des Nachwuchses für die vorrangige Aufgabe halte. Gut gebellt, kann man da nur sagen.

Weiter: Zeidler meint, Steuerrecht, Sozialrecht und Familienrecht sollten nicht länger im „Kästchendenken" isoliert, sondern in ihrem Zusammenwirken gesehen werden. Das könnte in der Tat ein Reformprogramm gerade einer unionsgeführten Bundesregierung sein, vorausgesetzt, Richtgröße wäre die normale Familie und nicht die zerbrochene oder erst gar nicht zustande gekommene, wie es Zeidler vorzuschweben scheint. Der Präsident des Bundesverfassungsgerichts macht sich über eine „Negativsteuer" Gedanken und vollzieht damit nach, was seit Jahren auch in anderen Köpfen umgeht. Natürlich hat er auch recht, wenn er einmal mehr das Beispiel bringt, es sei ein Unding, daß jemand – aus welchen Gründen immer – im Jahr 27 960 DM Sozialhilfe beziehen könne, während einer, der arbeite und den gleichen Betrag verdiene, davon im Jahr 2638 DM Lohnsteuer bezahlen müsse. Über all das kann man in der Sache reden.



Richterliche Zurückhaltung oder Temperament: Zeidler FOTO: JUPP DARCHINGER

Doch dann kommt's, und zwar knüppeldick. Um Milliarden-Beträge umschichten zu können, entdeckt Zeidler „fast unerschöpfliche Goldadern", ja „ganze Goldberge". Er will an die Subventionen und Steuervergünstigungen herangehen – gut; aber dann beschwört Zeidler ausgerechnet Jochen Steffens Geist: Der Spitzensteuersatz von 56 Prozent sei nicht mit ehernen Lettern geschrieben! Wie war das doch auf dem sogenannten Steuerparteitag der SPD anno 1971? Da wollte Steffen den Spitzensteuersatz auf 60 Prozent heraufschrauben und gab die sprichwörtlich gewordene Parole aus, man müsse die Belastbarkeit der Wirtschaft erproben. Karl Schiller, damals in Amt und Würden, stieß den ebenfalls sprichwörtlich gewordenen Ruf aus: „Die wollen ja eine andere Republik." Er riet den Genossen, die Tassen im Schrank zu lassen. Holt jetzt ausgerechnet der Präsident des Bundesverfassungsgerichts die Tassen aus dem Schrank?

Zeidlers nächstes Patentrezept: Da der Staat darauf verzichte, Haus- und Grundbesitz nach dem Verkehrswert zu besteuern, werde „das materielle Prinzip der Steuergerechtigkeit in solchem Maße mißachtet, daß seit 1948 von Einnahmeverzichten des Staates in Höhe von mehreren 100 Milliarden Mark ausgegangen werden kann, wahrscheinlich mehr, als heute die gesamte Verschuldung aller öffentlichen Hände beträgt". Diese Weisheit scheint Zeidler irgendeinem alten Juso-Programm entlehnt zu haben. Das mindeste, was man ihn fragen muß, ist: Meinte er, als er von „Revolution" sprach, vielleicht einen Poujadisten-Aufstand? Will er die vielen „kleine Leuten", deren ganzer Stolz und sichtbare Lebensleistung das eigene Häuschen ist, auf die Barrikaden treiben?

Bei allem Respekt vor seinem hohen Amt möchte man Wolfgang Zeidler die Mahnung seines ehemaligen Richterkollegen Martin Hirsch in Erinnerung rufen, die Herren in der roten Robe sollten mehr Zurückhaltung üben. Der Präsident des Bundesverfassungsgerichts bringt sich um alles Vertrauen, wenn er sich dem Verdacht aussetzt, er orientiere sich mehr an einer verteilungssüchtigen Ideologie als an den Gesetzen.

IM GESPRÄCH Fernando Cardenal

Zum Tempel hinaus

Von Werner Thomas

Am 19. Juli dieses Jahres wurde bei den Feiern zum fünften Jahrestag der sandinistischen Revolution auf dem Platz „Comandante Carlos Fonseca" eine Abstimmung veranstaltet: Junta-Chef Daniel Ortega präsentierte den designierten Erziehungsminister Fernando Cardenal mit der Frage: „Seid ihr mit dieser Ernennung einverstanden?" Die Menge antwortete „si" und skandierte „Poder popular", alle Macht dem Volk. Cardenal bedankte sich strahlend für die Ovationen.

Das Ereignis hatte jetzt ein Nachspiel: Der Jesuiten-Pater wurde von seinem Orden ausgeschlossen. Zum ersten Mal bestrafte Rom das revolutionäre Engagement nicaraguanischer Priester mit einer drastischen Maßnahme.



Den Papst herausgefordert: Fernando Cardenal FOTO: CAMERA PRESS

Fernando Cardenal (54) ist der einflußreichste Priester in Regierungsdiensten. Einflußreicher als sein älterer und international bekannterer Bruder Ernesto, der Kulturminister, als Außenminister Miguel d'Escoto oder Edgar Parrales, früher Sozialminister, heute Managuas Botschafter bei der Organisation Amerikanischer Staaten in Washington.

Der überzeugte Marxist erfüllte von Anfang an ideologische Aufgaben. Er organisierte die Alphabetisierungskampagne in der ersten Hälfte des Jahres 1980, die auch Klassenkampf-Parolen lehrte. Er kümmerte sich anschließend um den Aufbau des sandinistischen Jugendverbandes und ließ sich dabei von FDJ-Funktionären beraten. Im Sommer dieses Jahres, als der Erziehungsminister, der studierte Pädagoge Carlos Tuennermann, Änderungswünsche äußerte, wurde Cardenal das Erziehungsministerium angeboten – ein Schlüsselressort.

Cardenal akzeptierte, obgleich er von seinem Ordensgeneral Hans Kolvenbach, einem Holländer, gewarnt worden war. Seit der Machtübernahme der Sandinisten vor fünfeinhalb Jahren schwelt der Konflikt zwischen der linken Volkskirche und der Amtskirche, hinter der der Vatikan steht. Immer wieder widersetzten sich die geistlichen Minister dem Wunsch der Bischöfe und des Papstes, ihre weltlichen Ämter aufzugeben. Sie fühlen sich „der Revolution verpflichtet", betonen sie. Sie erklärten sich lediglich einverstanden, ihre priesterlichen Funktionen nicht auszuüben, solange sie ihre politischen Posten haben.

Der Papst, der im März 1983 in Managua den Konflikt persönlich kennenlernte, als ihn sandinistische Aktivisten, unter ihnen Ernesto Cardenal, bei einer Messe mit „alle Macht dem Volk"-Rufen niederschrien, empfand Fernandos Ernennung als „neue Provokation" – so Erzbischof Miguel Obando y Bravo damals. Diese Erklärung signalisierte, daß Rom diesmal nicht schweigen würde. Zudem deuten Vatikan-Kreise an, daß über Fernando Cardenal und die anderen drei Priester noch nicht das letzte Wort gesprochen ist. Weitere Schritte seien den Bischöfen Nicaraguas vorbehalten, hieß es.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

AUGSBURGER ALLGEMEINE

Sie bemerkt zum Thema Flick-Spenden nach Spanien:

Vor einem spanischen Untersuchungsausschuß schwor Wischnewski am Montag Stein und Bein, niemals Geld nach Spanien gebracht zu haben, schon gar nicht Flick-Millionen. Sein Parteifreund Peter Struck bedauerte, mißverstanden worden zu sein, denn von ihm stammt die Erklärung, die SPD habe ihre Flick-Millionen nicht in die eigene Tasche gesteckt, sondern den spanischen Sozialisten zukommen lassen, via Wischnewski ... Wischnewski und Struck mußten als Entlastungszeugen auftreten. Was ihnen offenbar umso leichter fiel, als Geld bekanntlich nicht stinkt und Flick nur auf nachgemachten Geldscheinen der Grünen figuriert. Bliebe nur zu fragen: Wo sind denn die vier Flick-Millionen geblieben?

Rhein-Zeitung

Das Koblenzer Blatt äußert sich zur Zwangsanleihe:

Der Bonner Regierung trauen manche Leute einfach alles zu. Zum Beispiel auch den Ersatz für die verfassungswidrige Zwangsanleihe ... Frage: sollen die Leute, die beispielsweise als Freiberufler keine 40-Stunden-Woche kennen, die auf tarifliches Sicherheitsnetz verzichten, die schaffen oder schuften, bestraft werden, weil sie sich in ihrem Beruf engagieren?



NEUE OZ OSNABRÜCKER ZEITUNG

Zu den Äußerungen Howes heißt es hier:

So scharf wie der britische Außenminister Howe hat bisher kein Verbündeter die Revanchismusvorwürfe des Ostens gegen die Bundesrepublik zurückgewiesen. Seine Reaktion hatte nichts gemein mit den kühlen Routineerklärungen, wie sie Bonn gewöhnt ist. Der Vorwurf einer „grotesken, unglaublichen Verzerrung" an die Adresse Moskaus und die demonstrative Bestätigung der Friedenspolitik Bonns wirkten wie ein kräftiges Gewitter, das die Atmosphäre reinigen kann. Es ist gut, wenn die Sowjets so deutlich spüren, daß die Westdeutschen nicht im Regen der Diffamierungskampagne stehengelassen werden.

LES ECHOS

Zum Kampf polnischer Schüler um die Kruzifixe in ihren Schulräumen und zur Popieluszko-Affäre schreibt die Pariser Wirtschaftszeitung:

Die polnischen Bischöfe haben sich diesmal voll und ganz hinter die Schüler von Wloszczowa gestellt, die ihre Schule besetzen, um gegen die Entfernung der Kruzifixe aus den Klassenzimmern zu protestieren ... Sie sind nämlich davon überzeugt, daß die höchsten staatlichen Stellen an dem Mord des Priesters Jerzy Popieluszko durch Agenten der Geheimpolizei beteiligt sind, und sie wollen nicht der Propaganda Glauben schenken, derzufolge die Verantwortung bei einer mit der Führungsmannschaft rivalisierenden Gruppe liege. Man hatte Säuberungen unter den Anhängern einer „harten" Linie angekündigt. Doch nichts geschah, um diese guten Absichten in die Tat umzusetzen. Im Gegenteil, die Einschüchterungsversuche gegenüber den Priestern mehren sich und die Kruzifix-Affäre beweist, daß man von einem historischen Kompromiß zwischen der Kirche und dem kommunistischen Regime weiter entfernt ist als je zuvor.

Wie wäre es mit Sonderschulen anders herum?

Wenn der Staat seine Pflicht zur Begabtenförderung versäumt / Von Monika Weichert-v. Hassel

Die klassischen Revolutionen wurden und werden so inszeniert, daß sie schnell, meist blutig und mit solchen Allgemeinwirkungen über die Bühne gehen, daß die Leute in den Logenplätzen ebenso Betroffene sind wie die Stehplatzinhaber. Die gesellschaftliche Revolution in der Bundesrepublik Deutschland zwischen 1969/72 und 1982 lief nicht als Bühnendrama, das am nächsten Morgen im In- und Ausland zu rezensieren gewesen wäre. Vielmehr fädelte sie sich mit der Hartnäckigkeit der Gartenwinde durch das Gewachsene und verletzte dessen Wurzeln. Nun reibt sich mancher die Augen über dieses neue Grün.

Das staatsphilosophische Vermächtnis der französischen Revolution und des Zeitalters der Aufklärung wurde nicht veredelt, sondern pervertiert. Schnell wird suspekt, wer sich der Früchte seiner Leistung zu freuen wagt. Die emotionelle Aufladung der breit geführten Diskussion über das Reizwort „Elite" zeigt den Grad der Begriffsverwirrung.

Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit – keiner der drei Kernbegriffe von 1789 wird bei uns so korrumpiert wie der Begriff der „Gleichheit". Natürlich sind alle Menschen „gleich": in ihrer Menschenwürde, in deren Unantastbarkeit. Und nichts anderes lehrt der christliche Glaube, als daß jeder für sich vor Gott den gleichen „Wert" habe.

Was aber bedeutet dann „Elite"? Vor Genscher war es wohl zuletzt der damalige Innenminister Gerhard Schröder, der sich Anfang 1955 (!) in einer Rede in der Evangelischen Akademie Bad Boll über „Elitebildung und Soziale Verpflichtung" mit einem Bekenntnis zur „Elite" im demokratischen Staatswesen hervortat.

Schröder unterschied sie ausdrücklich von den Führungscliquen in totalitären Staaten. Er sagte: „Es zeigt sich ..., daß die Frage der Elitebildung in der demokratischen Ordnung ... auf ein Erziehungsproblem hinausläuft."

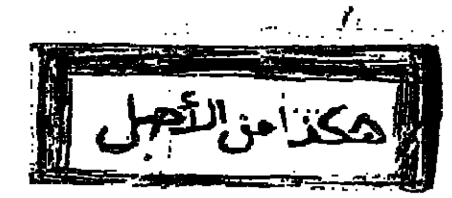
Ohne Elitebildung sei der demokratische Staat von der ständigen Gefahr bedroht, der Tyrannei zu verfallen. „Gerade weil es keine als Elite sich anbietende privilegierte Schicht geben kann, bedarf sie (die Demokratie) mehr als jedes andere Staatsgebilde der Leitung und des Vorbildes von Menschen, die trotz hervorragender Befähigung nicht besondere Vorrechte beanspruchen, sondern sich in erster Linie durch ihr Verpflichtungsbewußtsein auszeichnen."

Unter „Elite" soll also jene Gruppe verstanden werden, die nicht durch Geburt oder Geld, sondern durch eigene Leistung in Führungsfunktionen gelangt und im Falle persönlichen Versagens diese Funktionen wieder abgibt.

Nun genügt es aber nicht, erst im Hochschulbereich mit der Auslese und Förderung künftiger Eliten zu beginnen. Pädagogisch gesehen, ist die Auslese sogar zum Zeitpunkt der Beendigung der Grundschule bereits sehr spät. Doch ist eine in diesem Alter auf Differenzierung in Haupt-, Real- und Oberschule angelegte Pädagogik sinnvoller als diejenige der integrierten Gesamtschule oder der niedersächsischen Erprobungsstufe, welche die Hochbegabten zur Zeitverschwendung zwingt. Spitzenbegabungen – das ist pädagogische Erkenntnis – sind bereits im Vorschulalter soweit herauskristallisiert, daß man sie im Testverfahren „greifen" kann. Solche Tests werden gegenwärtig angewandt, allerdings nicht, um Spitzenbegabungen zu ermitteln, sondern um – sechs Wochen nach Beginn des Grundschulbesuches – Minderbegabungen zu ermitteln, die gegebenenfalls auf Sonderschulen gefördert werden.

Das Recht des einzelnen, seinen Anlagen gemäß gefördert zu werden, ist in unserer Gesellschaft weitestgehend verwirklicht für alle Defizit-Fälle. Wo hingegen die individuellen Anlagen nicht defizitär, sondern überschießend sind, bleibt das Individuum allein. Auch hier ist die Finanzpolitik ein Stück solcher Gesellschaftspolitik: Die Aufwendungen zum Ausgleich medizinisch und sozial anerkannter Defizite sind steuerlich absetzbar, die Ausgaben zur Förderung besonderer Begabungen nicht. Die Sozialpflichtigkeit des Eigentums aber muß auch für das geistige Eigentum gelten. Darüber ist zu wenig nachgedacht worden. Eine Gesellschaft, die es sich durch Gesetzgebung selber nicht gönnt, die in ihr schlummernden besonderen Begabungen zum Nutzen des Gemeinwohls frühestmöglich und optimal heranzubilden, betrügt sich um die Zukunft.

Zwei Prozent eines Geburtsjahrganges können nach dem Maßstab der üblichen Intelligenztests als hochbegabt eingestuft werden. Auch dies ist gesicherte pädagogische Erkenntnis. Sowohl der Staat in Gestalt von Ländern und Kommunen als auch die verschreckten privaten, sprich: wirtschaftlichen, Mäzene sollten darüber nachdenken, in Zusammenarbeit mit Erziehungswissenschaftlern Modellversuche mit Grundschulen für Hochbegabte zu beginnen, die nach dem Muster der Sonderschulen für Minderbegabte zu organisieren wären. Eben: Sonderschulen anders herum.







Ein Bentley und seine Legende gehen nach Amerika

Mehr als eine Million Mark erbrachte bei Sotheby's in London ein Bentley, der Automobilgeschichte geschrieben hat.

Von PETER MICHALSKI

Verkauft für 246 000 Pfund an den Gentleman am Telefon", lächelt Auktionator Malcolm Barber und donnert das Elfenbein-Hämmerchen zufrieden auf sein Eichenpult. In der Exerzierhalle des 249 Jahre alten Zeughauses der „ehrenwerten Artillerie-Compagnie" rührten sich mehr als tausend Händepaare zu spontanem Applaus.

Das Versteigerungshaus Sotheby's (gegr. 1744) hatte zum Oldtimer-Verkauf an der Londoner City Road gerufen, und die Automobil-Fans kamen – aus Deutschland und Amerika, aus England und Japan, aus Frankreich und einem halben Dutzend anderer Länder. Und zumindest die Deutschen, die Engländer und die Amerikaner können zufrieden sein.

Die Deutschen, weil der teuerste Gebrauchtwagen aller Zeiten immer noch ein Mercedes ist. Den Rekordpreis erbrachte im Februar 1979 in Los Angeles ein 1936er Kabrio vom Modell 540 aus der Cohn-Sammlung: Ein Anrufer aus Monaco erhielt damals den Zuschlag bei 421 040 Dollar. Das waren nach damaligem Kurs 1 095 000 Mark, nach heutigem gar 1,29 Millionen.

Die Engländer jubeln, weil dank der Devisenkurs-Entwicklung der letzten Jahre seit Montag abend ein britisches Mobil zumindest den höchsten Sterling-Preis der Welt für sich in Anspruch nehmen kann, eben jener grüne 246 000-Pfund-Bentley für den Mann am Telefon. Der neue Besitzer muß außerdem noch zehn Prozent Käuferprovision hinblättern, macht summa summarum 270 600 Pfund – verglichen mit 210 520 Pfund zum seinerzeitigen Kurs für den Mercedes – oder 1 010 691 Mark.

Und die Amerikaner können lachen, weil das 54 Jahre alte Superauto, ein 6,6-Liter-Sechszylinder mit einer Leistung von 37,2 PS, demnächst in Kalifornien zu bestaunen ist. Der „Gentleman am Telefon" war nämlich ein transatlantischer Anrufer, ein auf Namenlosigkeit bestehender Privatsammler, der seinen historischen Fuhrpark bei Candy Store in der Nähe von San Francisco zur Schau stellt.

Der Amerikaner und ein ebenfalls ungenannter Anrufer aus Paris lieferten sich fast fünf Minuten lang eine atemberaubende „Saalschlacht" um den Bentley. Sie wurde von dem bärtigen Auktionator im Smoking mit der Mitteilung eröffnet: „Sieben Gebote für 80 000 Pfund liegen mir bereits vor. Wer bietet mehr?"

Das zweitürige und zweisitzige Coupé ist ein legendäres Fahrzeug in der britischen Automobil-Geschichte. Im März 1931 gewann es eine spektakuläre Wettfahrt mit dem berühmten „Train Bleu" Monte Carlo–London.

Es war damals fast wie bei Phileas Fogg und seiner Wette, es „in 80 Tagen um die Welt" zu schaffen. Joel Barnato, genannt „Baby", galt als der beste Werksfahrer bei Bentley. Mit zwei Jahren bereits Multimillionär und später fast 20 Jahre lang Bentley-Direktor, hatte er auf einem gleichen Modell das 24-Stunden-Rennen von Le Mans im Jahre 1929 und 1930 gewonnen. An jenem Märztag 1931 verabschiedete er einen zugreisenden Freund mit den Worten: „Wetten, daß ich per Auto England erreiche, bevor du mit deinem 'Blauen Zug' in Calais eintrudelst?"

Es ging nicht so sehr um die hundert Pfund als vielmehr um die guten Namen Barnato und Bentley. Die Wettfahrt war bis aufs i-Tüpfelchen geplant. In Aix-En-Provence wurde noch einmal aufgetankt. In Lyon blieb eine Tankstelle eigens für ihn bis in die Nacht geöffnet. Und in Auxerre hatte er sich auf offener Straße mit einem Tanklaster verabredet. 10:30 Uhr Eintreffen im Kanalhafen Boulogne. 11:30 Uhr Abfahrt der Fähre. Um 15:20 UKhr rollte der Bentley über eine Londoner Themse-Brücke, vier Minuten vor der planmäßigen Ankunft des „Train Bleu" in Calais: Barnato hatte den Zug um mehr als vier Stunden geschlagen.

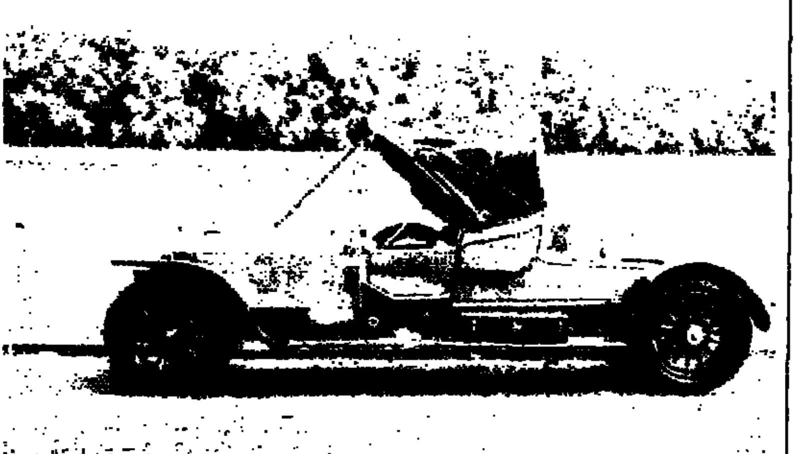
Die 63jährige Tochter des Teufelsfahrers, die bis vor fünf Jahren selbst oft am Steuer des Bentley gesessen hatte, strahlte nun neben dem Auktionators-Podium: „Joel wäre begeistert, wenn er wüßte, wieviel jemandem dieses Auto heute wert ist."

Weniger Begeisterung über den Verlauf des Abends empfand ein in Köln lebender britischer Geschäftsmann. Sein wunderschön restaurierter Kompressor-Mercedes 540 K, ein silbernes, 1937 an den steinreichen Maharadscha von Inore ausgeliefertes Kabrio mit Rechtslenkung, blauen Ledersitzen und blauem Faltverdeck, schaukelte sich „nur" bis 654 000 Mark hoch. Das war weniger als der erhoffte Preis, und der Wagen wurde zurückgezogen.

Der Mercedes war der einzige „Ladenhüter" des Abends, an dem 14 Oldtimer, ein Motorrad und vier Kutschen aus dem Marstall des schwedischen Hofes binnen 45 Minuten mehr als 2,8 Millionen Mark erbrachten. Ein 73 Jahre alter Rolls-Royce aus dem Besitz des Herzogs von Buccleuch ging für 287 595 Mark weg. Zusammen mit der nachgebauten Karosserie erstand der englische Privatkäufer einen Heckkorb, in dem der Herzog seine Heißluftballons zu verstauen pflegte, und einen aufs Trittbrett montierten Picknick-Kasten mit Besteck aus Massivsilber, versilberten Schüsseln und Geschirr aus erlesenem Porzellan. (SAD)



Für rund 1 010 00 Mark ging dieser Bentley von 1930 nach USA FOTOS: SOTHEBY'S



Dieser Rolls-Royce aus dem Jahre 1911 erzielte „nur" 287 000 Mark



654 000 Mark waren dem Besitzer des Mercedes 540 K (1957) zu wenig

Geht es den Hausbesitzern zu gut?

Der Vorwurf, sie hätten Milliarden Mark Steuern zuwenig gezahlt, erregt die Hausbesitzer. Erhoben hat ihn der Präsident des Bundesverfassungsgerichts. Sind die Häuslebauer im Besitz einer Goldgrube, die der Staat auszubeuten sich weigert oder zu feige ist?

Von PETER GILLIES

Wolfgang Zeidler, der höchste Verfassungsrichter, hatte in einem „Spiegel"-Interview von einer „ungeheuren Bevorzugung teils des Grundeigentums, teils aber auch der Gewinne, die aus dem Handel mit Grundstücken fließen", gesprochen. Er plädierte dafür, die heutigen Einheitswerte, nach denen Grundbesitz besteuert wird (dreifach durch Grund-, Vermögen- und Erbschaftsteuer), durch die höheren Verkehrswerte abzulösen.

In der Tat liegt hier ein Problem, an dem sich schon mehrere Bundestage und alle Parteien versucht haben: die Aktualisierung der Einheitswerte. Eigentlich sollten die Werte alle drei Jahre festgestellt werden, aber die Finanzbehörden sind damit überfordert, denn sie müssen für jedes Objekt komplizierte Berechnungen anstellen. Im Grunde stammen die Werte aus dem Jahre 1964, sind 1974 mit einem 40prozentigen Zuschlag erhöht worden und nach dem Willen des Gesetzgebers schon längst wieder korrekturbedürftig.

Um wieviel liegen nun die steuerlichen Einheitswerte unter den von Zeidler geforderten Verkehrswerten? Friedrich-Adolf Jahn, parlamentarischer Staatssekretär im Bundesbauministerium, meinte gestern, bei unbebauten Grundstücken betrügen die Einheitswerte etwa ein Zehntel der Verkehrswerte, bei bebauten Grundstücken entsprächen sie einem Fünftel bis einer Hälfte der Verkehrswerte. Indes sei die Besteuerung vor allem eine politische Frage, meinte Jahn. Und diese Regierung wolle vor allem den breiten und einkommensschwachen Schichten den Einstieg in das Eigentum eröffnen – auch durch niedrige Steuern.

Die Hausbesitzerverbände sind über die Darstellung Zeidlers aufgebracht. Seine Behauptung, das Grundeigentum sei steuerlich „ungeheuer bevorzugt" und hätte nach dem Kriege Hunderte von Milliarden an Steuern zahlen müssen, ist nach Ansicht der Hausbesitzer von „erschreckender Unkenntnis" geprägt und „politisch einäugig", so Theodor Paul, Präsident des Zentralverbandes der Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer, gestern gegenüber der WELT. Er finde es, wie er sagte, „in höchstem Maße unpassend, daß der Präsident eines Verfassungsorgans den ganz kleinen Mittelstand beschimpft". Das Haus- und Grundeigentum sei nämlich keineswegs eine Sache der Reichen, sondern breit gestreut: 35 Prozent der Immobilien lägen bei Nichterwerbstätigen (Rentner und Pensionäre), 23 Prozent bei Arbeitern, 22 Prozent bei Angestellten, 7 Prozent bei Beamten und rund 12 Prozent bei Selbständigen.

Woher die „Hunderte von Milliarden Mark" nehmen? Paul verweist auf die Einkommenslage der Eigentümerhaushalte. Die seien nämlich keineswegs reich, sondern allenfalls mittelständisch. So bezögen 29 Prozent der Eigentümerhaushalte Einkommen von monatlich weniger als 2000 Mark netto, 26 Prozent verfügten über 2000 bis 3000 Mark, 29 Prozent über monatliche Einkommen zwischen 3000 und 5000 Mark, und nur 9,5 Prozent brächten es auf mehr als 5000 Mark netto im Monat. „Sind das die Reichen, die Milliarden an Steuern hätten zahlen können?" fragt der Hausbesitzer-Präsident.

Im übrigen bezweifelt er die Nützlichkeit von Verkehrswerten als Maßstab der Besteuerung. „Von einem Verkehrswert kann man doch gar nicht sprechen, denn die Masse aller Eigentümer bleibt in ihrem Häuschen wohnen, will es also nie in Verkehr bringen." Für diese rund 90 Prozent der Eigentümer wäre es grob unbillig, sie so zu besteuern, als wollten sie ständig verkaufen. Daneben hegen die Eigentümer noch eine andere Befürchtung: Würde der Fiskus die Steuern von Häusern und Grundstücken rasch auf die aktuellen Werte anheben, ginge die Erhöhung schnell, die Senkung bei Marktschwäche jedoch sehr langsam. Damit wäre eine konfiskatorische Besteuerung gegeben. Und die sei verfassungswidrig.

Paul widerspricht auch der Zeidler-These, der Grundbesitz habe kaum Steuern gezahlt. Nach dem Kriege hätten sie rund 82 Milliarden Mark allein an Grundsteuern gezahlt, davon 61 Milliarden Mark in den Jahren von 1969 bis 1981. Nicht genau zu erfassen seien die Einkommensteuern, die auf Immobilien entfielen, hinzu träten die Vermögensteuer sowie im Erbfall die Erbschaftsteuer. Beim Lastenausgleich, der vor allem vom Hausbesitz erbracht worden sei, rede man gern von den Empfangsberechtigten, aber kaum jemals von denen, die zahlen mußten.

Besonders erregt die Hausbesitzer der vom Bundesverfassungsgerichts-Präsident hergestellte Zusammenhang zwischen Steuerverdrossenheit und Legitimation einer Revolution. „Wo die Möglichkeit zur (steuerlichen) Reform fehlt, wird die Revolution legitim", hatte Zeidler bemerkt. Paul sagte, diese These kenne er von Zeidler aus dessen Rede vor dem Deutschen Juristentag vor fünf Jahren, aber ein Präsident des Verfassungsgerichts dürfe sich dazu nicht hinreißen lassen.

Zeidler trage „politische Scheuklappen", meint Paul, weil er die steuerliche Belastung des Grundeigentums falsch einschätze. Die Hausbesitzer steuerlich kräftig zu belasten sei der falsche Weg. „Wenn man eine Revolution erzeugen will, dann auf diesem Wege. Das würde die Eigentümer auf die Straße bringen."

Zeidlers Vorstellung sei nicht nur sozial unausgewogen und rechtlich bedenklich, sondern auch ökonomisch nicht durchdacht. Paul erinnerte an die jüngsten Entwicklungen auf dem Immobilienmarkt: Da gebe es ungeheure Preisschwankungen in kürzester Zeit, die sich steuerlich zutreffend gar nicht erfassen ließen. Wenn heute beispielsweise in einer Straße ein Haus verkauft werde, sei es keineswegs sicher, daß das nebenstehende, baugleiche Objekt zum gleichen Preis weggehe. Von dieser Fiktion müsse aber eine Finanzbehörde ausgehen. Allein bei Einfamilienhäusern seien in den letzten Monaten Preissenkungen von 20 bis 30 Prozent festzustellen gewesen.

„Unsere Arbeit ist mit Reisen verbunden"

Von WERNER THOMAS

Die südöstliche Karibik ist eine einmalige Region auf der diplomatischen Landkarte des Auswärtigen Amtes. Hier drängen sich im Dienstbereich eines einzigen Botschafters zehn unabhängige Staaten. Eine Rekordzahl.

„Unsere Arbeit ist mit Reisen verbunden", berichtet Johannes Reitberger (60), der seit Oktober letzten Jahres die Bonner Interessen in diesem Teil der Welt vertritt. Diese Erfahrung konnte er bereits bei seinen Akkreditierungen machen, die er noch nicht ganz abgeschlossen hat. Der Regierung von St. Christopher and Nevis muß der Diplomat noch sein Beglaubigungsschreiben überreichen.

Reitberger, ein gebürtiger Bayer, residiert in Trinidad and Tobago, dem größten (1,2 Millionen Einwohner) und wirtschaftlich wichtigsten dieser Länder (Öl) mit dem höchsten Lebensstandard (durchschnittliches Jahreseinkommen 3000 Dollar). Die südlichsten Staaten in Reitbergers Zuständigkeitsbereich, Guyana und Surinam, liegen auf dem südamerikanischen Halbkontinent. Surinam unterscheidet sich auch durch die Militärdiktatur des Obersten Desi Bouterse und die holländische Vergangenheit von den anderen Staaten.

Die waren alle einmal britische Kolonien und haben in den letzten Jahrzehnten ihre Unabhängigkeit erhalten: Neben Trinidad and Tobago Barbados, Grenada, St. Vincent and the Grenadines, Dominica, St. Lucia, Antigua und St. Christopher and Nevis, der kleinste Staat der Karibik (44 000 Einwohner), der erst seit Ende 1983 unabhängig ist.

Johannes Reitberger, der auch als Generalkonsul der britischen Besitzungen Anguilla, Montserrat und den (britischen) Jungferninseln fungiert, hat nicht viele Landsleute in seinem Amtsbereich zu betreuen. Weniger als 100 Deutsche leben in der Region. Die meisten verbringen ihren Lebensabend unter der karibischen Sonne oder arbeiten als Firmenvertreter und Projektleiter. Viele kommen zum Urlaub. Die Deutschen stellen zehn Prozent des Urlauber-Kontingentes.

Der Botschafter und sein Personal konzentrieren sich auf die Beobachtung der politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen, die eng miteinander zusammenhängen. Er erlebte einen aufregenden Start: Wenige Tage nach seiner Ankunft in der Karibik wurde der marxistische Premier Grenadas, Maurice Bishop, von radikalen Parteirivalen ermordet. Dann folgte die Invasion der amerikanischen Truppen, die das erste kommunistische Experiment in der östlichen Karibik beendete.

Der Bonner Diplomat zeigt sich beeindruckt von manchen Regierungschefs der Region. Er nennt Tom Adams, den Premier von Barbados, und Eugenia Charles aus Dominica, die einzige Frau, die an der Spitze eines Staates des amerikanischen Kontinentes steht. Er schätzt auch George Chambers (Trinidad and Tobago) und John Compton (St. Lucia). „Fähige, tüchtige Leute, die sich voll für ihre Länder einsetzen", urteilt Reitberger.

Die größten Sorgen bereitet überall die Wirtschaft. Die gefallenen Weltmarktpreise für die karibischen Agrarprodukte haben sehr geschadet. Trinidad and Tobago und Barbados litten unter der Zuckerschwemme. St. Vincent muß seine Bananen viel billiger verkaufen als früher.

Botschafter Reitberger würde sich gern ein stärkeres Engagement der deutschen Wirtschaft wünschen. Er glaubt, daß es sich lohnt. Denn er sieht relativ stabile Verhältnisse und gute Fundamente.

„Diese Länder sind wohl arm, aber weit besser entwickelt als viele Nationen Afrikas." Er kennt Afrika. Er war Missionschef in Niger und in Togo. (SAD)





Botschafter Johannes Reitberger und „sein Reich", das er von Trinidad aus betreut FOTO: DIE WELT

Späth: Grünes Licht für privates Fernsehen

XING-HU KUO, Stuttgart

Das private Fernsehen nimmt in Baden-Württemberg konkrete Gestalt an: Das Kabinett in Stuttgart beriet zu Wochenbeginn entsprechende Grundsätze für ein Landesmediengesetz, das Mitte Januar als Entwurf dem Landtag zur Beratung vorliegen wird. Wie der für neue Medien zuständige Leiter der Abteilung Grundsatz, Planung und Information im Staatsministerium, Christian Schurig, in einem WELT-Gespräch gestern weiter mitteilte, wird die CDU-Mehrheitsfraktion im Landtag bereits morgen ein abschließendes Gespräch über diesen Entwurf mit der Landesregierung führen. Gleichzeitig, so Schurig weiter, wollte Ministerpräsident Lothar Späth (CDU) die Ergebnisse der Ministerpräsidentenkonferenz am 19. Dezember in Bonn zu diesem Thema mit in den Landesmediengesetzentwurf einbeziehen.

Im einzelnen soll der neue Entwurf, an dessen Ausarbeitung noch gearbeitet wird, für private Anbieter im Gegensatz zu früheren Plänen der Landesregierung (so etwa dem Entwurf aus dem Jahre 1982) weitaus einfachere Bedingungen für den Start in die neuen Medien schaffen. Nach früheren Entwürfen sollen beispielsweise mindestens 30 Programme angeboten werden, ehe private Fernsehsendungen genehmigt würden. Diese schwierige Hürde ist auf drei im lokalen und vier im regionalen Bereich drastisch reduziert worden.

In dem geplanten Entwurf soll auch die frühere Regelung wegfallen, nach der mindestens die Hälfte der Haushalte verkabelt sein müßte, bevor private Träger zugelassen werden könnten. Bemerkenswert ist auch die erhebliche Steigerung der möglichen Werbezeiten. Nach dem neuen Plan der Stuttgarter Regierung sollen künftig bis zu einem Fünftel (20 Prozent) der Sendezeiten für Werbung erlaubt sein.

Bislang war davon die Rede, daß pro Stunde höchstens drei Minuten oder fünf Prozent der Sendezeit erlaubt werden sollen. Nunmehr dürfen außerdem Sendungen, die länger als eine Stunde dauern, durch Werbespots unterbrochen werden. Aufgehoben wurde auch die bisherige Linie, nach der Zeitungsverleger in ihrem Verbreitungsgebiet sich nicht an privaten Fernseh- und Rundfunkträgern betätigen sollen. Das Kabinett kam hier zu dem Schluß, daß dies weder rechtlich unumstritten noch praktikabel wäre.

Neu ist ferner die geplante Bildung eines sogenannten „Medienbeirats" nach dem vorhandenen Muster der öffentlich-rechtlichen Anstalten. Das neue Gremium muß dafür sorgen, daß weder der Staat noch etwaige einzelne große Unternehmen zu stark an Einfluß gewinnen. Allerdings soll der Beirat an der Programmgestaltung nicht mitarbeiten, außerdem soll er personell nicht so groß sein wie bei den öffentlich-rechtlichen Anstalten.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Name Farthmann ist wieder im Gespräch

Spekulationen in NRW um Posten des SPD-Fraktionschefs

WILM HERLYN, Düsseldorf

Sechs Monate vor der nordrhein-westfälischen Landtagswahl am 12. Mai 1985 beginnt das Geschiebe und Gezerre um Posten und Pöstchen und das alte Spielchen, einen Stein ins Wasser fallen zu lassen, um die Reaktion zu testen. Dann kann man später immer noch sagen: „Personaldiskussionen sind schädlich und zum gegenwärtigen Zeitpunkt abwegig."

So geschieht es in dieser Woche in Düsseldorf, und die Gerüchte ranken sich – wieder einmal – um einen Namen: Arbeits- und Sozialminister Professor Friedhelm Farthmann, eines der tüchtigsten Mitglieder des Kabinetts. Farthmann scheut das offene und kritische Wort nicht und ist dabei stets loyal gegenüber Ministerpräsident Johannes Rau, dem er vor gut acht Jahren im Kampf um die Nachfolge von Heinz Kühn unterlag.

Diese Enttäuschung – in die Geschichte der NRW-SPD als der „Schock von Duisburg" eingegangen, weil dort auf dem Landesparteitag für alle überraschend die Weichen für Rau gestellt wurden – mag Farthmann lange nicht überwunden haben. Nicht anders zu erklären ist sein Liebäugeln mit verschiedenen Ämtern – seien es 1980 gar Rücktrittsgedanken, später der Griff zum Wirtschaftsministerium, zum Bundesratsminister und auch damals schon zum Fraktionsvorsitz der SPD im Landtag.

Aber auch nach Bonn schielte er und wäre gerne Bundesgeschäftsführer der SPD geworden – doch Peter Glotz machte das Rennen. Und Farthmann blieb, was er war. „Der springt zu oft und zu kurz", urteilte der ehemalige Landwirtschaftsminister Hans-Otto Bäumer, mit dem ihn eine freundschaftliche Abneigung verbindet.

Jetzt nun läßt Farthmann, wie schon im Sommer gegenüber Freunden, erkennen, daß er als Fraktionschef der SPD zur Verfügung stehe. Seine Genossen verstehen das, wissen sie doch, daß Rau Überlegungen anstellt, das Ministerium zu teilen in Arbeit und Soziales sowie Familie und Gesundheit. Denn der Ministerpräsident muß, will er allen fordernden Wünschen gerecht werden, ein zusätzliches Ministeramt schaffen – voraussichtlich für Anke Brunn.

Jene hatte er überredet, nach Berlin als Senatorin zu Hans-Jochen Vogel zu gehen. Wenige Wochen später kehrte die Sozialwissenschaftlerin mit einer Wahlniederlage ohne Amt enttäuscht zurück. Seit dieser Zeit hat Rau, heißt es, einen „Wiedergutmachungskomplex". Einem Rumpf-Ministerium vorstehen aber will sich Farthmann nicht zumuten lassen.

Auch der mächtige Chef des mitgliederstärksten SPD-Bezirks Westliches Westfalen, Hermann Heinemann, drängt ins Kabinett. Er sollte schon 1980 in die Führungsmannschaft einrücken, fiel aber damals aus gesundheitlichen Gründen aus. Jetzt aber kann niemand an ihm vorbei. An die Tür klopft auch Olaf Sund, Leiter des Landesarbeitsamts und gewesener Berliner Arbeits-Senator.

Bleibt Karl Josef Denzer, der Mann, der Farthmanns Wunschposten inne hält. Er galt vor Jahresfrist als starker Mann und zwang Rau in aller Öffentlichkeit zu Entscheidungen. Das wiederum mißfiel dem Ministerpräsidenten, und die Quittung folgte rasch: Auf dem Essener Bundesparteitag im Mai, als sich der Fraktionschef Hoffnung machte auf einen Sitz im SPD-Bundesvorstand, ließ Rau ihn hängen. Und als die Genossen merkten, daß Denzer nicht mehr im Zenit der Gnadensonne Raus stand, rückten sie in der Fraktion langsam von ihm ab. Da die Partei aber so tief niemanden fallen läßt, denkt sie daran, ihm den gut dotierten Posten des Landtagspräsidenten zu überreichen. Der respektable John van Nes Ziegler nämlich will sich zurückziehen – in seine Heimat Köln oder lieber noch auf seine Latifundien in Spanien.

Vogel: Distanz zu Berliner AL

p. p. Bonn

Der stellvertretende SPD-Vorsitzende Hans-Jochen Vogel „kann verstehen, daß der Apel in Berlin Nein sagt" zu einer Zusammenarbeit mit der Alternativen Liste (AL). Die AL in Berlin sei etwas anderes als beispielsweise die Grünen in Niedersachsen oder im Saarland. Allerdings seien die Grünen insgesamt auf ihrem Hamburger Bundesparteitag „nicht berechenbarer und politikfähiger" geworden. Ihr „Charme" für einen Teil der Grünen-Wähler „ist weg".

Für die SPD sei durch die Hamburger Ereignisse manches leichter geworden: „Diejenigen, die den Grünen ihre Stimme gegeben haben, damit sich etwas bewegt, werden jedenfalls nach Hamburg nachdenklicher sein."

Auch das Rotations-Prinzip mindert nach Vogels Ansicht die Berechenbarkeit der Grünen, weil diejenigen, die den Wechsel für eine politische Zusammenarbeit ausgestellt hätten, nicht diejenigen seien, die später diesen Wechsel einlösen müßten.

Diätenerhöhung vor dem Bundestag

p. p. Bonn

Der Bundestag wird sich voraussichtlich noch in dieser Sitzungswoche – der letzten des Jahres – mit einem Gesetzentwurf über die Anhebung der Abgeordneten-Diäten beschäftigen.

Auf Einladung von Parlamentspräsident Philipp Jenninger fand vor wenigen Tagen ein Gespräch der Fraktionsspitzen statt, und gestern am späten Nachmittag debattierte die SPD-Fraktion über die angestrebte Erhöhung der Bezüge um 2,3 Prozent intern. Damit ist der Weg zur parlamentarischen Beschlußfassung frei. Die Regierungsfraktionen von CDU/CSU und FDP hatten sich bereits im Mai grundsätzlich positiv zur Diäten-Erhöhung in dem vom Bundestagspräsidenten vorgeschlagenen Rahmen geäußert, während die Grünen jede Aufstockung ablehnen.

Noch unklar ist jetzt lediglich der Termin, zu dem die Bezüge erhöht werden sollen. Voraussichtlich wird es rückwirkend zum 1. Juli 1984 geschehen.

Anton Betz, ein Wegbereiter der freien Presse

DW. Düsseldorf

Im patriarchischen Alter von fast 92 Jahren ist gestern Dr. Anton Betz, der Verleger der „Rheinischen Post", in Düsseldorf gestorben. Betz gehörte zu den herausragenden Verlegerpersönlichkeiten der deutschen Nachkriegszeit. Als Publizist, als Unternehmer, als Politiker und in zahlreichen berufsständischen Ehrenämtern hat er das Wiedererstehen der deutschen, der freien Presse nach 1945 wesentlich mitgestaltet. Sein Lebenswerk war die 1946 zusammen mit Erich Wenderoth und Karl Arnold, dem späteren NRW-Ministerpräsidenten, gegründete „Rheinische Post", die sich unter seiner Leitung in schwieriger Zeit zu einer der führenden deutschen Regionalzeitungen entwickelt hat und zum Kern eines heute weitverzweigten Verlagsunternehmens wurde.

Seine publizistische Karriere begann der in St. Ingbert im Saarland Geborene als 27jähriger nach dem Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Freiburg und Bonn bei der „Saarbrücker Landeszeitung". Bereits drei Jahre später war er Chefredakteur und Verlagsleiter der „Saar-Zeitung" in Saarlouis. Im Alter von 37 Jahren wurde er Geschäftsführer und Verlagsdirektor des bedeutenden Münchner Verlages Knorr & Hirth.

Als gläubiger Katholik gehörte Anton Betz von Anfang an zu den entschiedenen Gegnern des Nationalsozialismus, den er in München vor der Haustüre miterlebte. Nach der Machtergreifung verlor er Stellung und Beruf. Vorübergehend war er im Zuchthaus Stadelheim inhaftiert. Hier verhörte ihn auch der spätere Reichsführer SS, Heinrich Himmler. Bis 1945 arbeitete Betz als Kriegsdienstverpflichteter in der Rüstungsindustrie.

Nach dem Krieg hat er sich schon sehr früh am Aufbau der freien Presse in den damaligen Westzonen beteiligt. So gehörte er zu den Mitbegründern der Deutschen Presseagentur, deren Aufsichtsratsvorsitzender er später wurde. Die Interessen der deutschen Zeitungsverleger vertrat er von 1963 bis 1967 als Präsident ihres Bundesverbandes (BDZV). Anton Betz besaß zahlreiche hohe staatliche und kirchliche Auszeichnungen. Besonders stolz war er darauf, daß ihm als erstem Deutschen von der internationalen Verlegerföderation die Goldene Feder der Freiheit verliehen wurde. Betz war bis in das hohe Alter hinein verlegerisch aktiv.

Der Berliner Verleger Axel Springer schrieb Anton Betz zu seinem 90. Geburtstag: „Wie jeder Verleger von Geblüt vertreten Sie die Ansicht, daß ein Zeitungshaus mehr sein muß als ein Gewerbebetrieb. Deshalb haben Sie immer wieder geistig und politisch Stellung bezogen. Wie jeder Mann von Charakter und Stil kämpften Sie gegen die extremistischen Mächte ihrer Zeit, die den Menschen zu versklaven, ja zu verschlingen drohen. Und wie jeder Christ glauben Sie in allen Situationen des Lebens an Gottes Liebe und Gerechtigkeit."

Offiziere: Mit 46 Jahren in den Ruhestand

Kabinett stimmt Gesetzentwurf von Minister Wörner zu

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Trotz einiger Bedenken insbesondere von Arbeitsminister Blüm hat das Bundeskabinett einem Gesetzentwurf des Verteidigungsministers zur Lösung des Verwendungsstaus in der Bundeswehr einmütig zugestimmt. Nach der zu erwartenden Verabschiedung durch den Bundestag können damit von 1986 an 1500 Offiziere des Truppendienstes freiwillig vorzeitig aus dem aktiven Dienst ausscheiden. Minister Wörner nannte diese Entscheidung bahnbrechend und stellte sie in ihrer Bedeutung neben die der Regierung für die Planung der Bundeswehr über die kommenden 15 Jahre.

Wörner bezeichnete alle gegen die Maßnahme geäußerte Bedenken als nicht stichhaltig. Es gehe weder um eine neue Art von „Vorruhestand" für den öffentlichen Dienst, noch darum, die Konkurrenz bei den Arbeitslosen zu verschärfen. Ihr ausschließlicher Zweck bestehe darin, die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr zu sichern.

Deshalb brauche die Truppe, in der jährlich mehr als 200 000 Wehrpflichtige für den Verteidigungsfall ausgebildet würden, junge und belastbare militärische Führer, die auch deren Denken und Sprache verstehen. Ohne die Maßnahme würden 1995 42 Prozent der Offiziere älter als 50 Jahre sein. Mit Opas sei aber der Kampfwert der Streitkräfte nicht zu halten, meinte der Minister.

Im einzelnen sieht der Gesetzentwurf zur Verbesserung der Personalstruktur der Bundeswehr folgendes vor:

Berufsoffiziere des Truppendienstes können ihre vorzeitige Pensionierung beantragen, wenn sie das 45. Lebensjahr vollendet haben und 25 Jahre im Dienst sind. Sie müssen den Geburtsjahrgängen 1935 bis 1944 angehören. Einen Anreiz zum Ausscheiden soll ihnen ein Bonus auf ihren Pensionsanspruch geben, der bei 25 Dienstjahren fünf Prozent ausmacht und sich mit jedem weiteren Dienstjahr um jeweils ein Prozent vermindert. Bei allen Ausscheidenden beträgt damit der Pensionsanspruch 70 Prozent ihres letzten Gehaltes. Diese Möglichkeit bietet sich den Dienstgraden zwischen Hauptmann und Oberst.

Zusätzlich wird für die Ausscheidenden der finanzielle Anreiz mit einer einmaligen steuerfreien Abfindung vergrößert. Sie beläuft sich für einen mindestens 45jährigen auf das Achtfache seiner letzten Dienstbezüge und fällt mit jedem weiteren Altersjahr um jeweils einen Faktor, so daß die 50jährigen und noch Älteren lediglich noch das Dreifache erhalten.

Begrenzt in der Berechnung nach oben ist die Abfindung bei der Besoldungsstufe A 14 (Oberstleutnant), so daß Ausscheidende maximal mit einer Summe von 43 827,12 Mark (Gehaltsgefüge 1985) rechnen können. Für einen Oberstleutnant machen 70 Prozent seiner Pension monatlich 3728,25 Mark aus, für einen Hauptmann 2762,84 Mark. Auf diese Beträge sind Lohnsteuer zu zahlen. Außerdem müssen die vorzeitig ausgeschiedenen Offiziere selbst für ihre Krankenversicherung aufkommen.

Minister Wörner stellte klar, daß die vorzeitig Pensionierten in einem neuen Arbeitsverhältnis unbegrenzt dazuverdienen dürften. Er sagte auch, daß mit der Gruppe der betroffenen Offiziere „seriöse Personalgespräche" geführt werden müßten. Die Entscheidung über die vorzeitige Pensionierung träfe der Dienstherr.

Er als verantwortlicher Minister werde nach Möglichkeit alle am Ausscheiden Interessierten und damit auch besonders fähige Offiziere gehen lassen. Den bleibenden seien ihre Karriereaussichten klar zu beschreiben.

400. Stellung für SS 20 bald fertig?

rmc. Bonn

Die 400. Stellung zur Aufnahme von SS-20-Mittelstreckenraketen wird nach Informationen des Verteidigungsexperten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Willy Wimmer, in wenigen Wochen fertiggestellt sein. Aufgrund von Satelliten-Erkenntnissen haben die USA in der vergangenen Woche der NATO in Brüssel offiziell bestätigt, daß 387 Startrampen für diesen Atomwaffentyp einsatzbereit sind.

Damit hat die Sowjetunion, nachdem sie die Rüstungskontrollverhandlungen über die Mittelstreckenwaffen in Genf vor einem Jahr scheitern ließ, das Bautempo für weitere SS-20-Stellungen nahezu verdoppelt.

Amerikanische Fachleute haben Anzeichen dafür, daß Moskau den Ausbau bis zur Fertigstellung von 500 Stellungen energisch fortsetzen wird. Gleichzeitig rüste die Sowjetunion einen Teil der bereits fertigen Stellungen für den Einsatz der neugebauten Interkontinentalrakete SS 25 um.

Abkommen über neue UKW-Netze

dpa, München

In allen Bundesländern wird es künftig zwei neue flächendeckende UKW-Sendenetze für den Hörfunk geben. Dies ist das Ergebnis der internationalen Funkverwaltungskonferenz in Genf, die am Wochenende zu Ende gegangen ist. Einzige Ausnahme ist Baden-Württemberg, das sich bereits vor der Konferenz entschlossen hatte, statt landesweiter Netze 80 kleine Lokalsender zu planen.

Das Genfer Ergebnis könnte die Erwartungen privater Radiointeressenten dämpfen, die sich Hoffnungen auf eine Vielzahl neuer Sendemöglichkeiten machen. Der Technische Direktor des Bayerischen Rundfunks und Sprecher der Bundesländer in Genf, Frank Müller-Römer, sagte dazu, auch mit den neu hinzugekommenen Frequenzen könnten nur wenige neue Anbieter zum Zug kommen. Geöffnet wird durch das Genfer Abkommen der Bereich von 100 bis 108 MHz. Die Post will aber schon vor 1987 im Bundesgebiet einzelne Frequenzen nutzbar machen.

Israel präsentiert in Berlin sein modernes Gesicht

H. R. KARUTZ, Berlin

Die erste Schulklasse kam schon am frühen Morgen: Israel präsentiert sich beim ersten Haltepunkt der Deutschland-Tournee mit einer optimistisch-farbenfrohen Ausstellung über das moderne Gesicht Israels bis Weihnachten im Rathaus Schöneberg. Die Exponate reisten von der Seine direkt an die Spree.

Die Darstellung des Landes unter dem Davidstern war vom israelischen Botschafter Yitzhak Ben-Ari und dem Regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen eröffnet worden. Idee und Zusammenstellung stammen aus der israelischen Botschaft in Bonn.

In vier Videostreifen, einem informationsreichen und eindrucksvoll fotografierten 25-Minuten-Film, zahlreichen Farbtafeln und kostbaren Antiquitäten spiegelt sich das Antlitz eines Staates, das seinen Lebenskampf mit einer gesunden Technologie- und Industriebasis besteht.

Immer wieder bleibt jedoch der Bezug auf Tradition und jüdische Vergangenheit erkennbar: ein Land, das auf den Geist seiner Väter und die biblische Verheißung vertraut. Zwischen den Abbildungen von Charakterköpfen und Israels Jugend am Strand, der historischen Karte mit den Umrissen des „Royaume d'Israel", hochmoderner Architektur und dem Weltniveau der israelischen „High-Tech" blitzen die Leitsprüche aus der Schrift auf: „... und die Städte werden bewohnt und die Trümmerhaufen werden aufgebaut."

Pioniergeist und Patriotismus, Bibel und Schwert, Wachstum und Export bestimmen das Israel von heute. Abseits der notwendigen PR-Elemente versetzt die geistige Zurüstung dieser Ausstellung in Nachdenklichkeit. Das jahrhundertealte Sehnsuchts-Motiv beispielsweise „Nächstes Jahr in Jerusalem" oder der stolze Satz der Gründerväter von 1948 unter der Staatsgründungsurkunde: „Mit Zuversicht auf den Fels Israels setzen wir unseren Namen zum Zeugen ..."

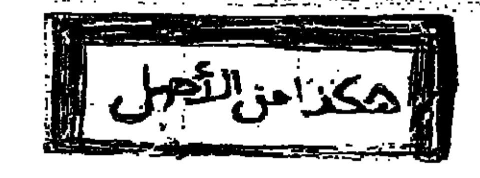
„Besinnung auf Vaterlandsliebe"

KNA, Rom

Die christliche Botschaft von der Vaterlandsliebe muß nach den Worten des Kölner Kardinals Joseph Höffner auch in der Bundesrepublik wieder Beachtung finden.

„Mir scheint, daß die Zeit gekommen ist, sich auch bei uns wieder auf die christliche Botschaft vom Verhältnis des Menschen zum Volk, zum Vaterland, zum Staat zu besinnen", sagte der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz gestern bei der Einweihung des neuen Gebäudes der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland beim Vatikan.

Nach der Katastrophe des Zweiten Weltkrieges sei es verständlicherweise zunächst schwer gewesen, von dieser Tugend zu sprechen, weil die Liebe zum Vaterland zuvor schändlich mißbraucht worden und deshalb in Verruf geraten sei. Das Zweite Vatikanische Konzil habe aber alle Gläubigen zu hochherziger und treuer Vaterlandsliebe aufgerufen, sagte Höffner.



Gonzalez muß Partei beruhigen

Gegensatz zwischen Pragmatikern und Ideologen auf Kongreß der Sozialisten Spaniens

ROLF GÖRTZ, Madrid

„Wer aus der sozialistischen eine sozialdemokratische Partei Spaniens machen will wird niemals zu ihren Führern gehören". So tönte Alfonso Guerra, stellvertretender Ministerpräsident und Nummer zwei der PSOE am Vorabend ihres 30. Kongresses in Madrid. Aber Alfonso Guerra weiß :Die spanische Regierungspartei ist längst sozialdemokratisch. Ihre Wirtschaftspolitik – bisher klassischer Ansatzpunkt zur Realisierung jeder sozialistischen Ideologie – unterscheidet sich in der monitären Priorität nicht im geringsten von der konservativer Regierungen etwa der USA oder Großbritanniens.

Dennoch kommt der Bemerkung des Organisators der Partei eine besondere Bedeutung zu: Guerra muß verhindern, daß eine ideologische Grundsatzdebatte der 769 Delegierten im Madrider Kongreßpalast die Partei selbst spaltet. Mit Blick auf die Wahl 1986 muß er außerdem aber bemüht sein, das – eindeutig sozialdemokratische – Image der Partei nach außen hin noch zu festigen.

Nach Ansicht der Kritiker vom linken Flügel der Partei steht die Spitze im offenen Widerspruch zu den Zielen eines jeden Sozialismus. Im Namen der Sozialistischen Linken (IS) innerhalb der Partei wird deshalb Pablo Castellano mit 114 "criticos" eine Alternativliste für die Wahl des neuen Vorstandes vorlegen. Die Liste hat keine Aussicht auf Erfolg, genügt jedoch, die Unzufriedenheit des linken Flügels mit dem sozialdemokratischen Kurs des Regierungschefs deutlich sichtbar zu machen.

Pablo Castellano wirft der Parteiführung vor, ihre Aufgabe nicht gesellschaftlich sondern ausschließlich machtpolitisch zu sehen. An zwei Punkten wird sich die Debatte im Kongreß entzünden: An der NATO-Frage und an der Wirtschaftspolitik, wobei der stärkste Kritiker des Wirtschaftskurses, der Chef der sozialistischen Gewerkschaft UGT, Nicolas Redondo, gleichzeitig als der stärkste Opponent der NATO auftreten wird.

Der Gegensatz zwischen Pragmatikern und Ideologen entspricht dem Bruch in der jüngeren Geschichte der Sozialistischen Arbeiterpartei Spaniens. Die Kontinuität der vor hundert Jahren gegründeten und nach dem Bürgerkrieg (1936–1939) aber nur im Exil existierenden Partei riß 1974 mit der Wahl des damals 32 Jahre alten Felipe Gonzalez ab. Mit ihm übernahm eine Generation das Ruder, die im wesentlichen aus der allgemeinen studentischen Opposition gegen das Franco-System stammte. Die von dem Arbeitsanwalt Felipe Gonzalez geführte Partei wuchs ebenso traditionslos auf wie alle anderen demokratischen Parteien Spaniens zu jener Zeit. Und genauso wie politische Persönlichkeiten der ausgehenden Franco-Ära dem König eine demokratische Entwicklung empfahlen, so fiel es vielen Aufsteigern in Staat und Wirtschaft nicht schwer, sich in kurzer Zeit auf die politischen Konsequenzen dieser Veränderung einzustellen. Eine ganze Reihe wurde „Sozialist".

Aus der jungen von Felipe Gonzalez geführten PSOE, die keine traumatische Vergangenheitsbewältigung kennt – nur einige wenige unter ihnen waren irgendwann als politische Häftlinge auch im Gefängnis – wuchs in den vergangenen zehn Jahren eine Partei heran, die sich im Kampf um die Macht und weniger in der ideologischen Kursbestimmung formte. Ihre Sprecher, die sogenannten „Kalifen" der Partei, denken nicht daran, die Macht im Interesse eines ideologischen Reifungsprozesses als Partei abzugeben. Als Alibi aber pflegen sie eine Justizpolitik, die praktisch die Kriminalität förderte, und die Gleichschaltung in Schulen, Universitäten und im Gesundheitswesen – eine Entwicklung, die besonders unter den Jugendlichen eine Protestwelle von rechts förderte.

Felipe Gonzalez, von engen Mitarbeitern der Anfangszeit zunächst als „zu links" apostrophiert, läßt sich in seiner Regierungspolitik durchaus als der spanische Helmut Schmidt charakterisieren. So wird verständlich, daß sich zumindest ein Teil der Regierungsmannschaft auch sehr schnell von ihren außenpolitischen Maximen löste und zum Beispiel den Verbleib Spaniens in der NATO befürwortet. Wenn sie wiedergewählt werden wollen, dann müssen gegenüber den drei Millionen Bürgerlichen, deren Stimmen sie nur „gepumpt" hatten, einen Mitte-Links-Kurs auch in anderen Bereichen unter Beweis stellen. Wegen seines autoritären Auftretens in der Partei als „Cäsar" und „General" kritisiert, fand Gonzalez auf der anderen Seite das Vertrauen der Armeeführung und auch weiter Wirtschaftskreise. (SAD)

Mitterrand sieht sich in der Defensive

Afrikanische Staatschefs boykottieren den Gipfel in Burundi / Vorwürfe an Paris

A. GRAF KAGENECK, Paris

Präsident Mitterrand muß vor seinen afrikanischen Freunden in der burundischen Hauptstadt Bujumbura zwei Tage lang seine umstrittene Politik im Tschad verteidigen. Er verspielt damit vielleicht seine eigene politische Zukunft. 43 Staatschefs aus den ehemals französisch und britischen Teilen Afrikas hat er zum 11. französisch-afrikanischen Gipfel geladen um mit ihnen Fragen der Sicherheit, der Entwicklungshilfe, der Verschuldung und der Bekämpfung von Hungersnot zu diskutieren.

Nur 35 Staatschefs haben zugesagt, die meisten lassen sich durch ihre Außenminister vertreten. Der Doyen unter ihnen, Felix Houphouet-Boigny von der Elfenbeinküste, blieb dem Gipfel ostentativ fern, und Zaires Präsident Mobutu konnte von Mitterrand bei einer Zwischenlandung am Wochenende nur nach scharfem Drängen zu einer Teilnahme überredet werden. Offensichtlich wollen einige der ältesten und zuverlässigsten Freunde Frankreichs durch ihren Boykott ihr Mißfallen über eine Politik Ausdruck verleihen, die zum Abzug französischer Soldaten aus dem Tschad bei gleichzeitiger Belassung eines starken libyschen Truppenkontingents im Norden des Landes und damit zu einer akuten Bedrohung der südlichen Nachbarn führte.

Mitterrand hatte vor Beginn der Konferenz verärgert darauf hingewiesen, daß seine Tschad-Politik nicht in Afrika sondern in Frankreich konzipiert werde und daher nur in Frankreich zu diskutieren sei. In seiner Eröffnungsrede legte er den Akzent ausschließlich auf Fragen der wirtschaftlichen Entwicklungshilfe. Er erneuerte dabei den Grundsatz aller französischen Präsidenten, Afrika müsse zunächst sich selbst helfen ehe es auf die Hilfe Frankreichs zählen könnte. Seine Partner aber gaben sich mit dieser Einengung der Konferenzthemen offenbar nicht zufrieden. Der Präsident des Tschad, Hissen Habre, bestand darauf, daß „die Sicherheit Afrikas unter den Aspekten einer starken libyschen Präsenz nördlich des 16. Breitengrades" vorrangig behandelt werden müsse. Damit ist Mitterrand zu einer Stellungnahme gezwungen, die er sowohl den Afrikanern wie der eigenen Öffentlichkeit gegenüber gern vermieden hätte.

Hissen Habre verlangt den Abzug der Libyer ohne bisher Frankreich nachdrücklich zu einer Rückkehr in den Tschad (Manta II) oder gar einer gewaltsamen Rückeroberung des Nordens der Republik an der Seite seiner Armee zu drängen. Paris hat wissen lassen, daß „der Abzug der libyschen Truppen Ziel der französischen Politik" bleibe, daß man diesen aber eher auf dem Verhandlungswege als mit Gewalt erreichen wolle. Die „Abschreckung" habe trotz des französischen Truppenabzuges funktioniert, da bisher noch kein libyscher Soldat die Demarkationslinie nach Süden überschritten habe.

Die afrikanischen Gipfelteilnehmer geben sich mit dieser Erklärung nicht zufrieden und bezeichnen die passive Pariser Haltung als stillschweigende Anerkennung einer De-facto-Teilung des Tschad in eine libysche und eine tschadische Einflußzone. Dem selben Vorwurf sieht sich Mitterrand auch zunehmend in der eigenen Öffentlichkeit ausgesetzt.

Haftbefehl gegen Arafat in Italien

F. M. Rom

Der venezianische Untersuchungsrichter Carlo Mastelloni hat gegen PLO-Chef Yassir Arafat einen Haftbefehl wegen angeblicher Belieferung *der Roten Brigaden mit Waffen* ausgestellt. Ein solcher Haftbefehl war schon im vergangenen Jahr erlassen, wegen eines Formfehlers jedoch vom Kassationsgerichtshof wieder aufgehoben worden. Der neue Haftbefehl stützt sich auf Aussagen einiger „reumütiger" Rotbrigadisten. Daraus geht hervor, der Organisator der Moro-Entführung, Mario Moretti, habe im September 1979 mit der Yacht „Papago" eine Ladung von Waffen nach Venedig eingeschmuggelt, die er am östlichen Mittelmeer von der PLO erhalten haben soll.

Arafats italienischer Anwalt Gianquinto legte Einspruch gegen den Haftbefehl ein, hatte aber keinen Erfolg. Die richterliche Maßnahme gegen den PLO-Chef wurde zur selben Zeit beschlossen, als der italienische Ministerpräsident Craxi und Außenminister Andreotti in Tunis mit dem indizierten Waffenlieferanten der Roten Brigaden zusammentrafen.

Athen lehnt Politik der Allianz ab

AP, Athen

Griechenland folgt nach den Worten von Ministerpräsident Andreas Papandreou nicht mehr der Politik des Nordatlantikpaktes (NATO). Athen habe sich „von der Politik der einseitigen Bindung an einen besonderen Block befreit, weil dies für ein *kleines Land ständige Unterordnung*" bedeute, sagte Papandreou auf einer internationalen Friedenskonferenz in Athen. Im Westen werde die griechische Friedenspolitik zum Teil als widersprüchlich bezeichnet. Diese Kritik beruhe jedoch auf dem Unverständnis der Politik eines kleinen Landes, das versuche, keine Feinde zu haben.

Papandreou rief die Atommächte auf, sofort die Produktion und Aufstellung von Atomwaffen zu beenden, die alle Staaten der Welt berühre. Er kritisierte die Stationierung von Marschflugkörpern und Pershing-2-Raketen in Westeuropa, ging auf entsprechende Statonierungen in Osteuropa jedoch nicht ein. Seinen früheren Vorschlag der Einrichtung einer atomwaffenfreien Zone auf dem Balkan wiederholte er nicht. Von den Balkanstaaten haben lediglich die NATO-Staaten Griechenland und Türkei auf ihrem Gebiet Atomwaffen stationiert. Die dreitägige Friedenskonferenz wurde von der griechischen „Bewegung für nationale Unabhängigkeit, Weltfrieden und Abrüstung" (KADEA) organisiert, die den regierenden Sozialisten nahesteht. Es nehmen Delegierte aus 28 Staaten teil, darunter auch Vertreter der offiziellen „Friedensbewegung" der „DDR" und der UdSSR.

Was hat Chinas Armee, was kann sie sich leisten?

VON OSKAR WEGGEL

Die Modernisierung des Militärwesens unterliegt in China einer doppelten Einschränkung: Sie wird im Hinblick auf den äußeren Feind betrieben, weshalb zum Beispiel 1983 die Bewaffnete Volkspolizei aus der VBA („Volksbefreiungsarmee") herausgelöst wurde, und sie gehorcht dem Grundsatz der „Proportionalität", das heißt der Ausgewogenheit zwischen zivilem und militärischem Sektor, zwischen Verteidigungsbedarf und volkswirtschaftlicher Leistungsfähigkeit.

Hierbei sind vor allem drei Fragen zu unterscheiden: Was braucht China militärisch, was hat es und was kann es sich leisten?

Füllen von Lücken

Eine Waffengleichheit mit der Sowjetunion, selbst eine bloße Defensiv-Parität käme zu teuer: Gemessen an den rund 8,1 Milliarden Dollar Militärhaushalt von 1983 wären die Kosten von rund 210 (Gleichheit) beziehungsweise 70 Milliarden Dollar (Defensiv-Parität) nicht aufzubringen. Deshalb kann es nur um ein Füllen von Lücken gehen.

Für die Modernisierung gibt es bisher keinen fertigen Plan; es handelt sich vielmehr um einen Gegenstand permanenten Nachdenkens, ständiger Neudefinitionen und nicht zuletzt auch dauernder Auseinandersetzungen zwischen Reformern und konservativen Elementen. Faßt man die bisher veröffentlichten Diskussions-Ergebnisse zusammen, so stellt man zunächst einmal mit Erstaunen fest, wie wenig die Waffenmodernisierung angesprochen ist. *Statt dessen stehen* strategische, kulturelle und personelle Fragen im Vordergrund:

- Strategie: Einig ist sich die militärische und politische Führung inzwischen offensichtlich über die Beibehaltung des Volkskriegs-Konzepts; streitig bleibt hier nicht das Ob, sondern das Wie, vor allem das Ausmaß der „aktiven Verteidigung". Sie müsse mit Streitkräften durchgeführt werden, die in ihrer Ausbildung „drei große Veränderungen" durchlaufen *hätten, nämlich die Verschiebung* von der Soldaten- auf die Offiziersausbildung, von der Infanterie zur mechanisierten mobilen Kriegsführung und vom Gefecht einzelner Einheiten zu „kombinierten Verbänden", die zu einer „dreidimensionalen, kombinierten und allgemeinen Kriegsführung" in der Lage seien.

„Dreidimensionalität" bedeutet, daß der Feind zu Land, in der Luft und zur See abgewehrt werden soll; „kombinierte Kriegsführung" geht von der Tatsache aus, daß moderne Operationen nicht mehr, wie noch vor 1949, von einer einzigen Waffengattung, sondern von einem Zusammenwirken aus taktischen und strategischen Verbänden bestimmt werden; „allgemeine Kriegsführung" schließlich läuft darauf hinaus, daß es in einem modernen Krieg nicht nur auf militärische Stärke, sondern darüberhinaus auf das Zusammenspiel von Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Technologie und Diplomatie ankommt.

- Im strukturellen Bereich hat sich die Forderung nach einem Qualitäts-Heer durchgesetzt, das durch höhere Transparenz, geringeren Personalbestand und vor allem durch „Regularisierung" gekennzeichnet ist. Lange Zeit gab es in der seit 1927 eher „spontan" aufgebauten VBA ja keine klare Trennung zwischen den Aufgabenbereichen des Militärs und der Polizei; nirgends auch existierten formale Disziplinvorschriften, Pensionierungsbestimmungen, Regeln für die Offizierslaufbahn und differenzierte Schulsysteme.

Damit soll nun Schluß gemacht werden, wie die wichtigsten Schritte seit 1981 zeigen – man denke an die Einführung des Soldateneids, an den Erlaß eines Militärstrafgesetzbuches, an die Formalisierung der Ausbildung durch Erlaß präziser Studienkataloge, an die Wiedereinführung von Militärparaden, an den Erlaß neuer Disziplinarbestimmungen, an die Festlegung von „Verantwortlichkeitsbereichen", an die Wiedereinführung von einheitsspezifischen Uniformen, an die Festlegung von Altersgrenzen für Spitzenfunktionäre und an die Spezialisierung und arbeitsteilige Segmentierung bei den hochtechnischen Truppenverbänden, vor allem bei der Luftwaffe, bei der Marine und bei den neugebildeten Raketeneinheiten. Man denke ferner an die Abwertung der Politoffiziere zugunsten der Militärkommandanten, an die Ausgliederung nichtmilitärischer Einheiten und an die Neuordnung des Verhältnisses zwischen Staat und Armee in der neuen Verfassung vom Dezember 1982.

- Im ideologischen Bereich sind sich die Reformer darüber einig, daß die Armee als Ganzes nach wie vor zu linkslastig ist, und daß die entscheidenden Hürden zur Modernisierung durch personalpolitische Maßnahmen sowie durch eine „Verwissenschaftlichung" des Militärwesens zu überwinden seien.

Glaubhafte Abschreckung

„Modernisierung" hat demnach mehrere Aspekte: Relativierung der Volkskriegsstrategie, Schaffung neuer Strukturen, „Befreiung des Denkens" und Befreiung von „ personellem Ballast". Erst an letzter Stelle folgt die Modernisierung des Waffensystems. Für die strategische Kriegsführung allerdingshat China seit 1964 Vorbereitungen getroffen, die seine Verteidigung auch heute schon glaubhaft erscheinen lassen: *Es* besitzt in der Zwischenzeit A- und H-Bomben sowie Trägerraketen aller drei Reichweiten. Woran es freilich noch mangelt, ist eine ausreichende Zahl verfügbarer Raketen, ist ihre sichere Lagerung und ist vor allem das Fernaufklärungs- sowie das Koordinationssystem.

„Krisen als eine Folge menschlichen Fehlverhaltens"

fac. Bonn

In einem Apostolischen Schreiben über „Versöhnung und Buße" hat sich Papst Johannes Paul II. gegen die weitverbreitete modernistische These gewandt, daß Krisen und Spaltungen in der Welt von anonymen Kräften und Strukturen verursachte „soziale Sünden" seien. Der Papst stellt dieser Anschauung die persönliche Verantwortung des einzelnen und das menschliche Fehlverhalten schlechthin gegenüber. Dabei verkennt das Oberhaupt der katholischen Kirche nicht, daß sich jede Sünde mehr oder weniger stark auf die gesamte Gemeinschaft auswirke und somit auch eine soziale Dimension habe. Er zählt zu diesem Bereich den Klassenkampf, den er ein „soziales Übel" nennt. Ebenfalls ein solches Übel ist für ihn aber die „Bildung fester Fronten zwischen Blöcken von Nationen und von einer Nation gegen die andere und zwischen Gruppen innerhalb desselben Volkes".

Zentrale Bedeutung gewinnt die Aussage: „Auf jeden Fall darf das Sprechen von sozialer Sünde, und sei es nur im analogen Sinne, niemanden dazu verführen, die Verantwortung der einzelnen zu unterschätzen; es will vielmehr die Gewissen aller dazu aufrufen, daß jeder seine eigene Verantwortung übernehme, um ernsthaft und mutig jene unheilvolle Verhältnisse und unerträgliche Situationen zu ändern."

Der Hinweis des Papstes auf die Tendenz zum Verlust des Schuldbewußtseins zielt offensichtlich auch auf die theologische Diskussion in Ländern der Dritten Welt. Viele Priester und Laien, die der „Theologie der *Befreiung" anhängen, argumentieren* weitgehend mit einer „sozialen Schuld und Verantwortung", die die – auch gewaltsame – Beseitigung bestimmter gesellschaftlicher Strukturen meint. In diesen Zusammenhang gehört auch der Satz: „Eine Situation – ebenso wie eine Institution, eine Struktur, eine Gesellschaft – ist ansich kein Subjekt moralischer Akte; deshalb kann sie in sich selbst nicht moralisch gut oder schlecht sein." Der Papst kommt auch an diesem *Punkt auf die Kernaussage des Dokuments* zu sprechen, hinter jeder Situation von Sünde stünden immer sündige Menschen.

Im rein theologischen Teil seines Lehrschreibens stellt Johannes Paul II. der Kirche die Aufgabe, den Dialog – auch im ökomenischen Bereich – zu fördern. Es sei dabei notwendig, am Sakrament der Buße und der Versöhnung festzuhalten. Auch hier liegt der Akzent auf der „persönlichen Schuld". Ebenso wie bereits die Bischöfe auf ihrer Synode in Rom spricht der Papst davon, daß das Bußsakrament „sich in einer Krise befindet". Dabei stellt er heraus, das Bekenntnis der Sünden habe gewöhnlich individuell und nicht kollektiv zu geschehen, jede schwere Sünde müsse stets in persönlicher Beichte bekannt werden.

Opel zun

Im Laufe des Jahres 1985: Ergänzung der Modellreihen mit Katalysator-Versionen.



Mit dem Ascona 1.8 i wird bei Opel im Januar 1985 die Katalysator-Ära eingeleitet. Der Ascona 1.8 i ist das erste deutsche Katalysator-Auto, das keine umgerüstete Export-Version für die USA darstellt, sondern eigens für den europäischen Markt entwickelt wurde.

Im Laufe des Jahres werden wir dann praktisch für unser gesamtes Modellprogramm die Katalysator-Technik einführen. Pro Baureihe (Ascona, Kadett, Corsa, Rekord, Senator, Monza) ist dann mindestens eine Katalysator-Version erhältlich.

Die Beipack-Lösung: Katalysator im Kofferraum.

Im Augenblick ist das Netz von Tankstellen mit bleifreiem Benzin noch sehr dünn. Bis Ende dieses Jahres wird es nur an etwa 400 von insgesamt rund 21 000 bundesdeutschen Tankstellen unverbleiten Kraftstoff geben. Wer sich deshalb jetzt noch nicht für ein Auto mit Katalysator entscheiden möchte, kann auf die Beipack-Lösung zurückgreifen.

Das heißt: Für jeden Opel, der im Laufe des kommenden Jahres für den Katalysator-Einbau vorbereitet wird, können Sie den Umbausatz ab Werk gleich mitbestellen. Es steht Ihnen dann frei, wann Sie auf Katalysator-Betrieb umstellen wollen. Ihr Opel-Partner installiert Ihnen den Umbausatz ohne großen Zeit- und Kostenaufwand.

Thema Nachrüstung: Individuelle Alternativen.

Wenn Sie jetzt ein neues Opel-Modell ohne Abgas-Katalysator kaufen, bieten wir demnächst kostengünstige Nachrüst-Pakete an. Diese Nachrüst-Pakete wird es auch für die Mehrzahl der gebrauchten und zugelassenen Opel-Fahrzeuge geben.

Eine Alternative: bei der Nachrüstung: Abgas-Katalysator ohne elektronische Gemischregelung und Lambda-Sonde. Diese Lösung reduziert die Schadstoffemission bereits erheblich und verlangt den Betrieb mit bleifreiem Benzin.

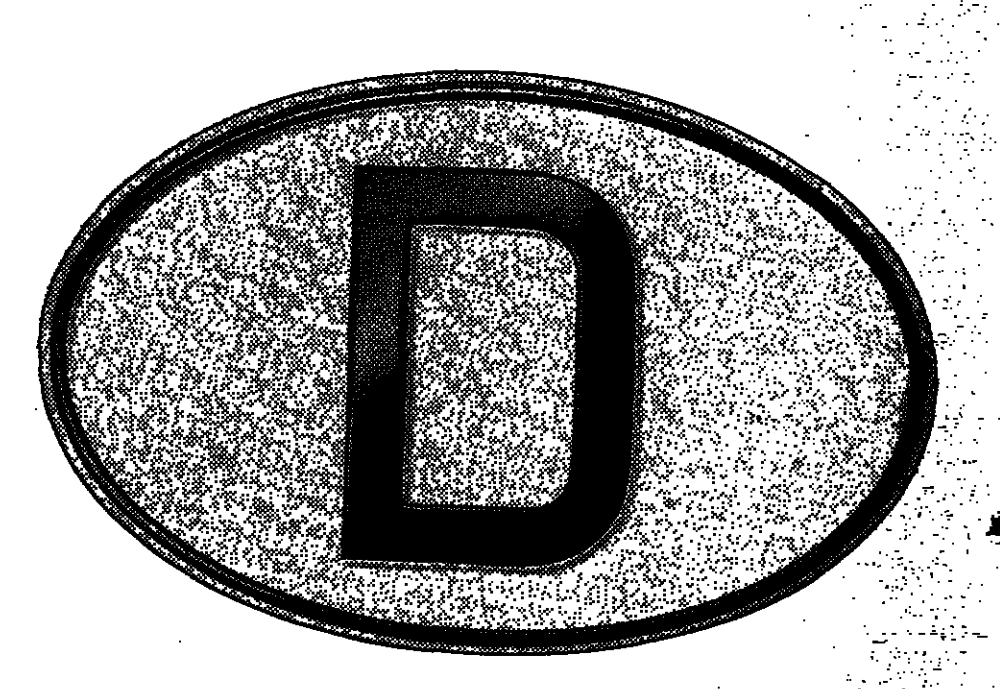
Eine andere Alternative: die Abgasrückführung. Hier wird ein Teil der Abgase über ein ventilgeregeltes Rückführungssystem noch einmal dem Gemischbildungssystem zugeführt und ein zweites Mal verbrannt. Diese Art der Abgasreinigung sorgt ebenfalls für eine deutliche Schadstoffreduzierung, auch beim Betrieb mit verbleitem Kraftstoff.

Wir gehen davon aus, daß auch diese Nachrüst-Lösungen steuerlich gefördert werden.

Welche Art der Nachrüstung speziell für Ihren Opel in Frage kommt, erfahren Sie bei Ihrem Opel-Partner.

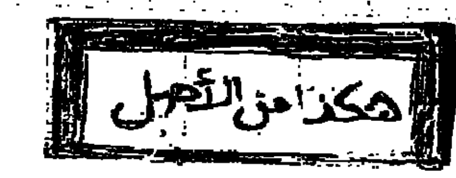


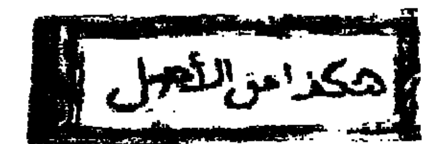
Gütezeichen D: Katalysator-Technologie für deutsche Straßen.



Deutsche Verkehrsverhältnisse erfordern technisch und qualitativ adäquate Lösungen. Deshalb ist unsere Katalysator-Technik speziell für den deutschen Straßenverkehr entwickelt – genauso wie unsere Karosserien, Motoren, Fahrwerke und Bremsen.

Katalysator ist schließlich nicht gleich Katalysator. Gestützt auf die zehnjährige Forschungs-und Produktionserfahrung unserer Muttergesellschaft General Motors, haben wir eine Katalysator-Lösung entwickelt, die dem modernsten





Thema:

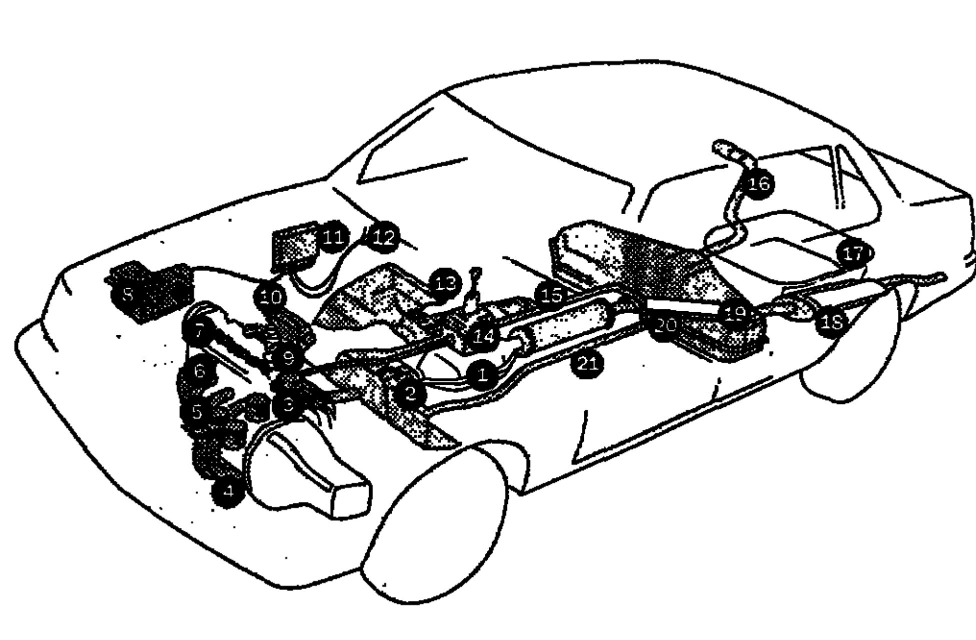
Stand der Technik entspricht. Die Katalysator-Technik von Opel ist leistungsfähig, wirtschaftlich und langlebig – wie unsere Autos.

Das Katalysator-Auto: Viel Technik für weniger Umweltbelastung.

Zur Entwicklung eines abgasarmen Automobils ist mehr technischer Aufwand nötig als nur der Einbau eines Katalysators in das Auspuffsystem. Die Abgasreinigung per Katalysator stellt einen komplizierten Eingriff in das technische Innenleben eines Autos dar.

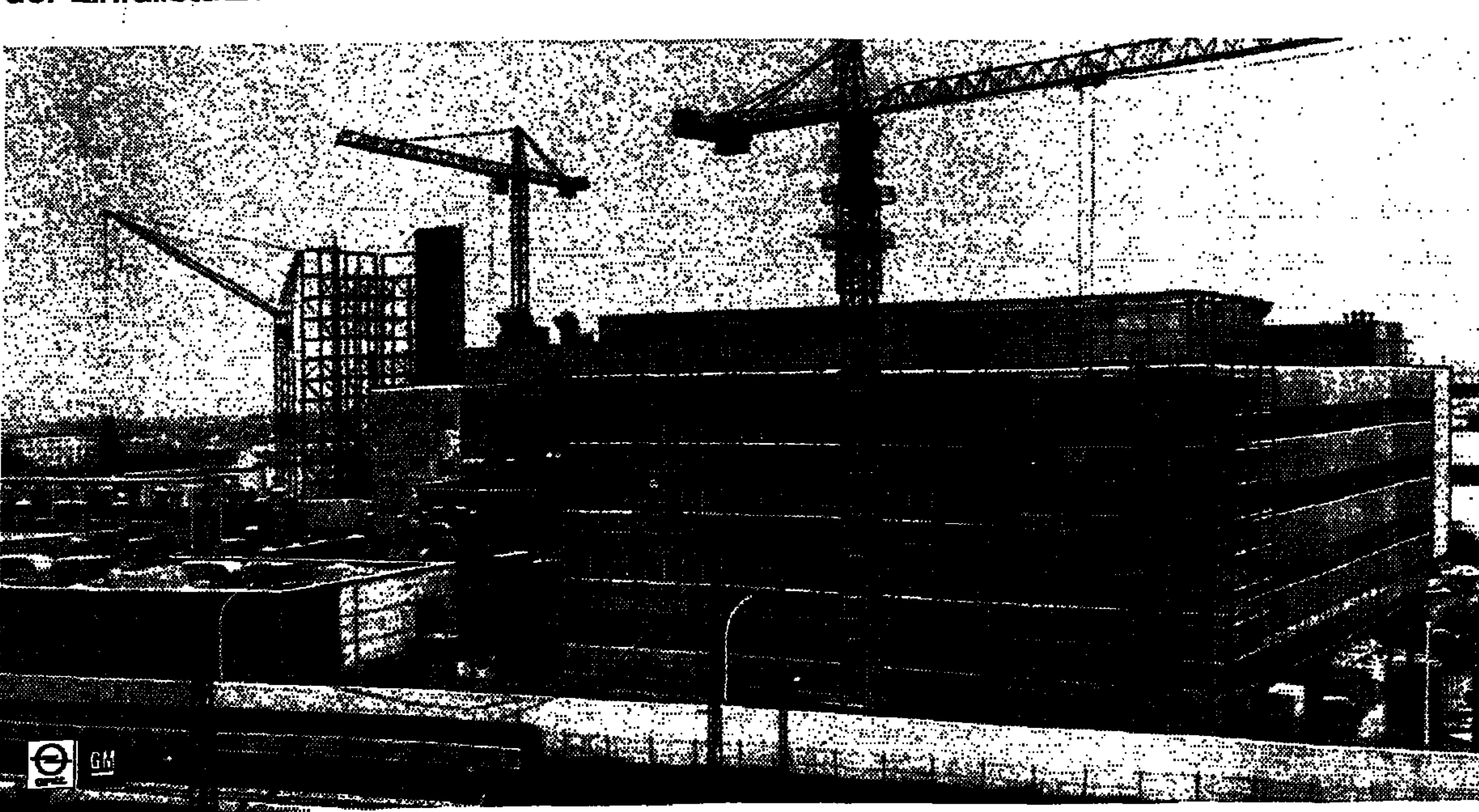
Wie die Schemazeichnung zeigt, müssen gegenüber einem herkömmlichen Modell umfangreiche konstruktive Änderungen vorgenommen werden. Zu berücksichtigen ist beispielsweise, daß der Katalysator nach Erreichen der normalen Betriebstemperatur (600°C) sehr viel Wärme abstrahlt. Hitzeempfindliche Karosserieteile und der Innenraum müssen deshalb durch Abschirmbleche geschützt werden.

Damit der Katalysator seine volle Wirkung entfalten kann, sind eine elektronisch geregelte Gemischaufbereitung sowie eine Vielzahl von elektronischen Steuerelementen notwendig, die ihrerseits wiederum eine Fülle von technischen Modifikationen nach sich ziehen. Sogar der Einfüllstutzen am Kraftstofftank muß geändert werden, damit nicht eine versehentliche Betankung mit verbleitem Benzin den Katalysator zerstört.



Direkt oder indirekt betroffene Fahrzeugkomponenten:

1. *Katalysator* zur Reduktion der Abgasschadstoffe
2. *Lambda-Sonde* als Sensor zur Regelung des Luft/Kraftstoffverhältnisses
3. *Zündverteiler* mit neuer Zündkennlinie
4. *Auspuffleitung*, modifiziert und in geänderter Werkstoffqualität
5. *Auslaßkrümmer*, geänderte Werkstoffqualität
6. *Kolben*, modifiziert, falls Regulierung der Verdichtung notwendig
7. *Nockenwelle*, modifiziert für geändertes Luft-/Kraftstoffverhältnis
8. *Luftmengenmesser*, modifiziert für geregeltes Luft-/Kraftstoffverhältnis
9. *Abgasrückführventil*, für weitere NO_x-Reduzierung evtl. nötig
10. *Saugrohr*, zur Anflanschung des Abgasrückführventils modifiziert
11. *Steuergerät*, modifiziert für geregeltes Luft-/Kraftstoffverhältnis
12. *Kabelbaum*, erweitert für geregeltes Luft-/Kraftstoffverhältnis
13. *Konsole*, geändert wegen Tunnelvergrößerung zur Aufnahme des Katalysators
14. *Schaltung*, geändert wegen Tunnelvergrößerung zur Aufnahme des Katalysators
15. *Stirnwand, Tunnel, Teppich*, geändert wegen Tunnelvergrößerung zur Aufnahme des Katalysators
16. *Einfüllstutzen*, modifiziert zur Vermeidung von Betankungen mit verbleitem Kraftstoff
17. *Hitzeisolierung Radmulde*, notwendig durch erhöhte Temperatur im Auspuffsystem
18./19./21. *Abschirmblech*, notwendig durch erhöhte Temperatur im Auspuffsystem
20. *In den Tank verlegte Kraftstoffpumpe* für neue Gemischbildungssysteme



Daten und Taten: 1 Milliarde für Ingenieure, Maschinen und Motoren.

Das umweltfreundliche Auto lassen wir uns viel Geld kosten. Opel investiert 1 Milliarde Mark in neue Produktionseinrichtungen und Testanlagen. Ein weithin sichtbarer Beweis für unsere Aktivitäten ist ein riesiger Klimaturm, der für die komplizierten Abgastests unerläßlich ist. Darüber hinaus haben wir neue Abgasprüfstände, neue Motorprüfstände, neue Konstruktionsbüros und neue Versuchswerkstätten gebaut.

Für unser Programm zur Schadstoffreduzierung setzen wir eine Testwagenflotte von 750 Fahrzeugen ein, die Millionen von Testkilometern zurücklegen. Opel-Ingenieure fahren Prüfstandversuche mit rund 350 Motorvarianten über mehr als 800.000 Stunden. Insgesamt arbeiten derzeit über 1000 Mitarbeiter an Opel-Programmen zur Schadstoffreduzierung.

Opels technische Arbeit für umweltfreundliche Autos war auch schon in den letzten Jahren erfolgreich. Opel-Motoren von heute stoßen im Vergleich zu den Werten von 1971 55 Prozent weniger Kohlenwasserstoff (HC) und 70 Prozent weniger Kohlenmonoxyd (CO) aus. Und seit 1975 sind auch die Stickoxyd-Emissionen (NO_X) um 40 Prozent gesunken.

Das heißt: Schon ein Opel von heute reduziert drastisch die Belastung der Umwelt und kann durch Nachrüstung sogar noch weiter optimiert werden.

Das Katalysator-Telefon: Sie fragen – wir antworten.

Für weitere Informationen steht Ihnen täglich bis zum 20.12.1984 unser Katalysator-Telefon zur Verfügung. Bundesweit erreichbar unter der Nummer ☎ (0 61 42) 66 – 55 55.



ZUVERLÄSSIG IN DIE ZUKUNFT

Personalien

GEBURTSTAGE

Sein 85. Lebensjahr vollendet heute Bischof Dr. **Friedrich M. Rintelen**, der 18 Jahre lang Erzbischöflicher Kommissar und Generalvikar in Magdeburg war und seit 1970 wieder in Paderborn lebt. Rintelen wurde 1899 in Ahlen/Westfalen geboren. 1924 empfing er in Paderborn die Priesterweihe. Erzbischof **Lorenz Jäger** ernannte 1941 den damaligen Pfarrer der Marktkirche in Paderborn, Rintelen, zu seinem ersten Generalvikar. 1951 wurde Rintelen zum Weihbischof ernannt. Erzbischof Jäger entsandte ihn als Erzbischöflichen Kommissar nach Magdeburg, wo er am 24. Januar 1952 die Bischofsweihe empfing. 18 Jahre lang leitete Rintelen die Geschicke dieses in der „DDR" gelegenen Anteils des Erzbistums, ausgestattet mit besonderen Vollmachten, da der Erzbischof seit 1958 das Kommissariat nicht mehr besuchen konnte.

*

Es darf gelacht werden, wenn Bayerns Senatspräsident **Hans Weiß** am Mittwoch seinen 65. Geburtstag feiert, gehört der Jubilar doch zu den Politikern, die nicht abgeneigt sind, Fröhlichkeit als einen Teil ihres Metiers zu sehen. Beim Rückblick auf seinen Lebensweg hat der gebürtige Münchner allerdings auch gut lachen: Aus dem hoffnungsvollen Gerichtsassessor, der mit einer Arbeit über den Bayerischen Senat promovierte, wurde 1952 der Oberbürgermeister von Bad Kissingen, was er bis zu diesem Frühjahr blieb, zwei Jahrzehnte war er im ZDF-Verwaltungsrat, im Verwaltungsrat des Bayerischen Rundfunks sitzt er noch heute als stellvertretender Vorsitzender, und im Senat, dem er seit 12 Jahren angehört, wurde er 1982 zum Präsidenten dieser Zweiten Kammer gewählt.

EHRUNGEN

Der seit 1973 jährlich einmal verliehene „Bentinck-Preis" für besondere Verdienste um die europäische Einigung auf diplomatischem oder literarischem Feld, gestiftet von der Witwe des großen niederländischen Diplomaten Baron Adolph Bentinck zum Gedenken an dessen mutigen Einsatz für das europäische Einigungswerk, ist in Paris an **Henri Froment-Meurice**, den ehemaligen französischen Botschafter in Moskau und Bonn (bis 1983) verliehen worden. Der mit 5000 Dollar dotierte Preis ehrt das im Frühjahr erschienene Buch des Exdiplomaten „Une puissance nommée Europe" (Eine Macht mit Namen Europa), in dem sich der Autor mit den politischen, wirtschaftlichen und strategischen Aspekten einer dritten Weltmacht Europa im amerikanisch-sowjetischen Kräftefeld und mit der besonderen Rolle der Deutschen und Franzosen in dieser „unaufhaltsamen Entwicklung" (Froment-Meurice in seiner Annahmerede) auseinander. Der Pariser Korrespondent der WELT, **August Graf Kageneck**, vertritt die Bundesrepublik Deutschland in der von Exminister **Louis Joxe** präsidierten zehnköpfigen Jury.

*

Die diesjährigen Preise der „Deutschen Rheuma-Liga" erhielten die Berliner Sozialarbeiter **Christel Baltzer** und der praktische Arzt **Jochen Tolk** (Kiel). Frau Baltzer wurde für ihre Betreuung von Rheumakranken ausgezeichnet, die ihre Wohnung nicht verlassen können. Bei Dr. Tolk würdigte die Jury seine Mitarbeit am Aufbau eines mobilen Rheuma-Dienstes in Schleswig-Holstein. Der Preis ist mit insgesamt 10 000 Mark dotiert. Die beiden Preisträger spenden diesen Betrag für die Arbeit mit Rheuma-Kranken.

WAHL

Der Marburger Wirtschaftswissenschaftler Professor Dr. **Horst Zimmermann** ist zum Mitglied des Wissenschaftlichen Rates der Akademie für Raumforschung und Landesplanung in Hannover gewählt worden. Das aus fünf Mitgliedern bestehende Gremium berät das Präsidium der Akademie bei der Durchführung von wissenschaftlichen Aufgaben, koordiniert Forschungsabsichten und ermittelt Forschungsthemen.

AUFTRAG

Die Bundesregierung legt großen Wert darauf, daß der Weltwirtschaftsgipfel Anfang Mai 1985 in Bonn zu einer „positiven Leistungsschau" der Bundesrepublik Deutschland wird. Insgesamt werden zu diesem Ereignis in Bonn 2500 Journalisten erwartet. Der stellvertretende Verwaltungschef des Presse- und Informationsamtes, **Karl-Egbert Mroch** (55), wurde von der Bundesregierung beauftragt, die Betreuung dieser Journalisten vorzubereiten. Mroch, ein geschickter und in Organisationsfragen phantasievoller Mann, will den aus vielen Ländern anreisenden Beobachtern einen „Gipfel der kurzen Wege" ermöglichen und ihnen die modernste Kommunikationstechnik zur Verfügung stellen. Die Beratungen der Regierungsdelegationen, die allein 1000 Mitglieder zählen werden, sollen im Plenarsaal des Bundestages stattfinden. Um die Übernachtungsprobleme bei so vielen Gästen sicherzustellen, sollen Hotelschiffe auf dem Rhein festmachen.

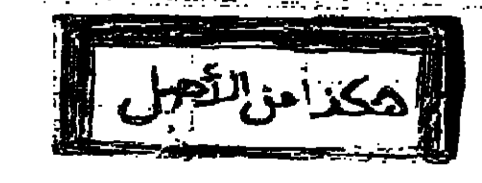
ERNENNUNGEN

Ständiger Vertreter der Bundesrepublik Deutschland beim Europarat in Straßburg wird Botschafter Dr. **Günter Knackstedt**. Der Diplomat, Jahrgang 1929, stammt aus Berlin. Er studierte in Frankfurt, Harvard und Cincinnati Volkswirtschaft, politische Wissenschaften, Geschichte und Völkerrecht, erwarb den Grad eines Master of Arts und promovierte zum Doctor of Philosophy. 1961 ging er in den Auswärtigen Dienst der Bundesrepublik. Er war an den deutschen Botschaften in Havana und Caracas tätig, jeweils als Pressereferent, und wurde später als politischer Referent an die deutsche Botschaft nach Madrid versetzt. 1976 übernahm er im Auswärtigen Amt die Leitung des Parlaments- und Kabinettsreferats. Seit 1979 ist er Botschafter in Luxemburg.

*

Dr. **Karl Bernhard Schmitz**, Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht, ist zum Richter am Bundesgerichtshof ernannt worden. Dr. Karl Bernhard Schmitz war nach den beiden juristischen Staatsprüfungen zunächst juristischer Mitarbeiter in einem Notariat in Düsseldorf. Danach trat er in den Justizdienst des Landes Nordrhein-Westfalen ein und war Richter am Landgericht Düsseldorf. Nach einer dreijährigen Tätigkeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Bundesgerichtshof wurde er 1974 als Richter an das Oberlandesgericht Düsseldorf berufen, wo er überwiegend in Zivilsenaten tätig gewesen ist.

FINANZANZEIGE



Pakistan beherbergt das größte Flüchtlingsheer

WALTER H. RUEB, Bonn

In Bonn veranstaltet die Otto-Benecke-Stiftung heute und morgen ein internationales Symposium zum Thema „Fünf Jahre afghanische Flüchtlinge". Politiker, Diplomaten, Flüchtlingskommissare und Wissenschaftler aus der Bundesrepublik und anderen Ländern werden das Flüchtlingsproblem von allen Seiten beleuchten – ein lobenswertes und angesichts der Situation entlang der 1500 Meilen langen pakistanisch-afghanischen Grenze wichtiges Unterfangen.

In Pakistan hat sich im Laufe von fünf Jahren Besetzung und Krieg im Nachbarland die weltgrößte Konzentration von Flüchtlingen angesammelt. 3,2 Millionen Menschen fristen in 300 Lagern fern der Heimat ihr Dasein. Das gigantische Flüchtlings-Heer ist für Pakistan zu einer kaum mehr tragbaren politischen und finanziellen Belastung geworden.

„Allein für das Jahr 1984 beliefen sich die Kosten für die Flüchtlinge auf 414 Millionen Dollar, wovon Pakistan wie immer die Hälfte übernahm", sagte in Islamabad Said Azhar zur WELT. Der pensionierte pakistanische Brigadegeneral und UNO-Hochkommissar für Flüchtlingsfragen bezeichnet die Trinkwasser-Versorgung der Flüchtlinge als das größte Problem. „Nur die Hälfte der Flüchtlinge hat gutes Wasser, doch hungern muß in Pakistan kein Flüchtling mehr. Die medizinische Versorgung ist gesichert, Epidemien gibt es dank umfangreicher Vorkehrungen nirgends."

Anfang November lebten zwei Drittel aller Flüchtlinge in der pakistanischen Nordwest-Grenzprovinz sowie in den weitgehend autonomen pakistanischen Stammesgebieten entlang der Grenze. In Belutschistan *zählte man 500 000 Flüchtlinge, in das* Innere Pakistans wurden bisher eine Viertelmillion Flüchtlinge umgesiedelt.

Wer als Flüchtling registriert ist, erhält finanzielle Hilfe (12 US-Dollar *im Monat pro Kopf*) und Unterstützung (Tagesration pro Kopf 500 Gramm Mehl, je 30 Gramm Speiseöl und Milchpulver, drei Gramm Tee, 20 Gramm Zucker sowie Proteintabletten für schwangere Frauen, Kranke und Kinder, insgesamt 2200 Kalorien). Hinzu kommen Schuhe, Kleidung, Decken – in jedem Jahr ein Set; ferner einmal Küchengeschirr, Brennholz und 20 Liter Kerosin pro Monat. Jede Familie erhält zudem ein Zelt oder Material für den Bau eines Lehmhauses.

Bildung und Handwerk

In jüngster Zeit widmet Pakistan *vor allem* der Verbesserung der medizinischen Versorgung der Flüchtlinge sowie der Einrichtung von Schulen Aufmerksamkeit. Viel Geld wird dabei ausgegeben. „Jedes Flüchtlingslager hat inzwischen mindestens eine *Primarschule*", sagte Brigadegeneral Said Azhar. „In den meisten Lagern gibt es zudem Mittel- und Oberschulen. In einigen Camps laufen zur Zeit Experimente mit Primarschulen für Mädchen. Hochbegabte Afghanen *werden ausgewählt* und auf pakistanische Hochschulen geschickt. In den Flüchtlingslagern unterrichten 2166 Lehrer rund 82 000 Schüler."

In vielen Lagern werden die Flüchtlinge auch in Handwerks-Berufen *ausgebildet. Tausende* ergreifen die Gelegenheit, um Klempner, Automechaniker, Teppichweber, Holzarbeiter oder Schneider zu werden. Auch Kurse für *Bienenhaltung* und Metallbearbeitung gibt es. Im *Flüchtlingslager Kacha Ghari vor den* Toren von Peschawar steht ein ehrgeiziges, 35 000 Mark teures Gemeinschaftsprojekt der deutschen Organisation Help und des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit vor der Fertigstellung. In 36 Beton-Iglus aus vorgefertigten Teilen sollen ab Frühjahr 1985 junge Afghanen zu Schneidern, Schustern, Webern und Mechanikern ausgebildet werden.

Die Bundesrepublik ist im Kampf gegen Not und Elend in den Flüchtlingslagern auf manche Art tätig. Der Chief Commissioner lobt: „Aus Deutschland fließen jedes Jahr Millionen von Spendengeldern und öffentlichen Zuschüssen für medizinische Einrichtungen, Zelte, Decken und vieles andere. Hervorzuheben sind die Aktivitäten der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit, die Bereitstellung von Lastwagen und anderer Transportmittel, die Lieferung vieler Tonnen Medikamente und das Wirken zahlreicher deutscher Ärzte."

Den Deutschen dankbar

Dankbarkeit für deutsche Hilfe äußerten auch Witwen, Waisen und Behinderte im Nordwesten Pakistans. Im Flüchtlingslager Nasir Bagh in Peschawar verteilte der deutsche Honorarkonsul Rudolf von Przyborowski Ende November an 854 afghanische Familien mit insgesamt 5923 Personen mehrere Tonnen Reis, Zucker und Öl sowie 475 Kilogramm Tee. Die Lebensmittel waren mit Spenden von Lesern der WAZ-Gruppe im Ruhrgebiet gekauft worden. 70 000 Mark flossen nach Warsak nordwestlich von Peschawar, wo für 500 Waisenkinder ein neues *Lager* mit festen Häusern gebaut worden war.

Ungeheure Probleme bereitet der Transport der Hilfsgüter für die Flüchtlinge. Jährlich müssen rund eine Million Tonnen über gewaltige, in Europa fast unvorstellbare Distanzen befördert werden. Von der pakistanischen Hafenstadt Karachi, wo über 90 Prozent der Güter umgeschlagen werden, betragen die Entfernungen nach Quetta in Belutschistan 865, nach Islamabad 1509 und nach Peschawar 1684 Kilometer. In die drei genannten Städte gelangen die Güter per Eisenbahn, von dort werden sie auf der Straße an die Bestimmungsorte gebracht, wobei die südlichsten 2400 km von den nördlichsten entfernt sind. 72 Millionen US-Dollar verschlingt der Güter-Transport im Jahr.

Pakistan muß noch mit anderen Schwierigkeiten fertig werden: Die Masse der drei Millionen Flüchtlinge droht das soziale Leben des Landes zu destabilisieren. Den Afghanen ist es deshalb offiziell verboten, Arbeit aufzunehmen und Land zu erwerben. Das wiederum bereitet vielen Afghanen, die ihr Vieh mitgebracht haben, Probleme. Die Bodenpacht ist stark gestiegen, die Wasserverteilung oft die Ursache von Zwistigkeiten.

In jüngster Zeit gab es auch Unruhe, weil manche Flüchtlingslager total überfüllt waren. Jetzt werden junge und unverheiratete Männer in entferntere Lager verlegt. Die Befürchtung vieler Pakistanis, daß die Afghanen sich für immer in ihrem Land niederlassen, wird von den Behörden des Landes zerstreut. „Jeder Afghane sehnt sich danach, in seine Heimat zurückzukehren", sagte vor kurzem Rustan Schah Mohmand, der Flüchtlingskommissar in Peschawar, wo 364 000 Flüchtlinge in 58 Lagern leben. „Die provisorische Niederlassung der Afghanen bei uns kommt doch schon in ihren Häusern zum Ausdruck..."

Freie Medien beste Gewähr

Verleger leisten Überzeugungsarbeit in der Dritten Welt

FLORIAN NEHM, Bonn

„Der Privatinitiative der Zeitungsverleger im ‚World Press Freedom Committee' (WPFC) ist es gelungen, viele Zeitungsleute in Entwicklungsländern von den Vorteilen des Wettbewerbs und der Pressefreiheit zu überzeugen und ihre ursprüngliche Unterstützung einer restriktiven Weltinformationsordnung zu bremsen". Dies sagte Edward Murray, Sprecher des WPFC, vor Journalisten in Bonn.

Dennoch hat der politische Sonderausschuß der UNO-Vollversammlung in New York zwei Resolutionsentwürfe einer neuen Weltinformationsordnung mit den Stimmen der meisten Dritte-Welt-Länder und des Ostblocks angenommen. Der Westen *befürchtet, daß* eine neue Weltinformationsordnung, die von den meisten Ländern der Dritten Welt angestrebt wird, den Prinzipien einer freien und unabhängigen Presse zuwiderläuft. Dazu sagte Murray, daß gerade in der Dritten Welt freie Medien die beste Gewähr für die Aufdeckung von Machtmißbrauch, Verschwendung, Korruption und anderer Mißstände böten.

Die Gefahr einer „erlaubten" weltweiten Kontrolle der in- und ausländischen Medien sowie das Ungleichgewicht im internationalen Informationsangebot wird schon seit Anfang der *siebziger Jahre* als explosives Thema im Rahmen der Unesco und der Blockfreien-Bewegung diskutiert. Die in der Unesco angestrebte „Neue Weltinformations- und Kommunikationsordnung" sieht, sollte sie jemals durchkommen, die nationale Abschottung durch staatliche Einschränkung des freien Informationsflusses vor. Kräftig unterstützt werden diese Vorstellungen von der Sowjetunion und ihren Satelliten, die in den Entwicklungsländern Verbündete für ihr Konzept der „Informationssouveränität" suchen.

Das 1976 in Washington von Zeitungsverlegern aus fünf Kontinenten gegründete WPFC habe sich auf zahlreichen Koferenzen der Unesco und anderer Institutionen gegen die drohende Beschneidung der Pressefreiheit eingesetzt. Der mögliche Austritt der USA aus der Unesco sei ein Verlust für die Gegner einer unfreien *Weltinformationsordnung, könne* sich jedoch positiv auswirken, wenn die Unesco, wie seinerzeit die Weltarbeitsorganisation ILO, ihre dirigistische Politik aufgäbe und anschließend die USA wieder zur Mitarbeit einlüde, sagte Murray in Bonn.

In Deutschland kommt bei der Entwicklungshilfe in puncto Medien den politischen Stiftungen und Kirchen große *Bedeutung* zu. Ausbildungsprogramme werden insbesondere vom Internationalen Institut für Journalismus in Berlin, einer Gründung des Berliner Verlegers Axel Springer, sowie den Ausbildungszentren der Deutschen Welle und des Senders Freies Berlin angeboten.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Schulpolitik und Wahltaktik

„Leserbrief: Unterschlagene Unterschiede": WELT vom 22. November, und „Das geistige Gefälle": WELT vom 17. Oktober

Am 22. 11. 84 erschien in Ihrer Zeitung ein Leserbrief des Vorsitzenden der CDU-Fraktion im Niedersächsischen Landtag, Dr. Werner Remmers, in dem er sich mit dem Artikel „Das geistige Gefälle" auseinandersetzt. Herr Dr. Remmers sagt u. a., „daß der Deutsche Philologenverband und auch Herr Günter Zehm offensichtlich noch nicht begriffen haben, daß es im Landtagswahlkampf 1986 in Niedersachsen nicht um die Frage Orientierungsstufe ja oder nein, sondern um den Fortbestand des Gymnasiums geht." Dr. Remmers spricht von „Selbstzerstörung" und davon, daß der Philologenverband alles, was seit 1976 in Niedersachsen für das Gymnasium erreicht wurde, wieder aufs Spiel setzt.

Der Brief von Dr. Remmers ist ein Indiz dafür, daß Schulpolitik heute in erster Linie unter wahltaktischen Aspekten gesehen wird. Falls 1986 andere Mehrheitsverhältnisse herrschen, ist das Gymnasium vogelfrei, und der böse Philologenverband, der mit seiner Kritik an der Orientierungsstufe die CDU-Wähler verunsichert, gräbt sich selbst eine Grube. Man hat also schon lange vor der Wahl einen Übeltäter gefunden, auf dessen Konto man u. U. auch Stimmenverluste buchen kann. Glaubt denn Herr Dr. Remmers im Ernst daran, daß irgend jemand, dem das dreigliedrige Schulsystem am Herzen liegt, seine Stimme für die eine oder andere Partei einer rot-grünen Koalition hergeben wird? Diese Befürchtung kann doch niemand ernsthaft hegen.

Es ist viel eher denkbar, daß die FDP mit einer klaren Wahlaussage zur Orientierungsstufe – z. B. Einrichtung von schulformbezogenen Orientierungsstufen – viele der unzufriedenen Lehrer und Eltern für sich gewinnen kann. Der Zug weg von der integrierten Orientierungsstufe gewinnt immer mehr an Fahrt. Wer sich ihm in den Weg stellt, überschätzt vermutlich seine Kräfte. Die Philologenschelte ändert daran ebenso wenig wie die Kritik an den Eltern, die angeblich „Unruhe in die Schulen bringen".

Eine am Schüler und seinen Bedürfnissen orientierte Schulpolitik mit breitem Konsens der Eltern und Lehrer im Lande ist meiner Meinung nach die beste Voraussetzung für einen Wahlausgang, wie ihn sich Herr Dr. Remmers für 1986 wünscht.

Mit freundlichen Grüßen
Sighild Salzmann,
Niedersächsischer Elternverein e.V.
Braunschweig

Fiktive Zahlen

„Windelen warnt vor DDR-Entvölkerung": WELT vom 19. November

Sehr geehrte Damen und Herren,

es ist nicht zu fassen, daß der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen die hohe Zahl der Ausreiseanträge von „DDR"-Einwohnern als „besorgniserregend" bezeichnet und von einer „Entvölkerung" der „DDR" spricht.

Die 300 000 bis 500 000 Ausreiseanträge sind doch fiktive Zahlen, die leider kaum in den nächsten Jahren erreicht werden dürften. Herr Windelen gibt selber zu, daß die genaue Zahl nicht feststeht. Seine polemischen Einwände dürften daher unbegründet sein.

Es wäre im Gegenteil doch nur zu begrüßen, wenn im Laufe der Zeit eine höhere Zahl der Ausreiseanträge realisiert werden könnte. In vielen offiziellen Reden wird immer wieder das bittere Los unserer Schwestern und Brüder beklagt, die seit Jahrzehnten hinter Mauer, Stacheldraht, Minen- und Schußfeld mit Beobachtungstürmen und Spürhunden leben müssen. Wohlgemerkt, errichtet von einer deutschen „demokratischen" Republik, die auf zahllosen Plakaten in ihrem Bereich die Sowjets als Waffenbrüder und Freunde lobt, aber auf Deutsche schießt!

Anstatt zu lamentieren, sollte Herr Windelen den ständigen Ausreisewillen der Schwestern und Brüder drüben in jeder Hinsicht moralisch unterstützen. Sonst könnte der fatale Eindruck entstehen, daß es für die Bundesrepublik gesünder ist, über 4,5 Millionen Ausländer aus fast allen Kontinenten zu beherbergen und zu fördern, als Deutsche aus dem anderen Teil unseres Vaterlandes freudig und freundlich aufzunehmen.

Mit freundlichen Grüßen
Dipl.-Ing. A. Ritter,
Hamburg 60

Professor in USA

„Wer viel wagt, wird gefördert und gewinnt": WELT vom 15. November

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Interesse habe ich den Artikel von Herrn Siebert über die Spitzentechnologie in USA und Europa gelesen. Dem Autor kann meinerseits nur zu diesem Artikel gratuliert werden. Nach einem 14tägigen Aufenthalt in den USA im November 1984 kann ich die Aussagen des Autors bestätigen. Ich möchte jedoch eine Korrektur anfügen, die ich für wesentlich halte.

In dem Artikel wird darauf hingewiesen, daß Professoren in den USA nicht auf Lebenszeit angestellt werden. Dies trifft für die medizinischen Bereiche der Universitäten nicht zu. Dort gibt es den „Assistant Professor", der einen Vertrag, zeitlich begrenzt auf 6 Jahre, erhält und den „Associate Professor", der das sog. „Tenure" erhält und damit an der Universität fest auf Lebenszeit angestellt ist.

Bei der Verteilung der Aufgaben der Professoren an der Universität ist von besonderem Interesse, daß die Professoren um so mehr freie Zeit für wissenschaftliche Arbeiten erhalten, je mehr Publikationen sie vorlegen und je mehr Forschungsmittel („grants") sie einwerben.

Dies führt dazu, daß aktive Forscher 3 bis 4 Tage in der Woche vollkommen für ihre Forschung freigestellt werden. Außerdem ist an jeder Abteilung der Universitätsklinik die Zahl der forschenden Professoren zwei- bis dreifach höher als an hiesigen Universitätskliniken. Diese Vorteile erlauben es den amerikanischen Kollegen, raschere und intensivere Forschungsarbeiten zu leisten als es deutsche Kollegen in gleicher Stellung vermögen.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Professor Dr. med. R. Erbel,
Johannes-Gutenberg-Universität,
Mainz

Kurswechsel?

„Auf ein Wort": WELT vom 30. November

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Zitat von Herrn Dr. Posth, das Sie zum Thema Sprecherausschüsse veröffentlichten, veranlaßt mich zu folgender Stellungnahme:

Daß nun auch Leute aus Unternehmensspitzen sich zu Begriffen wie „Edelbetriebsräte" hinreißen lassen, wenn es um die gesetzliche Verankerung von Sprecherausschüssen geht, stimmt sehr nachdenklich. Solche Kampfbegriffe kennen wir bislang nur von Gewerkschaftsseite.

Es gab einmal eine Zeit, als Männer wie der damalige BDA-Präsident Otto A. Friedrichs sich für Sprecherausschüsse einsetzten. Sie hatten genügend gesellschaftspolitischen Weitblick, um zu verstehen, daß man den Leitenden Angestellten die Einbeziehung in den Ordnungsrahmen der Betriebsverfassung nicht ohne Schaden für das Ganze verweigern dürfe.

Inzwischen scheint das in der Tagespolitik bewährte „divide et impera" mancherorts den Blick dafür zu verstellen, daß sich fast 400 Sprecherausschüsse der Leitenden Angestellten auf freiwilliger Basis bestens bewährt haben. Sie haben wesentlich dazu beigetragen, den Konsens zwischen der Gruppe der Leitenden Angestellten und ihren Firmenleitungen zu fördern, ein Prozeß, der, steht der einzelne LA vor seinem Vorstand, denn doch etwas ungleichwichtig verläuft.

Mit freundlichen Grüßen
Wiegräbe, Vorsitzender
des Sprecherausschusses
der Leitenden Angestellten
der BASF Aktiengesellschaft

Wort des Tages

❝ Großherzigkeit ist der Klugheit keine Rechenschaft über ihre Motive schuldig. ❞

Luc de Clapiers Vauvenargues; franz. Moralist (1715–1747)

Keine Freiheit

„Versicherung ohne Grenzen": WELT vom 28. November

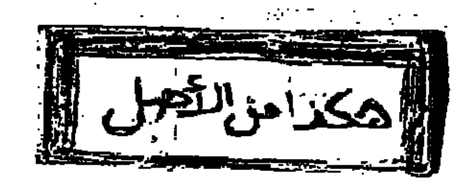
Sehr geehrte Damen und Herren,

Ihr Korrespondent Harald Posny scheint der Auffassung zu sein, daß Verbraucherschutz gegen die Tätigkeit britischer Versicherungen in der Bundesrepublik und anderen europäischen Ländern erforderlich ist. Ich bin sicher, Herrn Posny ist bekannt, daß britische Versicherer Zehntausende von Kunden außerhalb der Europäischen Gemeinschaft haben, die sich sehr gerne in Großbritannien versichern. Es steht ihnen frei, dies zu tun.

Wie Ihrem Korrespondenten ebenfalls bekannt ist, bleibt den Bürgern der EG, einschließlich der Bundesrepublik, diese Freiheit jedoch vorenthalten, eine Freiheit, die der EWG-Vertrag ausdrücklich vorschreibt.

Die britische Regierung setzt sich seit Jahren für die Verwirklichung dieses und anderer Teile des Vertrags ein, da sie davon überzeugt ist, daß die Gemeinschaft in ihrem Kampf um anhaltendes wirtschaftliches Wachstum und die Schaffung neuer Arbeitsplätze der Vervollständigung des Binnenmarktes absoluten Vorrang einräumen sollte. Wir brauchen den gemeinsamen Markt für Güter und Dienstleistungen sowie im Agrarbereich.

Mit freundlichem Gruß
Dr. U. Damm-Reitzenstein,
Britische Botschaft,
Bonn



NACHRICHTEN

Ulm entließ Baldauf

Ulm (dpa) – Mit sofortiger Wirkung hat sich Fußball-Zweitligaklub SSV Ulm von seinem Trainer Hannes Baldauf (46) getrennt. Als Grund wurde vom neuen Abteilungsleiter Günther Hutt die erfolglose Bilanz (3:17 Punkte) aus den letzten zehn Spielen genannt. Vorerst leitet Assistenztrainer Walter Modick das Training.

Werder: Heute Pokalspiel

Jülich (sid) – Das vorgezogene Fußball-Pokalspiel zwischen dem Amateuroberligaklub SC Jülich 1910 und dem Bundesligaverein Werder Bremen findet heute um 14 Uhr in Jülich statt.

Nach Sturz gestorben

Hongkong (sid) – Der englische Spitzenjockey Brian Taylor (45) ist tot. Nach dem Ziel eines Rennens in Hongkong war er von dem Pferd Silver Star gestürzt und hatte einen Genickbruch erlitten.

Motorsport hat Zukunft

Bonn (sid) – Die Bundesregierung glaubt an die ungefährdete Zukunft des organisierten Motorsports in Deutschland. Genehmigungen für motorsportliche Veranstaltungen würden weiterhin von den zuständigen Landesbehörden erteilt, allerdings mit Auflagen versehen, erklärte Carl-Dietrich Spranger, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundes-Innenministerium. Die motorsportlichen Fachverbände hatten unter dem Druck von Natur- und Umweltschützern ein baldiges Ende ihres Sports befürchtet.

Protest wurde abgelehnt

Basel (sid) – Der Protest des Handball-Bundesligaklubs TuSEM Essen gegen die Wertung des Achtelfinale-Rückspiels im IHF-Pokal bei Proletar Zrenjanin (17:23) ist von der Disziplinar-Kommission der Internationalen Handball-Federation (IHF) abgelehnt worden. TuSEM Essen ist damit aus dem IHF-Pokal ausgeschieden.

Neue Prämienregelung

Hannover (sid) – Der Deutsche Tennis-Bund (DTB) wird die Höhe der Siegprämien im Davis- und Kingscup künftig nicht mehr pauschal, sondern leistungsbezogen festlegen. Die Siegprämie wird künftig am Ranglistenplatz des Gegners und der Bedeutung eines Spiels bemessen.

Roßkopf im Nationalteam

Düsseldorf (sid) – Der erst 15jährige Jörg Roßkopf vom Zweit-Bundesligisten FTG Frankfurt wurde für das heutige Europaligaspiel gegen Jugoslawien in Günzburg nominiert. Er wird wahrscheinlich im Doppel eingesetzt.

ZAHLEN

GEWINNQUOTEN

Lotto: Klasse 1: 3 000 000,00; 2: 132 161,70; 3: 10 486,90; 4: 169,30; 5: 11,20. – **Auswahlwette „6 aus 45"**: Klasse 1: 466 836,50; 2: 11 075,30; 3: 1465,80; 4: 40,40; 5: 4,40. – **Ergebniswette:** Klasse 1: 1510,10; 2: 72,40; 3: 8,80. – **Rennquintett:** Rennen A: Klasse 1: 487,00; 2: 62,10; Rennen B: Klasse 1: 518,80; 2: 78,50. **Kombinations-Wette:** unbesetzt, Jackpot: 116 918,00. (Ohne Gewähr).

FUSSBALL / Achtelfinale im UEFA-Cup: Köln empfängt Spartak Moskau – der Hamburger SV tritt in Mailand an

● Die beste Ausgangsposition zum Einzug ins Viertelfinale hat Szekefehervar nach dem 5:0-Erfolg über Belgrad. Außerdem spielen heute: Madrid – Anderlecht (0:3), Sarajevo – Craiova (0:2), Minsk – Lodz (2:0), Prag – Tottenham (0:2), Dundee – Manchester (2:2).

Rummenigge verspricht Spektakel für den HSV

sid/dpa, Hamburg

„Ich hoffe, daß dieser Tag in die UEFA-Cup-Geschichte eingehen wird. In Italien ist alles erlaubt, nur nicht zu verlieren." Diese Sätze von Karl-Heinz Rummenigge einen Tag vor dem Achtelfinal-Rückspiel (20.30 Uhr) seines Klubs Inter Mailand gegen den Hamburger SV drücken bereits die hohen Erwartungen aus, die auf dieser Begegnung lasten.

Erwartungen werden aber auch an den früheren Münchner gestellt. „Die Tifosi verlangen von mir, daß ich als Deutscher die Mailänder gegen die Deutschen ins Viertelfinale schieße", stöhnte Rummenigge. Doch diese Erwartungen hatte der Kapitän der deutschen Nationalmannschaft selbst heraufbeschworen: mit einer Klasseleistung und seinem Tor bei der 1:2-Niederlage der Mailänder im Hinspiel.

Doch Rummenigge spürt auch die Begeisterung, die ihm entgegenschlägt. Die italienische Presse drückte das in einer Schlagzeile so aus: „Ein einziger Schrei: Rummenigge!" Und er selbst sagt: „Ganz Italien steht hinter uns. Der Hamburger SV wird ein Spektakel sehen, wie er es bestimmt noch nie erlebt hat. Diese Fans, diese Erwartung, es ist einfach beeindruckend. Die Zuschauer sind unser zwölfter Mann."

Dennoch warnt der deutsche Legionär vor allzu großer Euphorie: „Wir sind mit Sicherheit noch nicht in der nächsten Runde. Das Rückspiel ist eine dieser Begegnungen, bei denen man keine Prognose treffen kann." Erst im letzten Jahr haben die Inter-Fans diese schmerzliche Erfahrung machen müssen, als das Hinspiel bei Austria Wien auch mit 1:2 verlorenging und im Rückspiel nur ein 1:1 herauskam. Damals folgten wüste Ausschreitungen, denen Inter-Präsident Ernesto Pellegrini diesmal mit einem großen Sicherheitsaufgebot entgegenwirken will.

Während Mailand fiebert, ist die Stimmung beim Hamburger SV fast auf den Nullpunkt gesunken. Nach dem 0:3 bei Schalke 04 bekannte Dietmar Jacobs: „Vieles paßt nicht mehr zusammen, aber sich gegenseitig in die Pfanne zu hauen, bringt jetzt nichts." Und deshalb verordnete Trainer Ernst Happel auch absolute Ruhe untereinander.

Eine besondere Ehrung erwartete Felix Magath, der in Mailand trotz seiner Oberschenkelverletzung ebenso auflaufen möchte wie der angeschlagene Wolfgang Rolff, bei seiner Ankunft in Mailand. Der Juventus Turin feindlich gesonnene „Club Anti-Juve" überreichte dem Kapitän eine Goldmedaille mit der Inschrift „Grazie Felix, Athen 25. 5. 83, 20.23 Uhr". Eine Erinnerung an sein siegbringendes Tor beim Gewinn des Europapokals. „Wir sind zwar längst nicht mehr so stark wie damals", räumt Magath ein, „aber in einzelnen Spielen können wir doch noch eine Spitzenleistung bringen. Darauf vertraue ich auch hier."

Das Fußball-Fieber in Mailand beschert den Italienern ein stattliches Weihnachtsgeld. 82 000 Zuschauer im ausverkauften Giuseppe-Meazza-Stadion bringen rund 2,4 Millionen Mark in die Inter-Kasse. Das bedeutet Rekordeinnahme für den gesamten italienischen Klub-Fußball. Hinzu kommen noch 600 000 Mark Fernseh-Honorare und die eher noch lukrativeren Erlöse aus der Werbung.

Doch nicht nur Inter Mailand verdient an diesem Spektakel, sondern auch die Schwarzmarkthändler, in deren dunklen Kanälen an den Vorverkaufskassen fast die Hälfte der Eintrittskarten verschwand. Für den fünffachen Preis (Sitzplatz bis 450 Mark) werden die Tickets jetzt angeboten und gekauft.

Die Gefahr einer Spielverlegung wegen schlechten Wetters auf Donnerstag (13.30 Uhr) schien gestern gebannt. Die dichten Nebelschwaden, die seit Tagen durch die italienische Industriemetropole zogen, hatten sich bei der Ankuft der Hamburger aufgelöst.

● Die dritten Fernsehprogramme, ohne den Westdeutschen und den Süddeutschen Rundfunk (in Rheinland-Pfalz), übertragen das Spiel Mailand gegen Hamburg von 20.30 Uhr an live. Im ersten Programm (ARD) gibt es von 22.30 Uhr an eine Zusammenfassung.

Neuberger: „Ich bleibe, so lange man mich will"

DW. Bonn

Seit zehn Jahren ist Hermann Neuberger Präsident des Deutschen Fußball-Bundes (DFB). Heute feiert der Saarländer seinen 65. Geburtstag. Der Sportinformationsdienst (sid) unterhielt sich mit dem Multi-Funktionär über die Zukunft, nicht nur über seine, sondern auch die des Fußballs.

Frage: Gemeinhin beginnt mit 65 Jahren das Rentnerdasein. Auch für Hermann Neuberger?

Neuberger: Ich gebe die Verantwortung als Geschäftsführer des Saar-Toto und der Spielbank ab. Dennoch werde ich auch künftig nicht mit einer 40-Stunden-Woche auskommen. Ich werde ein neues Büro in der Sportschule des Saarlandes beziehen und genauso arbeiten wie bisher.

Frage: Ein Umzug in die DFB-Zentrale stand nicht zur Debatte?

Neuberger: Nein. Ich bin aber durch alle technischen Hilfsmittel mit dem DFB verbunden. Und so lange der DFB mich will und so lange ich kann, werde ich für den DFB arbeiten.



Neuberger triumphiert mit dem WM-Pokal von 1974 FOTO: WEREK

Frage: Glauben Sie an eine Zukunft des Fußballs im Jahr 2000?

Neuberger: Der Fußball wird sich weiterentwickeln und dominant in der Welt bleiben, weil dieses Spiel so viel Vitalität mit sich bringt.

Frage: Gilt Ihr Optimismus auch für den Bereich des DFB?

Neuberger: Absolut, wobei ich für zwei Ziele kämpfe. Erstens soll die Zahl von 4,7 Millionen Mitgliedern trotz der geburtenschwachen Jahrgänge weiter steigen. Und zweitens gehe ich davon aus, daß auch im Jahr 2000 Spitzenfußball gespielt wird.

Frage: Das Nationalteam gibt international also wieder den Ton an?

Neuberger: Das läßt sich nicht prophezeien, denn der Abstand zwischen den Großen und den Kleinen ist viel geringer geworden. Niemand fährt heute mehr nach Zypern und gewinnt dort mit links, und wir werden es schwer haben auf Malta.

Frage: Könnten Sie sich vorstellen, bis 1990 mit Teamchef Franz Beckenbauer zu arbeiten?

Neuberger: Warum nicht? Wir haben einen Vertrag bis 1986. Wenn es ihm Spaß macht und der Erfolg vorhanden ist, wird der Vertrag verlängert. Nicht umsonst bin ich seit 1976 hinter ihm her gewesen.

Frage: Die Bundesliga verzeichnet sinkende Zuschauerzahlen. Könnten sich die Profi-Klubs mit Hilfe der neuen Medien sanieren?

Neuberger: Das wird nie die Politik des DFB sein. Wenn Vereine denken, die Zuschauer im Stadion sind uns egal, Hauptsache das Geld stimmt, dann ist das total verkehrt. Niemand erhält von uns Exklusiv-Rechte. Wir wollen die künftige Medien-Vielfalt nutzen.

Frage: Welche Voraussetzungen müßte Ihr Nachfolger mitbringen?

Neuberger: Man muß als ehrenamtlicher Präsident wirtschaftlich unabhängig sein, man muß Freizeit haben, und dazu muß man den Sport als Hobby betrachten.

● Die Paarungen in allen drei europäischen Pokal-Wettbewerben werden am Freitag (12 Uhr) in Zürich ausgelost. Die Termine für das Viertelfinale wurden von der Europäischen Fußball-Union (UEFA) auf den 6. und 20. März 1985 festgelegt.

Strack bat um Freigabe Steiner wieder Libero

sid/dpa, Köln

Die Situation ist paradox. Endlich sind alle Spieler des 1. FC Köln gesund, und doch hat der Klub vor dem UEFA-Cup-Rückspiel gegen Spartak Moskau (20 Uhr, Müngersdorfer Stadion) personelle Probleme. Anlaß zu Sorgen geben die beiden dienstältesten Spieler: Torwart Harald Schumacher und Libero Gerd Strack.

Während Harald Schumacher wegen komplizierter Vertragsverhandlungen für Unruhe sorgt, ist die Situation des Gerd Strack ungleich schwieriger. Er ist in der Mannschaft inzwischen völlig isoliert und muß neben finanziellen Problemen nun auch ein sportliches Tief bewältigen. Durch eine Sperre verlor er seine Position als Libero an Vorstopper Paul Steiner, mit dem die Kölner am Samstag gegen Kaiserslautern erstmals ohne Gegentor blieben. „Mit Steiner als Libero sind wir stabiler", lobte anschließend Kapitän Klaus Allofs, und auch Trainer Hannes Löhr war angetan von der Leistung Paul Steiners.

Steiner wird heute wieder als Libero auflaufen – Strack als Reservist. „Mein Leben hat sich verändert", stellt der Mann fest, der noch vor wenigen Monaten als Nationalspieler gefeiert wurde, weil sein Tor der deutschen Mannschaft zur Europameisterschaft verhalf. Inzwischen ist Gerd Strack auf dem Tiefpunkt angelangt. Nach zehnjähriger Vereinszugehörigkeit bat er jetzt sogar um seine Freigabe, doch Schatzmeister Karl-Heinz Thielen riet ihm, sich durchzubeißen.

Ohne Strack also, aber mit Harald Schumacher und einem optimistischen Pierre Littbarski wird der 1. FC Köln seinen Gegner aus Moskau empfangen: „Wir sind ganz heiß auf die Russen. Unsere Zuschauer sollen etwas zu sehen bekommen. Ich tippe einen 3:0-Sieg," erklärte der kleine Stürmer. Mit sechs Toren in vier Spielen hatte er maßgeblichen Anteil am sportlichen Aufschwung des 1. FC Köln, der 8:0 Punkte und 9:3 Tore als Empfehlung für das UEFA-Cup-Spiel mitbringt. Spartak Moskau dagegen bestritt seit dem Hinspiel gegen Köln kein Spiel mehr und konnte zuletzt wegen anhaltender Schneefälle nur in der Halle trainieren.

SKI ALPIN / Marc Girardelli gewinnt den Riesenslalom in Sestriere

Überraschung: Wasmaier auf Platz zwei

PETER LAND, Sestriere

Das war der größte deutsche Ski-Erfolg im Riesentorlauf seit 1973, als Max Rieger in Quebec gewonnen hatte: Beim Weltcup-Rennen in Sestriere (Italien) belegte der 21 Jahre alte Markus Wasmaier aus Schliersee hinter dem für Luxemburg startenden Österreicher Marc Girardelli völlig überraschend den zweiten Platz. Dritter wurde der Schweizer Olympiasieger von Sarajevo, Max Julen. Wasmaier hat jetzt im Gesamt-Weltcup 36 Punkte und liegt auf Rang sechs. Es führt der Schweizer Pirmin Zurbriggen.

Wasmeier, der noch im November eine Nierenkolik überwinden mußte, der zuvor aber beim Gletschertraining im Oktober die Zeitläufe im deutschen Team klar beherrschte, war nach seinem Triumph ratlos. „Wenn es läuft, dann läuft es eben. Warum ich auf einmal so gut bin, weiß ich nicht. Ich kann es mir nicht erklären." Cheftrainer Klaus Mayr zur WELT: „Wasmaier hat ungeheuer viel Talent, eine gewisse Lockerheit und jene Disziplin, die man braucht, um gut zu arbeiten." Der zweite Rang kommt für Mayr nicht allzu überraschend. „Schließlich," so der Trainer, „liegt ihm eine solche Piste wie in Setriere. Sie ist recht flach u nd mit Kunstschnee belegt."

Aufgefallen ist Wasmaier den Trainern im Deutschen Ski-Verband im vorigen Winter hauptsächlich durch seine recht guten Abfahrts-Ergebnisse. Mayr: „Beim Nachwuchstrainer Heinz Mohr wurde Wasmaier zu einem Allround-Fahrer ausgebildet. Er kann bis auf den Spezialslalom fast alles." Nun gelte es, das Talent behutsam durch den Weltcup-Winter zu führen, um bei den Weltmeisterschaften Anfang Februar in Bormio (Italien) noch eine Steigerung zu erreichen.

Mayr: „Sollte er zwischendurch mal müde werden, werden wir es schon wieder richten." Außerdem müsse er noch mit Mißerfolgen rechnen. Mayr: „Er ist noch nicht allzu stabil."

STAND PUNKT / *Der Tod des Läufers Jaspers*

Es ist ungewöhnlich, wenn ein 23jähriger Ausdauersportler im Schlaf vom Herzstillstand überrascht wird und stirbt. Am 19. Oktober widerfuhr dieses Stijn Jaspers, dem holländischen Olympia-Achten über 5000 Meter von Los Angeles. Die staatliche Untersuchungskommission von Clemson im US-Bundesstaat South Carolina – dort lebte Jaspers – hat bei der Autopsie Spuren von Phenylbutazon im Blut nachgewiesen. Es handelt sich dabei um ein Rheumamittel. Die Untersuchungskommission verweist darauf, daß dieses Medikament den Tod des Läufers nicht verursacht habe, doch Jaspers hätte es sich ohne Rezept besorgt. Gleichfalls entließ die Universität von Clemson die beiden Trainer Stan Narewski und Sam Colson.

An diesem Punkt setzt das Mißtrauen ein. Denn Phenylbutazon wird bei der allgemeinen Rheumabehandlung nur noch eingeschränkt angewandt. Das sehr umstrittene Medikament kann nämlich allergische und Schockreaktionen – zum Beispiel auch einen Herzstillstand – hervorrufen. Es kann bei längerer Anwendung zu Blutschäden führen, zum Beispiel zur Zerstörung der weißen Blutkörperchen.

Jaspers hat sich dieses Mittel ohne Rezept besorgt. Ob er es über einen längeren Zeitraum angewandt hat, weiß niemand. Seine Trainer wurden entlassen, ohne daß man den Tod ihres Athleten als Grund dafür anführt. Sie behaupten weiterhin, Jaspers habe sich von jedweder medikamentösen Aufrüstung ferngehalten. Was stimmt. Jaspers hat lediglich ein gefährliches Rheumamittel benutzt – ohne sich vorher untersuchen zu lassen, ohne die Ärzte zu fragen. Das bagatellisiert die Angelegenheit eigentlich zum Unglücksfall. Er hat das Mittel offenbar benutzt, um trotz heftiger Glieder- oder Gelenkschmerzen zu trainieren. Seine Trainer haben davon angeblich nichts gewußt. Wenn das so ist, warum mußten sie dann entlassen werden? K. Bl.

Gesamtmetall besteht auf „Gleichgewicht“

DW. München

Um das Gleichgewicht zwischen den Tarifparteien in Arbeitskämpfen wieder herzustellen, ist der Gesetzgeber nach Auffassung der Metallarbeitgeber aufgerufen, durch eindeutige Regelungen die Neutralität der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg zu gewährleisten. Nach einer Bewertung der Tarifrunde 1984 betonte der Vorstand von Gesamtmetall gestern in München, es müsse sichergestellt werden, daß die durch Beiträge aller Arbeitnehmer und Unternehmen gespeiste Bundesanstalt nicht von einzelnen Gewerkschaften als „Streikersatzkasse“ mißbraucht werden könne.

Unabhängig davon müßten angesichts der neuen Streiktaktik der IG Metall die rechtlichen Möglichkeiten einer das Gleichgewicht sichernden Abwehraussperrung gewährleistet sein. Wenn dies von der Rechtsprechung der obersten Gerichte nicht mehr erwartet werden könne, müsse der Gesetzgeber tätig werden.

Anderenfalls könnten durch Schwerpunktstreiks in wenigen Schlüsselbetrieben Tarifergebnisse erpreßt werden. Die Gewähr dafür, „richtige Tarifabschlüsse“ zu erzielen, ergebe sich aber nur dann, wenn gleichstarke Tarifparteien verhandelten und sich gegebenenfalls im Arbeitskampf gegenüberstünden.

Insgesamt sind nach Angaben der Arbeitgeber im vergangenen Arbeitskampf in der Metallindustrie rund zehn Millionen Arbeitstage ausgefallen; davon rund fünf Millionen allein in Unternehmungen, die nicht selbst bestreikt wurden, sondern Opfer der auf Fernwirkung bedachten Streiktaktik der IG Metall waren. Als Beispiel nannten die Metallarbeitgeber, daß die Gewerkschaft in der vergangenen Tarifrunde zur Durchsetzung ihrer Forderungen punktartig entscheidende Zulieferbetriebe der Automobilindustrie bestreikten.

Die IG Metall habe unter größtmöglicher Schonung der gewerkschaftlichen Streikmittel einen wirtschaftlichen Schaden bei Unternehmen in der gesamten Bundesrepublik Deutschland auslösen wollen. Mit dieser „Mini-Max-Taktik“ sei in kürzester Frist die Produktion fast der gesamten deutschen Automobilindustrie zusammengebrochen.

Reagan mahnt Pretoria. Firmen in USA besorgt

DW. Washington

Der amerikanische Präsident Ronald Reagan hat vor dem Hintergrund der sich seit einigen Wochen ausweitenden Anti-Apartheid-Kampagne in den USA erstmals in direkter Form an Südafrika appelliert, die Lage der schwarzen Bevölkerung zu verbessern. Seine Aufforderung an Pretoria begründete Reagan gestern während einer Zeremonie im Weißen Haus zum 36. Jahrestag der Menschenrechtserklärung mit den Worten: „Es gibt Umstände, wo die diskrete Diplomatie nicht ausreicht.“

Reagan, der die kürzliche Freilassung von elf Schwarzen-Führern in Südafrika würdigte, forderte während seiner kurzen Ansprache Pretoria auf, der schwarzen Gemeinschaft „die Hand zu reichen“ und künftig davon Abstand zu nehmen, sie zwangsumzusiedeln oder ohne Urteil in Haft zu halten. Der amerikanische Präsident hatte in der vergangenen Woche den diesjährigen Friedensnobelpreisträger, den schwarzen Generalsekretär des südafrikanischen Kirchenrates, Bischof Tutu, empfangen, der bei dieser Gelegenheit gegen die Rassentrennung in seinem Land protestierte und Reagan offenbar zu dem Appell bewogen hatte.

Zunehmend besorgt über die Anti-Apartheid-Stimmung zeigen sich die rund 350 amerikanischen Unternehmen, die geschäftliche Beziehungen mit Südafrika pflegen und die in einigen Bundesstaaten bereits Auswirkungen verspüren. So werden beispielsweise in Connecticut, Maryland, Massachussettes, Michigan und Nebraska öffentliche Mittel nicht in Firmen investiert, die in geschäftlichem Kontakt mit Pretoria stehen.

Wie die „Washington Post“ berichtete, trafen sich vor ein paar Tagen in Washington die Vertreter mehrerer großer Firmen, um das Ausmaß der Anti-Apartheid-Kampagne abzuschätzen. Auf ihrem Treffen betonten die Geschäftsleute, daß bis zu 80 000 Schwarze ihren Arbeitsplatz verlieren würden, sollten die US-Firmen auf Grund eventueller Maßnahmen des Kongresses ihre Aktivitäten einstellen müssen. Bislang gibt es auf nationaler Ebene Exportbeschränkungen für Südafrika nur bei Waffen und nuklearem Material. Der Handelsaustausch zwischen beiden Staaten erreichte im ersten Halbjahr 1984 ein Volumen von 2,75 Milliarden Dollar.

Strauß bleibt Koalitionsgespräch fern

CSU zum Steuerstreit: Es geht um die politische Glaubwürdigkeit

PETER SCHMALZ, München

Auch das zweite Koalitionsgespräch über eine Lösung im Steuerstreit wird heute in Bonn ohne den CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß stattfinden. Wie gestern in München bekannt wurde, läßt sich der bayerische Ministerpräsident durch den CSU-Landesgruppenvorsitzenden Theo Waigel vertreten. Bereits in der vergangenen Woche war Strauß wegen Nebels in München an der Teilnahme verhindert.

Der jetzige Verzicht ist ein deutlicher Hinweis auf den Willen der CSU, keine weiteren Kompromisse einzugehen. „Was von uns dazu zu sagen ist, hat Strauß dem Bundesfinanzministerium gesagt“, heißt es in München in Anspielung auf das Treffen zwischen Strauß und Stoltenberg am Montag in der Münchner Staatskanzlei (WELT v. 11. 12.).

Für Strauß, so betonte er gegenüber der WELT, geht es vorrangig um die politische Glaubwürdigkeit. Zuvor hatte der CSU-Vorsitzende vor dem Wirtschaftsbeirat der Union erklärt, eine wie auch immer geartete Steuererhöhung komme nicht in Betracht: „Die neue Regierung ist nicht angetreten, Steuern zu erhöhen, sondern im Gegenteil zu senken.“

Am gemeinsamen Widerstand von CSU und FDP ist bereits der Plan des Finanzministers gescheitert, als Ersatz für die verfassungswidrige Zwangsanleihe eine Ergänzungsabgabe von Besserverdienenden zu kassieren. Nach dem Gespräch mit Stoltenberg sagte Strauß: „Eine Ergänzungsabgabe ist endgültig gefallen. Das ist so tot wie ein Türnagel.“

Die CSU, so ihr Vorsitzender, werde aber auch im zweiten Teil „nicht nachgeben“. Dies betrifft den Kompromißvorschlag, die steuerentlastende Tarifreform für Bezieher höherer Einkommen nicht schon 1986, sondern erst 1988 wirksam werden zu lassen. Nach den Worten von Strauß klingt dies „sehr verführerisch“, es sei aber ordnungspolitisch und parteipolitisch bedenklich. Sollte die Steuerentlastung hoher Einkommen erst nach der Bundestagswahl 1987 kommen, befürchtet Strauß im Wahlkampf den Vorwurf, die Union wolle gleich nach der Wahl den Reichen Steuergeschenke zukommen lassen. Außerdem habe der „kleine Mann“ nichts davon, wenn ein anderer die Entlastung später oder gar nicht bekommt.

Er erneuerte seinen Vorschlag, zur Entlastung kleinster Einkommen den Eingangssteuersatz von derzeit 22 Prozent zu reduzieren, rechnet aber nicht mit einem Erfolg: Diese Idee werde diesmal „noch keine Gnade finden“, es werde aber immerhin darüber diskutiert. Zudem schlug der CSU-Chef vor, die Kilometerpauschale von 36 auf 50 Pfennig zu erhöhen und damit die Arbeitnehmer konkret steuerlich zu entlasten.

Bis zu welcher Konsequenz die CSU ihren Standpunkt verteidigen wird, ist noch nicht absehbar. Auf die Frage der WELT, ob er im Bundestag die CSU notfalls gegen die CDU stimmen lassen werde, verweigerte Strauß die Antwort. In der Koalitionsrunde jedenfalls wird die CSU nicht weitergehen als bereits im Juni. Damals war gegen den Wunsch der CSU eine zweistufige Tarifreform beschlossen worden. Darüber hinaus sei die CSU nicht mehr kompromißfähig, hieß es gestern in München.

DAG-Forderung: 4,5–6 Prozent

ww. Bremen

Die Deutsche Angestellten - Gewerkschaft (DAG) strebt für die Tarifabschlüsse des nächsten Jahres eine Gesamtforderung von – gestaffelt nach Branchen – 4,5 bis 6 Prozent an. Das erklärte gestern in Bremen der DAG-Vorsitzende Hermann Brandt.

Außerdem sollen die DAG-Tarifkommissionen auch tarifvertragliche Regelungen über die Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivkapital fordern. Dabei denke die Gewerkschaft an außerbetriebliche Fonds.

Weiter seien nach wie vor arbeitszeitverkürzende Maßnahmen notwendig, denn allein durch Wirtschaftswachstum könne ein entscheidender Abbau der Massenarbeitslosigkeit offenbar nicht erreicht werden.

Die Arbeitszeitverkürzung soll im Rahmen des Produktivitätsfortschrittes und unter angemessener Berücksichtigung der Kosten angestrebt werden.

Nordkorea gegen Spiele in Seoul

dpa/UPI, Tokio

Als „finsteres Komplott der USA und ihrer Verbündeten“ zur Festschreibung zweier koreanischer Staaten hat der Ministerpräsident von Nordkorea, Kang Song San, die Vergabe der Austragung der 24. Olympischen Spiele an Seoul bezeichnet. Nach einem Bericht der staatlichen nordkoreanischen Nachrichtenagentur erklärte Kang Song San zugleich, daß sich sein Land den Sommerspielen 1988 in Südkorea widersetzen werde. Der Ministerpräsident sagte auch, daß Nordkorea nicht darauf hoffe, selbst Mitgastgeber der Spiele sein zu können. Einen entsprechenden Vorschlag hatte unlängst der kubanische Staatschef Fidel Castro dem Internationalen Olympischen Komitee unterbreitet.

Ministerpräsident Kang Song San sprach sich für neue Sportgespräche zwischen Nord- und Südkorea aus, die die Bildung eines gemeinsamen Teams bei internationalen Sportveranstaltungen zum Ziel haben sollten.

Sozialausschüsse und SPD einig?

pp. Bonn

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Vogel hält es für möglich, daß die CDU-Sozialausschüsse in der Frage eines Ersatzes für die verfassungswidrige Investitionshilfeabgabe im Bundestag mit der SPD zusammengehen werden. Er kündigte gestern an, daß seine Fraktion den von den Sozialausschüssen angekündigten möglichen Gesetzentwurf „sehr sorgfältig prüfen“ und ihn „unterstützen“ würde, wenn er „in Richtung dessen geht, was die CDU in ihrem Wahlprogramm den Wählern versprochen hat“. Dort habe es geheißen, daß die CDU „die Rückzahlbarkeit der befristeten Investitionshilfeabgabe aufheben und das Gesetz entsprechend ändern“ wolle. Ohne Ersatz für die Zwangsabgabe werde dies Versprechen gebrochen. Stoltenberg habe bei seinen Bemühungen, die von CSU und FDP anvisierte Lösung zu verhindern, ersatzweise die unteren Einkommen steuerlich zu entlasten, „die Logik auf seiner Seite“.

Gorbatschow sieht neue politische Horizonte

AP/dpa, Moskau

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion wird sich auf einer Plenartagung mit Fragen der Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in der sowjetischen Wirtschaft befassen. Das wurde von ZK-Sekretär und Politbüro-Mitglied, Michael Gorbatschow, auf der am Montag eröffneten und gestern fortgesetzten Unionskonferenz zu Fragen der ideologischen Arbeit angekündigt. Ein Sprecher des ZK bezeichnete die Konferenz führender Vertreter aller Sowjetrepubliken als erste dieser Art. Fragen der ideologischen Arbeit der Partei werden sonst vom ZK behandelt.

Gorbatschow, der sich bei seinem Eröffnungsreferat für „tiefgreifende Veränderungen in der Wirtschaft und im gesamten System der gesellschaftlichen Beziehungen“ ausgesprochen hatte (WELT v. 11. Dezember), kündigte nach Angaben von Tass an, der bevorstehende 27. Parteitag der KPdSU werde der Sowjetunion neue politische Horizonte eröffnen. Der Umstand, daß Gorbatschow das Hauptreferat auf der Unionskonferenz unter dem Thema „Die Vervollständigung des entwickelten Sozialismus und die ideologische Arbeit im Lichte der Beschlüsse des Plenums des ZK der KPdSU vom Juni 1983“ hielt, bestätigt die herausragende Stellung, die der 53jährige sowjetische Politiker weiterhin nach Staats- und Parteichef Konstantin Tschernenko im Kreml einnimmt. Das Plenum von 1983 war das letzte, das der verstorbene Staats- und Parteichef Jurij Andropow geleitet hatte.

Die Konferenz ist nach Auffassung von Beobachtern ein Hinweis darauf, daß bei der Ausarbeitung eines neuen Parteiprogramms, das auf dem Parteitag 1986 verabschiedet werden soll, Fortschritte gemacht wurden. In seiner Rede, die gestern auszugsweise in der UdSSR-Presse veröffentlicht wurde, hatte Gorbatschow erklärt: „Heute ist die Umgestaltung von Formen und Methoden der Wirtschaftsführung eine der wichtigsten Fragen der Tagesordnung.“

Beobachtern in Moskau fiel auf, daß Andropows Nachfolger, Konstantin Tschernenko, nicht an der im Kreml eröffneten Konferenz teilnahm. In seinem Namen wurde aber eine Grußbotschaft an die Konferenzteilnehmer verlesen.

Gewerkschafter weisen Grüne scharf zurück

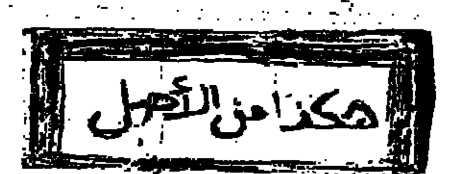
STEFAN HEYDECK, Bonn

„Das ist ein geradezu abenteuerlicher Plan. Er würde zum Ruin des deutschen Bergbaus führen“, empörte sich der Sprecher der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie (IGBE), Horst Niggemeier. Er reagierte damit auf eine Forderung der Sprecherin der Bundestagsfraktion der Grünen, Antje Vollmer. Sie hatte in einem Schreiben an alle Partei- und Fraktionsvorsitzenden der SPD im Bund und in den Ländern nicht nur erneut die Abschaltung aller Kernkraftwerke im nächsten Jahr gefordert, sondern auch unter Berufung auf eine von ihrer Fraktion in Auftrag gegebene Studie von zwei Systemanalytikern verlangt, „vorübergehend“ bestehende Kraftwerke mit Erdgas oder schwefel- und stickstoffarmer Importkohle zu betreiben. Dies solle solange geschehen, bis in den Kohlekraftwerken Rauchgaswaschanlagen installiert sind.

Auch mit Blick auf die Arbeitsplätze meinte der IGBE-Sprecher dazu im WELT-Gespräch, es sei „eine irreale Vorstellung, daß man den Bergbau solange konservieren könnte, bis diese Anlagen eingebaut sind“. Dies würde mindestens bis 1988 dauern. Weiter sagte Niggemeier, der auch Vorsitzender des mitgliederstärksten SPD-Unterbezirks, Recklinghausen, ist: „Die Grünen versuchen hier einen anti-gewerkschaftlichen Schulterschluß zu machen. Und das ausgerechnet mit der SPD.“

Die Fraktionssprecherin hatte erklärt, die Studie besage, selbst nach Stillegungen aller Kernkraftwerke am Tag des höchstens Stromverbrauchs bleibe noch eine Stromreserve von 30 Prozent. Wenn es zu der verlangten „vorübergehenden“ Abschaltung der Kohlekraftwerke käme, würden der Schwefeldioxinausstoß um 25 Prozent und der Stickstoffausstoß um 15 Prozent gesenkt.

Der IGBE-Sprecher steht mit seiner Kritik an den Grünen im Gewerkschaftslager nicht allein. So hatte DGB-Vorstandsmitglied Siegfried Bleicher den Vorwurf erhoben, die Grünen seien gegenwärtig dabei, sich selbst aus der seriösen Politik „auszuklinken“. Dazu werde es kommen, wenn die sogenannte Fundamental-Opposition mit einem Rezept zur Bewältigung der Zukunft gleichgesetzt werde.



Erfolg einer Aktie

fu (London) – Der Financial-Times-Index für 30 führende Werte an der Londoner Aktienbörse hat einen neuen Rekordstand erreicht. Er verdankt dies in erster Linie einer Aktie, die erst seit wenigen Tagen zum erlauchten Kreis der 30 FT-Werte gehört: British Telecom. Nach der Zuteilung der Telecom-Aktien zugunsten kleiner Anleger, wodurch institutionelle Anleger leer ausgingen, ist die Nachfrage nach Aktien der privatisierten Fernmeldegesellschaft unverändert stark geblieben. Die großen Anleger wie Pensionskassen und Versicherungen wollen sich unbedingt mit diesem Papier eindecken, das ihrer Erwartung nach hohe Renditen bringen wird.

Doch wie sich eindecken, wenn das Angebot verschwindend klein ist? Denn die übergroße Mehrheit der Klein- und Erstaktionäre von Telecom „hockt" auf ihren Aktien und läßt sich auch nicht davon zum Kauf verleiten, daß sich der Wert ihrer Investition inzwischen verdoppelt hat: Mußten für die erste Rate der Telecom-Aktie 50 Pence gezahlt werden (je 40 Pence sind im nächsten Frühjahr und ein Jahr darauf fällig), so liegt der Kurs inzwischen bei 95,5 Pence.

Für die Regierung Thatcher ist dies ein hoch anzurechnender Erfolg. Denn zum ersten Mal ist es ihr gelungen, eine Volksaktie zu schaffen. Immerhin zwei Drittel der Zeichner haben sich für die Bonus-Regelung entschieden, wonach es für zehn Telecom-Aktien nach dreijährigem ununterbrochenem Besitz eine freie Aktie gibt.

Die Regierung ist ihrem Ziel, aus den Briten ein „Volk von Aktionären und Klein-Kapitalisten" zu machen, einen großen Schritt näher gekommen: Mit British Telecom hat sie die Zahl der Aktionäre von bislang rund einer Million mit einem Schlag verdoppelt.

Stoß-Spion

adh. – Vorsicht Glas. Zerbrechlich. Nicht werfen, nicht stürzen – allzuoft nützen diese gutgemeinten Warnhinweise auf Paketen mit empfindlichem Gut gar nichts. Der mehr oder weniger kostbare Inhalt kommt ramponiert beim Empfänger an. Wer der Sünder war, läßt sich dann nicht mehr feststellen, zumal die Transporteure – seien es Post, Bahn oder Paketdienste – hoch und heilig schwören, das Gut nur „sachgerecht" behandelt zu haben. Der Zorn über ramponierte Ware hat die Tüftler von Akai, einem Hersteller der Unterhaltungselektronik, munter gemacht. Mit einem „Spion" wollen sie den harten Stößen jetzt auf die Spur kommen: Eingebaut in ein Videorekordergehäuse geht das hochempfindliche Meßgerät mit auf die Reise. Minutengenau registriert ein Meßstreifen die „harten Stöße". Damit kann es den „Werfern" an den Kragen gehen.

EG / Staatssekretär Tietmeyer: Interventionen sind Aufgabe der Notenbanken

Über Stärkung des Währungssystems vorerst noch keine Einigung erzielt

WILHELM HADLER, Brüssel

Als noch nicht ausgereift haben sich die Pläne für eine Stärkung des Europäischen Währungssystems (EWS) erwiesen. Die in dieser Woche im Rat der Wirtschafts- und Finanzminister aufgetauchten Schwierigkeiten sind allerdings entgegen manchen Voraussagen nicht so sehr auf deutschen Widerstand zurückzuführen, sondern darauf, daß den Belgiern das von den Notenbanken und vom EG-Währungsausschuß vorbereitete Maßnahmenbündel nicht weit genug geht.

Der im Grundsatz befürwortete Entschließungstext sieht u. a. vor, die offizielle Verwendung der europäischen Währungseinheit Ecu zu fördern. Zu diesem Zweck wird in Aussicht genommen, die Verzinsung der von den Notenbanken gehaltenen Ecus zu erhöhen.

Belgien, das sich in der Vergangenheit zur Stützung seines Wechselkurses stark in Ecu verschulden mußte, zögert mit seiner Zustimmung. Als „Preis" fordert es, daß im Rahmen des EWS künftig auch die innerhalb der zulässigen Schwankungsbreiten vorgenommenen Interventionen in Ecu abgerechnet werden dürfen.

Bisher ist diese Abrechnung nur auf freiwilliger Basis möglich. Für die Bundesregierung (und die Bundesbank) würde der belgische Vorschlag jedenfalls das bisherige Interventionssystem weitgehend verändern und das Gleichgewicht zwischen den Bemühungen um wirtschaftliche Konvergenz und den monitären Maßnahmen zerstören.

Der Bonner Finanzstaatssekretär Hans Tietmeyer bemängelte außerdem, der Entschließungsentwurf werde der Tatsache nicht genügend gerecht, daß die Interventionsregeln formell in die Zuständigkeit der Notenbanken (und nicht des Ministerrates) fielen. Trotzdem meinte Tietmeyer, es gebe durchaus gute Chancen, in absehbarer Zeit „zu einem vernünftigen Ergebnis" zu kommen. Allerdings gelte es, „ein realistisches Paket" zu schnüren. Die von der Kommission befürwortete Förderung der privaten Nutzung des Ecu halte Bonn „nicht für ein zentrales Thema".

Der Entschließungsentwurf sieht zur Förderung der offiziellen Verwendung des Ecu neben einer marktgerechten Verzinsung auch vor den Zentralbanken das Recht einzuräumen, Ecu-Guthaben beim Europäischen Fond für Währungszusammenarbeit gegen Dollar zu tauschen und von anderen Zentralbanken Gemeinschaftswährungen gegen Dollar zu bekommen. Diese Neuerung ist offenbar unstreitig. Auch Zentralbanken außerhalb der EG sollen künftig Ecu-Guthaben halten dürfen. Dagegen bestehen bei der Bundesbank nach wie vor Bedenken gegen die Zulassung privater Ecu-Konten.

Die Kommission hatte sich bemüht, ein Gleichgewicht zwischen Fortschritten im wirtschaftlichen und monetären Bereich herzustellen. Der vom Rat erörterte Entschließungsentwurf umfaßt daher auch Maßnahmen zur Verstärkung der Konvergenz der Wirtschaftspolitiken und zur Liberalisierung des Kapitalverkehrs.

Danach soll der Jahreswirtschaftsbericht des Rates künftig systematischer *als bisher als Bezugsrahmen für* die Überprüfung der Wirtschaftspolitik genutzt werden, was bedeutet, daß sich die Regierungen stärker zur Einhaltung der in dem Bericht aufgestellten Leitlinien verpflichten. Die Kommission schlägt außerdem vor, im Währungsausschuß ein besonderes Prüfungsverfahren auszulösen wenn die Situation auf den Devisenmärkten und die Indikatoren der relativen wirtschaftlichen Leistung der Mitgliedsstaaten eine unzureichende Konvergenz der Wirtschaftspolitiken vermuten lassen.

Vor allem an Frankreich und Italien gerichtet sind die Vorschläge zur „Wiederingangsetzung der finanziellen Integration". In dem Textentwurf werden die Mitgliedsstaaten aufgefordert alles zu tun, um die „tatsächliche Tragweite der Schutzmaßnahmen, die den freien Kapitalverkehr einschränken, beträchtlich zu vermindern". Die Kommission verpflichtet sich, die nach Artikel 108, Absatz 3 des Römischen Vertrages getroffenen Entscheidungen gezielt zu überprüfen. Den Anwendungsbereich und die Geltungsdauer der genehmigten Schutzmaßnahmen zu begrenzen.

ARBEITSMARKT

Bonn: Aktionismus kann nicht erfolgreich sein

HEINZ HECK, Bonn

Die Bundesregierung sieht keinen Anlaß, „sich heute Rezepte zu eigen zu machen, die in der Vergangenheit nicht gewirkt haben". Diesen Hinweis enthält die Antwort der Bundesregierung auf eine Große Anfrage der SPD-Fraktion zur „Sicherung vorhandener und Schaffung neuer Arbeitsplätze *durch eine aktive Industriepolitik*". Den vom Wirtschaftsministerium vorgelegten Entwurf hat das Kabinett gestern verabschiedet.

Die SPD-Anfrage vermittle den Eindruck, heißt es, als ob es zusätzlicher öffentlicher Aktivitäten und neuer Interventionen bedürfe, um den technologischen und industriellen Herausforderungen zu begegnen. Nach Meinung der Bundesregierung hätten schon früher wachsende Schwierigkeiten auch nicht durch mehr Staat verhindert oder bewältigt werden können. Die zentrale Herausforderung der Wirtschaftspolitik – die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit – müsse weiterhin das politische und ökonomische Handeln bestimmen. Die Bundesregierung stelle sich dieser Aufgabe. Aber langanhaltende Fehlentwicklungen brauchten Zeit zur Korrektur. Grundlegende Erfolge ließen sich nicht durch staatlichen Aktionismus erzielen. Die Bundesregierung verfolge vielmehr einen Kurs der marktwirtschaftlichen Erneuerung.

Zugleich hat das Kabinett auch die Antwort auf eine Große Anfrage der Koalitionsfraktionen zur „wirtschaftlichen Bedeutung und Entwicklung strukturschwacher Regionen" verabschiedet. Wie die in der nordrhein-westfälischen Landesregierung will man auch in Bonn die Vorstellung von einem Nord-Süd-Gefälle nicht gelten lassen: „Pauschal läßt sich die These einer generell günstigeren Entwicklung im ‚Süden' der Bundesrepublik Deutschland im Vergleich zum ‚Norden' nicht bestätigen."

Einschränkend fügt das Haus Bangemann allerdings hinzu, es sei auch nicht zu verkennen, „daß hochentwickelte Zentren in Nord- und Westdeutschland (Bremen, Hamburg, Nordrhein-Westfalen) seit den siebziger Jahren deutlich geringere Zuwachsraten aufweisen als die süddeutschen Länder". Auch sei die Arbeitsmarktlage in diesen Verdichtungsräumen wesentlich ungünstiger als in vergleichbaren Regionen Süddeutschlands (etwa Rhein-Neckar-Raum oder München). In der Wirtschaft sei die Neigung „unverkennbar", hochtechnologische Aktivitäten in Forschungsstätten und Betrieben Süddeutschlands anzusiedeln oder zu erweitern.

Die regionale Wirtschaftspolitik sei primär Aufgabe der Bundesländer. Im Rahmen der Regionalpolitik komme der Stärkung der Wirtschaftskraft Berlins und des Zonenrandgebiets aufgrund der fortwirkenden besonderen Nachteile aus der Teilung Deutschlands „unverändert hochrangige Bedeutung zu".

Teile und wachse

Von HARALD POSNY

Nun ist das „Geheimnis" um die neue Konzernstruktur der Allianz also gelüftet. Lange genug hatte es vor allem die leicht erregbaren Börsianer bewegt, was die ohnehin teure Allianz-Aktie zu wahren Höhenflügen ermunterte. Es ist damit zu rechnen, daß sich der gestern bei 1028 DM je 50-DM-Aktie liegende Kurs – er lag in diesem Jahr auch schon einmal bei 727 DM – rasch wieder „normalisiert". Denn so spektakulär ist die Trennung der Allianz Versicherungs-AG (alt) in eine Finanz- und Führungs-Holding Allianz AG sowie eine Tochter Allianz Versicherungs-AG (neu), die fortan das Versicherungsgeschäft mit ihren verschiedenen (künftigen) Schwestergesellschaften betreibt, nun doch nicht.

Die Idee der Trennung in eine Holding und eine Versicherungsgesellschaft nach dem Motto „aus eins mach zwei" ist nicht neu. Vorgemacht hat es der Allianz mit den gleichen Motiven schon 1979 die Aachener und Münchener Versicherungs-Gruppe, die über verschiedenen Erst- und Rück-Versicherungsgesellschaften eine AM Beteiligungs-AG setzte. Im Gegensatz zur Allianz behielt sie sowohl die Tochter als auch die Holding als Publikumsgesellschaft bei. Beide sind weiterhin mit Erfolg auch für die Aktionäre an der Börse notiert.

Warum das Ganze in München? Die Allianz hat in den letzten Jahren eine Größenordnung von 7,3 Mrd. DM Prämienvolumen in der Muttergesellschaft und 8,5 Mrd. DM in der gesamten Sachgruppe erreicht, daß sie zunehmend unbeweglicher wurde. Hier kann sich eine Beteiligung auch einmal als Flop erweisen und damit die Leistungszusage der Versicherungsgesellschaft gefährden. Das steht zwar bei der Eigenkapitalausstattung und Reservepolitik der Allianz nicht zu befürchten, aber bei Größenordnungen des nicht zustandegekommenen Allianz-Engagements bei der britischen Eagle Star oder bei der sicher eine Milliarde und mehr ausmachenden Beteiligung an der italienischen R. A. S.-Versicherung sind mögliche Gefährdungen nicht rundweg von der Hand zu weisen.

Insofern hat die Trennung von Versicherungs- und Finanzgeschäft sicher auch die Sympathie, ja sogar den Segen des Bundesaufsichtsamtes, dessen Präsident August Angerer schon in der Vergangenheit ein sehr kritisches Auge auf die Beteiligungspolitik der Versicherer hielt. Nun geht ihn das Finanzgeschäft der Holding nichts mehr an, und die Leute bei der Allianz können freier walten. Auf eines hat freilich der BAV-Präsident weiter zu achten: daß nämlich die Allianz Versicherungs-AG (neu), also die mit dem künftigen Versicherungsgeschäft, nach den EG-Grundsätzen über eine ausreichende Kapitalausstattung verfügt. Auf der anderen Seite hat er darüber zu wachen, daß nicht etwa zuviel Mittel von der Allianz (neu) an die Holding gehen, daß also vielleicht die Versicherer der Gruppe zugunsten der künftigen Beteiligungspolitik der Holding „ausbluten".

Die Trennung von Versicherungs- und Finanzgeschäft ergibt sich auch aus einem anderen Grund. Mit dem auf lange Sicht nicht mehr wie in der Vergangenheit wachsenden Geschäft im Inland wächst das Interesse an anderen Beteiligungensbereichen: an Versicherungsbeteiligungen oder eigenen Tochtergesellschaften im Ausland – hier sind deutsche Versicherer generell immer noch „unterentwickelt" – an Finanz-Dienstleistungen (nicht erst seit dem Deutsche-Bank-Sparplan). Hier muß man gelegentlich schnell zugreifen, was bei der bisherigen Konstruktion nicht möglich ist. Nicht in Berlin anzufragen braucht man künftig auch, wenn es um Industriebeteiligungen geht. Beim Versicherungs- und Vermögensgeschäft in einer Gesellschaft war nach dem Aufsichtsrecht maximal eine Beteiligung von fünf Prozent erlaubt, bei zehn Prozent wird es aber auch steuerlich erst interessant.

Daß die Holding keine reine Finanz-Holding ist, sondern auch noch das Rückversicherungsgeschäft der Tochter und deren Schwester betreibt, hält sie dafür noch unter den milden Augen des BAV. Im Falle eines Falles kann sie mit „eingebauter" Rückversicherung die Münchner Rückversicherung „abhängen", wenn ihr neu auszuhandelnde Konditionen nicht passen. Die ohne Hintersinn betriebene Politik des „Teile und herrsche" macht die Allianz künftig nicht nur flexibler, sondern auch einflußreicher und unabhängiger.

AUF EIN WORT



„Wer sein Geld in der rohstoffarmen Bundesrepublik verdienen will, muß wissen, daß es ohne Innovation keine Rationalisierung, ohne Rationalisierung keine Produktivität, ohne Produktivität keinen Fortschritt gibt."

Erich W. Menzel, Vorstandsvorsitzender des Rationalisierungskuratoriums der Deutschen Wirtschaft, Eschborn
FOTO: DIE WELT

Rekordumsätze mit Werbung

DW, Bonn

Die deutschen Medien können im nächsten Jahr auf Rekordeinnahmen aus der Werbung hoffen. Der Zentralverband der Werbewirtschaft in Bonn rechnet für 1985 damit, daß die Werbeeinahmen bei rund 15,5 Mrd. DM liegen werden. Der Verband wertet dies als „Ausdruck des starken Wettbewerbs" und als deutliches Zeichen für die positive Einschätzung der Konjunkturentwicklung durch die deutsche Wirtschaft. Für das zuende gehende Jahr erwartet der Zentralausschuß einen Zuwachs von knapp sieben Prozent bei den Werbeumsätzen. Sollte diese Voraussage zutreffen, werden die Werbeumsätze erstmals die Grenze von 15 Mrd. DM überschreiten.

KRANKENHAUSFINANZIERUNG

Private Versicherer sind mit der Neuordnung zufrieden

HARALD POSNY, Düsseldorf

Die vom Bundestag beschlossene Neuordnung der Krankenhaus-Finanzierung hat im Bereich der Krankenversicherung ein unterschiedliches Echo gefunden. Die nordrhein-westfälischen Betriebskrankenkassen haben auf ihrer Mitgliederversammlung darauf hingewiesen, daß das neue Gesetz „eine erhebliche Kostensteigerung in den Krankenhäusern nicht verhindern wird".

Die Vertreter von 330 Kassen mit insgesamt knapp drei Mill. Mitgliedern sehen bei der Kompromißlösung die Gefahr, daß jetzt auch kostenbewußteres Verhalten der übrigen Leistungserbringer schwer zu erreichen sein dürfte. Wenn die Krankenkassen weiter mit zu schwachen Zuständigkeiten blieben, werde es kaum gelingen, die Ausgabenexpansion insgesamt zu stoppen.

Dagegen hat der Verband der privaten Krankenversicherung (PKV) den Bundestagsbeschluß als Verbesserung bezeichnet. Er bringe wesentliche Impulse für eine sparsamere Wirtschaftsführung der Krankenhäuser. Die Krankenversicherungen könnten bei den Pflegesatzverhandlungen künftig die Ergebnisse externer Betriebsvergleiche heranziehen. Die Krankenhäuser würden auch durch die Aussicht, Gewinne und Verluste machen zu können, zu wirtschaftlichem Verhalten angeregt.

Als neue Chance sollten auch die gesetzlichen Krankenkassen die Möglichkeit sehen, durch die Finanzierung von Rationalisierungs-Investitionen Kosten zu senken. Die privaten Krankenversicherer sind vom Gesetzgeber erstmals an den Entscheidungen im Krankenhauswesen beteiligt.

FREIE BERUFE

Nachfrage nach Starthilfen ist leicht zurückgegangen

HEINZ STÜWE, Bonn

Bei den öffentlichen Starthilfen für Freiberufler ist kein Nachfrageboom zu verzeichnen, wie ihn die gewerblichen Existenzgründungsprogramme seit zwei Jahren erleben. Die Lastenausgleichsbank in Bonn hat bis Ende vorigen Monats für Nachwuchskräfte in den freien Berufen für 65 Mill. Mark langfristige Bankkredite verbürgt. Das waren zwei Mill. Mark weniger als im gleichen Vorjahreszeitraum. Im gesamten Jahr 1983 waren neue Bürgschaften in Höhe von 80 Mill. Mark gewährt worden.

Auf diesem Niveau haben sich die Neuzusagen nach Angaben der Bank in den letzten drei Jahren stabilisiert, nachdem sie zuvor deutlich zurückgegangen waren. Zum Vergleich: Im Jahre 1975 waren noch Bürgschaften über 445 Mill. Mark in Anspruch genommen worden. Und das, obwohl beispielsweise die Zahl der niedergelassenen Ärzte, auf die etwa die Hälfte aller Bürgschaften entfällt, weiter steigt. Offenbar seien die Banken zunehmend bereit, das Risiko einer Praxiseröffnung selbst zu tragen, heißt es dazu bei der Lastenausgleichsbank. In den 25 Jahren seit Bestehen des Programms hat dieses Kreditinstitut des Bundes für rund 34 000 freiberufliche Gründungsvorhaben Kredite über 3,3 Mrd. Mark verbürgt und damit jeweils 80 Prozent eines möglichen Ausfalls abgedeckt. Der Durchschnittsbetrag liegt bei 200 000 Mark.

Die Starthilfe steht grundsätzlich jedem Freiberufler offen, der sich erstmalig niederlassen will, aber keine banküblichen Sicherheiten stellen kann. Verbürgt werden nur Kredite zur Anschaffung von Geräten, zur Beschaffung und Einrichtung von Praxisräumen. Ein Teil des Betrages kann allerdings auch für Betriebsmittel eingesetzt werden.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

EG untersagt private Milch-Exportförderung

Bonn (DW.) – Die EG-Kommission hat dem Milchförderungsfonds, einem freiwilligen Zusammenschluß der deutschen Milchwirtschaft, untersagt, künftig Exportbeihilfen oder Werbungskostenzuschüsse zum Absatz von Milch und Milcherzeugnissen innerhalb der Gemeinschaft zu gewähren. Die privaten Beihilfen aus diesem Fonds seien nicht mit den Wettbewerbsregeln der EG vereinbar. Unter anderem würden damit auch die Verkaufspreise einzelner Marken im Ausland „unmittelbar gesenkt". Nicht betroffen sind die allgemeinen Exportförderungen der deutschen Land- und Ernährungswirtschaft, wie sie von z. B. von der CMA durchgeführt werden.

Mehr Energie verbraucht

Hamburg (dpa/VWD) – Der Primärenergieverbrauch der Welt ist 1983 zum ersten Mal seit vier Jahren wieder gestiegen. Mit rund 8,64 Mrd. Tonnen Steinkohleeinheiten (SKE) lag er um knapp ein halbes Prozent über dem Niveau des Vorjahres, aber noch immer weit unter dem bisherigen Höchststand von 1979 (8,85 Mrd. Tonnen SKE). Der Anstieg ist, wie aus der jüngsten Weltenergiestatistik der Esso AG, Hamburg, hervorgeht, ausschließlich eine Folge des Wachstums der Weltbevölkerung. Der Energieverbrauch pro Kopf ging auch 1983 weiter zurück, insbesondere in den Industrieländern. So verbrauchte jeder Einwohner der Bundesrepublik Deutschland 1983 mit knapp sechs Tonnen SKE sechs Prozent weniger Energie als 1980.

Commodore begibt Anleihe

München (sz.) – Eine Anleihe über 100 Mill. DM legt der amerikanische Commodore-Konzern, weltweit bedeutendster Hersteller von Mikrocomputern, über ein internationales Bankenkonsotrium unter Federführung der Bayerischen Vereinsbank AG, München, am deutschen Kapitalmarkt auf. Die Emission der Commodore Finance B. V., Amsterdam, ist mit einem Kupon von 7½ Prozent und einem Ausgabekurs von 100 Prozent bei einer Laufzeit von sieben Jahren ausgestattet. Commodore erwirtschaftete 1983/84 (30. 6.) einen Umsatz von 1,27 Mrd. Dollar (plus 86 Prozent) und einen Gewinn von 143,8 Mill. Dollar (plus 63 Prozent).

Haushalt genehmigt

Bonn (VWD) – Das Bundeskabinett hat gestern auf Vorschlag von Bundesarbeitsminister Norbert Blüm den Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit für 1985 in Höhe von 32,9 Mrd. DM genehmigt. Der von der Selbstverwaltung der Bundesanstalt aufgestellte Haushalt berücksichtigt die Senkung des Beitrages von 4,6 auf 4,4 Prozent und die längere Bezugsdauer beim Arbeitslosengeld für ältere Arbeitnehmer von Januar 1985 an.

Rekordernte erwartet

Rom (AFP) – Die Welternährungsorganisation (FAO) in Rom hat in der jüngsten Ausgabe ihres Bulletins ein Rekordvolumen von 1,78 Mrd. Tonnen für die diesjährige Welt-Getreideernte vorausgesagt. Die Produktion läge damit um acht Prozent über der des Erntejahres 1983. Die Schätzungen der FAO von November lagen etwa vier Prozent niedriger. Bei Weizen erwartet die Welternährungsorganisation eine Gesamtproduktion von 516 Mill. Tonnen, das sind 20 Mill. Tonnen mehr als im Vorjahr.

Steuer abgeschafft

Washington (Sbt.) – Mit der Begründung, ausländische Investoren würden den Bundesstaat meiden, hat Florida die sogenannte Unitary Tax wieder abgeschafft. Multinationale Unternehmen waren gegen diese Einheitssteuer Sturm gelaufen, weil bei der Besteuerung die weltweiten Geschäftsergebnisse zugrunde gelegt werden. Das führte zu überhöhten Abgaben der örtlichen Niederlassungen. Das US-Finanzministerium hofft, daß nun andere Bundesstaaten dem Beispiel Floridas folgen. Die Londoner Regierung hatte wegen der Steuerpraxis den Obersten Gerichtshof in Washington angerufen, aber verloren.

BAT

Niederlage vor Kölner Gericht

JB. Hamburg

Das Kölner Landgericht hat dem Hamburger BAT-Konzern untersagt, die Marke „Barclays" in der jetzigen Form der Packung mit den aufgedruckten DIN-Werten von 0,2 mg Nikotin und 1 mg Kondensat (Teer) zu vertreiben. BAT muß nach dem Urteil die Packungen der „Barclays" künftig mit einem Zusatz neben den angegebenen Schadstoffwerten versehen, der die Raucher darauf hinweist, daß sich beim Rauchen in der Praxis weit höhere Werte als durch das maschinelle Abrauchen ergeben können. Die BAT, so heißt es, werde dieser Auffassung des Gerichts Rechnung tragen. Über die Formulierung des Hinweises ist noch nicht entschieden.

In ihrem Urteil sind die Kölner Richter zu dem Ergebnis gekommen, daß die niedrigen Werte der Barclays nur in den Rauchmaschinen gemessen werden könnten. In der Praxis würden von den meisten Rauchern die Luftkanäle verstopft. Dadurch entstünden Schadstoffinhalierungen, die bis zu siebenmal so hoch seien wie die angegebenen DIN-Werte.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Bad Iburg: Elektro Eichberg GmbH, Georgsmarienhütte; **Düsseldorf:** WS-Ges. f. Wohnwesen und Raumakustik GmbH (vorm. IWOSA GmbH); **Eutin:** Willi Speiekkermann, Bauunternehmer, Bujendorf; **Fürth:** ML – Bau GmbH, Wald-Michelbach; *Monique Lipp*, Inh. d. Philipp Lipp, Baustoffe, Wald-Michelbach; **Hagen:** BGA Betreuungsges. f. *Anlagevermögen mbH*; **Hamburg:** TCH Technic Center Hamburg GmbH, technischer Industrie- u. allgemeiner Schiffsbedarf; R.S.R. Schulzki GmbH; Treuhand- u. Steuerberatungsges. HANSEAT mbH; **Heidenheim/Brenz:** *Autohaus Horst Boog GmbH*; **Itzehoe:** Peter Jürgensen, Bauunternehmer, Lägerdorf; **Köln:** Petruzzi und Branca Verkaufsges. mbH; **Syke:** KG i. Myresjö Hausbau GmbH & Co. KG, Stuhr 4; **Villingen-Schwenningen:** Württembergische Uhrenfabrik Bürk Söhne GmbH & Co.; Bürk Verwaltungsges. mbH; Robert Pfäffle K.G., Elektrotechnische u. Beleuchtungskörper-Fabrik; **Würzburg:** Lindner & Saalmüller GmbH Moden- & Accessoires-Fabrikation u. Handesl-KG.

Anschlußkonkurs eröffnet: Beckum: Gebrüder Becker GmbH & Co.; **Nürnberg:** Edith Elsa Martha Hauerstein, Schwarzenbruck.

Vergleich beantragt: Stuttgart: Maschinenvermietungs-Baustoffhandels- u. Baugesellschaft Verwaltungs GmbH, Filderstadt 4.

ENTBÜROKRATISIERUNG / Die Bundesregierung legte eine detaillierte Zwischenbilanz ihrer Bemühungen vor

„Hunderte von Vorschriften ersatzlos gestrichen"

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Viele tausend Verwaltungsvorgänge, vor allem für die Wirtschaft, würden künftig eingespart und Hunderte von Vorschriften seien „ersatzlos gestrichen". Dies erklärte der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Inneren, Horst Waffenschmidt, anläßlich der „Ersten Zwischenbilanz der Bundesregierung zur Entbürokratisierung und Verwaltungsvereinfachung" in Bonn. Das Bundeskabinett hat gestern den Entwurf eines ersten Rechtsbereinigungsgesetzes, dem in dieser Legislaturperiode noch zwei weitere folgen werden, verabschiedet.

Künftig werden unter anderem Bestellungen von Sachverständigen bei den Industrie- und Handelskammern erheblich erleichtert. Ihre Rechte und Pflichten können künftig von den Kammern eigenverantwortlich geregelt werden. Im Werksfernverkehr wird künftig das „Beförderungs-Bescheinigungsverfahren" von einer bloßen Anmeldepflicht ersetzt, wodurch 10 000 Verfahren pro Jahr entfallen. Das immissionsschutzrechtliche Verfahren für genehmigungsbedürftige Anlagen wird wesentlich erleichtert. Der Antragsteller, so Staatssekretär Waffenschmidt, kann künftig die immissionsschutzrechtliche und die wasserrechtliche Genehmigung in einem Gang beantragen.

In der Liste der seit Mitte 1983 abgeschlossenen und noch laufenden Vorhaben ist auch eine Änderung des Milchgesetzes aufgezählt, durch die jährlich auf eine Vielzahl von Erlaubnissen zur Abgabe verpackter Milch verzichtet wird. 46 Gesetze und 23 Rechtsvorschriften enthalten nach Angaben des Bundesinnenministeriums zur Zeit noch verwaltungsverfahrensrechtliche Sondervorschriften, die ohne zwingende Gründe von dem allgemeinen Verfahrensrecht des Bundes abweichen. Sie sollen in einem „Ersten Gesetz zur Bereinigung des Verwaltungsverfahrensrechtes" sowie in mehreren Fachgesetzen aufgehoben und angepaßt werden. Mit dem Entwurf einer Verwaltungsprozeßordnung sollen sechs besondere Prozeßgesetze mit etwa 540 Vorschriften durch ein Gesetz mit rund 190 Vorschriften ersetzt werden.

Der „Erste Bericht zur Rechts- und Verwaltungsvereinfachung" nennt nach Angaben des Bundesinnenministeriums 144 bereits verwirklichte oder vor der Realisierung stehende Maßnahmen aus den einzelnen Bundesministerien. Viele dieser Initiativen seien, so wurde betont, durch die Arbeit der „Unabhängigen Kommission für Rechts- und Verwaltungsvereinfachung" des Bundes angeregt und unterstützt worden.

Als ganz wesentlicher Erfolg gilt, der jeden Bürger entlastende Verzicht auf die regelmäßige Einholung von Führungszeugnissen bei der Erteilung von Führerscheinen. Dadurch werden jährlich 1,2 Millionen Anfragen beim Bundeszentralregister entbehrlich.

Hand in Hand mit solchem Abbau geht eine neue „Notwendigkeitsprüfung" vor dem Erlaß neuer Gesetze. Dazu heißt es in dem „Ersten Bericht", die Prüfung sei „zu intensivieren und noch wirksamer zu machen". Zu den zehn Fragen, die vor dem Erlaß jedes neuen Gesetzes positiv beantwortet sein müssen, gehört die, ob die gewollte Regelung „bürgernah und verständlich" sei, und ob Kosten und Nutzen in angemessenem Verhältnis stehen.

Das Echo auf den bisherigen Vorschriftenabbau ist nicht einheitlich. In vielen Briefen an das Bundesinnenministerium wird er bejubelt, daneben warnen Verwaltungsexperten aber vor unklaren Verhältnissen.

US-BANKEN / Hohe Abschreibungen für faule Kredite

Die Gewinne sind gesunken

H.-A. SIEBERT, Washington

Amerikas Geschäftsbanken, deren Einlagen beim Bund versichert sind, erwirtschafteten 1983 die niedrigsten Gewinne seit 20 Jahren. Wie aus einer Untersuchung der US-Zentralbank hervorgeht, verringerte sich die Rendite, gemessen an der Bilanzsumme, gegenüber dem Vorjahr von 0,71 auf 0,67 Prozent. 1979 machte sie noch 0,80 Prozent aus. Bei den sogenannten Money-Center-Banks, deren Bilanzsumme eine Mrd. Dollar übersteigt, sackte die Rendite von 12,3 auf 11,9 (14,0), bei den kleinsten Instituten mit einer Bilanzsumme von unter 100 Mill. Dollar von 1,08 auf 0,96 (1,15) Prozent.

Noch stärker verschlechterte sich die Verzinsung des Eigenkapitals, und zwar bei allen US-Banken von durchschnittlich 12,2 auf 11,2 (1979: 13,9) Prozent. Bei den Großbanken verringerte sie sich von 12,3 auf 11,9 (14,0), bei den kleinsten von 12,7 auf 11,2 (14,1) Prozent. Nach Steuern schrumpfte der Gesamtgewinn um 750 Mill. Dollar; die meisten Institute erhöhten trotzdem ihre Dividende. Andererseits ist zum ersten Mal seit sieben Jahren das Verhältnis von Eigenkapital zur Bilanzsumme gestiegen, und zwar auf sechs Prozent. Die Money-Center-Banks stockten ihr Kapital um zwei Mrd. Dollar auf acht Prozent auf.

Als Gründe für das schlechte Abschneiden nennt das Federal Reserve Board die Rezession, die gedrückten Zinsmargen sowie die Schuldenkrise, die eine Anhebung der Rückstellungen erforderte. Rekordhöhe erreichte auch die Abschreibung fauler Kredite. In den Auslandsfilialen der US-Institute fiel 1983 die zusammengefaßte Bilanzsumme um acht Mrd. Dollar, wobei das Minus bei den Money-Center-Banks zehn Mrd. Dollar ausmachte.

WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG / Programm für Lübeck

Kaufmannschaft zeigt Einsatz

KAREN SÖHLER, Lübeck

Eine Analyse der Vergangenheit soll der Hansestadt Lübeck die Zukunft weisen. Die Kaufmannschaft zu Lübeck will nicht warten, bis die Stadt im Norden – mit Blick auf die Grenzen der „DDR" – in Vergessenheit gerät. Deshalb hatte sie Professor Gerd Aberle von der Justus-Liebig-Universität, Gießen, beauftragt, eine Studie anzufertigen, aus der die Entwicklung der wichtigsten wirtschaftlichen Faktoren von 1971 bis 1981 hervorgeht. Die in einem Pressegespräch vorgestellte Arbeit bildet die Grundlage, auf der die Kaufmannschaft eine Marketing-Strategie aufbauen will, um ihre Stadt wieder näher in das Bewußtsein von potentiellen Investoren und Auftraggebern, von Arbeitskräften und natürlich auch von Touristen zu rücken.

Im Mittelpunkt des Konzeptes stehen drei Gremien: Der geschäftsführende Arbeitskreis im Auftrage der Kaufmannschaft, unterstützt durch das Hamburger Institut für Handels-, Stadt- und Regionalforschung Prisma, sammelt Vorschläge der neun Einzelgruppen, die sich über Verbesserungen in Bereichen wie Hafen, Außenwirtschaft, Gewerbegrundstücke, Wissenschaft und Wirtschaft, Arbeitsplatz- und -kräfteangebot, Verkehr, Tourismus und Messen, Freizeit, Kultur oder Öffentlichkeitsarbeit Gedanken machen. Die Einzel-, Schwerpunkt- und Durchführungsberatung haben die Kaufleute in die Hände von Kurt Schoop, Berater und Aufsichtsratsmitglied der Düsseldorfer Messegesellschaft mbH, gelegt. Dem Plenum der Kaufmannschaft fällt vor allem die Aufgabe zu, beschlossene Maßnahmen – das geistige Endprodukt – in der Bürgerschaft und im Senat durchzusetzen.

Erfolg ist nötig; denn aus der Aberle-Studie ergibt sich, daß gerade 25- bis 45jährige abwandern, daß die Wachstumsrate des Bruttoinlandproduktes zwischen 1970 und 1980 kontinuierlich zurückgegangen ist, daß die Ein- und Ausfuhren des in der Stadt ansässigen Gewerbes deutlich gesunken sind, daß das Interesse auswärtiger Unternehmen an einer Niederlassung in Lübeck stetig abflacht.

Hinzu kommt: Die Stadt ist etwa mit 500 Mill. DM verschuldet und muß auch im laufenden Haushalt Löcher stopfen. Die noch ungeklärten Finanzierungsfragen könnten die Bemühungen der Kaufmannschaft allerdings in ihre Grenzen weisen.

OECD-ENTWICKLUNGSHILFE / Leichte Steigerung

Weniger öffentliche Mittel

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die dem OECD-Entwicklungshilfeausschuß (DAC) angehörenden 17 westlichen Industriestaaten (und die EG) haben den Entwicklungsländern an öffentlicher Hilfe 1983 insgesamt 27,5 Mrd. Dollar bereitgestellt, wie dem jetzt veröffentlichten Jahresbericht des DAC zu entnehmen ist. Das waren 75 Prozent der weltweiten offiziellen Entwicklungshilfe. Unter Einschluß der privaten Kapitalströme flossen den Entwicklungsländern aus der DAC-Zone rund 100 Mrd. Dollar zu, gegenüber 97 Mrd. 1982.

Die öffentliche Hilfe dagegen hatte sich um 200 Mill. Dollar vermindert. Sie stellte damit nur noch durchschnittlich 0,36 (0,38) Prozent des Bruttosozialprodukts der DAC-Mitglieder. Die Bundesrepublik, die 3,18 (3,15) Mrd. Dollar aufgebracht hatte, konnte ihren Anteil auf 0,49 (0,48) Prozent verbessern.

Beanstandet wird, daß sich die Bundesregierung im Unterschied zu anderen DAC-Ländern noch nicht auf einen Termin zur Realisierung des allgemeinen Entwicklungshilfeziels (0,7 Prozent des Sozialprodukts) festgelegt hat. Bereits übertroffen wird es von Norwegen (1,06 Prozent 1983), Holland (0,91 Prozent), Schweden (0,85 Prozent), Frankreich (0,74 Prozent einschließlich der Leistungen an die ehemaligen Kolonien) und Dänemark (0,73 Prozent). Dagegen stehen die USA mit nur 0,24 Prozent ihres Sozialprodukts an unterster Stelle in dieser (relativen) Rangliste. Dem absoluten Betrag nach sind sie aber mit 7,99 (8,20) Mrd. Dollar das mit Abstand größte Geberland geblieben.

Noch stärker als die öffentliche Entwicklungshilfe der DAC-Staaten verminderte sich die der Opec-Staaten, nämlich um 800 Mill. Dollar. Im Vergleich zu den infolge der sinkenden Ölförderung geschrumpften Exporteinnahmen dieser Staaten war ihre Hilfe aber von größerem Gewicht. Die arabischen Golfstaaten brachten immerhin drei Prozent ihres Sozialprodukts auf. Die Ostblockstaaten dagegen begnügten sich mit 0,17 Prozent und konzentrierten ihre Hilfe auf kommunistische Entwicklungsländer.

Die weiteren Aussichten für die westliche Entwicklungshilfe werden in dem Bericht zurückhaltend, wenn auch grundsätzlich positiv eingeschätzt. Zu Gunsten Schwarzafrikas wird ein „sehr starker Zuwachs" erwartet.

MASCHENINDUSTRIE / Schrumpfprozeß geht weiter

Mehr Schutz verlangt

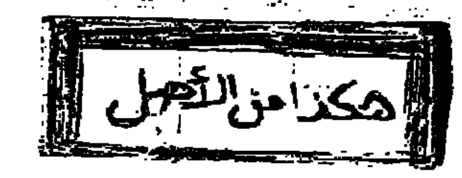
WERNER NEITZEL, Stuttgart

Die deutsche Maschenindustrie, also die Hersteller von Strick- und Wirkwaren, wünscht sich einen stärkeren Schutz. Mit einer bloßen Verlängerung des Welttextilabkommens, das am 30. 6. 1986 ausläuft, sei es, wie Peter F. Giernoth, Hauptgeschäftsführer des Gesamtverbandes der deutschen Maschenindustrie in Stuttgart darlegte, nicht getan. Dieser Industriezweig, der in seiner Anpassung an neue Techniken und Mechanismen noch nicht so weit vorangekommen sei, wie die anderen Bereiche der Textilindustrie, befinde sich somit in einer Sonderposition.

So stiegen beispielsweise die Einfuhren an Maschenware aus den Ländern außerhalb der EG in den letzten fünf Jahren um durchschnittlich 7,4 Prozent jährlich auf fast 100 000 Tonnen (1984). Demgegenüber nahmen die Importe von textilen Vorstufenerzeugnissen aus Drittländern seit 1979 im Jahresdurchschnitt um lediglich 1 Prozent zu, bei gewebter Bekleidung nahmen sie sogar um 0,3 Prozent ab. Der mengenmäßige Marktanteil importierter Maschenware aus Drittländern vergrößerte sich in der ersten Jahreshälfte 1984 von 42 auf 45 Prozent. Der gesamte Importanteil (wertmäßig) an der Binnenmarktversorgung macht rund drei Viertel aus.

Der Verband fordert deshalb über eine Verlängerung des Welttextilabkommens hinaus auch eine Verschärfung der bilateralen Abkommen, wirksame Regelungen der Umgehungseinfuhren, eine Sonderbehandlung der passiven Lohnveredelung, eine Einbeziehung der Zolltarifpräferenzen der EG gegenüber Entwicklungsländern in die Gestaltung des Welttextilabkommens, wie auch die Berücksichtigung der Importbelastung aus den Präferenzländern des Mittelmeerraumes.

Die deutsche Maschenindustrie, die schwerpunktartig vor allem im Südwesten auf der Schwäbischen Alb ansässig ist, habe – so Giernoth – in diesem Jahr am allgemeinen Aufschwung teilgenommen. Man setze jetzt auf das Vorjahresniveau (6,7 Milliarden DM) zu kommen. Die relativ ungünstige Lage in der Maschenindustrie und die vergleichsweise bessere Situation in den textilen Vorstufen und in der nachgeordneten Bekleidungsindustrie drückt sich auch in der schrumpfenden Beschäftigtenzahlen aus. In den letzten Wochen gab es eine Reihe weiterer Firmenzusammenbrüche.



BERTHOLD / Höherer Verlust, aber kein Kapitalschnitt

Ormig soll verkauft werden

th. Berlin

Die H. Berthold AG, Berlin, führender Hersteller von Fotosatzsystemen, besinnt sich wieder „auf den Leisten". Die Diversifikationspolitik der vergangenen Jahre wird aufgegeben. Man werde sich künftig ausschließlich auf den Qualitäts-Fotosatz konzentrieren, betonte Vorstandsvorsitzer Wolfgang Geerken.

Noch bis zum Jahresende will Berthold die Ormig Organisationsmittel GmbH losschlagen. „Für eine Mark plus Zuschuß", so Geerken. Man sei in aussichtsreichen Verhandlungen. Wenn ein Verkauf nicht gelingen sollte, werde man sich auch nicht scheuen, Vergleich anzumelden. Ormig beschäftigt in Berlin und Bad Oeynhausen rund 200 Mitarbeiter. Das Abenteuer Ormig hat Berthold etwa 30 Mill. DM gekostet.

Bei der Hoh & Hahne Hohlux GmbH in Offenbach wird das Geschäftsvolumen verkleinert und die Gesellschaft mit der H. Berthold AG verschmolzen, so daß es künftig keinen Inlandskonzern mehr geben wird. Das Standbein in Nordamerika, die Alphatype Corp., will man behalten. Dem Unternehmen soll neues Kapital zugeführt werden. Außerdem laufen Verhandlungen zur Beteiligung anderer Kapitalgeber.

Vor allem Ormig und Alphatype hatten in den letzten Jahren das Ergebnis der Berthold AG stark belastet. Auch 1984 rechnet die AG mit einem Gewinn, wird durch die Verluste der Töchter aber wieder in die Verlustzone geraten. Der Verlust 1984 insgesamt wird höher sein als 1982 (16 Mill. DM). 1983 hatte man etwa ausgeglichen abgeschlossen. In diesem Jahr verbucht Berthold Rekorde beim Auftragseingang, aber auch für 1985 ist eine Dividende noch nicht „drin". Aus dem Vorstand sind Friedrich Barounig und Michel Limburg ausgeschieden. Nachdem der Kurs der Berthold-Aktie am Montag ausgesetzt worden war, gab es Spekulationen über einen Kapitalschnitt. Dazu bestehe, so Geerken, kein Grund.

KAISER'S KAFFEE / Preiskämpfe bringen die im Branchenvergleich immer noch gute Rendite unter Druck

Vom Weihnachtsgeschäft wird kein Plus erwartet

J. GEHLHOFF, Viersen

Das waren noch Zeiten. Vor sieben Jahren führte die zur Tengelmann-Gruppe, Europas größtem Lebensmittelfilialisten, gehörende Kaiser's Kaffee-Geschäft AG, Viersen, aus erst wenig mehr als halb so großem Umsatz an die Mülheimer Mutter noch fast ein Viertel mehr Bruttogewinn ab als nun für das Geschäftsjahr 1983/84 (30. 6.). Eine für die Branche vergleichsweise anständige Rendite auf 84 Mill. DM Eigenkapital (davon 50 Mill. DM Aktienkapital) sind die nun abgeführten und bei Tengelmann noch der Inhaber-Einkommensteuer unterliegenden 33,6 (32,9) Mill. DM zwar allemal. Aber der Renditedruck ist unübersehbar.

Vorstandssprecher André Desalaers hat jede Menge guter Gründe, dieses „noch zufriedenstellende" Ergebnis mit dem immer härter werdenden Wettbewerb im deutschen Lebensmitteleinzelhandel zu kommentieren. Sie alle münden in der Feststellung, daß die Verkaufsfläche in der Branche pro Jahr noch um zwei bis drei Prozent zunimmt, das für Lebensmittelkäufe eingesetzte Verbrauchereinkommen hingegen nominal kaum noch wächst und real leicht sinkt.

Hinzu kommt, daß sich das Konsumklima nach dem großen Streik-Schock vom Frühsommer 1984 bislang noch nicht wieder von seiner Abkühlung erholt. Nach Einschätzung des Kaiser's-Vorstands wird denn auch das Weihnachtsgeschäft (mit diesmal zwei Verkaufstagen weniger als im Vorjahr) allenfalls das (nominale) Vorjahresniveau erreichen, eher etwas kleiner ausfallen. Und auf jeden Fall weniger Gewinn als im Vorjahr bringen.

Das gut gepolsterte Unternehmen kann solche Folgen der zunehmenden Preisaggressivität der Anbieter und des immer mehr „preisbewußten" Verhaltens der Konsumenten freilich problemlos verkraften. Mühelos bewältigt es auch die vom Markt diktierte Konsequenz, daß Umsatzwachstum praktisch nur noch über Flächenexpansion möglich ist. Denn trotz kompletter Abführung des Gewinns werden die Investitionen nachgerade traditionell aus der Innenfinanzierungskraft bestritten.

Dank dieser Investitionskraft lag Kaiser's in 1983/84 beim Filialumsatz mit einem Plus von 10,3 Prozent, das nahezu identisch war mit dem Verkaufsflächenzuwachs, weit über dem deutschen Lebensmittelhandel, der in der gleichen Zeit Umsatzsteigerungen von nominal 4,6 Prozent und real 2,5 Prozent erzielte. Nach dem gleichen Muster wurden bei Kaiser's die ersten fünf Monate von 1984/85 mit Plusraten von sieben Prozent im Umsatz und von 6,2 Prozent in der Verkaufsfläche abgeschlossen.

Aus dem Doppeleffekt von Expansion und Strukturbereinigung verfügte Kaiser's zum Ende des Berichtsjahres über 682 (649) Filialen, darunter 459 (448) Supermärkte, neun (acht) Verbrauchermärkte und 207 (186) Drugstores (SB-Drogerien). Erstmals wird der Filialumsatz etwas deutlicher aufgegliedert: Mehr als zwei Mrd. DM aus den Supermärkten, mehr als 350 Mill. DM aus den Drugstores, fast 200 Mill. DM aus den Verbrauchermärkten und etwas über 30 Mill. DM aus den Heimwerkermärkten. Alle vier Vertriebslinien, betont der Vorstand, seien im Gewinn.

Kaiser's Kaffee	1983/84	±%
Umsatz (Mill. DM) [1]	2928	+ 10,4
dav. Filialumsatz	2568	+ 10,3
Verkaufsfläche (qm)	234 851	+ 11,8
Beschäftigte [2]	8268	+ 6,7
Personalaufwand	307	+ 7,4
Sachinvestitionen	43,4	+ 7,1
Netto-Cash-flow [3]	39,7	+ 28,9
Rohertrag	619	+ 8,0
Betriebsergebnis [4]	37,9	+ 2,6
Gewinnabführung [5]	33,6	+ 2,3

[1] Mit MWSt. [2] Umgerechnet auf Vollbeschäftigte zum Bilanzstichtag. [3] Abschreibungen + Zuführ. Pensionsrückstellungen. [4] Vor Steuern. [5] Nach Gewerbesteuer, vor Einkommensteuer

DU PONT

Elektronik wächst rasant

INGE ADHAM, Frankfurt

Verstärkte Aktivitäten im europäischen Elektronikgeschäft plant der amerikanische Du Pont de Nemours-Konzern. Vor der Presse in Frankfurt bezifferte Heinz R. Schiller, Geschäftsführer der deutschen Tochter, die Investitionen für den Bereich in diesem und im nächsten Jahr jeweils auf 30 Mill. Dollar. Ein großer Teil davon entfällt auf den Bau einer Produktionsanlage für „Riston" Fotopolymer-Trockenresist – einem Film-Beschichtungsmaterial – in Neu-Isenburg, die Anfang 1986 ihre Lieferungen aufnehmen soll. Die Aufwendungen belaufen sich auf rund 35 Mill. DM. Bisher wurde in Neu-Isenburg das aus den USA gelieferte Material lediglich konfektioniert.

Hintergrund dafür ist die „rasante Expansion" der letzten Jahre beim Verkauf von Erzeugnissen für die elektronische Industrie (elektronische Schaltungen, Schaltverbindungen und Speichermedien). Nach einem Wachstum von durchschnittlich 20 Prozent in den letzten Jahren werde in diesem Jahr im Elektronikbereich erstmals die Grenze von einer Milliarde Dollar überschritten; in den nächsten fünf Jahren rechnet Du Pont mit einer weiteren Verdoppelung. Allein 1984 seien für Forschung und Entwicklung in diesem Bereich 80 Mill. Dollar bereitgestellt worden. Davon profitiert auch Neu-Isenburg, wo die europäische Fotopolymer-Forschung konzentriert ist.

Den Weltumsatz des Geschäftsbereiches Fotosysteme und elektronische Produkte bezifferte Schiller für dieses Jahr mit etwa 2 Mrd. Dollar, davon entfallen gut 450 Mill. Dollar auf Europa. Während Fotosysteme seit einigen Jahren ein nur noch in Teilbereichen wachstumsversprechendes Geschäft seien, glänzt der Bereich elektronische Produkte mit zweistelligen Zuwachsraten und zieht beim Gewinn bereits mit dem größeren Bereich Fotosysteme gleich, betonte Schiller. Die gesamte deutsche GmbH erwartet in diesem Jahr gut 2 Mrd. DM Umsatz, etwa 10 Prozent mehr als im Vorjahr. Auch mit der Gewinnentwicklung ist man zufrieden.

HAMBURGISCHE ELECTRICITÄTSWERKE

Ergebnis hat sich verbessert

J. BRECH, Hamburg

Die Hamburgischen Electricitäts-Werke AG (HEW) werden für 1984 einen etwa gleichgroßen Überschuß wie 1983 ausweisen. Wie Vorstandssprecher Gunther Clausnizer mitteilte, sei das Ergebnis im Gegensatz zum Vorjahr voll im ordentlichen Geschäft verdient worden. Zur Dividende machte Clausnizer noch keine Angaben. Im Vorjahr hatte HEW zum guten Teil aus der Substanz eine von 10 auf 8 Prozent gekürzte Dividende gezahlt.

Die Ertragsaussichten berücksichtigen nach Angaben von Clausnizer noch nicht die möglichen Verbesserungen, die sich für HEW aus dem Verkauf von Anteilen an dem Kernkraftwerk Brokdorf ergeben könnten. Das Vertragspaket sei noch nicht endgültig ausgehandelt und den beteiligten Aufsichtsräten noch nicht zur Zustimmung vorgelegt worden. Die HEW habe aber großes Interesse, daß der Vertrag zustandekomme. Die Abgabe von 400 MW Grundlast sei versorgungspolitisch verträglich und wirtschaftlich geboten.

Clausnizer räumte allerdings ein, daß HEW im Preise Zugeständnisse habe machen müssen. Ein wichtiges Ziel des Kompromisses sei es aber gewesen, den partnerschaftlichen Charakter der langjährigen Zusammenarbeit von NWK und HEW zu erhalten. Die Unternehmen betrieben schließlich im norddeutschen Stromverbund gemeinsam vier Kernkraftwerke. Den zur Disposition stehenden HEW-Anteil von 30 Prozent wird Preussenelektra wohl nicht voll übernehmen, sondern einen Teil der NWK überlassen, deren Anteil an Brokdorf auf über 50 Prozent steigt.

Die Ergebnisverbesserung bei den HEW, die den Absatz um 2 Prozent und den Umsatz um 5 Prozent auf 2,5 Mrd. DM erhöht haben, führt Clausnizer vor allem auf die gestiegene Verfügbarkeit von Kernenergie zurück. Der Anteil der Stromerzeugung aus Kernenergie werde bei HEW im Berichtsjahr von einem Viertel auf etwa zwei Drittel steigen. Die daraus resultierenden Kostenvorteile milderten die Belastungen auf der Aufwandseite, die sich aus der ersten vollen Jahresrate des Abschreibungsblocks für das neue Kernkraftwerk Krümmel ergeben.

Offenbar noch ungelöst ist bei HEW die Frage einer Nachfolge für Hans-Werner Oberlack, der Mitte dieses Jahres wegen ständiger Querelen mit der politischen Führung bei HEW ausgeschieden war. Hamburgs Energiesenator Jörg Kuhbier sucht dem Vernehmen nach zum ersten Mal für HEW einen Vorstandsvorsitzenden. Bislang gab es bei HEW nur Vorstandssprecher.

Bahn-Investitionen bleiben hoch

PETER ZERBE, Minden

Die Deutsche Bundesbahn wird auch in den nächsten Jahren einer der wichtigsten Kunden der deutschen Wirtschaft sein. Wie der Präsident des Bundesbahn-Zentralamtes Minden, Johann Peter Blank, betonte, wurden in diesem Jahr Aufträge von rund 3 Mrd. DM vergeben. Während das Mindener Amt Aufträge von fast 1,2 Mrd. DM vergab, orderte das Bundesbahn-Zentralamt München für 1,4 Mrd. DM.

Von den 1,2 Mrd. DM, die der Mindener Dienststelle zur Verfügung standen, entfielen fast 500 Mill. DM auf die Beschaffung von Reisezug- und Güterwagen sowie auf Container. Für den Fahrweg, also für Schienenschwellen und Schotter, gab das Amt rund 400 Mill. DM aus. So wurden 1984 von der deutschen Industrie 143 Reisezugwagen, 17 S-Bahn-Wagen und 3000 Güterwagen geliefert.

Das Zentralamt in München übernahm in diesem Jahr 17 elektrische Lokomotiven der Baureihe 111 im Wert von etwa 70 Mill. DM. Für 27 komplette Stellwerke wurden 1984 fast 270 Mill. DM investiert. Dadurch konnten 106 Stellwerke älterer Bauart ersetzt und mehr als 490 Mitarbeiter für andere Aufgaben freigestellt werden.

Auch bei der Stellwerkstechnik hält jetzt die Elektronik Einzug. Die Firma Siemens soll zunächst fünf Teststellwerke errichten. Das erste dieser neuen elektronischen Stellwerke wird im oberbayerischen Murnau gebaut. SEL soll ebenfalls Aufträge für den Bau von elektronischen Stellwerken erhalten.

ZAHNRÄDER RENK / Der Bereich Fahrzeuggetriebe konnte nochmals zulegen

Auftragseingang auf Rekordniveau

DANKWARD SEITZ, München

Eine gute Ausgangsposition für die weitere Zukunft stellt für die Zahnräderfabrik Renk AG, München, der Auftragsbestand von 362 (325) Mill. DM dar, mit dem sie in das neue Geschäftsjahr 1984/85 (30. 6.) gegangen ist. Doch ganz zufrieden ist der Vorstand damit noch nicht. Weil ein erheblicher Teil davon auf den Getriebebau für den Kampfpanzer Leopard 2 entfällt, verfügten noch nicht alle Fertigungsbereiche über ausreichende Auftragspolster, wenn auch die im Oktober 1982 für einen Teil der 1708 (1848) Mitarbeiter eingeführte Kurzarbeit im Juni dieses Jahres beendet werden konnte. Auch angesichts des teilweise ruinösen Wettbewerbs müßten alle Rationalisierungsmöglichkeiten konsequent fortgeführt werden.

Das Geschäftsjahr 1983/84 brachte Renk mit 329 Mill. DM den bisher höchsten Auftragseingang in der Firmengeschichte nach 253,3 Mill. und 297 Mill. DM in den beiden Vorjahren. Der größte Einzelauftrag war die Bestellung von 430 Getrieben für den Leopard 2. Auch für Schiffsgetriebe konnten größere Anschlußaufträge gewonnen werden. Beklagt wird vom Vorstand der zunehmende Protektionismus in einigen Ländern. Nicht zuletzt dadurch sank der Auslandsanteil des Auftragseingangs weiter auf 43 (46 nach 67) Prozent.

Daß der Umsatz jedoch um 11,8 Prozent auf 299,7 Mill. DM in 1983/84 zurückfiel, wird von Renk als „Normalisierung" nach dem sprunghaften Anstieg von 18,1 Prozent auf 339,9 Mill. DM im Jahr zuvor bezeichnet. Alle Sparten hätten dabei Einbußen hinnehmen müssen mit Ausnahme der Fahrzeuggetriebe, die nochmals acht Prozent zulegen konnten. Weitgehend unverändert blieb der Exportanteil mit 60 (63) Prozent.

Die Gewinn- und Verlustrechnung schließt bei einem mehr als halbierten Zinsaufwand von 5,3 (11,5) Mill. DM, einem weiteren Bestandsabbau um 30,4 (27,3) Mill. DM und einem auf 71,3 (78,5) Mill. DM verminderten Personalaufwand mit einem Jahresüberschuß von 3,5 (2,8) Mill. DM. Aus dem Bilanzgewinn von 3,7 (2,9) Mill. DM wird eine unveränderte Dividende von sieben DM je 50-DM-Aktie auf das Grundkapital von 25 Mill. DM ausgeschüttet.

Deutlich zurückgehalten hat sich Renk bei Abschreibungen von 10,0 (11,5) Mill. DM bei den Investitionen in Sachanlagen mit 2,1 (9,8) Mill. DM. Bei den Finanzlagen ergab sich hingegen durch den Erwerb einer 51prozentigen Beteiligung in Südafrika ein Zugang von 6,7 Mill. DM. Inzwischen hat dort die Renk South Africa Ltd., Johannesburg, ihre Tätigkeit aufgenommen.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Auftrag aus China

Berlin (th.) – Den Auftrag zum Bau eines Schlachthofes mit Fleischverarbeitungsfabrik hat die BC Berlin Consult GmbH aus China erhalten. Das Projekt, das 60 Mill. DM kosten wird, ist das erste dieser Art in China und soll in der Provinz Qinghai im Nordwesten der Volksrepublik entstehen. Wie BC mitteilte, ist eine Bauzeit von zwei Jahren veranschlagt. Geplant ist eine Verarbeitungskapazität von täglich 500 Rindern und 6000 Schafen. 900 Beschäftigte sollen dort in zwei Schichten arbeiten. Der Vertrag für das Projekt wurde jetzt in Berlin unterzeichnet.

VAG-Bank erhöht Kapital

Braunschweig (dos) – Die VAG Kredit Bank GmbH, Braunschweig, eine 100prozentige Tochter der Volkswagenwerk AG, erhöht ihr Stammkapital noch in diesem Jahr von bisher 92,5 Mill. auf 300 Mill. DM. Nach Angaben von VW trägt dieser Schritt der Ausweitung des Geschäftsvolumens sowie der Novellierung des Kreditwesengesetzes Rechnung. Ende 1983 wies die Bank, die den Absatz von VW- und Audi-Produkten finanziert, eine um 28,8 Prozent auf 2,5 Mrd. DM erhöhte Bilanzsumme aus. Die Finanzierungsumsätze stiegen 1983 um 22,5 Prozent auf 18,3 (14,9) Mrd. DM.

Didier unter Plan

Wiesbaden (Wb.) – Die Didier-Werke AG, Wiesbaden, werden die in diesem Jahr geplante Umsatzerhöhung von fünf Prozent nicht erreichen. Hauptursache ist, daß einige Großaufträge erst 1985 abgerechnet werden können. Nachdem der Umsatz in den ersten neun Monaten bei 526 Mill. DM stagnierte, soll das letzte Quartal dem Feuerfest-Experten aber noch eine leichte Steigerung bringen. Da die Ertragsqualität des Geschäfts gesteigert wurde, soll das Ergebnis „wiederum zufriedenstellen".

Brötje an Stotz beteiligt

Hannover (dos) – Die in den Bereichen Heiztechnik, Maschinenbau und Automation tätige Brötje-Gruppe, Rastede/Oldenburg, hat an der A. Stotz AG, Kornwestheim, eine „maßgebliche Beteiligung" erworben. Im Rahmen einer Kapitalerhöhung um 3,11 Mill. DM auf 6,2 Mill. DM hat Brötje den größeren Teil der neuen Aktien übernommen. Gemeinsam mit der Klaus Krämer Industriebeteiligungs-GmbH, Neckarsulm, hält Brötje jetzt die Mehrheit. Stotz, Hersteller von Förderanlagen, beschäftigt 360 Mitarbeiter und erzielt einen Umsatz von 70 Mill. DM. Der Gruppenumsatz bei Brötje liegt bei 500 Mill. DM.

NAMEN

Walter Heinert, Gründer und Seniorchef der Walter Heinert, Soest – Münster – Herdecke, feiert heute den 85. Geburtstag.

Bertold Müller, Seniorchef der Kammgarnspinnerei Müller + Raschig KG, Wilhelmshaven, wird heute 80 Jahre.

Walter Martins, Vorsitzender des Vorstandes der Schutzgemeinschaft der Kleinaktionäre e. V., vollendet am 13. Dezember das 65. Lebensjahr.

Dr. Uwe Möller und **Götz Oßwald** wurden zu ordentlichen Vorstandsmitgliedern der Allgäuer Alpenmilch AG, München, bestellt.

Heinz-Peter Göbbels ist zum Partner der Roland Berger & Partner International Management Consultants, Düsseldorf, berufen worden.

Werner Kunzfeld ist zum 1. Januar 1985 zum ordentlichen Vorstandsmitglied der Lebensversicherung von 1871 aG, München, bestellt worden.

Kurt Schwarzbach (62), bisher Vorstandssprecher der Mannesmann Anlagenbau AG, ist zu deren Vorstandsvorsitzenden bestellt worden. Zu Vorstandsmitgliedern sind Dr. **Dietrich Russell** (43) und Dr. **Eberhard Bitterlich** (53) berufen worden.

PREUSSAG / Verbesserung des Ertrags hält an – Kanada-Engagement beendet

Umsätze bei Metallen explodierten

D. SCHMIDT, Hannover

Die Preussag AG, Hannover, ist auf dem besten Wege, die guten Ergebnisse des Vorjahres noch zu übertreffen. Wie der Vorstand in einem Zwischenbericht schreibt, hat sich die positive Ertragsentwicklung im dritten Quartal 1984 fortgesetzt. Insgesamt habe das Unternehmen im Berichtszeitraum einen Überschuß erzielt, der das Ergebnis des dritten Quartals 1983 „deutlich übertraf". Eine Dividendenprognose verbindet die Preussag mit dieser Aussage allerdings nicht. Im Geschäftsjahr 1983 belief sich der Jahresüberschuß der AG auf 80 Mill. DM. Aus dem Bilanzgewinn von 56 Mill. DM war eine unveränderte Dividende von 16 Prozent ausgeschüttet worden.

Die Ergebnisverbesserung führt der Vorstand vor allem auf die „zufriedenstellenden Zinkpreise" zurück. Zudem seien durch den Kursanstieg des US-Dollar die Erdölerlöse in DM beträchtlich erhöht worden. In welchem Umfang das mißglückte Kanada-Engagement in der Konzernrechnung wirksam wird, bleibt zunächst offen; Ende September hatte sich die Preussag von der Sekundärbleihütte in Montreal, die auch 1984 Verluste hinnehmen mußte, getrennt.

Der Umsatz des Inlandskonzern erhöhte sich in den ersten neun Monaten 1984 gegenüber der gleichen Vorjahreszeit um 14 Prozent auf 3,48 (3,05) Mrd. DM. Wesentlichen Anteil daran hat der Bereich Metalle, dessen Umsätze mit einem Plus von knapp 50 Prozent auf 1,34 (0,9) Mrd. DM regelrecht explodierten. Um fast 11 Prozent auf 828 (747) Mill. DM erhöhten sich die Umsatzerlöse mit Kohle, während Verkehr (368 nach 427 Mill. DM), Erdöl und Chemie (565 nach 577 Mill. DM) und Bau (369 nach 399 Mill. DM) Umsatzeinbußen zu verzeichnen hatten.

Nach dem Anstieg der Zinknotierung an der Londoner Metallbörse in den vergangenen neun Monaten führte die ruhigere Nachfrage Ende September wieder zu einem Rückgang der Notierung auf unter 600 Pfund je Tonne. Wegen des günstigen Dollar-Kurses verringerten sich die Durchschnittserlöse aber nur um 2,3 Prozent. Bei Blei ergab sich im dritten Quartal eine um 3,2 Prozent höhere Durchschnittsnotierung.

Unterschiedlich beurteilt der Preussag-Vorstand die Geschäftsentwicklung bei der britischen Tochter Amalgamated Metal Corp. Im Geschäftsbereich Effektivhandel sei das dritte Quartal unbefriedigend verlaufen. Dies gelte vor allem für den Metallhandel in den USA. Im Geschäftsbereich Zinnhütten war die Konzentratversorgung weiterhin unzureichend. Die negativen Auswirkungen seien aber durch „gestiegene spezifische Erlöse in Malaysia" weitgehend ausgeglichen worden.

Warenpreise – Termine

Schwächer schlossen am Montag die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen an der New Yorker Comex. Abschläge mußte auch Kaffee hinnehmen. Leicht befestigt im verfügbaren Monat und etwas schwächer in den weiteren ging Kakao aus dem Markt.

Getreide und Getreideprodukte

	10. 12.	7. 12.
Weizen Chicago (c/bush)		
Dez	347,00	347,75
März	345,75	346,75
Mai	341,00	342,00
Weizen Winnipeg (can. $/t)	10. 12.	7. 12.
Wheat Board cif		
St. Lawrence I CW	235,09	238,60
Amber Durum	251,94	251,80
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Dez	144,00	144,00
März	150,40	150,40
Mai	154,50	154,50
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Dez	123,60	123,60
März	126,90	126,80
Mai	128,00	129,00
Hafer Chicago (c/bush)	10. 12.	7. 12.
Dez	186,75	186,50
März	181,75	181,25
Mai	177,75	178,00
Mais Chicago (c/bush)		
Dez	258,30	257,00
März	272,50	271,75
Mai	279,25	278,25
Gerste Winnipeg (can. $/t)	10. 12.	7. 12.
Dez	137,70	137,30
März	135,60	135,60
Mai	137,10	137,00

Genußmittel

	10. 12.	7. 12.
Kaffee New York (c/lb)		
Terminkontr. Dez.	140,30	141,00
März	137,90	138,50
Mai	136,50	136,80
Kakao New York ($/t)	10. 12.	7. 12.
Terminkontr. Dez.	2238	2235
März	2095	2115
Mai	2097	2117
Umsatz	1732	1939
Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Jan.	4,10	4,47
März	4,76	5,11
Mai	5,09	5,42
Juli	5,41	5,74
Sept.	5,67	6,01
Umsatz	13 925	4025
Isa-Preis fob karib. Häfen (US-c/lb)	10. 12. 3,96	7. 12. 3,98
Kaffee London (£/t) Robusta-	10. 12.	7. 12.
Kontrakt Jan.	2190–2200	2278–2280
März	2197–2199	2226–2227
Mai	2185–2187	2197–2200
Umsatz	10 734	2094
Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Dez.	1869–1870	1900
März	1830–1831	1855–1855
Mai	1830–1832	1854–1856
Umsatz	3594	1714
Zucker London ($/t), Nr. 6		
März	136,40–136,60	141,00–141,20
Mai	143,60–143,80	148,00–148,40
Aug.	154,20–154,40	158,20
Umsatz	3509	2431
Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	10. 12.	7. 12.
schw. Sarawak spez.	422,50	422,50
weißer Sarawak	657,50	657,50
weißer Muntok	665,00	665,00
Orangensaft New York (c/lb)	10. 12.	7. 12.
Jan.	–	164,10
März	–	165,60
Mai	–	165,50
Juli	–	165,60
Sept.	–	164,25
Umsatz	–	550

Öle, Fette, Tierprodukte

	10. 12.	7. 12.
Erdnußöl New York (c/lb)		
Südstaaten fob Werk	41,00	41,00
Maisöl New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	31,00	31,00
Sojaöl		
Chicago (c/lb) Dez.	27,30	24,10
Jan.	25,75	25,80
März	24,55	24,70
Mai	24,20	24,30
Juli	23,90	24,05
Aug.	23,50	23,70
Sept.	23,25	23,55
Baumwollsaatöl New York (c/lb)		
Mississippi-Tal fob Werk	29,00	29,00
Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	29,00	29,50
Choice white hog 4% fr. F.	20,50	20,875
Talg New York (c/lb)		
top white	21,25	21,50
fancy	21,00	21,00
bleichfähig	19,25	19,25
yellow max. 10% fr. F.	17,75	17,75
Schweine Chicago (c/lb)		
Dez.	51,70	52,70
Febr.	51,10	52,35
März	47,05	48,10
Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Febr.	70,37	72,45
März	69,95	72,00
Mai	71,00	73,00
Häute Chicago (c/lb)	10. 12.	7. 12.
Ochsen einh. schwere River Northern	49,00	49,00
Kühe einh. schwere River Northern	47,00	48,00
Sojabohnen Chicago (c/bush)		
Jan.	594,00	594,00
März	607,50	608,50
Mai	620,00	621,00
Juli	631,50	630,00
Aug.	632,00	631,50
Sept.	620,50	621,50
Nov.	621,00	620,50
Sojaschrot Chicago ($/sht)		
Dez.	147,20	147,50
Jan.	149,20	149,50
März	155,10	155,50
Mai	160,30	160,50
Juli	165,30	165,50
Aug.	168,00	168,50
Sep.	167,00	168,00
Leinsaat Winnip. (can. $/t)	10. 12.	7. 12.
Dez.	353,50	355,30
März	364,10	367,00
Mai	370,50	374,10
Kokosöl New York (c/lb)	10. 12.	7. 12.
Westküste fob Werk	48,50	48,50
Erdnußöl Rotterdam ($/t)	11. 12.	10. 12.
jegl. Herk. cif	890,00	930,00
Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	650,00	665,00
Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	590,00	590,00
Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	227,00	228,00
Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	1040,0	975,00
Leinsaat Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	301,00	301,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

	10. 12.	7. 12.
Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2:		
März	65,30	65,76
Mai	66,30	66,80
Juli	67,47	67,92
Okt.	68,16	68,18
Dez.	68,25	68,30
März	68,25	69,30
Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis loco RSS-1	42,25	42,75
Wolle Lond. (Neusl. c/kg) Kreuzz. Nr. 2:	10. 12.	7. 12.
Dez.	494–505	500–508
Jan.	504–507	502–505
März	514–517	510–512
Umsatz	69	66
Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge:	10. 12.	7. 12.
Dez.	52,45	52,45
März	53,50	53,50
Mai	53,50	53,50
Juli	53,50	53,50
Umsatz	9000	0
		Tendenz: stetig
Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	10. 12.	7. 12.
Dez.	570,0–574,0	570,0–574,0
März	–	582,0–583,0
Mai	–	–
Umsatz	8	15
Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	10. 12.	7. 12.
East African 3 long	680,00	680,00
undergraded	570,00	570,00
Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	10. 12.	7. 12.
Dez.	12 511	12 378
Jan.	12 510	12 436
Kautschuk London (p/kg)	10. 12.	7. 12.
Nr. 1 RSS loco	61,00–65,00	61,00–65,00
Jan.	61,50–64,50	61,50–64,50
Feb.	62,50–65,50	62,50–65,50
März	63,50–66,50	63,50–66,50
		Tendenz: sehr ruhig
Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	10. 12.	7. 12.
Jan.	193,75–194,25	189,00–189,00
Febr.	198,75–199,00	195,00–196,00
Nr. 2 RSS Jan.	186,00–187,00	183,50–184,50
Nr. 3 RSS Jan.	182,50–183,50	180,00–181,00
Nr. 4 RSS Jan.	175,50–176,50	173,00–174,00
Tendenz: ruhig		
Jute London (£/lgt)	10. 12.	7. 12.
BWC	–	–
BWD	–	–
BTC	–	–
BTD	–	–

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 Fl. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	11. 12.	10. 12.
Aluminium: Bas. London		
laufend. Monat	346,42–346,80	351,27–351,65
drittfolg. Monat	354,42–354,50	360,41–360,59
Blei: Basis London		
laufend. Monat	124,89–125,08	126,23–126,41
drittfolg. Monat	122,10–122,28	123,80–123,98
Nickel: Basis London		
laufend. Monat	1510,96–1512,82	1534,48–1536,35
drittfolg. Monat	1512,62–1513,58	1534,48–1536,35
Zink: Basis London		
laufend. Monat	249,78–250,15	246,11–246,49
drittfolg. Monat	147,55–247,92	245,00–245,18
Produz.-Preis	278,13	278,74
Beiuzinn 99,9%	4103–4144	4072–4112

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	11. 12.	10. 12.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke		
(DEL-Notiz*)	415,56–417,42	413,35–415,22
Blei in Kabeln	132,50–133,50	134,00–135,00
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	455,00–458,50	455,00–458,50
Vorziehdraht	464,00–464,50	464,00–464,50

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferhändler.

Messingnotierungen

	11. 12.	10. 12.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	386–398	384–397
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	436–439	434–437
MS 63	425–431	423–430

Zinn-Preis Penang

	10. 12.	7. 12.
Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring./kg)	29,15	29,15

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	11. 12.	10. 12.
Leg. 225	390–400	390–400
Leg. 226	392–402	392–402
Leg. 231	425–432	425–432
Leg. 233	435–442	435–442

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	11. 12.	10. 12.
Platin (DM je g)	33,80	33,90
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkfpr.	32 950	32 950
Rücknahmepr.	32 200	32 200
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	33 110	33 180
Rücknahmepr.	32 290	32 350
verarbeitet	34 730	34 800
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	32 530	32 585
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	695,90	699,10
Rücknahmepr.	675,40	678,10
verarbeitet	726,40	729,80

Internationale Edelmetalle

	11. 12.	10. 12.
Gold (US-$/Feinunze) London		
10.30	326,65	325,25
15.00	–	326,25
Zürich mittags	326,90–327,40	326,10–326,60
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	99 100	99 200
Silber (p/Feinunze) London Kasse	568,00	568,95
3 Monate	580,90	581,95
6 Monate	595,30	595,75
12 Monate	621,00	621,15
Platin (£-Feinunze) London fr. Markt	10. 12. 283,10	7. 12. 284,25
Palladium (£-Feinunze) London f. Händlerpr.	115,25	115,80
New Yorker Preise	7. 12.	6. 12.
Gold H & H Ankauf	326,25	327,00
Silber H & H Ankauf	687,00	695,00
Platin fr. Händlerpr.	319,00–322,00	319,00–322,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	138,50–139,50	139,50–140,50
Produz.-Preis	150,00	150,00
Silber (c/Feinunze)		
Dez.	678,00	685,00
Jan.	681,50	692,30
Febr.	686,60	697,60
März	691,00	701,00
Mai	702,00	712,00
Juli	730,00	725,80
Sept.	728,80	739,40
Umsatz	14 000	21 000

New Yorker Metallbörse

	10. 12.	7. 12.
Kupfer (c/lb)	57,35	57,50
Dez.	57,60	57,50
Jan.	58,40	58,60
März	59,15	59,50
Mai	59,90	60,30
Juli	60,70	61,15
Sept.	61,80	62,40
Dez.		
Umsatz	10 000	7500

Londoner Metallbörse

	11. 12.	10. 12.
Aluminium (£/t)		
Kasse	932,00–933,00	936,00–937,00
3 Monate	953,50–954,00	958,00–959,00
Blei (£/t) Kasse	336,00–336,50	341,00–342,00
3 Monate	328,50–329,00	334,50–335,00
Kupfer Highergrade (£/t)		
mittags Kasse	1105,5–1106,0	1096,0–1098,5
3 Monate	1117,5–1118,0	1111,5–1112,0
abends Kasse	–	1102,0–1103,0
3 Monate	–	1118,5–1119,0
(Kupfer-Standard) Kasse	1116,0–1117,0	1117,0–1120,0
3 Monate	1115,0–1116,0	1126,0–1127,0
Zink (£/t) Kasse	672,00–673,00	664,00–666,00
3 Monate	656,00–657,00	658,50–659,00
Zinn (£/t) Kasse	9855–9860	9840–9850
3 Monate	9820–9825	9815–9820
Quecksilber ($/Fl.)	–	300–310
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	75–80

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden† Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheika (stellv.); WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Thomas L. Kielinger (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Gunther Bading, Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Wilhelm Furler; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714 Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104 Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919 Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09 Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 30 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449 Fernkopierer (0 69) 72 79 17 Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11-13 Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966 Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813 Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39 Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

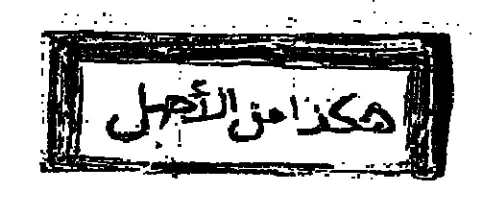
Herstellung: Werner Koziak

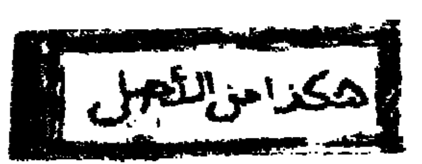
Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.




هكذا من الأصل

Kleine Schwankungen bei den Aktien

Chemietitel lagen bemerkenswert widerstandsfähig

DW. – Die leichte Kurserholung an der Wall Street sowie der gestoppte Anstieg der Rentenkurse führten am deutschen Aktienmarkt zumindest zu einer Stimmungsbesserung. Glattstellungen des Berufshandels, die am Vortag die Tendenz bestimmt hatten, beeinflußten die Kursbildung nur noch wenig. Bei den Titeln der Großchemie wurden auf der bisherigen Kursbasis die Anlagekäufe wieder aufgenommen, so daß hier Rückschläge ausblieben. Anders stand es bei den Bankaktien, die ihren Abstieg noch fortsetzten.

Aus der jetzt bestätigten Neugliederung des Allianz-Konzerns konnte der Kurs der Allianz-Aktie keinen Nutzen ziehen. Nur vorbörslich wurde er sehr viel höher genannt als er später während des offiziellen Börsenhandels erreicht werden konnte. Eine gewisse Enttäuschung ist dadurch entstanden, daß die Allianz-Aktionäre nicht wie bei der Aachen-Münchener nur über die Holding beteiligt bleiben und nicht auch direkt an der aktiven Versicherungsgesellschaft. Im Elektrobereich nur wenige Veränderungen. Bei Nixdorf scheinen immer noch Kleinverkäufe auf den Kurs zu drücken, die nach Ablauf der steuerlichen Sperrfrist erwartet worden waren. Im Autobereich lagen Daimler etwas besser im Markt, Kaufhauswerte setzten den Abstieg vom Vortag nicht mehr weiter fort. Im Versorgungsbereich bröckelten HEW weiter ab, weil inzwischen bekanntgeworden ist, daß der Teilverkauf der Brokdorf-Beteiligung nur unter Inkaufnahme von Substanzverlusten möglich war.

Düsseldorf: Heinrich Lehmann erhöhten sich um 8,90 DM auf 200 DM, Scheidemandel zogen um 6 DM an, und Keramag befestigten sich um 3 DM auf 151 DM. Concordia sanken um 5 DM, Verseidag verminderten sich um 3 DM, und Mauser gaben um 1 DM nach.

Frankfurt: Dt. Texaco büßten 7,50 DM auf 190,50 DM ein, MAB St. gaben um 10 DM auf 340 DM nach, und Seitz Enzinger wurden um 2,80 DM auf 186 DM niedriger taxiert. Deutsche Eff. + Wbt. erhöhten sich um 10 DM auf 340 DM.

Hamburg: Phoenix Gummi konnten sich auf 118 DM plus 1,50 DM und Bremer Vulkan auf 71 DM plus 1 DM erholen. HEW lagen bei 82,50 DM sowie NWK-Vz. bei 168,50 DM knapp gehalten. Markt- und Kühlhallen gingen zu 385 DM plus 1 DM aus dem Markt.

München: Aigner verminderten sich um 3,50 DM auf 224 DM, Agrob St. ermäßigten sich um 8 DM, und Dywidag fielen um 2 DM auf 148 DM. Erste Kulmbacher konnten sich um 30 DM auf 1110 DM verbessern, und Brauhaus Ingolstadt waren mit 750 DM unverändert.

Berlin: Bergmann wurden um 8 DM und DUB-Schultheiss um 5 DM heraufgesetzt. Orenstein verbesserten sich um 2,50 DM und Schering um 2 DM. Bekula und Herlitz Vz. lagen um je 0,50 DM geringfügig freundlicher. Herlitz St. bröckelten um 1 DM ab.

Nachbörse: Uneinheitlich

WELT-Aktienindex: 158,8 (158,7)

WELT-Umsatzindex: 1721 (1870)

Optionshandel

Frankfurt: 11. 12. 84: 793 Optionen = 42 250 (37 050) Aktien, davon 130 Verkaufsoptionen = 6550 Aktien. **Kaufoptionen:** AEG 1-95/16,6, 1-100/6,5, 4-100/11,9, 4-110/5,8, 4-120/3,6, 7-100/16, 7-110/8, BASF 1-150/26, 1-160/16,6, 1-163/13, 4-170/14,5, 4-180/7,5, 4-190/4, 4-200/2,9, 7-160/26, 7-170/18,6, 7-190/10, Bayer 1-183/5,4, 1-190/2,4, 4-170/20,1, 4-190/9,4, 4-200/5,9, 7-180/23,2, 7-190/14,5, 7-200/9,5, 7-210/6,7, BHF 1-270/5, Bay. Hypo 4-330/10, 7-330/17, Bay. Vereinsbank 4-320/25,2, 4-330/18, Commerzbank 1-160/10, 1-170/3,9, 1-180/1, 4-170/11, 4-180/6,8, 4-190/3,5, 4-200/2,7, 7-200/5, Conti 4-120/6,5, 7-120/9,8, Daimler 4-590/28, 4-600/21, 7-600/4, Deutsche Bank 1-390/4,1, 4-380/23, 4-420/4, Degussa 4-370/9, 7-390/11,5, Dresdner Bank 1-160/29,2, 1-170/19,3, 1-180/9,05, 4-170/20, 4-190/10,1, 4-200/5,2, 4-210/3,4, 7-210/7,7, Hoechst 4-190/7,6, 4-200/2,7, 7-200/7,5, 7-210/4, Hoesch 1-100/3,4, 4-100/8,2, 4-110/3,9, 7-110/7,8, 7-120/3, Kloeckner 1-70/3, 4-60/12, 4-70/6,5, 4-80/2,9, 4-90/1,7, 7-70/9,5, 7-75/6,9, Mercedes 1-520/10, Metallges. 4-230/5,6, Mannesmann 1-140/7, 1-150/1, 4-150/7,4, 4-160/4, 4-170/2,1, 7-150/9,5, 7-160/6, Preussag 4-260/12, Kali + Salz 4-260/5, Siemens 1-400/52, 1-460/5,6, 4-410/49, 4-450/25, 7-500/12, Thyssen 1-80/2,5, 4-80/6,9, 4-85/4, 4-90/1,8, 7-90/3,5, Veba 4-170/8,7, 4-180/3,6, VW 1-190/9,1, 4-180/25,2, 4-200/12, 4-230/2,6, 7-190/25, IBM 1-360/10,1, 4-400/16, Norsk Hydro 1-40/1,4, 4-40/3,2, 7-35/7,5, 7-40/4, Sperry 1-110/7,5, 7-120/11. **Verkaufsoptionen:** AEG 1-110/7, 4-100/2,9, 7-95/1,7, BASF 4-170/1, 7-170/2, Bayer 4-180/1,1, 7-180/2,5, Bekula 4-100/2,5, BMW 4-360/6, Commerzbank 1-170/3, 4-160/3,1, 4-170/4,5, Conti 1-110/1,05, 4-110/2,4, Deutsche Bank 4-380/3,1, Degussa 1-370/20, Dresdner Bank 4-180/2,4, 4-190/5,2, 7-190/6,8, Kaufhof 4-230/7,5, Kloeckner 1-70/2,1, Lufthansa St. 7-170/5, Lufthansa Vz. 7-160/3, Siemens 4-440/5, 7-430/5,4, Thyssen 1-80/2,6, 4-75/2,4, 4-80/3, Veba 7-170/4,9, VW 1-200/3,4, 4-190/2, 7-200/11, IBM 4-370/13, Royal Dutch 7-140/2,5, Sony 4-50/5,4. (1. Zahl Verfallsmonat (jeweils der 15.), 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis).

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 11. 12.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	9 – 9¼	5⅝–5⅞	5 –5¼
3 Monate	9¼– 9½	5⅝–5⅞	4⅞–5⅛
6 Monate	9⅝– 9⅞	5⅝–5⅞	4⅞–5⅛
12 Monate	10⅛–10⅜	5⅝–5⅞	5 –5¼

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Devisenmärkte

Am Devisenmarkt verlief der Handel am 11. 12. noch schleppender als am Vortag. Neue Impulse könnten angesichts der geringen Risikobereitschaft im Augenblick erst von neuen Daten aus der amerikanischen Wirtschaft zum Wochenende erwartet werden. Der Kurs des Dollars pendelte zwischen 3,0810 und 3,0900 und wurde amtlich mit 3,0863 festgestellt. Die Bundesrepublik setzte ihre Abgaben zur Notiz mit einem Betrag von 18,3 Mill. Dollar fort. Das am Vortag favorisierte Englische Pfund verlor wieder 3,2 Promille und notierte nur noch mit 3,710. Außer dem Escudo, der um 5,3 Promille zurückfiel, ergaben sich nur geringfügige Kursveränderungen nach beiden Seiten. US-Dollar in: Amsterdam 3,4830; Brüssel 62,115; Paris 9,4615; Mailand 1902,40; Wien 21,6820; Zürich 2,5471; Ir. Pfund/DM 3,710; FF/DM 32,635.

Die Europäische Währungseinheit (ECU) am 11. Dezember: In D-Mark 2,23265 (Parität 2,24184); in Dollar 0,723712 (13. März 1979: 1,35444).

Ostmarkkurs am 11. 12. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West.

Devisenterminmarkt

Die Dollar-Deports wurden im Tagesverlauf des 11. Dezember etwas niedriger notiert.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,93/0,83	2,75/2,65	6,00/5,90
Pfund/Dollar	0,06/0,04	0,09/0,07	0,02/0,06
Pfund/DM	1,90/0,50	3,70/2,30	7,50/6,10
FF/DM	22/06	48/32	93/77

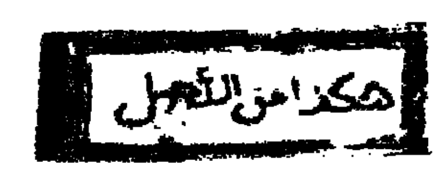
Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 11. 12.: Tagesgeld 5,5 Prozent; Monatsgeld 5,85–6,0 Prozent; Dreimonatsgeld 5,75–5,85 Prozent.

Privatdiskontsätze am 11. 12.: 10 bis 29 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent. **Diskontsatz** der Bundesbank am 11. 12.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Januar 1985 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1985/1 (Typ A) 5,00 (5,00) – 6,50 (5,73) – 7,00 (6,13) – 7,25 (6,38) – 7,50 (6,59) – 8,00 (6,77). Ausgabe 1985/2 (Typ B) 5,00 (5,00) – 6,50 (5,78) – 7,00 (6,16) – 7,25 (6,43) – 7,50 (6,65) – 8,00 (6,87) – 8,00 (7,03). **Finanzierungsschätze des Bundes** (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,25, 2 Jahre 6,15. **Bundesobligationen** (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 6,75, Kurs 99,70, Rendite 6,82.

هكذا من الأصل

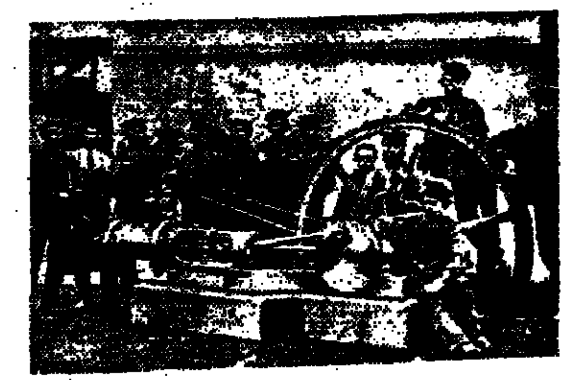


DIE

WIEGE

DER

INDUSTRIE.



Den Entwicklungsstand der Menschheit erkennt man am Entwicklungsstand ihrer Werkzeuge. Und dazu gehört seit mehr als zwei Jahrhunderten die Werkzeugmaschine. Sie war immer der ausschlaggebende Faktor für technischen Fortschritt.

Sogar bei der sogenannten ersten industriellen Revolution im 18. Jahrhundert. Als Auslöser dafür wird zwar allgemein die Dampfmaschine angesehen. Aber das stimmt nur zum Teil. Die geniale Erfindung von James Watt hat nämlich zunächst gar nicht funktioniert, weil genügend große Zylinder fehlten, die sehr genau gebohrt sein mußten. Das hieß damals: weniger als 1 cm Toleranz.

Dieses Problem löste John Wilkinson. Er schuf eine eigens dafür konstruierte Werkzeugmaschine. Und damit einen Meilenstein der Technik.

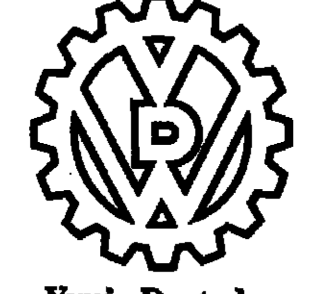
Denn jetzt gab es natürlich auch mit Dampfmaschinen angetriebene Werkzeugmaschinen, die schneller und effektiver arbeiten konnten.

Immer größer werdender Bedarf an Massenteilen, neue Energiequellen und neue Metalle führten zu rasanten Fortschritten in der Fertigungstechnik.

Auch in Deutschland. Bei der Weltausstellung in Brüssel 1910 errangen die deutschen Werkzeugmaschinen-Fabrikanten mehr „Große Preise" als alle anderen Staaten zusammen. Wir wurden zum führenden Land auf diesem Gebiet.

Und das sind wir noch heute. Die deutsche Werkzeugmaschinen-Industrie hat mit Abstand den größten Anteil am Weltexportmarkt dieser Branche. Ihre Leistungen sind nach wie vor in aller Welt geschätzt: Erstaunliche Innovationen, ständige Spezialisierung, höchste Präzision und Zuverlässigkeit. Denn die Anforderungen werden immer größer und die Toleranzen immer kleiner.

So sorgen wir dafür, daß auch die anspruchsvollsten Erfindungen von heute Wirklichkeit werden. Daß unsere Industrie Fortschritte macht. Und daß unsere Wirtschaft wächst und gedeiht.



Verein Deutscher Werkzeugmaschinenfabriken e.V. Frankfurt am Main.

Renten widerstandsfähiger

Die leichte Kursanhebung der US-Bonds am Wochenbeginn in New York in Verbindung mit dem etwas leichteren Dollar stoppten am Dienstag die Verkaufswelle bei den öffentlichen Anleihen, die am Vortag zuvor zu empfindlichen Kursverlusten geführt hatte. Diesmal schwankten hier die Kurse nur minimal, das Angebot hatte kein nennenswertes Gewicht. Bei den Pfandbriefen hielten sich die Abschläge ebenfalls in engen Grenzen, wobei hier zu berücksichtigen ist, daß die Renditen nicht so stark zurückgefallen waren, wie bei den öffentlichen Papieren.

Bundesanleihen

		11. 12.	10. 12.
F 6¼ Bund 79	1/85	100	100
8½ dgl. 73 I	3/85	100,55	100,55
7 dgl. 79	4/85	100,3	100,3
7¼ dgl. 79 II	6/85	100,55	100,55
7¾ dgl. 79 I	7/85	101	101
8 dgl. 76 IV	10/85	101,7	101,7
5¾ dgl. 78 II	3/86	99,45	99,5
5¾ dgl. 78	5/86	99,1	98,95
7¼ dgl. 78 I	12/86	102,2	102,2
8½ dgl. 79	1/87	100,1	100,8
7¼ dgl. 76 II	1/87	102,1G	102,1
6¾ dgl. 77	4/87	101,2	101,25
6½ dgl. 77	7/87	100,8	100,8
6 dgl. 77	10/87	99,5	99,5
6 dgl. 78 I	1/88	99,5	99,5
6½ dgl. 78 I	9/88	100,5	100,5
6½ dgl. 78 II	12/88	100,4bG	100,4
6¾ dgl. 79	1/89	100,7	100,75
7¼ dgl. 79 I	4/89	102,25G	102,25
10 dgl. 81	4/89	111,1	111,1
7½ dgl. 79 I	6/89	102,9	102,75
8 dgl. 79 I	7/89	104,65G	104,65
8 dgl. 79 II	8/89	104,65	104,65
7½ dgl. 79 II	9/89	103,1	103
7¾ dgl. 79 II	11/89	103,95bG	103,9
7¾ dgl. 80 I	1/90	103,9	103,9
10 dgl. 80	4/90	112,85	112,85
5¾ dgl. 78	5/90	96,7	96,7
8¼ dgl. 80 I	7/90	105,85	105,85
8¼ dgl. 80 II	11/90	105,9G	105,9
7¾ dgl. 82	11/90	103,95bG	103,95
9 dgl. 81	2/91	108,9bG	108,6
10¼ dgl. 81	7/91	115,2	115,1
10¾ dgl. 81	9/91	118,15bG	118
10 dgl. 81 II	12/91	114,75	114,6
9¾ dgl. 82 I	1/92	113,3	113,3
9¾ dgl. 82 II	3/92	113,45	113,5
6 dgl. 78 II	3/93	97	97,2
9,5 dgl. 82	4/92	112,6	112,5
9 dgl. 82	5/92	109,65	109,55
8½ dgl. 82	6/92	107,65	107,65G
9 dgl. 82	8/92	109	108,85
8¾ dgl. 82	9/92	108,9	108,9
7¾ dgl. 82	12/92	104,1	104,1
7½ dgl. 83	1/93	103	102,9
7½ dgl. 83 II	3/93	103,15	103,1
7½ dgl. 83 III	6/93	103	102,9
8¼ dgl. 83	6/93	106,7	106,7
8 dgl. 83	7/93	105,2	105,2
8¼ dgl. 83 II	8/93	106,7	106,7
8¼ dgl. 83 III	10/93	106,7	106,7
8¼ dgl. 83 IV	11/93	106,75	106,7
8¼ dgl. 83 V	12/93	106,65	106,1
8¼ dgl. 84	1/94	106,7	106,7
8¼ dgl. 84 II	2/94	106,65	106,65
8 dgl. 84	3/94	105,2	105,2
8¼ dgl. 84	6/94	106,7	106,6
8¼ dgl. 84 IV	7/94	107	107
8¼ dgl. 84 V	8/94	106,95	106,9
7½ dgl. 84	10/94	107,9	107,85
F 8 B Obl 80 S 2	2/85	100,25	100,25
8¼ dgl. 80 S 3	2/85	100,3G	100,3G
9¼ dgl. 80 S 4	3/85	100,6	100,6
8¾ dgl. 80 S 5	4/85	100,75	100,8
8¼ dgl. 80 S 6	5/85	100,8	100,85
8 dgl. 80 S 7	6/85	100,9	100,9
7½ dgl. 80 S 8	8/85	101	101
8½ dgl. 80 S 9	10/85	101,85	101,8
8¾ dgl. 80 S 10	1/86	102,9	102,96
9 dgl. 81 S 11	1/86	103,1	103,05
9¾ dgl. 81 S 12	3/86	104,35	104,35G
10 dgl. 81 S 13	3/86	104,6	104,53
9½ dgl. 81 S 14	4/86	104,35	104,35G
10 dgl. 81 S 15	4/86	104,95	104,95
10½ dgl. 81 S 16	6/86	106,2	106,2
11 dgl. 81 S 17	6/86	107,55	107,45
10½ dgl. 81 S 18	10/86	107,4	107,4
10 dgl. 81 S 19	10/86	106,6G	106,6G
9½ dgl. 81 S 20	11/86	106G	106G
10¼ dgl. 81 S 21	11/86	107,25	107,25
10 dgl. 81 S 22	11/86	106,75	106,8G
9½ dgl. 81 S 23	12/86	106,25	106,25
9¾ dgl. 82 S 24	1/87	106,6	106,6
9½ dgl. 82 S 25	3/87	106,45	106,4
9¼ dgl. 82 S 26	4/87	106,1	106,1
9 dgl. 82 S 27	4/87	105,55	105,5
8½ dgl. 82 S 28	5/87	104,55	104,56
9½ dgl. 82 S 29	7/87	107,1	107,1
9 dgl. 82 S 30	8/87	106	106
8¾ dgl. 82 S 31	9/87	105,65	105,8
8¼ dgl. 82 S 32	10/87	104,85	104,85
8 dgl. 82 S 33	11/87	104,15	104,2
7¾ dgl. 82 S 34	11/87	103,3	103,35
7½ dgl. 82 S 35	12/87	102,7	102,75
7¼ dgl. 83 S 36	1/88	102,05	102,2
6¾ dgl. 83 S 37	3/88	100,6	100,55bG
7 dgl. 83 S 38	5/88	101,3	101,3
7¼ dgl. 83 S 39	6/88	102,1G	102,1
7½ dgl. 83 S 40	6/88	102,85G	102,85
8 dgl. 83 S 41	6/88	104	104,05
8 dgl. 83 S 42	9/88	104,35	104,7
8 dgl. 83 S 43	12/88	104,6	104,6
8¼ dgl. 83 S 44	12/88	105,25	105,25
8 dgl. 84 S 45	3/89	104,1	104,1
7½ dgl. 84 S 46	4/89	102,15	102,15
7¾ dgl. 84 S 47	7/89	103,15	103,2
7¾ dgl. 84 S 48	9/89	103bG	102,35
7½ dgl. 84 S 49	10/89	102,15	102,05
7¼ dgl. 84 S 50	11/89	101,15	101,1

Bundesbahn

		11. 12.	10. 12.
6¼ Bdbahn 79	2/85	100,05	100,05
8½ dgl. 73	2/85	100,3	100,3
7 dgl. 77	2/87	101,65	101,55G
6 dgl. 77	9/87	99,4	99,4
6 dgl. 78 II	7/88	98,95	98,95
F 6½ dgl. 77	5/89	99,5	99,5G
8 dgl. 79 I	7/89	104,5	104,5
6 dgl. 78 I	2/90	97,5	97,8
8 dgl. 80 II	7/90	104,66	104,6
9 dgl. 81	3/91	108,95	108,95
10½ dgl. 81	9/91	116,8	116,7G
10¾ dgl. 81	11/1	116	115,9G
8 dgl. 80 I	2/92	104,95	104,95
10 dgl. 82	2/92	115,3	115,4
9½ dgl. 82	7/92	112,75	112,8
8 dgl. 82	11/92	104,8	104,8
7¾ dgl. 83	1/93	103,7	103,7G
8¾ dgl. 83	10/93	106,75	106,75
8¾ dgl. 84	6/94	106,9	106,9
7¾ dgl. 84	10/94	102,2bG	101,15

Bundespost

		11. 12.	10. 12.
F 6½ Bdpost 85	6/88	99,8	99,6
8 dgl. 72 I	9/87	103,5	103,5
10 dgl. 81	3/89	111	111
10¼ dgl. 81	6/89	112,5	112,5
8 dgl. 80	3/90	104,65	104,75
7¾ dgl. 80	9/90	103,9	103,85
8¾ dgl. 80	12/90	108,1	108,1G
10½ dgl. 81	10/91	117,1bG	117,05
9¾ dgl. 82	2/92	113,6	113,5
8¾ dgl. 82	6/92	108,6	108,5
8½ dgl. 82	10/92	107,85G	107,85G
7¾ dgl. 83	2/93	104	103,95
8½ dgl. 83	8/93	108,2	108,3
8¾ dgl. 84	2/94	108,75	108,8
8 dgl. 84	9/94	105,55	105,55

Länder – Städte

		11. 12.	10. 12.
S 6½ Bd.-Wttbg. 78	86	100	100
8¼ dgl. 82	92	105,5	105,5
M 7 Bayern 66	86	101G	101bG
6½ dgl. 67	87	102,75bG	102,75G
6 dgl. 68	85	100G	100G
6 dgl. 78	88	98,05bG	98,2bG
8¾ dgl. 80	90	107,4bG	107,25G
8¾ dgl. 82	92	107,8bG	107,8bG
7½ dgl. 83	93	101,35bG	101,2bG
8 dgl. 84	94	104bG	104,25bG
B 8½ Berlin 70	85	101,6	101,6
8 dgl. 72	85	100,9	100,9
7 dgl. 77	85	100,1	100,1
6½ dgl. 78	88	100bG	100bG
8¾ dgl. 80	88	105,75	105,75
Br 7¾ Bremen 71	87	102G	102G
8 dgl. 72	87	102,75G	102,75bG
7½ dgl. 83	93	101,25G	101,25G
H 8½ Hamburg 70	85	101,8	101,8
6½ dgl. 77	92	99,5	99,5
8 dgl. 80	92	104,25	104,25G
9¾ dgl. 82	92	113,5	113,5
7½ dgl. 83	92	102G	102
8½ dgl. 84	94	106,25	106,25G
F 8 Hessen 71	86	101,6	101,6
6¼ dgl. 78	88	98,6	98,6
Hn 8½ Nieders. 70	85	102G	102bG
7½ dgl. 72	87	102,1bG	102,1bG
8 dgl. 72	87	102bG	102,25G
7½ dgl. 79	87	102,4bG	102,4bG
7¾ dgl. 82	92	102,7bG	102,5bG
8 dgl. 83	93	103,6G	103,6bG
8 dgl. 84	94	104,05bG	104,05bG
7¾ dgl. 84	94	102bG	102G
D 7½ NRW 83	93	101,35bG	101,35
7¾ dgl. 83	93	102,9	102,9
9½ dgl. 83	93	107,55G	107,4
8¼ dgl. 83	93	105,85bG	105,85
8¾ dgl. 84	92	105,4bG	105,4
F 8 Rhld.-Pf. 71	84	101,8	101,8
F 8½ Saar 70	85	102,1G	102,1G
7 dgl. 72	87	100,6G	100,6G
6 dgl. 78	88	98	98
H 7¼ Schl.-H. 72	87	101,25G	101,25G
8½ dgl. 73	85	100,3	100,3
8 dgl. 84	94	103,75	103,75
D 7 Essen 72	85	100G	100G
S 7½ Stuttgart 71	86	101,5G	101,5G
7¾ dgl. 72	87	101,75G	101,75G
8 dgl. 83	93	104	104

Bankschuldverschreib.

	11. 12.	10. 12.
F 6 Allg. Hypo. Pf 1	86	86
6½ dgl. Pf 5	91,5G	91,5G
7 dgl. Pf 2	100,1G	100,1G
F 7½ Bakola Pf 104	100,7G	100,7G
9 dgl. Pf 106	107G	107G
10 dgl. Pf 108	111,35G	111,35G
7 dgl. KS 132	100G	100G
8 dgl. KS 155	103,4G	103,4G
9 dgl. KS 169	102,7G	102,7G
M 5½ Bayer.Hyba Pf 14	97,25G	97,25G
6 dgl. Pf 20	85G	85G
6¼ dgl. Pf. 2	100,5G	100,5G
7 dgl. Pf 3	100,5G	100,5G
8½ dgl. KS 14	100,5G	100,5G
7½ dgl. KS 27	102,75G	102,75G
M 5 Bayer. Hypo Pf 33	124G	124bG
5½ dgl. Pf 11	129G	129G
6 dgl. Pf 34	82,75G	82,75G
6 dgl. KO Pf 50	100G	100G
6½ dgl. Pf 10	88bG	88G
6 dgl. KS 1	99,9G	99,9G
M 6 Lda. Aufb. IS 15	99,5bG	99,5bG
6 dgl. IS 16	99,25G	99,25G
6 dgl. IS 17	98,75bG	98,75G
8½ dgl. KO 49	101,7G	101,7G
8½ dgl. KO 48	101,4G	101,4G
M 7½ Bay.Lbkgz. Pf 103	101,75G	101,75G
9½ dgl. IS 726	100,3bG	100,4bG
M 5 Bayer. Verbk. Pf 11	121G	121G
6 dgl. Pf 4	95,75G	95,75G
6½ dgl. Pf 3	92,5G	92,5G
8½ dgl. Pf 12	92G	92G
M 7 dgl. Pf 20	100G	100G
B 5 Berl. Pfandb. Pf 7	102,5G	102,5G
7 dgl. Pf 31	101G	101G
6 dgl. Pf 34	97,5	97,5G
6½ dgl. Pf 37	99G	99G
8 dgl. Pf 51	100,15G	100,15G
Hn 5 BrHann. Hypo. Pf 1	118G	118G
7 dgl. Pf 80	95,75G	95,75G
7½ dgl. Pf 87	102G	102G
6 dgl. KS 29	87,25G	87,25G
7 dgl. KS 30	101,3G	101,3G
D 5 Dt.Centbod. Pf 44	119,5G	119,5G
5 dgl. Pf 54	116G	116G
6 dgl. Pf 109	84G	84bG
6½ dgl. Pf 123	93G	93G
6½ dgl. Pf 141	92,5G	92,5G
7 dgl. Pf 143	97,5G	97,5G
7 dgl. KO 113	100,5G	100,5G
9 dgl. KO 217	100,25G	100,25G
9 dgl. KO 215	100,1G	100,1G
9¾ dgl. KO 218	–	–
H 5½ DG-Hypobk. Pf 21	118,5G	118,5G
5½ dgl. Pf 50	78,5G	78,5G
9 dgl. KS 139	103,5G	103,5G
F 8 Dt.Gen.bk. Pf 216	101,3G	101,3G
9 dgl. Pf 239	105,1G	105,1G
H 5½ DG-Hypobk. KS 9	110G	110G
7 dgl. KS 35	101,3G	101,3G
F 5¾ Dt.Gen.bk. IS 70	96,85G	96,85G
6¼ dgl. IS 73	99,7G	99,7G
6¾ dgl. IS 80	100G	100G
F 8 Dgz.Dt.Komm.KO55-4	89G	89G
6 dgl. KO 46	85G	85G
7 dgl. KO 97	100G	100G
7½ dgl. KO 185	102G	102G
9 dgl. KO 129	100,8G	100,8G
Hn 6 Dt. Hyp. Hann. Pf 91	83G	83G
7 dgl. KS 101	100,9G	100,9G
10 dgl. KS 134	100G	100G
8¾ dgl. KS 140	100,4G	100,4G
Br 5 Dt.Hyp.F-BR Pf 41	101,75	101,75
4 dgl. Pf 57	99G	99G
5 dgl. Pf 67	70G	70G
7 dgl. Pf 123	97,15G	97,15G
Br 5½ Dt.Hyp.F-BF KS 74	81G	81G
8 dgl. KS 88	83G	83G
6¾ dgl. KS 259	96,55G	96,55G
F 5 Dt. Pfandbr. Pf 82	78,5G	78,5G
5½ dgl. Pf 59	85,5G	85,5G
6 dgl. Pf 162	84,5G	84,5G
B 9 Dt.Pf.Wt. Brf. 482	108,75G	108,75G
Br 5½ Dt. Schiffbk. Pf 62	88,9G	88,9G
6½ dgl. Pf 65	100,1G	99,75
6¼ dgl. Pf 60	100,15G	99,75G
6¾ dgl. Pf 74	99,95G	100,1G
6¾ dgl. Pf 76	100G	99,85G
Br 6½ dgl. Pf 77	98,65G	98,4G
6 dgl. Pf 42	99,95G	99,95G
8½ dgl. Pf 47	101,85G	101,85G
F 5 Fh. Hypobk. Pf 66	75,55T	75,55T
5½ dgl. Pf 53	82G	82G
6 dgl. Pf 79	83,2G	83,2G
6 dgl. Pf 130	97,35G	97,35G
6½ dgl. Pf 133	92,4G	92,4G
H 5 Hbg. Lbk. Pf 2	99,95G	99,95G
6 dgl. 14	95,7G	95,7G
6 dgl. 47	86G	86G
F 5 Helaba Pf 8	116,5G	116,5G
6 dgl. Pf 80	98,7G	98,7
8 dgl. Pf 73	102,75G	102,75G
4 dgl. KO 5	105,5G	105,5G
H 6 Hyp.i Hbg. Pf 96	88,25	88,25G
6½ dgl. Pf 80	95,55G	95,55G
8 dgl. KO 175	102,05G	102,05
9 dgl. KO 259	103,05G	103,05
F 5 Lbk. Rhpfalz Pf 4	118G	118G
5 dgl. Pf 12	73,75G	73,75G
7 dgl. Pf 25	99,25G	99,25
10 dgl. Pf 40	100G	100G
6 dgl. KO 30	99,95G	99,95G
9¾ dgl. K 84	100G	100G
F 5½ Lbk. Saar Pf 11	92,5G	92,5G
7 dgl. Pf 12	98G	98G
4½ dgl. KO 6	100	100
8½ dgl. KO 81	104,4G	104,4G
S 8½ LKbK Badw. Pf 8	102,9G	102,9G
6 dgl. Pf 28	95G	95G
6 dgl. Pf 49	91,25G	91,25G
8¼ dgl. KS 8	102,5G	102,5G
H 6 Lbk.S-Holst.Pf 89	87G	87G
7 dgl. Pf 97	97	97
10 dgl. Pf 33	100G	100G
6½ dgl. KS 78	100G	100G
10 dgl. IS 95	106,75G	106,75G
11½ dgl. IS 96	110,75	110,75
M 6½ Münch.Hypo.Pf 100	90,5G	90,5G
H 4½ NordHyp.WBK Pf 24	105	105
6½ dgl. Pf 42	100,5G	100,5G
Hn 7 Nord. Lbk. Pf 1	99,75G	99,75G
7½ dgl. Pf 4	91,5G	91,5G
Hn 8 dgl. Pf 10	100,6G	100,6G
9 dgl. KO 53	101,1G	101,1G
7½ dgl. IS 6	102G	102G
10 dgl. IS 37	100,3G	100,3G
F 5 Pfalz Hypo. Pf 48	115G	115G
6 dgl. Pf 58	90G	90G
6 dgl. Pf 95	83G	83G
7 dgl. Pf 114	100G	100G
D 5 RW Bodencr. Pf C	126G	126G
5½ dgl. K	109,5G	109,5G
4 dgl. Pf 18	104G	104G
6 dgl. Pf 28	98,5G	98,5G
6½ dgl. Pf 67	88G	88G
5½ dgl. KO J+E	125G	125G
7½ dgl. KO 77	100G	100G
S 5 Rhhyp. Mannh. Pf 58	108G	108G
5½ dgl. Pf 109	77,5G	77,5G
7 dgl. Pf 125	101,5G	101,5G
7 dgl. Pf 128	97G	97G
8 dgl. Pf 177	103G	103G
6 dgl. KS 77	88G	88G
8½ dgl. KS 110	102G	102G
Br 5 St. Kr. Ol-Br Pf 17	124G	124G
5½ dgl. Pf 24	107,75G	107,75G
5 dgl. Pf 36	92,75G	92,75G
5½ dgl. Pf 43	89,35	89,55
6 dgl. Pf 56	85G	85G
7 dgl. Pf 61	94,5G	94,5G
8 dgl. Pf 70	102,5G	102,5G
9 dgl. Pf 68	100,8G	100,8G
H 6 Schiffshyp. Pf 23	99,75G	99,75G
7½ dgl. Pf 45	101,1G	101,1G
M 6 Südboden Pf 41	94,5G	94,5G
5½ dgl. Pf 57	82G	82G
6½ dgl. Pf 143	100G	100G
7 dgl. Pf 87	99G	99G
7½ dgl. Pf 104	101G	100,5G
7 dgl. KS 49	98G	98G
7½ dgl. KS 81	101,25G	101,25G
8 dgl. KS 133	103G	103G
8½ dgl. KS 132	100,25bG	100,25G
9 dgl. KS 165	105G	105G
9½ dgl. KS 171	107,5G	107,5G
M 5 Verbank Nbg. Pf 55	117,5G	117,5G
6 dgl. Pf 95	83G	83G
7 dgl. Pf 100	100,65G	100,65bG
D 8 WestLB Pf 350	100,85G	100,85G
6¾ dgl. Pf 403	100,75G	100,75G
9½ dgl. Pf 1007	110,25G	110,25G
8 dgl. Pf 1015	103,5G	103,5G
7 dgl. KO 556	100,15bG	100,15G
6¼ dgl. KS 420	109,75bG	109,75bG
9¼ dgl. KO 1301	109,75G	109,75G
8½ dgl. KS 1278	100,95G	100,95G
8 dgl. IS 1512	103,95G	103,95G
9¼ dgl. IS 1520	100,8G	100,8G
6½ dgl. IS 679	99,15bG	99,15G
D 4 Westf. Land. Pf 4	100G	100G
6 dgl. Pf 16	98G	98G
6½ dgl. Pf 19	88,5G	88,5G
7 dgl. Pf 20	94G	94G
D 8¼ Westf.Hypo. Pf 550	100,9G	100,9G
9¼ dgl. Pf 584	103,4G	103,4G
9¾ dgl. KS 294	101G	101G
9½ dgl. KS 324	106,1G	106,1G
S 6 Wür. Hypo. Pf 84	81,5G	81,5G
7 dgl. KS 58	100,7G	100,7G
S 6½ Wür. KoLa Pf 1	93,95G	93,95G

Sonderinstitute

	11. 12.	10. 12.
D 6 DSLB Pf 28	90G	90G
6 dgl. Pf 47	88G	86G
7 dgl. Pf 63	95,5G	95,5G
7½ dgl. Pf 99	100,5G	100,5G
8 dgl. Pf 104	105G	105G
8 dgl. Pf 165	104G	104G
5½ dgl. RS 45	99,25G	99,25bG
6 dgl. RS 73	99,5G	99,5G
8 dgl. RS 120	103G	103G
8½ dgl. RS 153	102,5G	102,5G
7 dgl. RS 162	100,5G	100,5G
9½ dgl. RS 172	104,25bG	104,25bG
9 dgl. RS 186	108,75G	108,75G
10 dgl. RS 193	104,75G	104,75G
11¼ dgl. RS 195	107G	107G
F 7½ KfW 70	100,3G	100,3G
8 dgl. 70	102,05	102,05
7¼ dgl. 79	101,55	101,7
7¼ dgl. 84	100,4G	100,4
8 dgl. 84	103,5	103,5
F 10 Kredit 81	112,8	112,8
F 8½ Kred.Wied.aufb. 82	107	107
7½ dgl. 83	101,8	101,8
8¼ dgl. 83	104,8	104,8
7½ dgl. 84 I	102,2G	102,2G
7½ dgl. 84 II	101,95T	101,95G
F 6 Lan.Rentbk. RS 14	98,7G	98,7G
6 dgl. RS 15	99,75G	99,75
6 dgl. RS 16	99,7	99,7G
6 dgl. RS 19	99,5G	99,5G
6 dgl. RS 21	100G	100G
6 dgl. RS 26	99,95G	99,95G
F 7½ dgl. RS 27	101,5G	101,5G
6½ dgl. RS 60	99,75G	99,75G
7 dgl. 94	100,6G	100,6G
7 dgl. 99	100,2	100,2G
8 dgl. 101	104G	104G
7½ dgl. 102	101,25G	101,25G
9½ dgl. 126	106,15G	106,15G
D 6 LAG TS 76	101,7	101,7
6½ dgl. TS 77	100,4	100,3G
5½ dgl. 78	97,35	97,4
7 dgl. 79	101,25	101,3

Industrieanleihen

	11. 12.	10. 12.
F 6 Badenwerk 78	97,3	97,25
F 8 Chem. Hüls 71	101bB	100,9G
7¾ Conti. Gum. 71	100,8bG	100,8T
5¾ HEW 62	98G	98
7½ dgl. 71	100,05	100G
4½ Harpen 59	2050bG	2050G
7½ Hoesch 71	–Zbg	100,25
7¼ Karstadt 71	100,5G	100,5G
7½ Kaufhof 71	100,25G	100,25G
7¾ dgl. 71	100,5	100,5T
7½ dgl. 76	101,25	101,25
7½ Klöckner W. 71	100,3	100,25G
8 dgl. 72	101	100,7
6 NWK 61	99,25G	99,25G
6 dgl. 62	98,25G	98,25G
6 ObDon. Krwk. 64	97,5bG	97,3G
F 6 Rh.Braw. 63	97,4G	97,4G
6 dgl. 65	97,25G	97,25
6 RWE 63	98,25bG	98,25T
6 dgl. 65	97,25T	97,25
7¾ dgl. 71	100,85T	100,75
7 dgl. 72	99,9	99,8exB
6 Rh.-M.-Don. 62	99,4G	99,4G
6½ dgl. 68	101,8G	101,8G
8 Schleswag 71	100,9G	100,9G
7½ Thyssen 71	100,25G	100,25G
8 dgl. 72	101,25T	101
7¼ dgl. 77	99,75G	99,75bG
8 VEW 71	101bG	101bG
6¾ dgl. 77	99bG	99bG
7 VW 72	100	100,25

Optionsscheine

	11. 12.	10. 12.
F 11 BASF Over Zee 82	66,4	66
7¼ Bayer Fin. 79	74	73
10½ Bayer Fin. 82	84	84,1
7½ BHF Bk. Int. 83	110,8	112
6¾ Ciba-Geigy 75	1320	1330
3¼ Commerzbk. 78	43,6	44
Commerzbk. 84	63,9	64
7 Combk. Int. Lux. 83	51,6	52,6
Combk. Int. Lux. 84	63,6	64
4½ Dt. Bk. Comp. 77	140	139
3½ Dt. Bk. Int. 83	140	138,8
8¼ Degussa 83	147,5	148
4 Dresdner Bk. Int. 83	54	54,5
4 dgl. 83 II	61,5	59,8
10 Hoechst 75	380	360
6¾ dgl. 79	76,1	75,5
3 Hoechst 83	90	89,4
Itoh Fuel 84	329	320G
7½ Jap.Syn.Rubber 82	2210	2210
5¾ Jusco 83	3205G	3205bG
Kansai Paint 84	410	406
Kaufhof 84	54	54,1
Mitsubishi 84	648	665
Mitsui 82	179	175bG
Nippon Fluor 84	720T	740
Rhythm W	1550G	1550G
7¾ Siemens 83	224,5	222
6,875 Schering 83	144,5	142
Tsumura „A 84	178bG	186G
dgl. „B 84	190	200G
4 Veba 83	52,2	51,5
6½ Wella F. 73	480	470
F 8½ BASF 74	78,5	77,9
Bayer 84	76,7	76,1
5 Conti 84	50,5	52
Stumpf 78	81,5bG	82,5bG

Optionsanleihen

	11. 12.	10. 12.
F 7½ BHF Bk.Int.83 mO	111,5T	111,5T
7½ dgl. 83 oO	80,75	81
3½ ComBk. Int. 78 mO DM	115T	115T
F 3½ dgl. 78 oO DM	94bB	93,5
4½ C F Dt. Bk. 77 mO $	129,1G	129,1G
4½ dgl. 77 oO $	86,8	86,8
3¾ Dt. Bk. 83 mO	131	132
3¾ dgl. 83 oO	88,6	88,6
6¾ Dt. Bk. 83 mO	109G	109bG
6¾ dgl. 83 oO	76,75	76,25
4 Dresd. Bk. 83 mO	112	112,5
4 dgl. oO	91,25	91,1
3½ Itoh Fuel 84 mO	98G	98
3½ dgl. 84 oO	89,5G	89,5
7½ Jap. Synth. 82	200G	200G
7½ dgl. 82 oO	101,5G	101,5
5¾ Jusco 83 mO	143G	143
5¾ dgl. 83 oO	96,3G	96,3
F 3½ Kansai Paint 84 mO	96G	96
3½ dgl. 84 oO	89,35	89,25
3½ Mitsubishi 84 mO	103,25bG	103,5bG
3½ dgl. 84 oO	90,25	90,4
3½ Nippon Fluor 84 mO	102,75G	102,75
3½ dgl. 84 oO	89,6G	89,6G
5¾ Rhythm Watch 84 mO	135G	135G
5¾ dgl. 84 oO	96	95,5
3¾ Tsumura Juntendo 84 mO	96,25bG	96,25bG
3¾ dgl. 84 oO	89	89
4 Veba 84 mO	125,5	125
4 Veba 84 oO	84,1	84,35bG
F 6½ Wella F 73 mO DM	145G	145G
6½ dgl. 73 oO DM	99,5G	100
F 8½ BASF 74 mO	152,5	152,5
8½ BASF 74 oO	101,9G	101,9
3½ Bayer 84 mO	135,5	135
3¼ Bayer 84 oO	81,5G	81,6
5 Conti 84 mO	139	139
5 Conti 84 oO	88,1	87,75
M 3½ Stumpf 88 mO	172G	172G
M 3½ Stumpf oO	92,5G	92,5G

Währungsanleihen

	11. 12.	10. 12.
6¾ Kopenhagen 72	98	98

Wandelanleihen

	11. 12.	10. 12.
H 8 Beiersdorf 82	–	192
4 Deutsche Bank 84	131,35	131,25
6½ KSB 83	129,5G	130G
F 6 Pfaff 84	124G	124

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

	11. 12.	10. 12.
D 8¾ Aeroport 82	104,25bG	104,75
7¾ B.N.D. 79	97,25	97,35
7¾ Bayer Cap. 82	103,60bG	103,75
8½ Caisse N.T. 70	101,20T	101,20G
7¾ CFE 77	99,10bG	99,90
6¾ CFE 78	96,20	99,75
8½ Cons. Cred. 70	101,75G	101,75
6½ Cred. Nat. 79	98,75G	98,75G
6¾ Dänemark 72	99,75	100,00
9¾ Dänemark 74	–Zbg.	–Zbg.
7¾ Dänemark 77	101,25G	101,50
8 Dänemark 78	97,35bG	97,50
5¾ Dänemark 79	99,90bG	99,90G
6½ Dänemark 79	98,00	98,10
7¾ Dänemark 80	101,25	101bG
8¼ Dänemark 80	103,30	102,85
10 Dänemark 82	108,00	107,25bG
10¾ Dänemark 82	110,25T	110,75bB
7¾ Dänemark 83	102,25bG	102,50
8 Dänemark 83	103,50T	103,50
7¾ Dänemark 84	101,75bG	101,50G
7¾ Dänemark 84	101,50	101,30G
6¾ DenNorsk. 77	99,75bB	99,50G
6 DenNorsk. 78	97,50	97,70bB
8½ ENEL 82	106,00T	106,00
7¾ Fuji Int. 84	102,55	102,75bB
10¾ GZ Wien 81	114,50G	114,75
7 H.-Bk. Dän. 73	99,30bG	99,50G
8½ H.-Bk. Dän. 80	103,75bG	103,50bG
10½ H.-B. Dän. 81	114,50G	114,00T
8½ H.-Bk. Dän. 83	105,75G	106,1G
8 Imatran. 72	101,00G	101,05bG
7¾ ISCOR 71	100,10bG	100,00G
7 ISCOR 72	99,00G	99,00G
7 ISCOR 73	98,85	98,85bG
8½ ISCOR 73	101bG	101,25
9 ISCOR 83	103,75G	104,20bB
7¾ Island 77	100,75G	100,75G
9¾ Island 82	105,75T	107,25
6¾ Light-S. 78	96,50	96,80
8¼ Light-S. 80	98,75	98,70
7¾ Manitoba 83	103bB	102,60
6¾ Manit. Hyd. 72	100,00bG	100,00T
7 Metrop. 73	99,50T	99,40
8 Nat. West. 73	103,80G	103,80bG
11 Nat. West. 81	116,50G	117,00
9¾ Nat. West. 82	111,50	111,00
7¾ Nipp. Cred. 83	100,00	99,90G
7¾ Norges H. 77	100,00G	100TG
6 Norges H. 77	97,50G	97,30
8½ Norges K. 70	101,50G	101,50G
7 Norges K. 77	102,00	101,50G
6 Norges K. 77 I	99,25G	99,50
6 Norges K. 77 II	97,80	97,85
5 Norges K. 78	97,50bG	97,50G
6¼ Norges K. 79	99,30bG	99,35G
7¾ Norges K. 79	103,80bG	103,50G
8¼ Norges K. 79	104,5bG	104,05G
7¾ N. Scotia 71	103,00T	103bG
7 N. S. Pow. 72	100,95	100,75
6¾ Occid. Fin. 78	96,95	96,85
7 Petrobras 78	94,25	95,00
8 Petrobras 79	97,30	96,30
6¾ Pyhrn Autob. 77	99,00	98,00T
8½ Queensl. A. 70	101,75T	102,00
7 RENFE 79	99,60bG	99,95
10 RENFE 82	113,00T	112,50
8¾ RENFE 83	103,25	103,00G
8¾ Stockh. G. 75	101,25G	101,60
7¾ Sorado F. 82	102,75	102,75bG
7½ Sun Int. 73	102bG	102bG
7¾ Svenska C. 73	99,90G	99,80
10¾ Svensk E. 81	109,25G	109,25
9½ Svensk Ex. 82	105,00	105,00G
5½ Tauernaut. 78	92,55	92,50bG
9¾ Tauernaut. 82	115,00	115T
6½ Tokyo El. 79	100,05bG	100,5TG
6 TVO-Kraftw. 78	97,25bG	97,25G

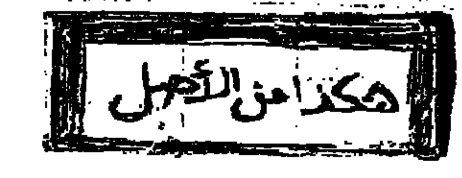
Wandelanleihen

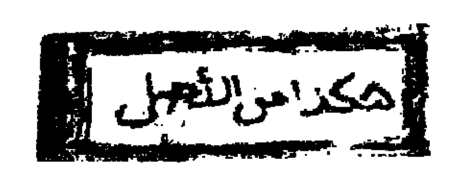
	11. 12.	10. 12.
F 4¾ AKZO 69	86G	86G
F 5 Asics Corp. 83	101,25	101G
F 3½ All Nippon 78	108,5	108,75
F 3½ Asahi Opt. 78	122	122,5G
F 4¾ Canon Inc. 77	470G	479G
F 3½ Cas. Comp. 78	362G	362G
F 5¾ Daiei Inc. 80	131bG	131bG
F 3 Daikin Ind. 84	105,25	106,25bG
F 4¼ Fujitsu Ltd. 78	780G	779G
F 5¼ Hoogovens 68	89G	89G
F 3½ Izumiya Co 78	125G	125,5
F 3½ Jusco Co. 78	105	105,5
F 4 Kawashima Tex. 84	105bG	105,5bG
F 6 Komatsu 76	148G	148G
F 6 Konishiroku Pho. 81	122	122,75
F 6¾ dgl. 82	115T	115G
F 3½ [illegible] 78	106T	106T
F 7½ Kraft Inc. 70	167G	167
F 3½ Marudai F 78	100G	100
F 6 Michelin Int. 70	95,5G	95,5G
F 5¾ Minolta 77	211G	209G
F 4 dgl. 79	181,25G	180,25G
F 6,75 Mitsub. H 81	157bG	157bG
F 6 dgl. 81	114	114
F 6 Nichii Co Ltd 80	144G	144G
F 3¾ Nippon Sh. 78	145G	147G
F 3½ Nissan Mot. 78	97,5G	97,5G
F 4 Nisshin Steel 78	183G	183G
F 3½ Olympus 78	285G	283G
F 3¾ Omron Tat. 79	445G	440G
F 4¾ Orient Fin 79	250G	256G
F 3½ Ricoh Comp. 78	222G	222G
F 6¾ Rothm. Int. 72	111,5G	112
F 3¾ Sanden Corp. 78	124	123T
F 6¾ Seiden 78	145	146
F 3½ Stanley 78	177	179T
F 6 Taiyo Yuden 82	130G	128G
F 5 Texaco Int. 66	98,4	98,5G
F 3½ Tok. Elec. 78	435T	425T
F 4 Tokyo Land 79	186G	187G
F 3½ Trio Kenw. 78	101G	101G
F 6½ Uny Ltd. 79	240,3	240T

Anmerkungen: • Zinsen steuerfrei; Pf = Pfandbriefe, KO = Kommunalobligationen, KS = Kommunalschuldverschreibungen, IS = Inhaberschuldverschreibungen, RS = Rentenschuldverschreibungen, S = Schuldverschreibungen (Kurse ohne Gewähr); B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, M = München, S = Stuttgart. Kursive Positionen = Ausländischer Emittent

Ausländische Aktien in DM

	11. 12.	10. 12.
F L'Air Liquide	180G	180G
D Akzo	83,1	83,1
F Alcan	82,1	81,9
F Alcoa	110,5	108
F Alg. Bk.Nedld.	306	303,5
F All Nippon Air	5,08	5,1T
F Allied Corp.	109	109
M ALPS El.	24,6	24,6
F Amax	52,1	52,1
F Am. Cyanamid	140G	137G
F Ameritech	230,5	231,5
D American Expr.	108bG	108
D Am Motors	18,4	18,85
F Am. T & T	57	57,5
F Amro Bank	55,5	58
F Anglo Am. Corp.	39,1	39,1
M Anglo Am. Gold	27,5G	27,6
F Arbed	80G	80G
D Armco	28,5	28,8
F Asahi Chem.	7,5	7,5
M Atl. Richfield	138,8bG	139,4
H Atlas Copco	37,5	37G
M Avco	64	65,8
D Baker Int.	51G	50
F Bell Canada	23,85	23,75
F Banco de Bilbao	27,2	28,5
F Banco Central	27	26,5
F Banco Hisp. Americ.	15,5	–
F Banco de Santander	22	21,7
F Banco de Vizcaya	36,1	35,7
F Barlow Rand	19,8	19,6
M Baxter Trav. Lab.	38,8bG	38,5
D Beatrice Foods	80G	90exD
F Bell Atlantic	242G	242,5
D Bell Canada	81G	82exD
F Bell South	98,3	99G
D Bethlehem Steel	46,5	44,8
F Black & Decker	65,9G	65,5
F Boeing	182	182
M Bougainville Copper	4,3	4,3
F Bowater	7	6,8
D BP	18,2	18,2
M Broken Hill	26,4	26
F Bull	10,3bB	10G
F Cdn. Pacific	111G	112
F Canon	18,4	18,5
F Casio Comp.	19,5	19,8G
F Caterpillar	94	93,1
D Ch. Manhattan	136	135,5
F Chrysler	87,8exD	88,5
M Citicorp.	111	110,4
F City Investing	115	115
F Coca-Cola	188G	187
D Colgate	75G	75,5G
M Commodore Int.	59,2	64,3
M Comm. Satellite	80	80,5
F Cons. Gold F.	18,4	18,3
F Control Data	107,5	106exD
H Courtaulds	4,48	4,98
M CRA	12,65	12,65
M CSR	7,45	7,4bG
F Daiei	7,6G	7,6G
F Dart & Kraft	260	259,5
M De Beers Cons.	14	14
F Deere Comp.	88	87,5
F Delta Air Lines	118,5	117
F Diam. Shamrock	56	56
M Digital Equipm.	316	312,4
M Disney Prod.	176,3	178,8
H Distillers	10,25G	10,25G
M Dome Petroleum	5,6	5,8
D Dow Chemical	85G	84,5
D Dresser	61,4bG	61
M Driefontein Cons.	85	85G
D DuPont	144	143,5G
H Dunlop	1,1G	
D Eastern Air Lines	12,9	12,7
F Eastman Kodak	214,5	212
F Eaton	152T	152G
F Elf Aquitaine	72,5	71,5
F Emhart	90G	90G
D Ericsson	93T	93T
D Exxon	136	134,9
F Farmitalia Carlo Erba		
D Fiat St.	3,15	3,1bB
D dgl. Vz.	2,7bG	2,7G
F Finsider	–	–
D Fisons	10G	10,5G
M Fluor	47,2	46,9
D Ford	131G	130,5
F Fujitsu	16,7	16,5
F General Electric	167,5	167
F General Foods	168G	167G
F General Mining	41,5	42,8
D General Motors	228	227
D Gen. Shopping	395T	395G
D Gevaert	174T	175T
F Goodyear	75	75
H Grace	122	123,5
F Greyhound	68G	67G
D GKN	8,5T	–
F Gulf Canada	37,5	37
D Halliburton	88	85,5
F HCA Hospital	121G	119G
M Hewlett Packard	103,1	102,7
D Highveld Steel	6,7T	6,7T
D dgl. o.D.	6,7T	6,7T
F Hitachi	1040	1060
M Holiday Inns	123	124,2
F Homestake	72	73
M Hongk. & Shanghai Bank.	2,8	2,8G
D Hoogovens	54,5	54,5G
D Hughes Tool	39,8	40,9
F IBM	365	360
F ICI	24,5	24,4T
M Impala Plat. Hold.	37bG	37,4
M Imperial Oil	102,6	100,8
M Intern. Harvester	22bGex	22,4
F Inco	33	32,5
F Int. T & T	93,2	98
D Istituto Fin. Ind.	7,5G	7,5G
F Italcementi	102G	102G
F Izumiya	11G	11G
F Japan Line	1,35bB	1,35T
D Jusco	8B	8B
F Kawasaki Kisen	1,6T	1,6
F Kawasaki Steel	1,9	1,85bB
M Kloof Gold Min.	123bG	123bG
F Komatsu	5,2	5,2
D KLM	37,5G	37,1
F Konishiroku Photo	7G	7G
F Kubota	3,9G	3,9G
D Lafarge	118G	119T
D Litton Ind.	195G	196G
F Lone Star	74G	74G
D LTV	28,8	28,4
M M.I.M. Hold.	6,5	6,5
F Magneti Marelli	–	–
D Marubeni	3,7G	3,7G
F Marudai Food	6,8G	6,8G
D Matsushita El.	17,05	17,05
M McDonald's	158B	158B
M Merrill Lynch	83,7	82,5bG
F McDonnell D.	206	206,2
M Minerals & Res.	22,3	22,6
D Minnesota M.	240T	239G
D Minolta Camera	6,9G	6,9G
F Mitsubishi Chem.	3,85	4G
F Mitsubishi El.	4,85	4,9
F Mitsui Bk.	12,5	11,5T
F Mitsui & Co.	4G	4G
F Mitsui Engin.	1,7G	1,7G
F Mitsui O. S. K.	2	2,05G
F Mitsumi El.	13,2	13,15
H Mobil Corp.	85	85
F Monsanto	128	125,1
F Montedison	2,1	2,05
F Murata	32,5	32,5G
M Nat. Semicond.	36,4bG	35,9
D Nat. Westminster	21T	20,8G
F NEC Corp.	15	15
F Nestlé	6550	6500
D Nikko Sec.	6,9G	6,9
F Nippon Kokan	1,65	1,65
F Nippon Shinpan	6,7G	6,7G
F Nippon Yusen	2,7G	2,7G
F Nissan Motor	7,45T	7,3G
F Nisshin Steel	2	2G
F Nissho - Iwai	3,15T	3,15T
D NL Industries	33,5G	33,5G
F Norsk Hydro	37,5	37
F Novo Ind.	394	391
F Nynex	231	229
H Occ. Petroleum	88,5	88,8
F Océ v. d. Grint	241G	240G
F Olivetti St.	9,5bG	9,55
F Olivetti Vz.	8	8
F Olympus Optical	13,5G	13,5G
H v. Ommeren	23,8	23,8
F Omron Tateisi	25,5T	25,5T
F Pacific Telesis	207	209,5
F Pakhoed	56,5	57
F [illegible]	13	12,9bB
D Parker Drilling	21,7	19,6
F Parker Hannifin	98G	98G
F [illegible]	12,3	12,5
M Pepsi	127,7	125,5exB
F Pernod-Ricard	237G	237G
F Peugeot	77	75,5
F Philip Morris	244	244exD
H Philips	47	47exD
D Phoenix Ass.	–	–
M Pioneer El.	32	32bG
F Pirelli	2,8	2,8
M Polaroid	84,4	84,2
M Prime Computer	48,1bG	47
F Procter & G.	180	179,5
D Ramada Inns	17	15,9
M Ranger Oil	15,65	15,6
F [illegible]	10,7G	10,75
F Ricoh	11,9	11,9G
F Rio Tinto NA-St.	21,8	21,8
F Rio Tinto Inh.	22,5T	22,5T
H Robeco	58,2	59
F Rockwell	81	81
H Rolinco	54	53,5
F Rorento	38,9	38,1
F Rothmans Int	5G	[illegible]
D Rowan Cos.	32,9	31,5
H Royal Dutch	152,5	151,5
M Rustenburg Plat. Hold	25,8	25,9
F [illegible]	1,75G	1,75G
F Sanden Corp	7,3T	7,3T
M Santos	15,2	15,65
F Sanyo Elec.	5,6T	5,65T
F Sanwa Bk.	14,2G	14,4G
M SASOL	9,1	9,2
F Schering Plough	111	112,5
F Schlumberger	118,5	118
F Schw. Alum.	900	913
F Schw. Bankverein PS	364,8	364,8
F Schw. Bankverein OR		9,05
M Sears Roebuck	96,6	93G
F Seeq Stores	8,46	8,45
F Sekisui House	8,8	8,8G
F Selected Risk	45G	45G
F Shell Canada	54,56	53,5
H Shell T & T	24T	23
D Singer	84	84,5
F Snia Bpd	3,2G	3,2
D Solvay	202T	205G
D Sony Corp.	44,1	44
F Southwestern Bell	204	204
D Sperry Corp.	118	117,9G
F Squibb	157G	156
F Standard Oil	132	133
F Stanley Elec.	11,2G	11,5
F Steyr-Daimler-P.	22,75B	22,6
F Sumitomo	7,2T	7,1T
F Sumitomo Heavy	2,4G	2,3G
D Sumitomo Metal	1,7G	1,75
D Sun	159B	159B
M Sunshine Mining	26,3bB	27,5bG
F Swissair	1231	1235G
F Taisei Kens.	2,3G	2,3G
M Tandy	73,5	73,2
F Taiyo Yuden	13G	13G
F Tenneco	107	108,5
D Texaco	102,6	103
F Texas Instruments	350,5	353
D Thomson-CSF	120T	121T
D Thorn Emi	18G	17,5G
F Tokyo El.	16,2T	16,2T
D Tokyo Pac	390	410G
F Tokyo Sanyo El.	8,5T	8,5T
D Toray	5,1G	5G
D Toshiba	5,3bG	5,1G
D Trans World Airlines	28,5	28
F TRIO Kenwood	8,7G	8,7G
F TRW	217G	212G
F Tsumura Juntendo	18,7G	18,7G
D UAL	126G	124
H Unilever	265,5	267,5
F Union Carbide	109	93
D Uniroyal	40G	41G
F United Techn.	107,1	108
F US Steel	75,2	74,8
F US West	206,5	206,6
M Vaal Reefs Expl.	296	295
D [illegible]	118G	119T
D Volvo A	80T	80T
D dgl. Nam B	78T	78T
F Warner Commun.	65,1	67,5
F Warner Lambert	100	100
F Wells Fargo	139G	138
M Western Deep L.	128,5	129,2
M Western Mining	7,6	7,7
M Westinghouse El.	77,3	74
F Westl.-Utrecht H.	102	108
D Xerox Corp.	113	113





In Stille erlöst

Hanskarl Hemmer

* 23. 5. 1919 † 8. 12. 1984

In Liebe nehmen wir Abschied von meinem geliebten Mann, unserem gütigen Vater, Schwiegervater und Großvater.

Ruth Hemmer geb. Heyne
Monika Moeser geb. Reinsperger
Horst Moeser mit Andrea
Hans Hemmer
Ruth Hemmer geb. Appenzeller
mit Felix und Kathrin
Georg Hemmer
Elisabeth Hemmer geb. Böhnke
mit Karl-Phillip

Endingen, den 8. Dezember 1984
Tovarerstr. 14

Die Beerdigung fand im engsten Familienkreis statt.

STELLENGESUCHE

STELLENANGEBOTE

IMMOBILIEN / KAPITALIEN

Mit 24 den Oscar, heute lebt sie in einem walisischen Tal: Julie Christie

Ein Star, der sich bewußt rar macht

Sie war in ihrer Heimat England das goldene Girl der „swinging" sechziger Jahre. Blond, keß, im kürzesten Mini ebenso hinreißend wie im Abendkleid. Ihr Auftritt in John Schlesingers „Billy Liar" stempelte sie 1963 zum Prototyp ihrer Generation. Dann kam Hollywood. Julie Christie, die Tochter eines britischen Teepflanzers in Assam, erzogen in einer englischen Klosterschule, wurde ein Star. Wieder geschah es unter der Ägide John Schlesingers, in „Darling". Julie Christie, die für ihre Rolle mit 24 einen Oscar erhielt, wurde als Apotheose der sexuellen Freizügigkeit empfunden.

Die Engländerin eroberte das Herz von Hollywood-Frauenliebling Warren Beatty. Sieben Jahre währte das Glück ohne Trauschein. Dann kehrte sie in die Heimat zurück, verkroch sich in die Einsamkeit eines Bauernhauses in einem walisischen Tal. Bis zum nächsten Laden sind es sechs Kilometer, und Julie Christie fährt nicht Auto. Aus ihrer Einsiedlerklause, in der sie mit vielen Tieren lebt, kommt sie nur hervor, wenn sie, sehr gelegentlich, einen neuen Film dreht, denn sie ist außerordentlich wählerisch geworden und akzeptiert nur Drehbücher ohne Abweichung von ihren ideologischen Prinzipien. Oder sie kommt aus dem Bau, wenn sie ihr sozio-politisches Gewissen treibt.

Entscheidung am Kap Horn – ARD, 20.15 Uhr

Julie Christie ist nämlich eine „Politische" geworden, vergleichbar der Amerikanerin Jane Fonda, der Engländerin Vanessa Redgrave. Und Julie Christie ist mit ihren 44 Jahren eine „Grüne" geworden, ohne Parteibuch. Sie demonstriert gegen Atomwaffen, gegen Apartheid. Sie rührt die Propagandatrommel für die Sandinistas. Sie steigt für die Frauenemanzipation auf die Barrikaden, sagte begeistert zu, als ihr eine Rolle in dem Film „The Gold Diggers" angeboten wurde, den ausschließlich Frauen drehten, von der Regisseurin Sally Potter bis zur Technik.

Sie unterstützt, auch finanziell, Minderheitenpublikationen. Als Gleichgesinntem kam sie dem Journalisten Duncan Campbell näher. „Wir leben nicht zusammen, aber wir sehen uns viel", stellte sie die Klatschpresse richtig, die Julie Christie stets „heiß" findet. Campbell ist einer der wenigen, die genau wissen, wo ihr einsames Farmhaus in Powys zu finden ist.

Ständig flattern ihr lukrative Filmangebote ins Haus. Dazu meinte sie: „Ich schaue mir die Drehbücher genau an. Wenn sie von der Art sind, die das Publikum doch nur in seinen Vorurteilen bestärkt, dann lehne ich ab." Sie kann sich das leisten, denn ihr Starruhm ist ungebrochen, so daß ihr phantastische Gagen geboten werden.

Julie Christie als Catherine im dreiteiligen TV-Film „Entscheidung am Kap Horn" FOTO: TELEBUNK

John Schlesinger hatte sie aufgrund eines Fotos in einem Magazin entdeckt. Doch Julie Christie besitzt nicht nur ein ungewöhnlich suggestives Gesicht. Sie ist eine Vollblutschauspielerin, auch wenn sie auf der Bühne nie richtig Fuß faßte, weil ihr das Lampenfieber zu sehr zu schaffen machte.

„Dr. Schiwago" festigte ihren Ruf als Großstar. Doch ihr Bestes gab Julie Christie vielleicht in Nicholas Roegs „Don't look now" oder in Robert Altmans „McCabe and Mrs. Miller". Auf einen Ehemann kann sie verzichten: „Ich wollte nie heiraten, nur als kleines Mädchen sah ich mich in einem wunderschönen weißen Hochzeitskleid ... Für mich gibt es keinen Grund zum Heiraten, es sei denn, daß man religiös ist, und das bin ich nicht." SIEGFRIED HELM

KRITIK

Zerquältes Lachen

Wenn es einen gibt, der es ganz deutlich macht, dann Gerhard Polt: Das Schlimme, das unter uns wohnt, ist so gewöhnlich, daß wir es kaum noch zu erkennen vermögen. Polt hat auch keine besseren Augen. Er findet es dennoch, weil er tief in die Banalitäten seiner (unserer) Umwelt hineintaucht und einer von diesen abgeschliffenen Funktionären des Alltags wird; weil er sagt, was wir alle sagen.

Das Lachen über Polt bleibt uns im Halse stecken, und uns wird klar, warum er in keiner Sekunde über uns lacht, uns auslacht, überhaupt lacht: Mir ham nix z' lacha, würde es auf gut bayerisch heißen. Freilich, bei Polt geht es fast auf schriftdeutsch zu, denn Polts bayerischer Satirismus hat nichts mit dem Folklore-Jux der sogenannten Volkskomiker zu tun. Er ist kein Humorist, und das bayerische Idiom ist nur der Rundhorizont, vor dem er agiert und seine zerquälte Halbhoch-Sprache in die kaputte Syntax unserer Tage quetscht.

Einmal aber, da schweigt er. Doch es ist ein lautes, ein brüllendes Schweigen: Er ist wegen Umweltschäden in seiner engsten Umgebung empört und ruft das Umwelt-Ministerium an. Die Vermittlung reicht ihn weiter, nur: es geschieht nichts. Das Telefon schweigt, der Polt schweigt, er schweigt und schweigt. Endlich, nach Minuten knisternder Sendezeit, legt er ganz behutsam den Hörer wieder auf. Ende. **Fast wia im richtigen Leben** (ARD). Das macht ihm keiner nach, dem Polt, der uns hoffen läßt, daß Karl Valentin uns in seinem weiß-blauen Himmel nicht aus den Augen gelassen hat.

VALENTIN POLCUCH

Sandmännchen der Nation

Die Sendung des gestandenen Polit-Moderators Hans-Hinrich Cassdorffs heißt: **„Ich stelle mich"**. Sie soll möglichst eineinhalb Stunden lang sein und den, der sich im 3. Programm des Westdeutschen Fernsehens stellt, demaskieren. Nur, was macht man, wenn ein Medien-Papst wie Hans-Joachim Fuchsberger der Befragte ist? Da helfen keine Mätzchen, wie zum Beispiel nur vordergründig-engagierte Fragen geladener Oberschüler oder ein Pseudo-Streitgespräch mit einer Journalistin.

Cassdorff, zwar mit einem Konzept versehen, erlag augenblicklich dem drögen Charme des ehemaligen Krimi-Darstellers und Talk-Masters. Der nivellierte – wie in seinen eigenen Sendungen: immer nur lächelnd, sich auf Allgemeinplätze zurückziehend. Und immer dann, wenn er sagte: „Warum soll ich denn nicht nett zu den Leuten sein?", fiel auch Cassdorff nichts mehr ein. Auch er ging dem erfahrenen Fuchsberger auf den Leim.

Nein, was er bringe – so Fuchsberger –, habe mit Politik nun gar nichts zu tun. Wenn er zu mitternächtlicher Stunde Prominente ausfrage, dann sei er gewissermaßen das Sandmännchen der Nation: sanft die daheim vor dem Bildschirm Sitzenden einlullend.

Er hätte gern einen besseren Sendetermin – aber da sei der Rundfunkrat vor. Denn was wäre, würde das Sandmännchen Fuchsberger gleich nach der Tageschau auftreten? Insofern war auch diese Sendung von Hans-Hinrich Cassdorff eine demaskierende – vielleicht bemerken es die Betroffenen doch noch im nachhinein.

KLAUS BLUME

STUDIO

Auf den Fernsehschirmen der Chinesischen Volksrepublik werden in nächster Zeit **Programme der amerikanischen Fernsehgesellschaft Columbia Broadcasting System (CBS)** zu sehen sein. CBS liefert nicht weniger als 64 TV-Stunden. Die CBS-Filme sollen einmal pro Woche eine Stunde lang gezeigt werden.

Die erste Ausstrahlung hatte bereits ein Massenpublikum. Es wurde ein Sportprogramm gezeigt, das amerikanische Eiskunstläufer vorstellte. Zu dem weiteren Material, das CBS liefern wird, gehören aufklärende Filme über den amerikanischen Alltag, eine Schilderung der amerikanischen Rolle während des chinesisch-japanischen Krieges und weitere Sport-Programme.

Peking braucht für die CBS-Filme nichts zu bezahlen. Die Gegenleistung besteht in der Erlaubnis, für jeweils 60 Filmminuten 5 Minuten Werbespots einzublenden. Große US-Konzerne wie Boeing und IBM wollen die Werbezeit kaufen, um sie für ihre „Image-Werbung" zu nutzen. (SAD London)

*

Der **WDR (Abteilung Alte Musik)** ist Anfang Dezember dieses Jahres für seine Aufnahme von Johann Sebastian Bachs Violin-Sonaten und -Partiten mit dem Prix Diapason d'Or der französischen Schallplatten-Zeitschrift „Diapason" ausgezeichnet worden. Die außerordentlich schwierigen Werke, ein Prüfstein für jeden Solisten, wurden eingespielt von dem belgischen Geiger und Leiter des Ensembles „La Petite Bande", Sigiswald Kuijken, der bei der Aufnahme eine Violine alter Mensur benutzte.

ARD/ZDF–VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.23 Das Wunder von Manhattan
Amerikanischer Spielfilm (1947)
11.55 Umschau
12.10 Monitor
Leitung: Klaus Bednarz
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Schauplatz der Geschichte
Um Armenien, das kleinste Land der Sowjetunion, das immer wieder von angrenzenden Staaten erobert, geteilt und verwüstet wurde, geht es in diesem Film von Stefan Fischer, der sich dabei vor allem mit dem Volk der Armenier und deren schwierigem Schicksal auseinandersetzt.
16.55 Der Mann von Button Willow (4)
Amerikanischer Zeichentrickfilm
17.10 Unter einem Himmel
Das versunkene Dorf
Eine Geschichte aus Spanien
In den Tiefen eines Stausees versunken liegt ein altes Dorf, an das die Bauern, die dort einst lebten, mit Wehmut zurückdenken. Eines Tages wollen nun die Kinder des neuen Dorfes die Trauer ihrer Eltern nicht länger mitansehen.
17.40 Peter und der Wasserhahn
Was bei der Reparatur eines Wasserhahns so alles passieren kann und welche „amüsanten" Schwierigkeiten sich dabei ergeben können, zeigt dieser Zeichentrickfilm von Viktor Kubal, der als Trickfilmer mittlerweile auch über die Grenzen seiner tschechischen Heimat hinaus bekanntgeworden ist.
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Entscheidung am Kap Horn
2. Teil: Sieg oder Tod
Nachdem Julien Dantec wegen falscher Positionsangaben zu einem Favoriten der Regatta geworden ist, segelt er, um nicht entdeckt zu werden, mitten in den Atlantik. Wochenlang irrt er umher, bis er plötzlich Land vor sich sieht ...
21.15 Brennpunkt
Die Rentenreform – Gleichung mit vielen Unbekannten
22.00 Tagesthemen
22.30 ARD-Sport extra
Fußball-UEFA-Pokal
Achtelfinale – Rückspiele
0.00 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Morgen schon
9. Teil: Frank wird frei
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Mickys Trickparade
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Von Wölfen gejagt
Fassungslos muß Hyacinthe Bellerose erfahren, daß sein Adoptivsohn Tim vom Pfarrer entführt und zu Siedlern in Pflege gebracht wurde. Zwar gelingt es Hyacinthe, das Kind zurückzuholen, doch damit sind die Aufregungen keineswegs beendet ...
Dazw. heute-Schlagzeilen
18.55 mittwochslotto – 7 aus 38
Spiel 77
19.00 heute
19.30 Kino-Hitparade
Filme, Facts und Favoriten
20.15 ZDF Magazin
Moderation: Gerhard Löwenthal
Zum Tag des Menschenrechte:
Fünf Jahre Krieg in Afghanistan – Rückblick und aktuelle Information
Häftlinge von drüben klagen an – Situation in DDR-Haftanstalten
21.00 Der Denver-Clan
Spuren in Billings
21.45 heute-journal
22.05 exclusiv
Im Mittelpunkt der neuen Ausgabe des Prominentenschnüffler-Magazins steht Paloma Picasso, die berühmte Tochter des großen Malers, die allgemein als „die kreativste Erbin der Welt" bezeichnet wird. Mit der 34jährigen sprach Frances Schoenberger. Des weiteren präsentiert die Sendung den Erbprinzen Hans Adam von und zu Lichtenstein sowie den Produzenten Dino de Laurentiis.
22.50 Das kleine Fernsehspiel
Zagarbata
Skinhead lebt mit anderen Mitgliedern des „Stamms" bei einer verarmten Fürstin in einem Abrißhaus. Er liebt das Tanzgirl. Beide träumen sehr bürgerliche Träume von einer Zukunft mit Heim, Herd und Kindern.
0.00 heute

3SAT

18.00 Aktion Grün
2. Wie man einen Freund gewinnt
Merlin
Das geheimnisvolle Leben eines Magiers
2. Die Erde bebt
19.00 heute
19.30 Schlager, die man nie vergißt!
Die Superhitparade (2)
Präsentiert von Dieter T. Heck
21.00 Die Mittwochsgeschichte
21.15 Zeit im Bild 2
21.45 Kulturjournal
22.30 Sportreport
Menschenmaterial
Psycho im Sport
23.15 3SAT-Nachrichten

III.

WEST
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Mittwochs in Düsseldorf
Informationen und Unterhaltung
Gesang: Andreas Fröhlich
Gruppe: Die Valendras
21.45 eff-eff
Freizeit und Fitness
22.15 Andy
Niederländischer Spielfilm (1978)
(Originalfassung mit deutschen Untertiteln)
23.40 Letzte Nachrichten

NORD
18.30 Wo der Dachs ruft
19.15 Antiquitäten in Serie
19.30 Landwirtschaft heute
Jäger gegen Förster
20.00 Tagesschau
20.15 extra drei
21.00 Wer hat die Bürokratie erfunden? (9)
21.30 Offerte
21.45 Der Film-Club
Der Verschlag
23.15 Thirty Minutes
23.45 Nachrichten

HESSEN
18.30 Filmbriefe (12)
19.00 Hobbythek
Rund um die Nudel
19.45 Die Tiersprechstunde
20.15 Parlament, Parteien, Perspektiven
21.00 Omas Musikbox
21.30 Drei aktuell und Sport
22.00 Adieu, langsame Reise
Fernsehfilm
23.00 Ernst Jandl – Vom Öffnen und Schließen des Mundes
Frankfurter Poetik-Vorlesung III

SÜDWEST
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 45 Fieber (10)
Thema u. a.: Haben die Hausbesetzer ihre Ziele erreicht?
20.15 Reisewege zur Kunst: Senegal (1)
Vom langen Leben der Geister
21.00 Der gläserne Schlüssel
Amerikanischer Spielfilm (1942)
Mit Veronica Lake, Alan Ladd u. a.
22.20 Theater-Talk
Hildegart Eichholz im Gespräch mit Elisabeth Trissenaar
22.50 Nachrichten

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Lieder – Rhythmen – Melodien
20.00 Nur ein Viertelstündchen
20.15 Sketchup
20.45 Zeitspiegel
21.30 Rundschau
21.45 Jamaica Inn (1)
22.40 Z. E. N.
22.45 Faszination
23.30 Rundschau
23.35 News of the Week

Paris: Le Corbusiers „Villa Savoye" als Museum

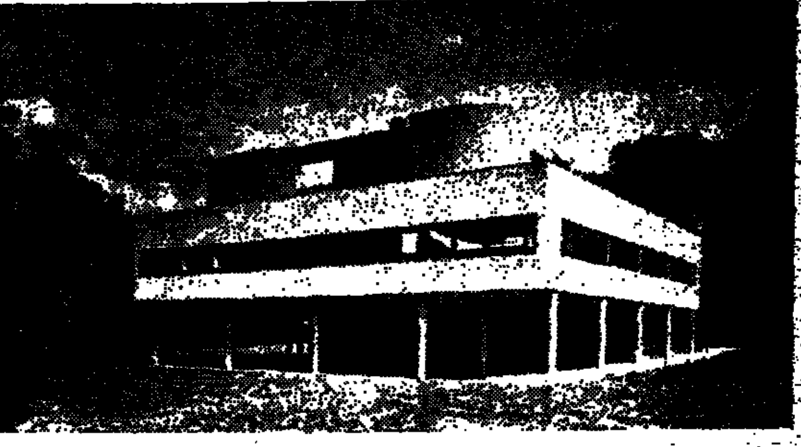
Eine Rampe der Freiheit

Sie war lange Zeit dem Verfall preisgegeben, aber in Vergessenheit geraten war sie nie: Le Corbusiers „Villa Savoye" von 1929–31, ein Schlüsselwerk des Neuen Bauens. Hier, in Poissy bei Paris, konnte Le Corbusier seine Ideen ohne Rücksicht auf Auftraggeberwünsche verwirklichen. Auch die Umgebung des Grundstücks legte ihm kaum Zwänge auf. Und so entwarf er ein Haus, das wie ein mächtiges, kantiges Raumschiff wirkt. Der kubische Baukörper scheint nur auf den zierlichen Säulen des zurückversetzten, gläsernen Erdgeschosses zu ruhen, und die halbkreisförmigen Windschutzwände der Sonnenterrasse erinnern an eine Kommandobrücke. Nun darf das alles – an Wochenenden – bis 7. Januar besichtigt werden.

Während der kurzen Öffnungszeiten drängen sich respektable Menschenmengen durch die Innenräume. Vor allem Architekten und Architekturstudenten begutachten, fotografieren und bewundern die „Villa Savoye", die wie die praktische Verwirklichung eines Lehrbuchkapitels der modernen Architektur erscheint. Le Corbusier schrieb: Das Einfache ist nicht einfach. Die Villa zeigt es: Sie verbindet größtmögliche Funktionalität mit dezenter Eleganz. Die Säulenkonstruktion ist – 1929 bereits – ganz auf den Autoverkehr eingestellt. Die Wagen können zwischen Säulen und Eingangstür vorgefahren und anschließend in der integrierten Doppelgarage abgestellt werden.

Gleichzeitig schafft der Säulenumgang den Eindruck des harmonischen Ganzen, eines Hauses ohne vorn und hinten. Eine Grundidee der Villa ist die Rampe, ein langsam ansteigender Aufgang ohne Stufen. Denn Le Corbusier meinte, eine Treppe trenne zwei Etagen, während eine Rampe sie verbindet. Die Innenaufteilung läßt den Bewohnern viel Freiheit; die Räume können wechselnden Zwecken dienen. Einbauschränke mit Metalltüren sind ein wesentliches innenarchitektonisches Merkmal.

Die erst ein gutes halbes Jahrhundert alte Villa brachte bereits eine wechselvolle Geschichte hinter sich. 1931 fertiggestellt, hatte sie im Krieg stark gelitten und sollte 1958 abgerissen werden, um einem Gymnasium zu weichen. Aus der ganzen Welt erreichten daraufhin Protestschreiben den damaligen französischen Kulturminister André Malraux – und sie hatten Erfolg. 1965, noch zu Lebzeiten des Architekten, wurde die „Villa Savoye", inzwischen vom Staat gekauft, unter Denkmalschutz gestellt und außen renoviert. In wenigen Wochen wird die Innenrenovierung beginnen. Die Stadt Poissy strebt für die nächsten Jahre eine Art Freilichtmuseum moderner Architektur an, dessen Kernstück die Villa werden soll. (Außerdem zeigt, ebenfalls bis zum 7. 1., das Pariser Centre Pompidou eine Ausstellung mit Fotos der Villa sowie mit Dokumenten und Skizzen Le Corbusiers.) MICHAEL SIEBERT



Ein Haus ohne vorn und hinten: Le Corbusiers „Villa Savoye" in Poissy (bei Paris) FOTO: DIE WELT

Israel gründet ein Musikzentrum für J. S. Bach

Flügel aus Frankfurt

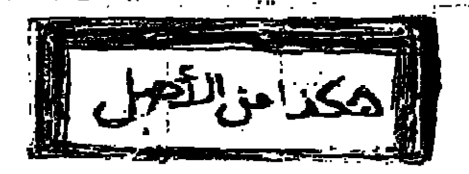
Musik in Israel bedeutet in der Welt vor allem das von Bronislaw Huberman vor 48 Jahren ins Leben gerufene und von Arturo Toscanini im Dezember 1936 als erstem dirigierte Philharmonische Orchester, das auch in Deutschland regelmäßig zu Gast ist und unter Dirigenten wie Leonard Bernstein und Zubin Mehta (seinem Chefdirigenten) musiziert. Doch auch Israels Kammerorchester und Ensembles haben sich internationalen Ruhm erspielt.

Abseits vom auch bei allen momentanen politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten äußerst lebhaften Musikleben in den Städten – Orchesterkonzerte, Kammermusik, Recitals – erstaunt den Musikliebhaber von Zeit zu Zeit die Aktivität an kleineren Orten. Aus einer Kleinstadt, aus einem Kibbuz, aus privater Initiative kommen interessante musikalische Anregungen – in einer kleinen Siedlung werden Klaviere für den Export hergestellt, an anderem Ort Blockflöten, in einem Kibbuz neuerdings Harfen nach altägyptischem Muster.

In der etwa 50 000 Einwohner zählenden Stadt Givatayim nahe Tel Aviv, in der es ein Konservatorium gibt, dessen Leiter Aharon Shefi mit einem Jugendorchester kürzlich in Deutschland konzertierte, hat die Pianistin Varda Nishry ein „Bach-Zentrum" ins Leben gerufen. Mit Hilfe der Stadtverwaltung arrangiert sie jeden Monat ein Kammerkonzert mit Werken Johann Sebastian Bachs und zeitgenössischer Musik und bringt in Sonderkonzerten für jugendliche Hörer alte und neue Musik der heranwachsenden Generation von „Kennern und Liebhabern" nahe. In Zukunft soll eine Bibliothek von Musikbüchern und Noten entstehen, deren Grundstock naturgemäß die wissenschaftliche „Neue Bachausgabe" der sämtlichen Werke bilden muß.

In einem Sonderkonzert wurde jetzt ein funkelnagelneuer Steinway-Flügel eingeweiht, der dem „Bach-Zentrum" von einem Frankfurter Industriellen geschenkt worden war; Varda Nishry hat kürzlich in Frankfurt konzertiert. In diesem ausschließlich Bach-Werken gewidmeten Konzert erlebte man die Mitwirkung eines prominenten Gastsolisten, des ausgezeichneten Flötisten Niels Hansen; er ist „hauptberuflich" Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Israel. Anschließend an das Konzert begrüßte er die Initiative Varda Nishrys und versprach ihrer Arbeit weitere Unterstützung.

PETER GRADENWITZ







Schnitt durchs Buch

P. Js. – Als ich das Buch zum ersten Mal durchblätterte, dachte ich, es wäre ein fehlerhaftes Exemplar. Die Seite 23 war leer bis auf ein paar schwarze Winkel oben und eine einsame Eins. Nicht anders war es bei der Seite 27, der Seite 47 usw. Am Ende fielen mir dann, fein gebündelt, allerdings zwölf bunte Blätter in die Hand. Und da Bücher ja nicht nur zum Anschauen, sondern auch zum Lesen sind, entnahm ich die Lösung des Geheimnisses dem Vorwort des Katalogbandes „Tarocke mit französischen Farben", der anschaulich einen Sammlungsbestand des Deutschen Spielkarten-Museums in Leinfelden-Echterdingen aufarbeitet.

Da stand: „Die vielen Schwarzweißabbildungen und die zwölf beigelegten Farbreproduktionen – zum Einkleben gedacht – vermitteln etwas von der reizvollen Vielfalt dieser Gruppe Spielkarten." So einfach war das, und so sparsam. Ein wenig „Do-it-yourself" und schon ließ sich der Verkaufspreis niedrig halten. Denn 29 Mark sind wirklich für einen solchen Katalog nicht viel.

Wir sind längst der Übung entwöhnt, daß vor dem Lesefleiß ein wenig Handfleiß vonnöten ist. Früher gehörte das Federmesser zur Lektüre, denn ein Buch war nicht aufgeschnitten. So besitze ich einen Band „Griechische Prosaiker in neuen Übersetzungen" mit den Werken des Isokrates, das anno 1836 gedruckt wurde. Seitdem ist es von Hand zu Hand gegangen, ohne daß es einen Leser fand. Es ist nämlich noch unaufgeschnitten (und ich werde den Teufel tun, diese 150 Jahre Ignoranz zu durchbrechen).

Dieses Beispiel lehrt, daß es noch viele Möglichkeiten gibt, die Buchproduktion zu verbilligen. Man könnte Loseblattkonvolute mit der Gebrauchsanweisung zum Binden verkaufen. Oder gleich die rohen Druckbogen, die es dann zu falzen und zusammenzutragen gilt. Denn – darüber sind sich die Pädagogen schon immer einig – was man sich erarbeitet hat, schätzt man höher.

Mailand: Erfahrungsaustausch über Neue Musik

Flöte stopft das Maul

Der Plan ist schon alt: Man könnte doch mal, fanden vor etlichen Jahren einige zeitgenössische Komponisten und Renate Albrecht, die Chefin des Goethe-Instituts in Mailand, ein Seminar zum Thema Neue Musik veranstalten und bei dieser Gelegenheit Komponisten, Interpreten und Journalisten aus Italien mit Deutschland an einen Tisch bringen. Schließlich besteht der Daseinszweck des Goethe-Instituts nicht zuletzt in der Herstellung und Pflege solcher Kontakte.

Was jetzt in Mailand stattfand, war alles andere als schon wieder ein Festival für Neue Musik, das auf Dauer wohl auch kaum Überlebenschancen hätte. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand weniger die Neue Musik selbst als Vorträge und Diskussionen zu ihrer Situation in Italien und Deutschland – und die trugen zunächst einmal dazu bei, das beiderseitige Informationsdefizit abzubauen.

Die Italiener etwa dürften kaum gewußt haben, daß bei uns trotz der Kulturhoheit der Länder die meisten Aktivitäten in Sachen Neue Musik von Kommunen (Darmstädter Ferienkurse), von Privatinitiativen und öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten (Donaueschinger Musiktage) ausgehen. Den Deutschen war wohl nicht klar, daß in Italien eine Situation bereits Wirklichkeit ist, die hierzulande noch bevorstehen könnte: daß nämlich die privaten Rundfunkanstalten sich nicht im mindesten um Neue Musik kümmern, daß überhaupt im kulturellen Bereich kräftig der Rotstift regiert (von den vier italienischen Rundfunkorchestern sollen zwei abgeschafft werden), daß es deshalb um die Verbreitung von Neuer Musik in Italien übel bestellt ist. *Und das, obwohl eine stattliche Reihe* junger Komponisten – von 40 neuen Namen war die Rede – eine Blütezeit der musikalischen Avantgarde signalisieren.

Natürlich gehört zu einem solchen Seminar auch die Neue Musik selbst – und das nicht nur als akustisches Rahmenprogramm, sondern gleichfalls, um die Kenntnis der jeweils anderen Musikszene zu fördern und zu vertiefen. In drei Konzerten wurden von deutschen und italienischen Musikern deutsche und italienische Produktionen der jüngsten Vergangenheit vorgestellt. Unter den sechzehn aufgeführten Werken fand sich allerdings recht viel Durchschnittskost, manche Effekthascherei und gelegentlich schienen Stücke rückwärtsorientiert oder gar anachronistisch – wie zum Beispiel „Gli orti di Epicuro" des jungen Italieners Paolo Ugoletti, eine Art Klavierkonzert, das über Rachmaninows artige Virtuositätsentfaltung kaum hinauskam.

Zu den bemerkenswerten Produktionen zählte hingegen Federico Incardonas „Bocca" („Maul"), ein zerfurchtes, explosives und zutiefst emotionales Flötenstück, das allerdings auch nicht unerheblich von seinem Interpreten profitierte: Dem mit allen technischen Tricks der Neuen Musik vertrauten Flötisten Roberto Fabbriciani kann derzeit vielleicht nur noch Aurèle Nicolet das Wasser reichen.

Den nachhaltigsten Eindruck aber hinterließ das Konzert des „ensemble 13" unter Manfred Reichert, auf dessen Programm allerdings auch so renommierte Komponistennamen wie Aribert Reimann, Luca Lombardi oder Wolfgang Rihm standen. Doch so erfreulich die Wiederbegegnung mit deren Werken auch war, so hochkarätig sie auch interpretiert wurden – ebenso wichtig für das Thema dieser Veranstaltung waren die Konzerte mit den Arbeiten ganz junger und unbekannter Komponisten. Denn schließlich ging es ja darum, sich gegenseitig besser *kennenzulernen*. Und dazu wurde in den Mailänder Konzerten ebenso wie in den Vorträgen ein wesentlicher Beitrag geleistet.

STEPHAN HOFFMANN

Wien: O'Caseys „Pflug und die Sterne" an der Burg

Die Nornen im Milieu

Vergebens versuchte Gladstone, selbst kein Ire, der ewig brodelnden und in blutigen Aufständen ausbrechenden Grünen Insel mit ihrer katholischen, von Großbritannien ungern gesehenen Tradition Freiheit und Selbstverwaltung zu verschaffen. Er scheiterte am Widerstand der Konservativen, und die Unruhen gingen noch jahrzehntelang weiter, bis endlich 1921 Irland zur Republik wurde. Aber bis heute ist der Frieden dort nicht eingezogen. In eine Episode im Jahre 1916 führt Sean O'Caseys jetzt vom Wiener Burgtheater aufgeführtes Stück „Der Pflug und die Sterne", welches wesentlich eine Milieuschilderung ist, aus der die Gespaltenheit der Revolutionäre, ihre Angst, ihre Ratlosigkeit und auch Feigheit hervorgehen. Als es 1926 in Dublin uraufgeführt wurde, wo wieder ganz andere Faktoren virulent waren, löste es einen Skandal aus und bewies dem Autor einmal mehr, wie wenig er mit seiner ambitionierten literarischen Arbeit eingreifen konnte. Er verließ Irland und blieb bis zu seinem Tod 1964 in England.

Für die jetzige Aufführung im Burgtheater dürfte der Wunsch bestimmend gewesen sein, dem Regisseur, Thomas Langhoff, einen Ersatz für „Nathan den Weisen" zu bieten, den er nach dem tragischen Tod Norbert Kappens, des vorgesehenen Trägers der Titelrolle, taktvollerweise nicht inszenieren wollte. Ein Weihnachtsstück ist es gewiß nicht, wenn es auch eine großartige und dichterische Schilderung der inneren Zerrissenheit der teils politisch orientierten, teils aber desinteressierten Menschen zeigt, die von den Nornen dem Untergang geweiht sind, selbst aber innig am Leben hängen.

Es spielt durchweg im proletarischen Milieu. Eine der Hauptfiguren in der geschickt verteilten Personnage ist der Maurermeister Clitheroe, den seine Frau von der Teilnahme an einem aussichtslosen Aufstand gegen die Staatsgewalt fernhalten will. Matthias Scheuring gab diese Rolle mit einer fast eleganten Allüre, während Franz Morak unübertrefflich die Type eines parteigeschulten *Sozialisten* vorführte, der sich mit gängigen Linksphrasen mehr oder weniger aus der Sache herausredet.

Als aber am Schluß die Engländer brutal Ordnung machen, erwischt es auch ihn, während Clitheroe als Held im Kugelregen stirbt. Dessen Frau, von Josefine Platt überzeugend gestaltet, trifft es ebenso wie die Obsthändlerin Bessie, in der es Elisabeth Orth zu agnoszieren schwerfiel, bei der mehr als selbstlosen Verkleidung und Gestik. Auch die Putzfrau (Annemarie Düringer, ähnlich unkenntlich wie der bloß bramarbasierende Flynn von Rudolf Wessely) wird vom Schicksal ereilt, auch die nur als illustrative Nebenfigur zu wertende Tochter der Putzfrau (Mareile Geisler) stirbt. Es bleiben wenige von denen übrig, die zuvor in heftigen Diskussionen über die Zustände die Szene belebt haben.

Erstaunlich war, wie alle Darsteller mit dem verqueren Text fertig wurden, den seinerzeit die Übersetzer *Volker Canaris* und *Dieter Hildebrand* zubereitet hatten. Offenbar wollten sie die gewiß ortsüblichen und teilweise auch poetischen Sätze *O'Caseys* unter tunlicher Umgehung der Syntax ins Berlinerische übertragen; etwa nach der Devise, daß eine Kunstsprache auch bei Dialektdialogen – Horváth hat es so gehalten – durchaus als künstlerisches Mittel gelten kann. Aber selbst die eigens für das Burgtheater angefertigte Bearbeitung von Michael Eberth konnte nicht befriedigen. Gleichwohl, die Kunst der Darsteller vermochte darüber hinwegzutragen.

ERIK G. WICKENBURG

Wo Menschen wahrhaftig zu Schimpansen werden – Hugh Hudsons neuer Tarzanfilm „Greystoke"

Des Urwaldhelden heimliches Leid

Er ist halb Wilder und halb Lord. Unter Affen im afrikanischen Urwald aufgewachsen, findet er – da ist er schon fast erwachsen – zu seiner „wirklichen" Familie in England zurück. Im Schloß seines Großvaters wird er mit gebührenden Ehren empfangen. Von hier aus waren seine Eltern einst zu einer Expedition aufgebrochen, hatten kurz vor der Küste Äquatorialafrikas Schiffbruch erlitten und waren kurz darauf im Dschungel ums Leben gekommen. *Affen hatten sich des winzigen John* Clayton, des siebten Earl of Greystoke, angenommen und ihn spontan adoptiert, hatten ihm ihre Sprache, ihre Gesten, ihre Bräuche und Bewegungen beigebracht.

Und der heranwachsende Junge übertraf seine Lehrmeister bald bei weitem an Geschicklichkeit, Mut, Kraft und Intelligenz. Es dauerte nicht lange, und er war der unumstrittene König des Urwalds, der Herr der Affen – bis ein belgischer Entdeckungsreisender, Phillippe d'Arnot, *ihn in* die verführerischen Geheimnisse der menschlichen Sprache einführte und ihn nach England brachte. Hier nun begegnet er Jane, die ihm eine Weile Freundin wird, ihn aber auf Dauer nicht halten, den Urwald nicht aus seinem Herzen verbannen kann. John Clayton kehrt in den Dschungel zurück.

Diese angeblich wahre Geschichte hat Edgar Rice Burroughs um 1912 in einer ganzen Reihe von romanhaften Episoden erzählt, und sie ist auch immer wieder für den Film adaptiert worden. Freilich auf eine den Schriftsteller und seinen psychologisch äußerst fein gezeichneten Helden arg entstellende, oft genug dümmliche Weise. Erst der 42. Tarzan-Film nimmt Burroughs jetzt beim Wort.

Der 48jährige Engländer Hugh Hudson, ein Literat von Hause aus, der 1981 für seinen Erstling „Die Stunde des Siegers" vier Oscars gewann, hat sich des jüngsten Tarzans angenommen, und zwar mit Verve, Umsicht und Inspiration. Um es mit einem Satz zu sagen: Dieser Tarzanfilm ist der bisher beste.

Zu Beginn stehen wir vor einem tosenden Wasserfall, der sich mit Macht in die Tiefe stürzt – Inbegriff von Zeit und Ewigkeit und einer allen Schandtaten des Menschen trotzenden Natur, Schicksalsmetapher, die sich gleichsam leitmotivisch durch den ganzen Film zieht. Langsam gleitet die Kamera über die dichte grüne Weite endloser Regenwälder, über die gerade ein Unwetter hinweggeht. Ein Rudel Affen kreischt vor Entsetzen. Und wenn im allgemeinen Chaos ein Affenjunges seiner Mutter aus den Armen gerissen wird und am Boden zerschellt, ist der erste dramatische Höhepunkt des Films erreicht.



Daheim im Dschungel: Zwiesprache zwischen Mensch und Tier, Szene aus Hudsons Tarzanfilm „Greystoke" FOTO: DIE WELT

Ein harter Schnitt – und wir befinden uns im viktorianischen England, auf dem Stammschloß der Greystokes, sehen, was zehn Monate früher geschah: John Claytons Eltern verlassen ihr Zuhause, um zu ihrem afrikanischen Abenteuer aufzubrechen, das übel enden wird. Überladen, düster und artifiziell sind die Interieurs im Schloß: das bildgewordene Gegenteil von Natur. So konfrontiert der Film gleich zu Anfang mit Schärfe zwei total gegensätzliche Welten.

Die weitere erste Hälfte der Geschichte spielt dann ausschließlich im Urwald, kommt fast ohne Worte aus. Der Film schwelgt in starken poetischen Naturszenen, wie man sie kaum je auf der Leinwand sah. Die „Helden der Handlung" sind Menschenaffen, Schimpansen, die aber großenteils von Menschen gespielt werden, und zwar so naturgetreu, daß sie selbst ein Zoologe nicht ohne weiteres als solche erkennen würde. Darin besteht die Sensation des Films.

Monatelang mußten die Schauspieler unter Anleitung des Verhaltensforschers und Choreographen Peter Elliot ethologische Vorlesungen und parallel dazu gymnastische Übungen absolvieren, um den Gang der Affen, ihre Grimassen und übrigen Signale, ihr ganzes soziales Verhalten perfekt zu erlernen. Ein weiteres Problem war, die Schauspieler nahtlos in die Herde der wirklichen Schimpansen zu integrieren. Es gelang, indem man den trainierten Schauspielern nicht nur verblüffend echt wirkende Schimpansenkostüme verpaßte, sondern sie auch noch mit Schimpansenduft einsprühte.

Die Tiere *akzeptierten* ihre menschlichen Mitspieler sofort und ohne jeden Widerstand. Selbst das Filmteam war anfangs überrascht, um so mehr natürlich die Zuschauer, die von einem Staunen ins andere fallen. Regisseur Hudson räumt freilich ein, daß ihn die schließlich so überaus gelungene Kooperation zwischen Mensch und Tier im ganzen mehr Nerven gekostet hat als je zuvor eine Regie in seinem Leben. Einen „Greystoke II" werde es für ihn gewiß nicht geben.

Weniger schwierig war es für Hudson, mit seinem menschlichen Hauptdarsteller zurechtzukommen. Der in New York geborene junge Franzose *Christopher Lambert* gibt als John Clayton ein eindrucksvolles Kinodebüt. Er ist der 17. Tarzan der Filmgeschichte. Aber anders als alle seine Vorgänger, die durch die Bank muskelbepackte Bodybuilder waren, ist Lambert zierlich und leptosom und denkt nicht daran, als Supermann durch den Urwald zu brüllen. Trotz aller vordergründigen Abenteuer, die auch er glorios zu bestehen hat, macht er immer auch das heimliche Leid des John Clayton deutlich, dessen Existenz so extrem zwischen zwei *fremde Welten gespannt ist*.

Clayton, Earl of Greystoke, ist Parzival oder auch Don Quichotte. Er geht den dornigen Weg eines Menschen zu sich selbst. Einen Weg übrigens, auf dem er alle verliert, die er liebt: seinen Großvater, den Freund Phillippe d'Arnot, seinen Affenvater und schließlich sogar Jane. „Zu leiden und dieses Leid auch zu akzeptieren", sagt Hudson, „das bedeutet, erwachsen und reif zu werden."

Aus freien Stücken kehrt John am Ende, vom Verhalten der Menschen tief getroffen und abgeschreckt, in den Dschungel „heim". Ein Sonnenstrahl fällt auf das dichte Grün der Wälder, als Jane und Phillippe d'Arnot ihren Schützling und Freund in den Urwald verabschieden. Und das Schlußwort gehört Phillippe, dem der Schauspieler Ian Holm eine erschütternde Dimension verleiht.

„Ich hoffe für John und Jane", sagt Phillippe, „daß die Welt sich zu ihren Gunsten verändert und daß sie sich irgendwann einmal wiederfinden werden." Ein *pessimistischer*, ein trauriger Abgesang des Regisseurs Hugh Hudson auf die zivilisierte Welt, der ganz im Sinne des Tarzan-Erfinders Burroughs gewesen wäre. Für die Zuschauer von heute ist er eine interessante Herausforderung.

DORIS BLUM

Basel: Überblick über Chagalls Legendenkosmos

Chassidische Poetereien

Gaukler sind an der Basler Bäumleingasse eingezogen, Trinker, die in ihrer Einsamkeit den Kopf verlieren, Liebespaare, die in den Himmel fliegen, und Musikanten, die in traurigen Liedern von ihrem Leid erzählen. Rund 80 Gemälde, Gouachen, Aquarelle und Zeichnungen – einige aus Museumsbesitz – hat die Galerie Beyeler versammelt, um noch einmal die Legenden zu beschwören, die Marc Chagall ein Leben lang erzählt und immer wieder variiert hat. Die Ausstellung, die Werke aus allen Schaffensphasen umfaßt, dem Frühwerk aber besondere Beachtung schenkt (23 Werke stammen aus der Zeit vor 1914), zeigt neben kapitalen Werken wie „La chambre verte" von 1911, die man als poesievoll-naive Antwort auf Matisses kühne Harmonien *(in Rot und Blau)* auffassen könnte, auch „Au-dessus de Witebsk" (1922) oder das für die russische Periode typische „Maison bleue" (1920).

Daneben hängen kleinere Werke, Skizzen, Entwürfe, vom Augenblick bestimmte Notate, die guten Aufschluß über Chagalls erzählerische Begabung geben und zugleich aufdecken, wieviel dieser „Poet der Seele" aus der kühlen und genauen Beobachtung des (russischen) Alltags geschöpft hat. Freilich machen diese kleinen Bildchen nicht nur deutlich, wie nah Chagall an der Realität war, sondern auch, wie weit und schmal der Weg von diesem munteren Erzählen zu den großen poetischen Gleichnissen vor allem der zehner und zwanziger Jahre war, Gleichnissen, in denen russische Folklore sich mit chassidischer Frömmigkeit und westlich inspirierter Formkühnheit mischt.

Sorgfältig ausgewählt, setzt indessen das sich an Bibel, Zirkus und Liebesthematik klammernde Spätwerk in den Räumen an der Bäumleingasse kein *flaches Gegengewicht* zu den intensiven Werken der Frühzeit. Als Intermezzo – mit dem Vorteil der Übersichtlichkeit und Intimität – reiht sich die Ausstellung würdig in die schon ansehnliche Reihe der dem Schaffen des Künstlers gewidmeten Veranstaltungen ein, die im Sommer dieses Jahres mit dem zeichnerischen Werk im Centre Pompidou und dem malerischen Schaffen in der Fondation Maeght begann und ihren Abschluß in einer Retrospektive in der Royal Academy im Januar 1985 in London finden wird.

HARRY ZELLWEGER



Ein Poet der Seele: „Die Liebenden" (1911) von Marc Chagall, aus der Baseler Ausstellung FOTO: BEYELER

München: Das Valentin-Musäum wird 25 Jahre alt

Mögen täten wollen

Doppelgetürmt ist die Erinnerungsstätte für das Denken und das Leben gegen den Strich: das Münchner Valentin-Musäum am Isartorplatz feiert jetzt sein 25jähriges Jubiläum. In der üppigen Museumslandschaft der Landeshauptstadt ist dieses vielbesuchte Kuriosum längst zu einer liebenswürdigen Zufluchtsecke von Blödsinn und Tiefsinn geworden.

1958, damals bei der 800-Jahr-Feier Münchens, wollte der Valentin-Verehrer Hannes König, heute Direktor und Besitzer des Museums, „einen Pfiff ins Orgelkonzert städtischer Selbstdarstellung" bringen. Allerdings außer der Erinnerung, die wakkere Münchner Zeitgenossen an diesen Logikbrecher noch wachhielten, war nicht allzuviel von ihm in seiner *Heimatstadt geblieben*. Der Stadtrat hatte es 1950 abgelehnt, den Nachlaß des „Linksdenkers", der am Rosenmontag des Jahres 1948 gestorben war, für 6000 Mark zu erwerben. So ging die Sammlung nach Köln. Ein Jahr danach hatte Hannes König selbst genug Erinnerungen an Karl Valentin gesammelt, um ein eigenes Museum zu eröffnen.

Er stieß auf den achteckigen Isarturm, einerseits, weil der Festungsturm so recht zu Valentis Raubritterversen paßt, vor allem aber, so König, „*weil mein Hund immer drangepie*selt hat, bis ich mich fragte, warum steht das Ding eigentlich leer?" Die Stadt München ließ das feuchte Gemäuer trocknen und übergab es als „Musäum". Seitdem ist es geöffnet von 11.01 Uhr bis 17.29 Uhr.

Allerdings ist dieses Musäum nach gutem Brauch tagsüber geöffnet, nicht aber nachtsüber, *was zur Folge* hat, daß die Geistertrommel, die stets um Mitternacht in Aktion tritt, noch von niemandem gehört worden ist. *Auch hat Hannes König, wie jeder* andere Berufstätige, ein Recht auf wöchentlich zwei freie Tage, die er am Donnerstag und Freitag nimmt; der Mittwoch ist als Putztag deklariert, so daß das „Valentin-Musäum" nur Montag, Dienstag, Samstag und Sonntag bei einem Eintrittspreis von 199 Pfennig zu besuchen ist.

Neben Briefen, Dokumenten und Fotos von Karl Valentin kann hier viel Abstruses besichtigt werden, obwohl Valentin vor allem ein hintergründiger und vielschichtiger Sprachbastler war, also mit einem Material umging, das kaum ausstellungsfähig ist. Die Sprache ist bei Valentin kein Kommunikationsmittel mehr, sondern scheint geradezu dazu angelegt zu sein, das Leben mit der Umwelt zu komplizieren.

So kann man also den Nagel besichtigen, an den der Künstler seinen Beruf hängte, um Komiker zu werden. Man trifft auf den „liegenden" Stehkragen oder den Apfel, in den Adam biß. An einer Schüssel mit Wasser liest man „Diese herrliche Schneeplastik ist leider geschmolzen", *und natürlich fehlt auch Valen*tis berühmter Winterzahnstocher nicht, der im Gegensatz zum nackten Sommerzahnstocher mit Pelz umkleidet ist. Ebensowenig wie die Uhr, die präzise die gestrige Zeit anzeigt. Eine besondere Attraktion ist das einzige Gemälde, das Meister Valentin in seinem Leben schuf. Es stellt einen Kaminkehrer im Finstern dar und ist von düsterem Reiz.

Zwischendurch wird der Besucher mit den „echten" Erinnerungsstükken an Karl Valentin konfrontiert: mit seinem *Schminkkasten, mit Mas*ken und Requisiten, die er sich für seine Bühnen- und Filmauftritte fertigte. Doch spätestens beim Anschauen eines Eisbärfell-Babyfotos des gerade geborenen Valentin wird das Weltbild wieder schräg gekippt: Die Mini-Ablichtung befindet sich in einem riesigen Goldrahmen, „weil das Kinderl ja bestimmt wachsen wird".

Den Stein, auf dem Mariechen saß, den Kamm der Loreley und die im Einmachglas konservierte Berliner Luft begreifen auch Nordlichter, die nicht in Valentinaden bewandert sind. Und natürlich versteht es sich von selbst, daß seine Couplets, die einst im Dunstkreis der Münchner *Biersäle ihre Premieren erlebten, in* diesem Haus wachgehalten werden: so trifft man auf das Telefon, dessen sich einst der Buchbinder Wanninger bediente, um die Firma „Meisel und Companie" anzurufen.

Aus dem Automaten kann man die Originalstimme dieses Mannes hören, der sich so darzustellen pflegte: „Ich, Karl Valentin, ein Münchner Komiker, bin Sohn eines Ehepaares. Kaum den Kinderschuhen entwachsen, kauften mir meine Eltern größere. Mein Körpergewicht ist unwichtig, meine Größe länglich, mein Gang beweglich, mein Charakter charakteristisch." Und andächtig hören die Fremden von dem Satz: „Mög'n täten wir schon wollen, aber dürf'n haben wir uns nicht getraut".

ROSE-MARIE BORNGÄSSER

JOURNAL

Bonn und Hamburg streiten um Filmförderung

dpa, Bonn

In teilweise ungewöhnlicher Schärfe hat das Bundesinnenministerium die Kritik Hamburgs an der Filmförderung zurückgewiesen. Dem Senat der Hansestadt legte ein Sprecher des Ministeriums nahe, nicht „mit juristisch bemäntelter Beckmesserei" eine freiwillige Leistung des Bundes in Frage zu stellen. Die Hamburger Kultursenatorin Helga Schuchardt hatte Ende November, gestützt auf ein Gutachten von Prof. Hans-Peter Bull, in dem ein Übermaß der Befugnisse für den Innenminister kritisiert wurde, die Bundesregierung zum Umdenken aufgefordert und anderenfalls eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht angekündigt. Das Bonner Ministerium kommentierte den Vorgang jetzt mit den Worten, für Frau Schuchardt und für Bull sei Kulturpolitik Neuland. „Dementsprechend gering ist die rechtliche Substanz des Gutachtens".

„Gold der Skythen" kommt nicht nach Köln

dpa, Köln

Die Ausstellung „Gold der Skythen" wird nicht in Köln zu sehen sein. Der Generaldirektor der Kölner Museen, Prof. Hugo Borger, bestätigte, daß die rund 170 hochempfindlichen Stücke aus der UdSSR nach einer Mitteilung des Moskauer Kulturministeriums aus konservatorischen Erwägungen direkt nach der soeben zu Ende gegangenen Münchener Ausstellung (vgl. WELT v. 21. 9.) in ihre Heimat zurücktransportiert würden. Borger betonte, es stecke keinerlei böse Absicht hinter dieser Entscheidung. Ursprünglich sollte das „Gold der Skythen" nach München und einer Zwischenstation außerhalb der Bundesrepublik im Kölner Römisch-Germanischen Museum gezeigt werden.

Bolschoi-Ballerina auf Deutschland-Tournee

dpa, Hamburg

Maja Plissetskaja, Primaballerina des Moskauer Bolschoi-Balletts, wird am kommenden Sonntag in Hamburg zu einer sechstägigen Deutschland-Tournee starten. Am 18. Dezember wird sie in Düsseldorf, am 19. in Mannheim, am 20. in Stuttgart, am 21. in Wiesbaden und am 22. in München tanzen. Sie tritt als „Sterbender Schwan" und, begleitet von ihrem Partner Boris Efrimaov, in „Rosed Malade" zu Gustav Mahlers Adagietto auf.

Wettbewerb um den Karl-Hofer-Preis 1984

dpa, Berlin

Im Wettbewerb um den Karl-Hofer-Preis wurden 3000 Mark dem Projekt „A River Drowned By Water" von Rainer Wittenborn und Klaus Biegert zugesprochen. Eine Zuwendung in Höhe von 3000 Mark ging an das Ausstellungsprojekt „Der elektronische Raum" von Matthias Heinzmann, Monika Funke und anderen. Eine dritte Anerkennung in Höhe von 2000 Mark erhielt der Film „Atommacho" von Bernward Wember zugesprochen. Der Karl-Hofer-Preis wird alljährlich von der Hochschule der Künste in *Berlin für Beiträge im Grenzbe*reich zwischen den einzelnen Künsten vergeben.

Römisches Hippodrom in Jugoslawien entdeckt

AP, Belgrad

Überreste eines von den Römern im 4. Jahrhundert vor Christus angelegten Hippodroms sind rund 60 Kilometer westlich von Belgrad bei Sremska Mitrovica an der Save entdeckt worden. Die zur Zeit Konstantins des Großen gebaute Pferde- und Kutschenrennbahn hat eine Länge von 500 Metern gehabt und vermutlich rund 60 000 Zuschauern Platz geboten. Offenbar handelt es sich um die *größte Anlage aus* der Römerzeit auf dem Boden Jugoslawiens. Die Überreste des Hippodroms lagen etwa einen Meter unter der Bodenoberfläche. Es war Teil der römischen Siedlung Sirmium, die damals zu den größten Städten Europas zählte.

Verzeichnis von Literaturzeitschriften

DW. Heilbronn

Zum dritten Mal seit 1979 ist jetzt das „Verzeichnis deutschsprachiger Literaturzeitschriften" erschienen. Neben vier redaktionellen Beiträgen, darunter Karl Rihas Aufsatz über seine *damaligen* Erfahrungen mit einer Studentenzeitschrift, sind mehr als 100 Literaturzeitschriften mit ausführlichen bibliographischen Angaben aufgelistet. „Aus dem üblichen Rahmen fallend", heißt es in der Selbstdarstellung der Wiener Zeitschrift „Freibord". Diese Charakterisierung trifft auf den größten Teil der aufgeführten Organe zu. Das unterstreicht aber nur die Nützlichkeit dieses Handbuches. Es umfaßt 100 Seiten, kostet 12 Mark und ist über den Herausgeber zu beziehen: Günther Emig, Postfach 1608, 7100 Heilbronn.

Psycho-Sekte wird Nährboden entzogen

München untersagt Scientology Kirche Gewerbeausübung

PETER SCHMALZ, München

Als im Juni eine Hundertschaft Polizei das Münchner Hauptquartier der „Scientology Kirche" durchsuchte und belastendes Material lastwagenweise abtransportierte, kam Sekten-Präsident Heber Jentzsch aus den Vereinigten Staaten angeflogen und sprach: „Die Durchsuchungsaktion unserer Kirche ist ein Akt von Völkermord." Der Herr wird nun nach noch stärkeren Worten suchen müssen: Münchens Kreisverwaltungsreferent Peter Gauweiler hat der aggressivsten unter den Psycho-Sekten die Gewerbeausübung untersagt und ihr zu Beendigung ihrer Geschäfte eine sechswöchige Schonfrist gewährt. Der Bescheid gilt für die gesamte Bundesrepublik Deutschland.

In dem 70-Seiten-Papier wird der Sekte vorgeworfen, sie betreibe unlauteren Wettbewerb sowie organisierte und massenweise Heilkunde, ohne die dafür notwendigen Voraussetzungen zu erfüllen. Es ist der bisher schwerste Schlag gegen die in 35 Ländern operierende Sekte, die unter dem religiösen Firmenschild zu einem millionenschweren Unternehmen wuchs. Heute wundert sich Gauweiler: „Unbegreiflich, daß die Behörden hier jahrelang zusehen konnten."

Der 35jährige CSU-Politiker war erst kurz Münchner Kreisverwaltungsreferent, als die Scientologen ihn selbst auf ihre Spur brachten: Ein Werber wollte den jugendlich wirkenden Münchner „Innenminister" zu einem kostenlosen Psycho-Test verführen. Gauweiler witterte Unrecht und schleuste einige Beamte in die Sekte. Das Ergebnis war erschütternd. Gauweiler: „Die kostenlosen Tests sind so abgestimmt, daß immer ein schwerer psychischer Defekt festgestellt wird. Den verängstigten Opfern werden deshalb Kurse angeboten, die immer teurer werden. Da werden Honorare bis 100 000 Mark verlangt."

Schon ein 14tägiger „Reinigungs-Kurs" schlägt mit 10 500 Mark zu Buche. „Das sind", so Gauweiler, „zwei Wochen täglich fünf Stunden Sauna mit ein bißchen geistiger Betreuung." Wer nicht zahlen könne, müsse das Geld abarbeiten und werde damit zu einem billigen Arbeitssklaven.

Schon vor Jahren stufte Scotland Yard die Organisation als „gesundheitlich, moralisch und sozial gefährlich" ein. Ihr Gründer, der 73jährige Amerikaner Ron Hubbard, schrieb vor 30 Jahren die „Scientology-Bibel" „Dianetik: Die moderne Wissenschaft der geistigen Gesundheit." Wie es um seine Gesundheit steht, ist unbekannt: Seit dem Ärger in den Staaten, wo der Sekten-Führer wegen Verschwörung, Diebstahls und Einbruchs verurteilt wurde, ist Hubbard verschwunden. Angeblich regiert er seinen Konzern von einer seiner zahlreichen Yachten aus.

Die Münchner Hausdurchsuchung lieferte erstmals deutschen Behörden Beweise über das wahre Gesicht dieser „Kirche". In einem Handbuch war zu lesen, was mit Sekten-Gegnern zu geschehen habe: „Beginne sofort, die Angreifer auf Verbrechen oder Schlimmeres zu untersuchen ... Der Punkt, an dem sie verletzlich sind, ist der Verlust ihres Arbeitsplatzes oder ihrer Stellung."

Nachdem Gauweiler dem im Verborgenen florierenden Unternehmen (das in Deutschland an die 30 000 Mitglieder hat) im Frühjahr aus dem Vereinsregister löschen ließ und ihr damit den steuersparenden Status nahm, durfte Münchens höchster Sicherheitsbeamter mit den Sekten-Methoden Bekanntschaft machen. Auf ihn und seine Beamten wurde für 40 000 Mark ein Privatdetektiv angesetzt, der Fragen zu klären hatte wie „Ist er homosexuell?", „Hat er zuviele Freundinnen?" oder „Wurde er bestochen?". Doch die Weste des „Schwarzen Peter" war weiß.

Nach dem jüngsten Gauweiler-Coup darf die Organisation künftig weder für sich werben noch Kurse abhalten oder Publikationen verkaufen. Sie kündigte bereits an, notfalls bis zur Menschenrechtskommission in Straßburg zu gehen. Inzwischen erhält der Münchner Zuschriften aus ganz Deutschland.





Georges Köhler beim Händedruck mit dem König – Höhepunkt im Leben eines Wissenschaftlers – und beim offiziellen Familienfoto. FOTOS: AP

Nobel geht's zu bei der Preisverleihung

R. GATERMANN, Stockholm

Nun ist auch die Nobelpreisverleihung nicht mehr das, was sie bisher war, zumindest nicht in Oslo. Erstmals in der 84jährigen Geschichte dieser höchsten aller Auszeichnungen mußte wegen einer Bombendrohung der Festsaal geräumt werden. Zwar war alles „blinder Alarm", aber alleine der Gedanke, daß nun nicht einmal mehr der Friedenspreis in Frieden überreicht werden kann, gibt zu denken ...

Es war der Wille Alfred Nobels, daß sich Oslo und Stockholm die Preisverleihung teilen. Damals 1895, als er in Paris sein Testament verfaßte, bildeten Schweden und Norwegen noch eine Einheit, die erst 1905 zerbrach. Nach Nobels Willen sollten die Zinsen seines Vermögens, das heute 225 Millionen Mark wert ist, der Wissenschaft und der Friedensarbeit zufallen. Nobel bestimmte auch, daß der Friedenspreis in Oslo vergeben wird. Daran hat sich nichts geändert, bis auf den äußeren Rahmen. Während es in Oslo volkstümlich zugeht, ist die Stockholmer Preisverleihung das exklusivste, was das Königreich Schweden zu bieten hat.

Jeweils am 10. Dezember, dem Todestag Nobels, nimmt kurz vor 16.30 Uhr die Creme de la Creme im Stockholmer Konzerthaus Platz. Ihr gegenüber bevölkern wenig später die Mitglieder der Institutionen, die die Preisträger auswählen, die beiden „Pinguinberge". Zwischen den vielen Fracks taucht nur vereinzelt ein Kleid auf, diesmal waren es ganze fünf. Pünktlich um 16.30 Uhr ertönen die Fanfaren; dann erscheint die königliche Familie. Danach nehmen die Nobelpreisträger in ihren mit rotem Samt bezogenen Stühlen Platz. Etwas abseits von ihnen diesmal Jana Jaroslav Seifert, die Tochter des 83jährigen tschechoslowakischen Literaturpreisträgers Jaroslav Seifert, der angeblich wegen Krankheit nicht kommen konnte. Seine Tochter erhielt spontan den bei weitem längsten Beifall. Ein paar Stunden nach der Zeremonie geht das Fest in der Blauen Halle des Stockholmer Rathauses mit dem Bankett weiter, wo 1350 Auserwählte sich dank ihrer 200-Mark-Karten an den 400 Meter langen Tischen niederlassen dürfen. Hunderte von Interessenten müssen jedes Jahr abgewiesen werden. Da helfen weder Geld noch gute Worte oder Beziehungen.

Das Bankett beginnt mit einem Toast auf den König. Dieser hat dann genau zwei Minuten Zeit, bis er seinen Toast auf Nobel auszubringen hat. Als Toastmaster war dieses Jahr – eine Sensation – die erst 24 Jahre alte Kunststudentin Denise Hagströmer gewählt worden.

Nach dem Festessen, das aus Lachs, Wildente und Eisbombe bestand, bekommen die Preisträger und ihre Familien endlich Gelegenheit, in einem Nebensaal des Rathauses König Carl Gustaf und Königin Silvia die Hand zu schütteln und ein paar Worte mit ihnen zu wechseln. Wenig später hatten die drei Kinder des deutschen Preisträgers George Köhler (Medizin), zwei Töchter und ein Sohn, ihren großen Auftritt im schwedischen Fernsehen. „Ganz toll", fanden sie das Fest und versicherten dem Reporter, daß sie „ziemlich viel" von ihrem berühmten Vater haben, der übrigens seine ganze Laborbelegschaft eingeladen hatte.

Gestern ging das offizielle Programm weiter. Zum Mittagessen waren die Preisträger aufs königliche Schloß geladen. Anschließend begaben sie sich ins Börsenhaus, um dort von der Nobelpreisstiftung das neben Diplom und Medaille dritte äußere Zeichen der Ehre in Empfang zu nehmen, den Preisscheck, der diesmal auf 1,65 Millionen Schwedenkronen (etwa 578 000 Mark) ausgestellt war. Und ein letztes: Morgen früh werden die Geistesleuchten im Grande Hotel traditionell von der Lichterkönigin mit einem Liedchen geweckt und bekommen das Safranbrot ans Bett gestellt. Da bleibt keine Tür verschlossen.

Erstmals ein „brauner Zwerg" im All entdeckt

DW. Washington

Amerikanische Astronomen haben erstmals einen Riesenplaneten außerhalb des Sonnensystems entdeckt und beobachten können. Das teilten sie jetzt in Washington mit. Nach ihren Angaben befindet sich der Planet in der Umlaufbahn eines schwach leuchtenden Sterns im Sternbild des Schlangenträgers 21 Lichtjahre entfernt; das sind nicht weniger als 198 771 Billionen Kilometer weit weg. Der Himmelskörper sei 30- bis 80mal umfangreicher als der Jupiter, der als größter Planet des Sonnensystems 318mal mehr Masse besitzt als die Erde.

Nach den Ausführungen der Astronomen Donald McCarty und Frank Low von der Universität von Arizona liegen elektronische Aufnahmen vor, auf denen der Stern und der Riesenplanet deutlich zu unterscheiden sind. Der Planet ist VB-8B benannt worden, nach dem 1961 entdeckten Stern „Van Biesbroeck 8", um den er kreist.

Die Existenz so riesiger Planeten war schon seit längerem von Himmelsforschern angenommen worden, ohne sie indes nachweisen zu können. Sie werden von Astronomen als „Braune Zwerge" bezeichnet, da sie mit ihrer Masse noch unter der liegen, die zur Einordnung als Stern nötig ist.

Die spektakuläre Entdeckung des Planeten wurde gemeinsam von der Universität von Arizona, dem Nationalen Observatorium für optische Astronomie und der Nationalen Wissenschaftsstiftung bekanntgegeben. Im Fall des jetzt gesichteten Planeten bedienten sich die Astronomen besonderer Verfahren zur Aufzeichnung infraroter Licht- und Wärmestrahlung von dem Planeten.

Es sei das erste Mal, daß der Begleiter einer anderen Sonne wirklich gesehen worden sei, berichteten die Forscher. Die elektronische Aufnahme zeige nämlich Zentralgestirn und Planet als getrennte Objekte. Bisher hatte man auf das Vorhandensein von Planeten lediglich aus Verzerrungen in Gravitationsfeldern schließen können.

Ein Hochstapler mit Eigendynamik

Prozeß gegen falschen Arzt / Staatsanwalt beantragt Freiheitsstrafe mit Bewährung

DIRK HENTSCHEL, Flensburg

An ihm war nur sein weißer Kittel echt. Weder sein wohlklingender Phantasiename „Clemens Bartholdy" mit gleich zwei Doktortiteln (Dr. med. und Dr. phil.) davor, noch sein Alter (30) geschweige die Papiere stimmten. Dennoch gelang dem gelernten Postschaffner Gert Uwe Postel aus Bremen, tatsächlich 26 Jahre alt, mit diesem Etikettenschwindel der große Bluff. In Flensburg leimte er die Behörden und wurde beim Gesundheitsamt als Arzt angestellt. Sechseinhalb Monate, von September 1982 bis März 1983, praktizierte er als falscher Doppeldoktor in der Fördestadt. Dann enttarnte sich der Möchtegern-Arzt selbst, als er zwei Ausweise verlor. Die Fotos waren identisch, die Personalien dagegen verschieden.

Jetzt wird dem falschen Arzt vor einer Großen Strafkammer des Landgerichts Flensburg der Prozeß gemacht. Wegen Betruges, Mißbrauchs von akademischen Titeln, Urkundenfälschung und in 34 Fällen Fälschung von Gesundheitszeugnissen beantragte der Staatsanwalt gestern eine Freiheitsstrafe von einem Jahr und neun Monaten mit Bewährung gegen ihn. „Er ist weder ein Köpenick-Typ noch ein Eulenspiegel, sondern ein überdurchschnittlich gerissener Hochstapler", meinte der Ankläger.

Postels Werdegang verlief zunächst „fast" normal. Aufgewachsen im zerrütteten Elternhaus, Hauptschulabschluß, Lehre bei der Post, dabei die Mittlere Reife an einer Abendrealschule nachgeholt. „Als meine geliebte Mutter 1979 Selbstmord beging, bin ich auf die schiefe Bahn geraten." Postel hörte bei der Post auf, weil er „ein besseres, anerkannteres Leben" führen wollte. Er fälschte zunächst ein Abiturzeugnis und bewarb sich mit Erfolg als Rechtspfleger-Anwärter beim OLG Bremen. Nach vier Monaten flog der Schwindel auf. Danach lernte er zwei Frauen kennen, die in der Psychiatrie tätig waren. „Was die können, kann ich schon lange", dachte Postel damals, 1980, und besuchte zwei Semester Gastvorlesungen in Psychologie und Soziologie an der Uni Bremen. Danach fand er unter Vorlage einer gefälschten Approbationsurkunde in einer psychosomatischen Klinik bei Oldenburg seinen ersten Arztjob. „Von da an hat mein Tun als Mediziner Eigendynamik angenommen."

Nach drei Monaten quittierte „Dr. Postel" seine Anstellung als Stationsarzt und ging zum Berufsbildungswerk des Reichsbundes Bremen. Vier Wochen später wurde er entlarvt. Doch als er deshalb wegen Betruges zu 600 Mark Geldbuße verurteilt wurde, war er seit zwei Monaten schon wieder in Amt und Würden, als „Dr. Dr. Clemens Bartholdy". Während eines Urlaubs an der Ostsee hatte Postel gelesen, daß bei der Behörde eine Arzt-Stelle frei war. „Da hab' ich da einfach mal angerufen und einen Termin vereinbart." Der amtierende Amtsarzt Dr. Wolfgang Wodarg (35) war hocherfreut über den Bewerber. Nach nicht einmal einer Stunde wurde „Bartholdy" die Stelle mit Schwerpunkt in der psychiatrischen Arbeit versprochen. So reichte er gefälschte Approbations- und Promotionsurkunden ein, die jedoch im Personalamt der Stadt Flensburg keinerlei Argwohn erregten, da sie beglaubigt waren. So wurde „Dr. Dr. Bartholdy" für sechs Monate auf Probe eingestellt.

Zur vollen Zufriedenheit erstellte er Gutachten als Entscheidungshilfen für Richter bei der Einweisung psychisch Kranker. Daneben machte er amtliche Leichenschauen und untersuchte Prostituierte. „Das alles hat er gut gemacht", urteilte Amtsarzt Dr. Wodarg. Dennoch sollte „Bartholdys" Probevertrag nicht verlängert werden, weil doch erhebliche Zweifel an seinen allgemeinen medizinischen Kenntnissen gekommen waren. Für die Zeit danach hatte der falsche Doppeldoktor aber schon vorgesorgt und sich an der Uni-Nervenklinik Kiel als Assistenzarzt beworben.

Gutachter haben ihm nur einen durchschnittlichen Intelligenzquotienten zwischen 97 bis 102 nachgewiesen, „was zu einem erfolgreichen Hauptschulabschluß gehört". Rechtsanwalt Heinrich Hannover beantragte eine Strafe von unter einem Jahr für seinen Mandanten: Es müsse „ihm durch geeignete Therapiemaßnahmen geholfen werden, daß er wieder auf den rechten Weg kommt". Das Urteil soll am 20. Dezember verkündet werden.

Spielte den selbstbewußten Hochstapler auch noch vor Gericht: der ehemalige Postbote Gert Uwe Postel alias „Dr. med. Dr. phil. Clemens Bartholdy". FOTOS: DPA

LEUTE HEUTE

Rückfall

Der Gesundheitszustand des 17jährigen Schülers **Stefan Morsch** aus Rheinland-Pfalz, der am 31. Juli in einer Spezialklinik in den USA Knochenmark eines britischen Spenders erhielt, hat sich verschlechtert. Zunächst hatte seine Genesung so gute Fortschritte gemacht, daß er vorübergehend aus der Klinik entlssen werden konnte. Der Junge leidet an einer besonders heimtückischen Form der Leukämie, die nur durch eine Knochenmark-Transplantation behandelt werden konnte.

Deutsche Tradition

Millionen Engländer wissen bereits, was der kleine Prinz **William** (2) zu Weihnachten bekommt. Prinzessin **Diana** erstand bei Harrods ein Schaukelpferd und einen Stoff-Gorilla. Der jüngste Sproß des britischen Thronfolger-Ehepaars, Prinz **Harry**, erhält einen Teddybär. Und während alle englischen Kinder ihre Geschenke erst am 25. Dezember auspacken dürfen, findet auf Schloß Windsor die Bescherung schon am 24. statt, nach guter alter Tradition, die Prinz Albert einst aus Deutschland einführte.

WETTER: Kein Regen

Wetterlage: Eine Hochdruckzone erstreckt sich von Nordafrika über Mitteleuropa bis nach Skandinavien und bestimmt das Wetter der nächsten Tage im Vorhersagegebiet.

Vorhersage für Mittwoch:
Im gesamten Bundesgebiet starke, nur gelegentlich auflockernde Bewölkung und verbreitet neblig-trüb. Niederschlagsfrei. Tageshöchsttemperaturen um 5 Grad, Tiefstwerte zwischen plus 2 und minus 2 Grad. Schwach windig.

Weitere Aussichten:
Keine durchgreifende Änderung.

Temperaturen am Dienstag, 13 Uhr:

Berlin	8°	Kairo	17°
Bonn	6°	Kopenh.	8°
Dresden	7°	Las Palmas	21°
Essen	7°	London	1°
Frankfurt	5°	Madrid	9°
Hamburg	8°	Mailand	5°
List/Sylt	8°	Mallorca	14°
München	9°	Moskau	0°
Stuttgart	8°	Nizza	14°
Algier	16°	Oslo	2°
Amsterdam	8°	Paris	2°
Athen	12°	Prag	8°
Barcelona	10°	Rom	6°
Brüssel	6°	Stockholm	2°
Budapest	6°	Tel Aviv	17°
Bukarest	2°	Tunis	14°
Helsinki	0°	Wien	8°
Istanbul	11°	Zürich	7°

Sonnenaufgang* am Donnerstag: 8.19 Uhr, Untergang: 16.13 Uhr; **Mondaufgang:** 21.35 Uhr, Untergang: 12.21 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Neidsteuer und Umweltauto – Worte des Jahres

dpa, Wiesbaden

Die in der Diskussion um Waldsterben, Umweltschutz und bleifreies Benzin aufgetauchte Begriffsschöpfung „Umweltauto" ist das „Wort des Jahres" 1984. Zu dieser Einschätzung kommt die Gesellschaft für deutsche Sprache (GfdS), Wiesbaden, in ihrer jährlichen Untersuchung. „Wörter des Jahres" sind für die Wiesbadener Sprachforscher auch das Kürzel „wg." (wegen ...), das in der Auseinandersetzung um die Flick-Spenden auftauchte sowie – in diesem Zusammenhang – die für Politiker geforderten „gläsernen Taschen" und die Bezeichnung „Neidsteuer" für die Investitionsabgabe. Als „Fremdwort des Jahres" wertet die Sprachgesellschaft „Formaldehyd". Das der breiten Öffentlichkeit vor seinem Auftauchen in der Auseinandersetzung über seine mögliche Schädlichkeit weitgehend unbekannte Bindemittel, das anfangs „sogar von Tagesschausprecher Köpcke falsch betont" worden sei, gehe mittlerweile fast jedem Normalbürger leicht von der Zunge.

Unterhalts-Urteil

DW. Karlsruhe

Der Bundesgerichtshof hat in einem Grundsatzurteil den Unterhaltsanspruch eines erwachsenen Kindes gegen seine Eltern eingeschränkt und von bestimmten Kriterien abhängig gemacht. Kernsatz der Entscheidung: Eine Selbstverwirklichung des erwachsenen Kindes auf Kosten der Eltern „um jeden Preis" könne nicht anerkannt werden. Jedoch seien Eltern auch nach Finanzierung einer Ausbildung nicht vollkommen von der Unterhaltsverpflichtung für ihre Kinder befreit. (AZ: IV b ZR53/83)

Sabotageverdacht

AP, Taipeh

Sechs Tage nach dem Grubenunglück in Taiwan sind gestern weitere 25 Bergleute tot aus der Haishan-Grube geborgen worden. Damit hat sich die Zahl der Opfer auf 76 erhöht. 17 Bergleute werden noch vermißt. Zwei wurden lebend geborgen. Der Chef der Grube, Chen Tien Tzu, schloß inzwischen Sabotage nicht aus und bestätigte den Eingang anonymer Drohanrufe kurz vor der Katastrophe.

Brandstatistik '83

dpa, München

Etwa 10 000 Menschen erleiden in Deutschland jährlich schwerste Verbrennungen. 388 kamen im vorigen Jahr bei Bränden ums Leben. Die Brandschäden sind von 250 Millionen Mark im Jahr 1950 auf 4,5 Milliarden Mark 1983 gestiegen.

Super-Methusalem

SAD, Lucerne Valley

Zur Rettung eines, nach der Radiokarbon-Methode, 11 700 Jahre alten Gebüsches, das als älteste lebende Pflanze der Welt gilt, soll jetzt ein Naturschutzpark in einem Tal, 128 Kilometer nordöstlich von Los Angeles, angelegt werden. Der Kreosot-Busch, eine Wüstenpflanze, bedeckt eine Fläche von 21 × 5 Meter. Kreosotbüsche, die scharf nach Teer riechen, sind typische Vertreter der kalifornischen Wüstenflora. Die zweitälteste lebende Pflanze der Welt ist ein Nadelbaum in den kalifornischen Bergen, der „nur" 4900 Jahre alt ist.

Einem Teil unserer heutigen Ausgabe liegt ein Prospekt der Online GmbH, Velbert, bei.

ZU GUTER LETZT

„Journalisten haben oft keinen Gedanken, können ihn aber ausdrükken." Aus der „Frankfurter Allgemeinen" Zeitung.

